

Der Rückzug

Die Entführung von auf den Golanhöhen stationierten UNO-Beobachtern im März d.J. hatte in Österreich eine breite Debatte über die Sicherheit unserer UNO-Soldaten ausgelöst. Neuerliche Zwischenfälle im Einsatzgebiet der UNDOF-Mission führten nun zur Entscheidung der Bundesregierung, die österreichischen Blauhelme aus dem Krisengebiet zurückzuziehen. Das traf zwar im Inland auf große Zustimmung, nicht aber im Ausland.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 12. Juni 2013 empfing Bundeskanzler Werner Faymann (Mitte) gemeinsam mit Verteidigungsminister Gerald Klug (l.) die aus dem Golan zurückgekommenen SoldatInnen am Flughafen Wien/Schwechat.

In den Morgenstunden des 6. Juni kam es zu folgenschweren Zwischenfällen im Einsatzgebiet der UNDOF-Mission auf den Golan-Höhen, in deren Zuge der Grenzposten Quneitra in der demilitarisierten Zone vorübergehend von syrischen Rebellen eingenommen und nach heftigen Kämpfen vorerst von Einheiten der syrischen Armee zurückerobert wurde. Im Verteidigungsmini-

sterium in Wien fand umgehend eine weitere eingehende Lagebesprechung mit dem Generalstab und Vertretern des Außenministeriums statt.

„In der Folge erklärte uns der Verteidigungsminister, daß nach Rücksprache mit den Verantwortlichen seines Ressorts die Teilnahme des österreichischen Bundesheeres an der UNDOF-Mission aus militäri-

schen Gründen nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die Beobachtungen des Verteidigungsministeriums haben in den vergangenen Wochen eine nachhaltige Verschlechterung der Lage im Raum festgestellt“, erklärten Bundeskanzler Werner Faymann sowie Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger im Bundeskanzleramt.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
 die Ihnen nun vorliegende Ausgabe unseres Magazins bringt eine Neuerung mit sich: Wir haben den inhaltlichen Schwerpunkt auf »Österreich, Europa und die Welt« konzentriert und bieten Ihnen diesmal bereits 38 Seiten mit unterschiedlichsten Beiträgen zur Lektüre. Die Innenpolitik rückt damit ein wenig in den Hintergrund – auch wenn Sie in den kommenden zwei Ausgaben eine Menge Informationen zur bevorstehenden Nationalratswahl am 29. September erwarten wird. Auf den Seiten 35 und 36 gibt es für Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Voraussetzungen und Termine für Ihre Teilnahme daran.

Michael Mössmer

Aus dem Inhalt der Ausgabe 120

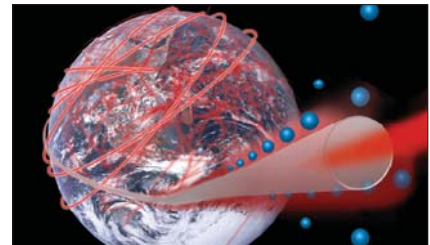
Interview mit Generalstabschef Othmar Commenda Von Eike-Clemens Kullmann	8	Südtirol Finance Besserer Zugang zu EU-Finanzmitteln für Unternehmen	67 68
Interview mit General i.R. Günther Greindl. Von Veronika Eschbacher.	9	Prognose der österreichischen Wirtschaft 2013-2014	69
Neue Sicherheitsstrategie	10	Rückgänge im Mittelstand – Ausblick bleibt aber optimistisch	72
18. Europa-Forum Wachau	11	»UrlaubsEuro« 2013	73
»Dr. Alois Mock-Europa-Preis«	15	Start in die Sommersaison 2013	74
Eine Botschaft von Ihrer Botschaft	16	Registerzählung 2011	75
Ein Jahr vor der EU-Wahl	17	AIRPOWER13	76
Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino als erfolgreiches Modell	19	Nächster Schritt für die U1	78
Österreichs Wirtschaft heißt Kroatien in der EU willkommen	21	Falstaff Weißweingala 2013	80
Euregio »senza confini«	23	Datenhighways für Quanteninformation	84
Österreichische Bautaucher sind weltweit gefragt	28	Tanz der Atome	85
Per Post zum Traumjob Von Gerhild Kastrun.	31	Chlorophyll: Keineswegs dasselbe in Grün	86
Von Berlin nach Vorarlberg Von Marianne Horvath.	32	»Neuer« Text aus der Spätantike begeistert Wissenschaft	87
Wichtige Informationen zur Nationalratswahl 2013	35	Qualen mit Zahlen	
19. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen	37	PsychologInnen der Uni Graz erforschen Rechenschwäche bei Kindern	88
Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2013	38	450.000 US-Dollar-Spende für Digitalisierungsprojekt	89
Konjunkturpaket	39	Von der Tradition in die Zukunft	90
Demokratiepaket	42	Serie heimische Universitäten und Fachhochschulen. In der Folge 4: Die Fachhochschule Burgenland	92
Schwarz-Grün-Gelb in Salzburg +++++	44	Dekadenz – Positionen des österreichischen Symbolismus	96
»Burgenland Journal«		Faszination Schädel – Der Kult um den Kopf in Leoben	99
Energiestrategie 2020 steckt den Weg zur Energieautarkie ab	49	Die 70er Jahre	103
Dynamische Entwicklung mit massiver Leistungssteigerung	51	Linda McCartney	105
Wohnen muß für alle Generationen leistbar sein	53	ImPulsTanz Vienna	108
Landesmittel wirksam einsetzen	55	»Peter Rosegger – original«	110
Gesundes Dorf	56	Egon Schiele in Tulln	112
»Eisenstadt 2030«	58	Mittelloser Adeliger als Hauptdarsteller im Ötztal	114
Tierschutz: Stete Hilfe wirkt doppelt	59	Robert Dornhelm vergoldet	115
Landesweingut Burgenland	60	»La Bohème« im Römersteinbruch	116
FH Burgenland zeichnet Nachwuchsforscher aus	62	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich - diesmal der Komponist Hanns Eisler	117
Wächter über Oberwart	63	Nationalpark Bayerischer Wald und der Nationalpark Kalkalpen	119
Schloß-Spiele Kobersdorf 2013 +++++	64		



18. Europa-Forum Wachau S 11



Schwarz-Grün-Gelb in Salzburg S 44



Datenhighways für Quanteninformation S 84



Faszination Schädel S 99



Urlaub am Bauernhof in OÖ S 103

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: BKA / Andy Wenzel; S. 2: photonews.at / Georges Schneider; LMZ Salzburg / Neumayr / MMV; TU Wien; Kunsthalle Leoben / Freisinger; Tourismusverband Ostbayern / Eisenschink.

Österreich, Europa und die Welt

➤ 21 philippinische UNO-Beobachter waren am 6. März auf den Golanhöhen von einer bewaffneten Gruppe syrischer Rebellen als Geiseln genommen worden. Die Entführer hatten den Rückzug syrischer Regierungstruppen aus der Region Jamla nahe der Waffenstillstandslinie zwischen Israel und Syrien gefordert. Drei Tage später waren sie wieder freigelassen worden.

Am 11. März hatte Außenminister Michael Spindelegger nach der Entführung von auf den Golanhöhen stationierten UNO-Beobachtern vor einem Abzug von Blauhelmen gewarnt. Die österreichischen UNO-Soldaten würden „vorerst bleiben“, sagte er damals vor Beratungen der EU-Außenminister in Brüssel zu Syrien. „Aber klar ist schon, nur dann wenn auch ihre persönliche Sicherheit gewährleistet ist“, fügte Spindelegger hinzu.

Immer mehr sei zu sehen gewesen, daß derartige Grundfragen – wie die Blauhelme, die im Interesse beider Seiten dazwischen stehen, nicht mehr respektiert würden, mahnte der Außenminister. „Das wäre ein katastrophales Signal, nicht nur für die Golanhöhen, sondern insgesamt für UNO-Truppen.“

Ein „Hauptproblem“ sah Spindelegger auch in der Uneinigkeit der syrischen Opposition. Gäbe es dort eine Führungsstruktur, in der sich alle Gruppierungen aufgehoben fühlten, wäre in Syrien selbst die Unterstützung für Präsident Bashar-al-Assad nicht so groß. „Ich sehe nur, daß alle radikalen Tendenzen, ob auf der Seite der Regierungstruppen oder mancher Oppositioneller abzulehnen sind.“ Eine stärkere militärische Auseinandersetzung führe nicht zum Frieden, sondern nur zu einer neuen Eskalation, sagte Spindelegger.

In Syrien müsse die EU daraufsetzen, daß die Opposition mit Regierungsvertretern zu Gesprächen zusammenkommt, um eine neue Regierung zu bilden. Auf diese Art müsse auch eine Perspektive für die Menschen in Syrien greifbar werden, stellte der Außenminister fest. Die EU tue das richtige, indem sie Flüchtlinge an Ort und Stelle und in den Nachbarländern bei der Aufnahme unterstütze, glaubt der Vizekanzler. Österreich habe hier auch entsprechende Mittel aufgewendet, um menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Zusammenarbeit mit der Türkei, dem Libanon und Jordanien werde forciert, damit man die Menschen in der Region halte und ihnen eine Rückkehr nach der Befreiung Syriens ermögliche.

Am 18. und 19. April hielt sich der Außenminister im Libanon und auf dem Golan auf (siehe „Österreich Journal“, Ausgabe 118 vom 3. Mai 2013). „Wir machen uns Sorgen um die Sicherheit unserer Soldaten und werden alles tun, um sie zu gewährleisten“, erklärte er damals. Um die Sicherheit der Golan-Mission weiter zu gewährleisten, werde sich Österreich „ganz klar“ gegen eine Aufhebung des Waffenembargos für Syrien einsetzen, bekräftigte Spindelegger neuerlich. Ein Standpunkt, für den er auch vom israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu Zustimmung und Unterstützung erhalten hatte.

Spindelegger bekräftigte auch bei seinem Besuch am Golan bereits gemachte Aussagen, wonach eine Weiterführung eines österreichischen Golan-Einsatzes nach einem etwaigen Fall des Waffenembargos für Österreich kaum vorstellbar sei.

Am 23. April hat der Nationale Sicherheitsrat in seiner Sitzung einen Bericht von Vizekanzler Michael Spindelegger über seine Gespräche in Israel, auf den Golanhöhen sowie im Libanon und des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, Gerald Klug, zur Kenntnis genommen. Der Nationale Sicherheitsrat unterstrich die Bedeutung der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung zwischen Israel und Syrien auf den Golanhöhen im Nahost-Friedensprozeß (United Nations Disengagement Observer Force UNDOF) und empfahl der Bundesregierung unter anderem:

1. dem österreichischen Kontingent auf den Golanhöhen Anerkennung für den unermüdlichen Einsatz im Dienste der internationalen Gemeinschaft unter derzeit sehr schwierigen Bedingungen auszusprechen,
2. so lange für einen Verbleib des österreichischen UNDOF-Kontingents einzutreten, als die Mandatserfüllung sichergestellt ist und die Rahmenbedingungen, insbesondere die Sicherheit der Beobachtertruppe, dieses ermöglichen,
3. gemeinsam mit dem Department for Peacekeeping Operations (DPKO) der Vereinten Nationen die Sicherheitslage und die Mandatserfüllung laufend zu evaluieren, und auf relevante Entwicklungen umgehend zu reagieren und
4. eine Aufhebung als auch eine Lockerung des EU-Waffenembargos gegen Syrien weiterhin strikt abzulehnen und die EU-Mitgliedsstaaten nochmals eindringlich auf die möglichen Konsequenzen einer

Aufhebung bzw. Nicht-Verlängerung für die österreichische Beteiligung an der Mission hinzuweisen.

Opposition fordert Heimholung

Da sich die Lage in der Region von Tag zu Tag zuspitzte, haben die Freiheitlichen in der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates eine Heimholung der österreichischen Blauhelme gefordert.

„Bereits der bisherige Verfall des staatlichen Gewaltmonopols in Syrien und der laufend eskalierende Bürgerkrieg haben dem Golan-Mandat der Vereinten Nationen seine Grundlage entzogen und die stationierten UN-Truppen zu einem Spielball der bewaffneten Fraktionen gemacht. Die jüngsten israelischen Luftangriffe auf Syrien haben auch den bisherigen Waffenstillstandskonsens zwischen beiden Staaten beseitigt, so daß die Gefahr für das österreichische UNO-Bataillon und diesem Bataillon angegliederte Einheiten nochmals enorm gestiegen ist. Mit dieser Entwicklung ist die ursprüngliche Grundlage der Entsendung der stationierten UNO-Einheiten nahezu gänzlich beseitigt, so daß für einen österreichischen Politiker die Wahrung der Sicherheit der österreichischen Soldaten nunmehr die einzige Maxime sein muß“, analysierte Johannes Hübner, außenpolitischer Sprecher der FPÖ, die Lage.

„Ich erinnere an das tragische Schicksal von Major Hans-Peter Lang, der am 25. Juli 2006 von einer israelischen Fliegerbombe getötet wurde. Damals war es – im Vergleich zur gegenwärtigen Situation – zu deutlich kleineren Auseinandersetzungen zwischen der Hisbollah und Israel gekommen. Für Major Lang und seine Angehörigen in Österreich – er hinterließ eine Frau und einen Sohn in Österreich – brach an diesem Tag aber die Welt zusammen. Die Republik Österreich kann es nicht verantworten, daß sich ähnliche Schicksale wiederholen“, stellt FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache fest. „Wir appellieren daher dringend an die Bundesregierung, sofort alle Schritte einzuleiten, damit die über 300 österreichischen Soldaten so schnell wie möglich vom Golan abgezogen und nach Österreich zurückgebracht werden.“

Auch BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher forderte die Rückholung der österreichischen UNO-Soldaten vom Golan. „Es zeigt sich, daß die EU in ihren außenpolitischen Zielsetzungen handlungsunfähig ist.“ Es drohe in dieser Region ein Flächenbrand, der nicht in den Griff zu bekommen sei.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA / Andy Wenzel

v.l.: Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Gerald Klug am 6. Juni beim Pressefoyer nach dem Ministerrat zum Abzug der österreichischen Soldaten vom Golan: »Die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten steht an oberster Stelle, daher ist dieser Schritt notwendig.«

„Daher müssen bei dieser Gefahr die österreichischen UNO-Soldaten nach Hause geholt werden, obwohl dieser Einsatz sinnvoll, richtig und notwendig ist“, so Bucher. Es dürfe nicht passieren, daß unsere Soldaten wie Sandkörner zwischen den Mühlsteinen zerrieben würden.

Der Sicherheitssprecher der Grünen, Peter Pilz, forderte von Verteidigungsminister Gerald Klug und Außenminister Michael Spindelegger auf der Basis des Beschlusses des letzten nationalen Sicherheitsrates den Abzug der österreichischen Einheiten zu beginnen, da mit dem Fall des EU-Waffenembargos gegen Syrien das österreichische UN-Mandat am Golan am Ende sei.

Team Stronach-Klubobmann Robert Lugar sagte, es ist gut und richtig, daß sich ein neutrales Land wie Österreich an Friedensmissionen der UNO beteilige. „Dabei hat aber die Sicherheit unserer Soldaten absolute Priorität. Und die ist angesichts des Syrienkonflikts am Golan wohl nicht mehr gegeben.“ Er forderte deshalb, „daß unsere Blauhelme von diesem neuralgischen Posten abgezogen werden, bis die Sicherheit wieder gegeben ist!“

Für andere Länder sei es völlig selbstverständlich gewesen, ihre Soldaten heimzuholen. „Österreich will aber auf Kosten der Gesundheit der Soldaten wieder einmal den Musterschüler spielen. Das ist abzulehnen“, so Lugar.

Der Auslöser

Wie eingangs bereits dargestellt, kam es in den Morgenstunden des 6. Juni zu folgeschweren Zwischenfällen im Einsatzgebiet der UNDOF-Mission auf den Golan-Höhen, in deren Folge im Verteidigungsministerium umgehend eine weitere eingehende Lagebesprechung mit dem Generalstab und Vertretern des Außenministeriums stattfand.

„Die Freiheit der Bewegung im Raum ist de facto nicht mehr gegeben. Eine unkontrollierte und unmittelbare Gefährdung der österreichischen Soldaten ist auf ein inakzeptables Maß angestiegen. Die Entwicklung der heutigen Morgenstunden hat gezeigt, daß ein weiteres Zuwarten nicht mehr vertretbar ist. Eine gesicherte Bewegung und Versorgung unserer Soldaten am Golan kann nicht mehr gewährleistet werden. Damit ist de facto nicht nur der regelmäßige Nachschub für die Mission unmöglich, sondern auch die für kommende Woche geplante große Rotation“, erklärten Bundeskanzler sowie Außenminister. Spindelegger hatte bereits mit dem UN-Generalsekretär Ban Ki-moon gesprochen und ihn persönlich über die Entscheidung der Bundesregierung informiert. Das Verteidigungsministerium ist bereits mit der Abteilung für Friedenseinsätze der UNO (Department of Peacekeeping Operations, DPKO) im Kontakt, um die Voraussetzungen für einen geordneten Rückzug der österreichischen Blauhelme zu

schaffen. „Die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten steht an oberster Stelle, daher ist dieser Schritt notwendig“, sagten Faymann und Spindelegger.

„Ich bin mir unserer Verantwortung gegenüber unseren internationalen Partnern, den Vereinten Nationen und Israel bewußt. Aber genauso bin ich für die Sicherheit meiner Soldaten verantwortlich, daher habe ich den Abzug empfohlen“, sagte Verteidigungsminister Gerald Klug. Ausschlaggebend war die vorübergehende Schließung des sogenannten „Bravo-Gates“, das die wesentliche Verbindungslinie für die Versorgung des Kontingents darstellt. Dies zeigte, daß die syrische Regierung nicht mehr in der Lage ist, die Unterstützung der UN zu gewährleisten. Zusätzlich war der Kampf um Quneitra ein gezieltes Zusammenwirken verschiedener Rebellengruppen gewesen, was eine neue Qualität der Kampfführung im Einsatzraum der Österreicher darstellte. Im Vordergrund stehe, daß alle Soldaten gesund nach Hause gebracht werden würden, so Klug.

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache begrüßte den Abzug der österreichischen UNO-Truppen. Die FPÖ habe dies schon seit Monaten gefordert. Offenbar habe die Bundesregierung nun ihre Realitätsverweigerung beendet und begriffen, daß unsere Soldaten in dieser Region immens gefährdet seien. Die Rückführung unserer Soldaten nach Österreich müsse nun so rasch

Österreich, Europa und die Welt

wie möglich über die Bühne gebracht werden, verlangte Strache. Es dürfe keine weitere Verzögerung mehr geben.

„Wenn die Sicherheit der österreichischen UNO-Soldaten am Golan massiv gefährdet ist, dann müssen wir unsere Truppen nach Hause holen. Österreich hat in Kampfeinsätzen zwischen syrischen Rebellen und Regierungstruppen nichts verloren“, so BZÖ-Bündnis- und Klubobmann Josef Bucher. Die österreichischen UNO-Soldaten müßten nach Hause geholt werden, obwohl dieser Einsatz sinnvoll, richtig und notwendig sei, so Bucher.

Der Sicherheitssprecher der Grünen, Peter Pilz, begrüßte die Entscheidung, daß Österreich die UNO-Soldaten vom Golan abzieht. „Das Verteidigungsministerium ist zur Vernunft gekommen. Der gemeinsame Druck von Außenministerium und Opposition hat dazu geführt, daß ein unhaltbares Mandat aufgegeben und die Sicherheit unserer Soldaten nicht noch weiter gefährdet wird“, erklärte Pilz.

„Der Abzug unserer Truppen vom Golan ist ein logischer und vernünftiger Entschluß von Klug“, erklärte Team Stronach Klubobmann Robert Lugar. Es habe einfach keinen Sinn, das Leben unserer Blauhelme aufs Spiel zu setzen – „für eine Friedensmission, die angesichts des innersyrischen Konflikts nicht aufrecht erhalten werden kann“, so Lugar.

Es sei nicht Aufgabe der österreichischen Soldaten zwischen Rebellen, Opposition und Regierung zu vermitteln, verdeutlichte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) am 11. Juni nach dem Ministerrat. „Wir wollten auch eine Verlängerung des Waffenhandels-Embargos. Damit konnten wir uns nicht durchsetzen. Jetzt ist das Gegenteil zu befürchten, nämlich noch mehr Waffen in die Region.“ Hier stünde die Sicherheit der Soldaten im Vordergrund. Österreichs Stellung in der Welt sieht er nicht gefährdet.

Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) ergänzte: „Es wird jetzt in New York direkt mit dem Peacekeeping Departement der UNO festgelegt, wie die Modalitäten des Rückzugs funktionieren. Für uns haben die rasche Heimkehr unserer Soldaten und ein geordneter Abzug oberste Priorität.“ Und er hob die Sicherheit der österreichischen Soldaten hervor: „Wenn der Verteidigungsminister sagt, daß die Lage nicht mehr beherrschbar sei, müssen wir handeln.“

Kritik am »Fahrplan«

Auch wenn es prinzipiell allgemeine Zustimmung zum Abzug unserer Blauhelme

gab, entzündete sich teils heftige Kritik am zeitlichen Ablauf. Verteidigungsminister Gerald Klug hatte am 6. Juni erklärt, das Bundesheer werde sich geordnet innerhalb von zwei bis vier Wochen von den Golanhöhen zurückziehen. Damit hätten die anderen Truppenstellungen, die UN und Israel, Zeit, um sich auf die geänderten Rahmenbedingungen einzustellen. Dementsprechend sind am Abend des 12. Juni auch die ersten 67 Bundesheer-Soldaten vom Golan nach Wien zurückgekehrt, wo sie am Flughafen von Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Gerald Klug empfangen wurden. Mit diesem Flug hatten Soldaten turnusmäßig ihren Auslandseinsatz beendet – sie werden aber nun nicht mehr nachbesetzt.

Daran erhitzt sich nun Kritik aus verschiedenen Richtungen, denn bis zum 28. Juni sollten, wie es der Verteidigungsminister vorgesehen hatte, die restlichen Soldaten vom Golan zurückkehren – und ebenfalls nicht mehr ersetzt werden. „Übereilten“ Abzug nennen das die einen, „feige Flucht“ die anderen.

Es sind Diplomaten und Militärs, die sich in Interviews dahingehend äußern, daß Österreich seine Verträge mit der UNO breche und sich somit der Lächerlichkeit preisgebe. Wie einige Tageszeitungen meldeten, würden Soldaten aus Fidschi und Schweden die österreichische Truppe ersetzen, was aber aus logistischen Gründen nicht schnell genug gehe. Deshalb habe die UNO Österreich aufgefordert/gebeten, mit dem gänzlichen Rückzug noch bis Ende Juli zuzuwarten.

Der außenpolitische Sprecher und stellvertretende Klubobmann des BZÖ, Herbert Scheibner, erklärte, die „Blamage wird jeden Tag größer. SPÖ und ÖVP machen mit ihrer Chaospolitik betreffend den Golan den Schaden für Österreichs Ansehen in der Welt immer größer. Das BZÖ fordert, einen Schlußstrich zu ziehen, die Soldaten am Golan mit einem robusten UN-Mandat auszustatten und am Golan zu bleiben“. Klug, Spindelegger und Faymann würden im Chaos versinken, anstatt bestehende Verträge einzuhalten und die dafür bereitstehenden Profis des Bundesheers auf den Golan zu senden. „Gerade jetzt, wo es nach dem G8-Gipfel eine Chance auf eine Lösung des Syrienkonfliktes gibt, abzuziehen, ist ein völlig falsches Signal“, so Scheibner.

Team Stronach Landesverteidigungssprecher Christoph Hagen sagte, zuerst sei die Situation für unsere Soldaten als brandgefährlich dargestellt worden und es sei keine

andere Wahl geblieben, als den Rückzug zu verlangen. „Dann stellte sich heraus, daß unsere Blauhelme lang nicht so gefährdet waren, im Gegenzug aber Kanzler Faymann und Außenminister Spindelegger auf bestehende Verträge mit der UNO vergessen haben und auch andere Nationen nicht rechtzeitig vom Rückzug informiert haben.“ Ganz offensichtlich hätten SPÖ und ÖVP auf schnellem Weg Punkte für die Nationalratswahl machen wollen. „Dabei haben Faymann und Spindelegger auf der internationalen Bühne aber sich und damit unser Land der Lächerlichkeit preisgegeben“, so Hagen.

Spindelegger hingegen sagte, er stehe weiterhin hinter dieser Entscheidung: „Das muß einerseits so schnell wie möglich, aber rechtlich geordnet und seriös über die Bühne gehen.“ Wie der Abzug vorstattengehe, sei jetzt Verhandlungssache zwischen Verteidigungsministerium und der UNO. „Rechtliche Grundlage des Einsatzes ist ein Übereinkommen der damaligen Bundesregierung“, erklärt der Außenminister. Die Truppenbestellvereinbarung müsse entweder einvernehmlich suspendiert oder bei Einhaltung einer dreimonatigen Frist gekündigt werden. „Unser Ziel ist die einvernehmliche Suspendierung des Abkommens. Wir haben uns jetzt in New York mit der UNO sehr bemüht, die Details zu klären. Es gibt ein gewisses Entgegenkommen der UNO, das vom 31. Juli spricht. Darüber hinaus hat die UNO Österreich gebeten, einen Teil der Ausrüstung an jene Truppen zu übergeben, die den Österreichern am Golan nachfolgen“, stellt Spindelegger die Sachlage dar, und betont: „Jetzt müssen wir verhandeln, um zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Aber Fakt ist: Wir sind ein Rechtsstaat und halten uns an internationale Vereinbarungen, die wir getroffen haben. Wir wollen eine Einigung mit der UNO finden, die sowohl die Interessen Österreichs als auch die der UNO berücksichtigt.“

Verbleib bis Ende Juli

Am 24. Juni wurde dann gemeldet, Verteidigungsminister Gerald Klug habe mit der UNO vereinbart, 50 Mann – sie üben Schlüsselfunktionen aus – würden bis Ende Juli am Golan bleiben und so für eine geordnete Übergabe an die nachfolgenden Soldaten sorgen können.

Die anderen Einsatzorte österreichischer Soldaten (Kosovo, Bosnien und Libanon) bleiben davon unberührt. ■

Quellen: SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ, Grüne, Team Stronach, Außenministerium, Verteidigungsministerium

Die Geschichte des Golan-Einsatzes

Schon seit 1974 überwachen österreichische Friedenssoldaten auf den Golanhöhen die Einhaltung des Waffenstillstandes zwischen Syrien und Israel.

1923 wurde Palästina aufgeteilt. Der kleinere Teil wurde von nun an „Palästina“ genannt, während aus dem größeren Teil Transjordanien (erst als Sultanat, dann als Königreich Jordanien) entstand. In weiterer Folge wurden die Golan-Höhen mehrmals Schauplatz von Kampfhandlungen zwischen Israel und Syrien. Der Grund liegt in ihrer strategischen Bedeutung. Von den Höhen können die israelischen Siedlungen im Jordantal leicht unter Feuer genommen werden. So drangen die Syrer 1948, kurz nach dem Entstehen des Staates Israel, vom Golan aus über den Jordan vor, zogen sich 1949 aber wieder zurück.

Im Sechs-Tage-Krieg 1967 eroberte Israel große Teile des Golans. Die Höhen wurden als Beobachtungs- und Frühwarnstationen ausgebaut. Im Yom-Kippur-Krieg 1973 gelang den Syrern ein Überraschungsangriff Richtung Jordantal, der aber in Folge von Nachschubmangel und fehlender Luftunterstützung zum Stehen kam. Israel gelang es in kürzester Zeit nach Mobilmachung der Golanbrigade den gesamten Golan, einschließlich des Mount Hermon, zurückzuerobern. Der weitere Vorstoß konnte erst an der Hügelkette westlich Sassa von Syrien aufgehalten werden.

Internationale Reaktionen

Auf Initiative der USA gelang es nach zähen Verhandlungen, Syrien und Israel zur Unterzeichnung eines Entflechtungsabkommens zu bringen. Diese erfolgte am 31. Mai 1974 in Genf. Das Abkommen sieht vor, daß Israel auf die Positionen zurückgeht, die es bereits 1967 erobert hatte. Am gleichen Tag beschloß der Sicherheitsrat mit Resolution 350 die Aufstellung von UNDOF (United Nations Disengagement Observer Force). Von UNEF II wurde ab dem 2. Juni 1974 das österreichische Bataillon (AUSBATT) und das peruanische Bataillon (PERBATT) herausgelöst und auf die Golan-Höhen verlegt.

Das Entflechtungsabkommen legte eine Alpha-Linie (A-Linie) im Westen, die von den Israelis nicht überschritten werden durfte, und eine Bravo-Linie (B-Linie) im Osten, die von den Syrern nicht überschritten werden durfte, fest. Dazwischen lag die entmilitarisierte Pufferzone (Area of Separation), die von UNDOF überwacht wurde. Die A-Linie verlief im allgemeinen etwa 20 km ost-

wärts des Jordantals und war so gezogen, daß die den Raum Kuneitra beherrschenden Höhenzüge in israelischem Besitz blieben. Die Bedeutung dieser Höhen wurde durch die Errichtung bzw. den Ausbau von Frühwarn- und elektronischen Aufklärungsstationen durch Israel unterstrichen.

Durch UNDOF wurden Stützpunkte innerhalb der Pufferzone und an den Zufahrtsstraßen betrieben. Zwischen den Stützpunk-

ten erfolgte eine rege Patrouillentätigkeit. Beiderseits der Pufferzone befand sich eine jeweils 25 km breiter Abschnitt (Area of Limitation), der in drei Teilzonen unterteilt wurde und in der eine Höchstzahl an Soldaten, Waffen und Kampfpanzern festgelegt wurde (siehe Abbildung). In der ersten Zone bis zu einer Tiefe von 10 km durften nur jeweils 6000 Mann der Streitkräfte mit 75 Panzern und 36 Geschützen stationiert sein. In der

Übersichtskarte Naher Osten



www.bundesheer.at SCHUTZ & HILFE

Pufferzone zwischen Israel und Syrien

- Lenkwaffenverbot innerhalb von 25 km
- Artillerie: max. 122mm-Geschoße innerhalb der 10 km-Zone sowie maximale Reichweite von 20 km innerhalb der 20 km-Zone

www.bundesheer.at SCHUTZ & HILFE

Österreich, Europa und die Welt

anschließenden Zone bis 20 km Tiefe war es den Konfliktparteien gestattet, weitere 450 Kampfpanzer und 162 Geschütze neben einer unbeschränkten Zahl an Soldaten zu unterhalten. In der dritten Zone war nur verboten, Fliegerabwehrraketen zu stationieren.

Die Aufgabe der UNDOF-Kräfte

Die Soldaten überwachen das Truppentrennungsabkommen zwischen Israel und Syrien. Die erfolgt vor allem durch Kontrolle der „Area of Limitation“, Besetzung der „Area of Separation“ und des vereinbarten Truppenabzuges. Militärbeobachter von UNTSO sind zur Unterstützung, insbesondere zur Überwachung der beiderseits an die Pufferzone anschließende Truppenreduzierungs zonen, der Mission unterstellt.

Schon seit 1974 überwachen österreichische Friedenssoldaten auf den Golanhöhen die Einhaltung des Waffenstillstandes zwischen Syrien und Israel. Der aktuelle Einsatz der Blauhelme erfolgt im Auftrag der Vereinten Nationen und beruht auf einem Ministerrats- bzw. Nationalratsbeschluß vom Oktober 2002. Auf den Golanhöhen arbeiten die Österreicher zusammen mit Kameraden aus Indien und den Philippinen.

Österreichs internationale Rolle

Der Kalte Krieg ist Geschichte, doch viele Nationen leben auch heute noch nicht in Frieden. Regionale Kriege und bewaffnete Konflikte dauern an und verursachen Verluste unter der Zivilbevölkerung.

Friedensunterstützende und friedenserhaltende Aufgaben werden in der heutigen internationalen Gemeinschaft immer wichtiger. In Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen sind auch andere regionale Organisationen wie OSCE, EU und die NATO im Namen des Friedens tätig. Sie setzen dabei auf Diplomatie und wirtschaftliche Initiativen und Maßnahmen. Greift diese Diplomatie nicht, werden militärische Mittel eingesetzt.

Als Mitglied vieler internationaler Organisationen ist Österreich bemüht, seinen Beitrag an friedenserhaltenden Maßnahmen zu leisten. Seit 1960 haben mehr als 90.000 österreichische Soldaten und zivile Helfer an über 50 internationalen friedensunterstützenden und humanitären Missionen teilgenommen. Seit Ende des Kalten Krieges ist die Anzahl der Missionen stark gestiegen. Ergänzend zu klassischen Friedensmissionen werden humanitäre Katastrophenhilfeeinsätze immer bedeutender. ■

<http://www.bundesheer.at>

Quelle: Österreichisches Bundesheer



Ein UN-Soldat beobachtet die Pufferzone zwischen Syrien und Israel.



Die UN-Soldaten patrouillieren sowohl im Sommer...



...als auch bei winterlichen Bedingungen wir hier auf Mount Hermon.

Fotos: UN / Wolfgang GREBIEN

Österreichs Gesellschaft ist nicht bereit, tote Soldaten in Kauf zu nehmen

Mit der Ankündigung, seine Friedenssoldaten von den Golan-Höhen abzuziehen, hatte Österreich international Irritationen ausgelöst. Generalstabschef Othmar Commenda findet im OÖNachrichten-Interview vom 10. Juni die Entscheidung dagegen nachvollziehbar und übte im Gegenzug heftige Kritik an der UNO.

Von Eike-Clemens Kullmann.

OÖN: Herr General, was sagen Sie zum Vorwurf an Österreich: Wenn es gefährlich wird, dann flüchten wir?

Othmar Commenda: Von uns Soldaten hat niemand gesagt, er habe Angst. Es gab seit März in einer eigens eingerichteten Task Force eine laufende Lagebeurteilung und die entsprechenden Infos an den Minister. Die Politik hat schließlich gesagt, wir können das Risiko nicht mehr tragen. Und das ist völlig in Ordnung. Ich stehe zu 100 Prozent hinter der Entscheidung des Ministers. Denn er hat völlig recht, wenn er sich die Frage stellt, was ist, wenn ein Soldat stirbt? Ich bin überzeugt davon, daß die österreichische Gesellschaft nach 60 Jahren Frieden nicht bereit ist, tote Soldaten in Kauf zu nehmen.

Aber es gab nicht nur international Kritik, sondern auch aus Österreich.

Alle sogenannten Experten reden sich leicht. Diese Zurufe von außen sind nicht hilfreich. Aber es scheint in so einem Fall für manche immer falsch zu sein, was ein verantwortlicher Minister entscheidet. Dabei muß ausschließlich er verantworten, ob das Risiko kalkulierbar ist oder nicht. Ich vergleiche das immer mit einem Sprung aus einem Flugzeug. Mit Fallschirm ist das Risiko kalkulierbar, ohne unkalkulierbar.

Vor den Österreichern haben schon andere Nationen ihre Soldaten abgezogen. Ist die Kritik an uns unfair?

Ja. Als die Japaner gegangen sind, gab es keine Reaktion, als die Kanadier innerhalb von einem Tag abgezogen eben so wenig wie beim Abzug der Kroaten innerhalb von zwei Wochen.



Foto: Bundesheer / Michael Miller

Generalstabschef Othmar Commenda verfolgt eine Übung in Allentsteig

Die philippinischen Soldaten waren in jüngster Zeit sogar von Geiselnahmen betroffen.

Hier war die UNO längst gefordert, was zu tun. Es werden zwar Soldaten in solche Missionen entsandt, aber werden dann nicht in die Lage versetzt, sich zu schützen, und müssen sich demütigen lassen.

Heißt das, Sie kritisieren die UNO?

Das Mandat der UNO war, einen Waffenstillstand zu überwachen. Vor 40 Jahren dachte niemand an einen Krieg zwischen Syren und Syren.

Sind UNO-Soldaten für derartige Einsätze richtig ausgerüstet?

In diesem Fall seit der Bürgerkriegsauseinandersetzung nicht. Wir haben schon vor

einem halben, dreiviertel Jahr der UNO gesagt: Tut was, die Soldaten sind schlecht geschützt. Aber passiert ist wenig bis gar nichts. Wir haben eigene Ausrüstung geschickt, Splitterschutzwesten, Nachtsichtgeräte, haben den ABC-Schutz aufgewertet und sogar gepanzerte Fahrzeuge. Denn wenn einem unserer Soldaten etwas passiert, können wir ja nicht sagen, das wäre Angelegenheit der UNO gewesen. Die UNO hat dann unter österreichischem Druck versprochen, gepanzerte Fahrzeuge aus dem Libanon auf den Golan zu verlegen. Doch großteils ist nichts gekommen oder wenn, dann in sehr schlechtem Zustand.

Wenn Österreich jetzt abzieht, ist dann die Mission zu Ende? Denn die UNO hat ja gerade das Angebot Rußlands abgelehnt, sich zu engagieren.

Es gibt auf der Welt genügend große und vor allem viel größere Armeen als die österreichische. Doch wird scheinbar einem Engagement auf dem Golan von vielen doch nicht jene Bedeutung wie behauptet zuerkannt.

Was bedeutet ein mögliches Aus der Golan-Mission für die UN-Mission im Libanon? Österreich hat dort derzeit 159 Soldaten stationiert. Werden die jetzt ebenfalls abgezogen?

Die Situation im Libanon ist noch eine andere. Es gibt dort viel mehr wesentlich besser ausgestattete Soldaten und zudem ein anderes robusteres Mandat als jenes auf dem Golan. ■

Das „Österreich Journal“ dankt den „OÖNachrichten“ <http://www.nachrichten.at> dafür, daß wir Ihnen dieses Interview zur Lektüre anbieten konnten.



Nur noch chaotische Einsätze

Die »Wiener Zeitung« sprach in einem Interview vom 12. Juni mit dem ehemaligen UN-Kommandanten am Golan und Gründungspräsidenten der Vereinigung Österreichischer Peacekeeper, General i.R. Günther Greindl, über die Folgen der Entsendung der österreichischen Regierung, ihre knapp 380 UN-Soldaten vom Golan abzuziehen, und die künftigen Einsätze österreichischer Blauhelme.

Von Veronika Eschbacher.

„Wiener Zeitung“: Wieso sind die Golan-Höhen strategisch so wichtig und UN-Blauhelme nötig?

Günther Greindl: Der Golan ist ein Hotspot der Weltpolitik. Rundherum findet man nur problematische Zonen. Daher war und ist es wichtig, daß einmal eine Zone im Nahostkonflikt – die zwischen Israel und Syrien – ruhiggehalten wird und man das Konfliktpotential zwischen den beiden Ländern minimiert. Das war und ist die entscheidende Funktion der Undof-Mission.

Es gibt kritische Stimmen, die meinen, der Golan-Einsatz mit Beobachtung alleine sei ohnehin sinnlos.

Ob der Einsatz sinnvoll ist, haben alleine die drei betroffenen Parteien zu beurteilen: der Sicherheitsrat, Israel und Syrien. Alle drei sind der Meinung, er ist es. Warum? Weil beobachten und melden, was dort vor sich geht, ganz wichtig ist und in neutralen, unabhängigen Berichten mündet. Ansonsten macht nur jeder Propaganda in seinem eigenen Interesse.

Die Israelis haben erst jetzt noch einmal klar gesagt, sie stört, daß, sollte etwas am Golan passieren und sie selber eingreifen müssen, jeder sagen wird: Die Israelis haben die Lage eskalieren lassen. Sollte die Mission wirklich geschlossen werden, gibt es niemanden, der dem Sicherheitsrat ein neutrales Bild liefern kann.

Seit die Österreicher ihren Abzug angekündigt haben, sehen manche Beobachter bereits die ganze Undof-Mission am Golan zusammenbrechen. Was bedeutet der Abzug Österreichs für die UNO?

Wenn ein Truppensteller – so wie Österreich jetzt – ohne Rückkoppelung mit der UNO und den dort vorhandenen Konfliktparteien



Foto: Bundesheer / Elisabeth Zechmeister

General i.R. Günther Greindl (l.), im Bild mit Bundesrat Ludwig Bieringer bei der Unterzeichnung einer Partnerschaft zwischen der Peacekeeper-Vereinigung und Kameradschaftsbund

über Nacht sagt „So, wir gehen“, ist das ein enormer Vertrauensverlust nicht nur für die UNO, sondern für das gesamte Peacekeeping weltweit. Damit ist wieder bestätigt: „Die UNO ist nur dann gut, wenn nichts passiert.“

Für Israel ist es eine doppelte Bestätigung: Das Land war von Anfang an gegen UN-Truppen, da es ihnen nie vertraut hat. Österreich hat es aber geschafft, in den 40 Jahren dort enormes Vertrauen aufzubauen: Israel bezeichnet heute Österreich als das Rückgrat der Mission. Wenn man jetzt dieses Rückgrat von einer Mission wegnimmt, wird es natürlich für den Einsatz selber schwierig.

Wie schwierig ist es denn, neue Truppensteller zu finden?

Sehr schwer. Viele Voraussetzungen müssen stimmen, politische, aber auch fachliche – man kann nicht irgendein Kontingent hinschicken. In den nächsten zwei, drei Monaten wird es der UNO nicht gelingen, jemanden zu finden.

Zudem ist problematisch, daß die Österreicher sagen, sie wollen in zwei bis vier Wochen abziehen. Für einen Truppensteller, der 50 Jahre für die UN-Truppen gestellt hat, ist das eigentlich eine unglaubliche Vorgehensweise. Und selbst wenn morgen ein Land zusagt, sind mindestens zwei Monate Vorlaufzeit nötig, bis neue Truppen im Einsatzraum sind.

Diese Schwierigkeiten müßten doch der österreichischen Regierung bewußt gewesen sein.

Sagen wir so: Wenn eine Nation, die 50 Jahre Truppen im Rahmen der UN gestellt hat, das nicht weiß, dann weiß ich nicht, wer das sonst wissen sollte.

Ende des Monats steht die jährliche Undof-Mandatsverlängerung an. Nun steht auch eine nicht näher definierte Mandatsänderung im Raum. Würde das etwas bringen?

Ich halte von einer Mandatsänderung überhaupt nichts. Ich wüßte zudem nicht, in welche Richtung es geändert werden sollte. Friedensdurchsetzung? Wie bitte? Gegen wen soll man eingreifen – Rebellen, Syrer oder Israel?

Selbstschutz war bereits bisher möglich. Wenn geschossen wird, und diese Gefahr bestand immer, geht man in die Bunker. Deswegen hat die Mission von Anfang an Bunker gebaut. Und auch wenn das Mandat in seiner jetzigen Form temporär nicht erfüllbar ist, ist es dennoch sinnvoll. Irgendwann werden die Kampfhandlungen aufhören und man wird die Mission wieder brauchen.



Österreich, Europa und die Welt

Hätte sich Österreich mehr für bessere Bewaffnung und Ausrüstung einsetzen sollen?

Genau das hätte man vom Sicherheitsrat fordern müssen: Keine Mandatsänderung, sondern eine Änderung der Bewaffnung und Ausrüstung. Man hätte auch durchsetzen sollen, daß man die Pandur-Panzer in die Pufferzone hineinbekommt und diese nicht wochenlang im Camp stehen, weil eine Partei das verhindert. Politisch hätte man den

Sicherheitsrat in die Pflicht nehmen können.

War das ein spezielles Versäumnis der Österreicher oder betrifft das auch die anderen Truppensteller?

Alle Truppensteller, aber auch die Mitglieder im Sicherheitsrat. Österreich als wichtigster Truppensteller hätte wohl schon mit verstärktem Gewicht auftreten können. Man hätte etwa eine Sicherheitsratssitzung einbe-

rufen können, dort die Lage als Truppensteller erklären und klarmachen können, daß es wie bisher nicht weiter geht. Soweit ich weiß, wurde ein Brief an die UNO geschrieben. Briefe schreiben kann man viele, da hätte man vermutlich persönlich auftreten und die Leute ansprechen sollen. ■

Das „Österreich Journal“ dankt der „Wiener Zeitung“ <http://www.wienerzeitung.at> dafür, daß wir Ihnen dieses Interview zur Lektüre anbieten konnten.

Neue Sicherheitsstrategie

Verteidigungsminister Gerald Klug: »Wir gestalten Sicherheitspolitik für die nächste Dekade« - Die Neutralität wurde ausdrücklich verankert

Der Nationalrat hat am 3. Juli die neue Sicherheitsstrategie für Österreich beschlossen. „Damit erhält die österreichische Sicherheitspolitik ein tragfähiges und zukunftsfähiges Fundament. Wir gestalten Sicherheitspolitik für die kommende Dekade“, sagte Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ). Die Sicherheitsstrategie bringt eine Abkehr vom alten Konzept der Raum- und Territorialverteidigung und legt einen deutlichen Schwerpunkt auf Auslandseinsätze im Rahmen der EU und der UNO, auf Konfliktprävention und Krisenmanagement. Die Neutralität ist wieder ausdrücklich in der Strategie verankert. Ein NATO-Beitritt, wie in der alten Doktrin angedacht, ist hingegen keine Option mehr.

Die Strategie trägt damit klar den neuen Bedrohungsszenarien – Terrorismus, Cyber-Warfare, internationale Krisen und deren Folgen, natürliche und technische Katastrophen – Rechnung. „Um diesen Bedrohungen zu begegnen, braucht es Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene. Kein Staat kann das alleine leisten“, so Klug. Man werde auch deshalb weiterhin Fähigkeiten vorhalten, um sich am gesamten zivilen und militärischen Aufgabenspektrum von EU und UNO beteiligen zu können. Auch die Teilnahme an EU-Battlegroups wird fortgesetzt. „Unser Ziel ist es, auch in Zukunft zu den Top-Truppenstellern in der EU zu zählen“, betonte der Verteidigungsminister. International werden deshalb mindestens 1100 Soldaten dauerhaft im Auslandseinsatz stehen. Für Zwecke der Konfliktprävention soll darüber hinaus zusätzlich ein Pool von 100 Experten aufgestellt werden.

Im Inland liegt das Schwergewicht künftig auf dem Schutz der Souveränität und der

Funktionsfähigkeit des Staates. Zu diesem Zweck werden vor allem die Kapazitäten des Bundesheeres in den Bereichen ABC-Abwehr, Pionierfähigkeiten, Sanität und Schutz kritischer Infrastruktur ausgebaut. „Das Österreichische Bundesheer bleibt auch in Zukunft unverzichtbares und eigenständiges Element der inneren und äußeren Sicherheit“, so Klug. Die neuen Aufgaben erfordern eine Mobilmachungsstärke des Heeres von 55.000 SoldatInnen. Für die Katastrophenhilfe werden jederzeit 12.500 Soldaten verfügbar gehalten.

Das Kernelement der Reform ist ein modulares Ausbildungssystem, das in mehreren Stufen aufgebaut ist. Das Fundament bilden die zwei Basismodule „Allgemeine Fähigkeiten“ und „Militärische Grundausbildung“, die für jeden Grundwehrdiener verpflichtend zu absolvieren sind. Darauf folgt dann eines von vier Wahlmodulen zur Spezialisierung.

Modul 1: Schutz und Hilfe

Dieses Modul beinhaltet die Inlandsaufgaben des Bundesheeres. Hier stehen Objektschutz, der Schutz kritischer Infrastruktur, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Hilfe im Katastrophenfall und die Grenzüberwachung im Vordergrund.

Modul 2: Cyber-Sicherheit

Hier stehen IT- und Netzwerksicherheit für das Bundesheer und den gesamten Staat auf dem Programm. Auch Cyber-Defence, also das Abwehren von gezielten Angriffen über das Internet, wird vorbereitet.

Modul 3: Militärisches Berufspraktikum

In diesem Modul geht es um Vertiefung im erlernten Beruf. Rekruten, die dieses Mo-

dul wählen, unterstützen bei der Instandhaltung von Gerät und Infrastruktur, kommen aber beispielsweise auch in der Gastronomie oder Logistik zum Einsatz. Zudem können zusätzliche Qualifikationen erworben werden.

Modul 4: Militärische Spezialisierung

Rekruten, die sich für das Modul Militärische Spezialisierung entscheiden, sollen die Basis für ein solides Kontingent an ZeitsoldatInnen und starkes Engagement im Ausland bilden.

Durch den Parlamentsbeschluß sei der Weg nun frei für eine „Teilstrategie Verteidigungspolitik“, in der die zukünftige Struktur, die nötige Ausrüstung und die Ausbildung der Armee weiter konkretisiert werden, so Klug.

„Jeder Rekrut wird zukünftig einen ‚Talente-Check‘, ergänzt durch Beratungs- und Informationsgespräche, absolvieren“, sagt Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP). Ziel sei, die Grundwehrdiener nach ihren Fähigkeiten und Talenten am richtigen Platz einzusetzen. Durch diesen Talentecheck und die vier angebotenen Wahlmodule könnten künftig die Fähigkeiten und Wünsche junger Wehrpflichtiger berücksichtigt werden. „Dem Bedarf im Bundesheer entsprechend, werden die Bestqualifizierten für die jeweiligen gewünschten Verwendungen eingeteilt.“

Verteidigungsminister Gerald Klug: „Das Angebot ist breit gefächert. Das wird sich sowohl positiv auf die Qualität der gebotenen Ausbildung als auch auf die Motivation und das Engagement der Grundwehrdiener auswirken.“ ■

<http://www.bundesheer.at>

18. Europa-Forum Wachau

Das diesjährige hochkarätig besetzte internationale Treffen auf Stift Göttweig beleuchtete in diesem Jahr die Umriss eines neuen Europa jenseits der Krise.



Foto: photonews.at / Georges Schneider

v.l.: Moderator Paul Lendvai, EU-Kommissar Johannes Hahn, Landesrätin Barbara Schwarz, Premierminister von Lettland Valdis Dombrovskis, Landeshauptmann Erwin Pröll, Außenminister von Andorra Gilbert Saboya Sunyé und Prälat Columban Luser

Das Thema des 18. Europa-Forums Wachau, das am 15. Juni im Stift Göttweig eröffnet wurde, lautete „Jenseits der Krise – Umriss eines neuen Europas“. Im Zuge der Plenarveranstaltung im Altmann Saal des Stiftes kamen im Anschluß an die Begrüßung durch den Abt von Göttweig, Columban Luser, und durch die Präsidentin des Europa-Forums, Landesrätin Barbara Schwarz, Landeshauptmann Erwin Pröll, der Autor und Schauspieler Miguel Herz-Kestranek, EU-Kommissar Johannes Hahn, der Minister für auswärtige Angelegenheiten des Fürstentums Andorra, Gilbert Saboya Sunyé, und der Premierminister von Lettland, Valdis Dombrovskis, zu Wort. Moderiert wurde die Veranstaltung durch Prof. Paul Lendvai.

Seit dem Jahr 1995 komme man auf dem Göttweiger Berg zusammen, um im Rahmen des Europa-Forums Wachau „die Facetten der europäischen Entwicklung zu begleiten“,

dabei aber auch „mit ehrlichen Argumenten Unangenehmes anzusprechen“, sagte Niederösterreichs Landeshauptmann.

Viele meinten derzeit, Europa sei ein Sanierungsfall, so Pröll, der dem entgegen hielt: „Sehr vieles ist viel besser, als es in der öffentlichen Diskussion derzeit erscheint. Halten wir uns vor Augen: Noch nie hat es in Europa so viel Freiheit und so viele Chancen gegeben wie jetzt. Noch nie zuvor hatten wir eine so lange Friedensperiode wie jetzt. Europa ist für seine Wirtschaftsdynamik und sein Gesellschaftsmodell in aller Welt anerkannt.“ Europa sei „mit Sicherheit nicht am Ende“, auch wenn Europa immer „eine Reise“ sein werde: „Europa bleibt ein Projekt, an dem andauernd gearbeitet wird und wo jeder seine Aufgabe zu erfüllen hat.“

Seine Überzeugung sei klar, so Pröll: „Wir brauchen nicht mehr Europa, sondern wir brauchen mehr Europa am richtigen

Platz.“ So brauche man etwa „mehr Europa, wenn es darum geht, sich in einer globalisierten Welt durchzusetzen“, betonte er. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Hochwassersituation wünsche er sich die verstärkte Anwendung des Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzips, zum einen durch den Einsatz von EU-Mitteln, um bei der Abgeltung der Schäden zu helfen, aber auch dadurch, daß „Investitionsgelder für den Hochwasserschutz verfügbar gemacht werden“. Man müsse in Europa „enger zusammenrücken, um Katastrophenpläne zu entwickeln und um voneinander zu lernen“, so Pröll. Eine gute Chance biete dafür die Donauraumstrategie, im Zuge dieser soll der Katastrophenschutz „wesentlich klarer bearbeitet“ werden.

Das gemeinsame Europa brauche „selbstbewußte Regionen“, sagte der Landeshauptmann weiters, denn „wir profitieren gegen-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Minoritenplatz8



v.l.: Hashim Thaçi, Premierminister des Kosovo, die Präsidentin des Europa-Forum Wachau, Landesrätin Barbara Schwarz, Außenminister Michael Spindelegger und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll, bei der Begrüßung

seitig – das Große vom Kleinen, das Kleine vom Großen“. So habe Niederösterreich von der EU sehr profitiert, informierte Pröll: „Jeder Euro, der von Niederösterreich nach Brüssel abgegeben wird, kommt dreifach zurück. Wir haben in Niederösterreich um 80 Prozent mehr Unternehmen als 1995, ausländische Unternehmen investieren bei uns sieben Mal so viel wie 1995.“

Landesrätin Barbara Schwarz

ging in ihrer Begrüßungsrede – als Präsidentin des Europa-Forum Wachau – auf die Wechselwirkung von Solidarität und Subsidiarität ein: „Europa wird sich im Großen neue gemeinschaftliche Regeln überlegen müssen – beispielsweise in der Finanzpolitik oder in der gemeinsamen Sicherheitspolitik. Wir müssen aber darauf achten, daß wir im Kleinen das Prinzip der Subsidiarität aufrechterhalten und mit Leben erfüllen. Denn regionale Strukturen bedeuten für den Bürger bessere Mitsprache und Mitentscheidungsmöglichkeit und für den Politiker bessere Erklärungsmöglichkeit.“

Europa werde bei der Überwindung der derzeitigen Herausforderungen die Unterstützung der BürgerInnen und vor allem der Jugendlichen brauchen, meinte Schwarz weiter, „denn sie müssen die notwendigen Schritte – die auch Verzicht für sie persönlich bedeuten – mittragen. Daher brauchen wir dringend eine Stärkung der solidarischen Gemeinschaft in Europa. Das kann wiederum nur im direkten Umfeld in den Vereinen, in den Gemeinden, in den Regionen begin-

nen. Denn nur wer Solidarität im Kleinen gelebt und erlernt hat, begreift auch, warum Europa solidarisch handeln muß“, so Schwarz, die als Beispiel das Hochwasser der letzten Tage und Wochen anführte.

Das 18. Europa-Forum Wachau solle sich damit beschäftigen, „welchen Weg Europa jenseits der Krise gehen wird“, hielt die Landesrätin fest. Für das Verständnis der EU bei der Bevölkerung sei das Europa der Regionen ein „ganz wichtiger Ansatz“, sagte sie: „Denn nur die kleine Einheit ist tatsächlich in der Lage, die Bürger zu erreichen.“ Zum diesjährigen Europa-Forum habe man vor allem auch die Jugend eingeladen, hob sie

hervor: „Weil wir gerade der Jugend zeigen wollen, daß es ihr Europa ist.“

Schauspieler Miguel Herz-Kestranek

forderte „Herzblut für die Vision Europa“ ein und plädierte für „Leidenschaft und Emotion“. Es brauche kein neues Europa, „sondern es braucht den Mut, mit Leidenschaft, mit Emotion und mit Herz für das laufende Projekt einzutreten“. Es gehe darum, „Europa vorzuleben, und zwar mit Verstand und mit Herz – von den Parlamenten bis zu den Gemeindestuben, von den Universitäten bis zu den Volksschulen, von den Symposien bis zu den Stammtischen.“

Foto: photonews.at / Georges Schneider



Landeshauptmann Erwin Pröll (l.) und der lettische Premier Valdis Dombrovskis

Österreich, Europa und die Welt

EU-Kommissar Hahn

sagte, seine „Vision von der Weiterentwicklung Europas“ bestehe in einem „Zusammenleben mit Freundschaft, mit gegenseitigem Respekt und wenn es notwendig ist mit Solidarität.“ Die Donauraumstrategie sehe als einen ihrer elf Schwerpunkte die Auseinandersetzung mit der Risikoprävention vor, bezog sich auch Hahn auf die Hochwasserproblematik: Es gelte hier, „gemeinsame Standards zu entwickeln“, denn es brauche in diesem Bereich eine „europäische Abstimmung und Koordination“. Seine Bitte an Niederösterreich, das das Hochwasser „bei allen Problemen bravourös gemeistert“ habe, sei, „diese Erfahrungen innerhalb der Donauraumstrategie einzubringen.“

Gilbert Saboya Sunyé

Minister für auswärtige Angelegenheiten des Fürstentums Andorra, betonte: „In Andorra fühlen wir uns zutiefst in Europa verwurzelt – nicht nur geographisch, sondern vor allem auch in bezug auf Werte und Grundsätze.“ Es gehe ihm um eine „Vertiefung unserer Beziehungen mit Europa und einer Teilhabe an Europa“, so Sunyé.

Valdis Dombrovskis

der lettische Premierminister, bedankte sich für die Möglichkeit, über „die lettische Perspektive auf die europäische Entwicklung“ zu sprechen. Lettland werde mit dem 1. Januar 2014 dem Euro-Raum beitreten: „Wir haben Vertrauen zum Euro und wir stellen dieses Vertrauen unter Beweis.“

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger

lud die Teilnehmer zu einem Gedankenexperiment ein: „Lassen sie uns die letzten Krisenjahre einmal aus der Perspektive künftiger Generationen betrachten: Diese werden feststellen, daß sich die EU in einer schwierigen wirtschaftlichen Phase in denkbar kurzer Zeit auf nie dagewesene Instrumente zur gemeinsamen wirtschaftspolitischen Kontrolle und Steuerung, sowie auf die Vertiefung ihrer Wirtschafts- und Währungsunion verständigen konnte.“ Denn, so ergänzte Vizekanzler Spindelegger, man müsse anerkennen, daß die EU heute besser aufgestellt sei, als am Anfang der Krise. Daher dürfe man jetzt bei der Umsetzung nicht an Konsequenz verlieren.

Den Schwerpunkt seiner Rede legte der Vizekanzler auf die Erweiterungspolitik der Europäischen Union: „Der Erweiterungsprozess demonstriert eindrucksvoll die unge-



Außenminister Michael Spindelegger (Mitte) begrüßt seinen mazedonischen Amtskollegen Nikola Poposki – rechts: Landeshauptmann Erwin Pröll



Außenminister Michael Spindelegger mit seinem rumänischen Amtskollegen Titus Corlatean



Außenminister Michael Spindelegger (Mitte) mit Hashim Thaçi (l.), dem Premierminister des Kosovo, und Ivica Dacic, Ministerpräsident von Serbien

Fotos: Minoritenplatz8

Österreich, Europa und die Welt

brochene Attraktivität der EU als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Er ist für die Kandidatenländer der entscheidende Antrieb, um den jeweiligen innerstaatlichen Reformprozeß voranzutreiben."

Mit dem Westbalkan bestünde ein besonders dichtes Netzwerk aus gemeinsamer Geschichte sowie politischer, wirtschaftlicher, kultureller und zwischenmenschlicher Beziehungen, betonte Spindelegger. „Österreich tritt daher mit allem Nachdruck dafür ein, daß sämtliche Länder des Westlichen Balkans ehestmöglich Mitglieder der EU werden. Ohne den Westbalkan bleibt das Projekt Europa Stückwerk. Laßt uns den EU-Beitritt Kroatiens in zwei Wochen als Initialzündung für die weitere EU-Annäherung der Region sehen!“ Der Vizekanzler unterstrich, daß Österreich sich weiter für die ehestmögliche Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien, für den Kandidatenstatus Albanien und einen glaubhaften Beitrittsantrag Bosnien-Herzegowinas einsetze. Dazu müßten die politischen Eliten in diesen Balkanstaaten aber über ihre Schatten springen und ihre Hausaufgaben machen. „Erst wenn dies geschieht, wird Österreich jene Argumente in die Hand bekommen, um als Anwalt der Region Überzeugungsarbeit in anderen EU-Hauptstädten leisten zu können“, so Spindelegger.

In diesem Zusammenhang begrüßte der Vizekanzler besonders die Anwesenheit der Premierminister von Serbien und des Kosovo, Ivica Dacic und Hashim Thaci, die in Göttweig erstmals außerhalb des UNO- oder EU-Rahmens in New York oder Brüssel zusammenkamen. Beide sind die Architekten der schon jetzt vielfach als historisch bezeichneten Vereinbarung zwischen Belgrad und Pristina, die vor wenigen Wochen zustande kam. „Natürlich ist uns allen bewußt, daß das auf dem Papier Vereinbarte mit Leben zu füllen und zügig umzusetzen ist. Erste Ergebnisse sind schon erzielt. Weitere werden folgen“, so Spindelegger und ergänzte: „Ich bin von der Unumkehrbarkeit des Prozesses überzeugt. Deshalb setze ich mich klar und deutlich für eine Anerkennung und Ermunterung Serbiens und des Kosovo ein. Ich erwarte mir dazu ein klares Signal vom EU-Gipfel Ende Juni. Das bedeutet ein konkretes Zieldatum für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Serbien und für den Beginn von Verhandlungen zu einem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit dem Kosovo.“ Dieses Zieldatum könnte, so der Außenminister, aus seiner Sicht noch heuer, spätestens aber im Jänner 2014 liegen.



Foto: Minoritenplatz8

Außenminister Michael Spindelegger zusammen mit einer der Schulklassen, die zum diesjährigen Europa-Forum eingeladen worden waren. »Weil wir gerade der Jugend zeigen wollen, daß es ihr Europa ist«, wie Landesrätin Barbara Schwarz in ihren Begrüßungsworten hervorgehoben hatte.

Abschließend betonte Spindelegger einmal mehr, die wichtig es für die Rolle der Europäischen Union in Zukunft sei, mit einer Stimme zu sprechen: „Wir dürfen uns nicht in unser europäisches Schneckenhaus verkriechen. Gemeinsam sind wir stärker, um uns den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen. Wir brauchen diese nicht zu scheuen. Denn Europa hat eine starke Basis.“

Hashim Thaçi

Premierminister der Republik Kosovo, sprach im Zusammenhang mit dem Brüsseler Abkommen zwischen Kosovo und Serbien von einer „historischen Leistung“ und einem „historischen Erfolg“: „Wir haben damit eine neue Situation geschaffen, und wir haben damit begonnen, ein neues Kapitel der Geschichte aufzuschlagen.“

Ivica Dacic

Premierminister Serbiens, betonte, der westliche Balkan habe großen Einfluß auf den Frieden und den Wohlstand am europäischen Kontinent. Auch er sprach im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit dem Kosovo von „historischen Schritten“. Die EU sei „sicherlich das wichtigste Friedensprojekt in der Geschichte Europas“, so Dacic.

Nikola Poposki

Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Mazedonien, nahm in seinem Re-

ferat zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union Stellung, diese werde in Zukunft „immer mehr an Bedeutung gewinnen“.

Titus Corlatean

Minister für auswärtige Angelegenheiten von Rumänien, meinte, das Europa-Forum Wachau habe „im Laufe der Jahre sehr an Prestige gewonnen“. Österreich und Rumänien verbinde „eine ganz besondere Partnerschaft“, so Corlatean.

Im Zuge der abschließenden Plenarveranstaltung wurden auch die Resumés der Arbeitskreise präsentiert. Getagt wurde zu den Themen „10 Jahre Gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, „Subsidiarität – Solidarität“, „Wirtschaft – Wachstum und Budgetsanierung“ sowie „Mehr Europa durch mehr Kultur – Die Rolle der Kultur bei der europäischen Integration und in den EU-Außenbeziehungen“.

Vizekanzler Spindelegger bezeichnete die diesjährige Veranstaltung als ein „außergewöhnliches Europa-Forum“. Er bedankte sich im Blick auf das Abkommen zwischen Serbien und dem Kosovo bei den Premierministern, „daß beide diese historische Chance genutzt haben“. Zum Auftreten der Europäischen Union hielt er fest: „Wir brauchen eine starke Position Europas in der Welt.“

<http://www.europaforum.at>

»Dr. Alois Mock-Europa-Preis«

LH Pröll: NÖ ist ein guter Boden, um die Europaidee weiter voranzutreiben



Foto: NLK Burchhart

v.l.: Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, der Vizeministerpräsident und Außenminister der Tschechischen Republik, Karel Schwarzenberg, Landeshauptmann Erwin Pröll und Botschafter Martin Eichinger

In Grafenegg ist am Abend des 20. Juni der „Dr. Alois Mock-Europa-Preis 2012“ an den Vizeministerpräsidenten und Außenminister der Tschechischen Republik, Karel Schwarzenberg, vergeben worden. Den „Dr. Alois Mock-Europa-Preis 2013“ erhielt – in Abwesenheit – der Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso.

„Niederösterreich ist ein guter Boden, um die Europaidee weiter voranzutreiben“, betonte Landeshauptmann Erwin Pröll in seiner Begrüßungsrede. Auf niederösterreichischer Ebene betreibe man „seit langem schon eine niederösterreichische Außenpolitik, weil wir glauben, daß eine kleine überschaubare Region wie Niederösterreich, die im Herzen Europas liegt, einen entsprechenden Beitrag leisten kann“. Der Landeshauptmann verwies dabei etwa auf das vor wenigen Tagen zu Ende gegangene Europa-Forum Wachau oder auch die Donauraumstrategie.

Die Laudatio wurde durch Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger gehalten. „Ich gratuliere Karel Schwarzenberg und José Manuel Barroso zur Auszeichnung mit dem Dr. Alois Mock-Europapreis, der herausragende Leistungen im Dienste eines starken und geeinten Europas würdigt. Sowohl der Europapreisträger 2013, EU-Kommissionspräsident Barroso, als auch der Preisträger 2012, Tschechiens Vizeminister-

präsident und Außenminister Schwarzenberg, haben Außerordentliches für die europäische Integration geleistet“, so Spindelegger nach der Preisverleihung. „José Manuel Barroso war als amtierender Präsident der Europäischen Kommission an der Verabschiedung des Reformvertrags von Lissabon beteiligt. Karel Schwarzenberg unterstützte bereits frühzeitig den Widerstand gegen das kommunistische Regime in der damaligen Tschechoslowakei. Beide Politiker haben oftmals unter Beweis gestellt, daß sie in Europa das Gemeinsame vor das Trennende stellen. Ich freue mich, daß José Manuel Barroso und Karel Schwarzenberg diese Auszeichnung erhalten“, so Spindelegger, der Schwarzenberg als „großen Europäer“ würdigte, der sich „große Verdienste“ erworben habe. Unter seiner Mitwirkung seien „wichtige politische Weichen gestellt“ worden.

Europa stehe heute vor einem „entscheidenden Moment“, betonte Preisträger Karel Schwarzenberg in seiner Dankesrede. In bezug auf die Erweiterungspolitik stellte er fest, daß Europa „noch nicht vollständig“ sei. Es sei „der Auftrag unserer Generation, daß wir ganz Europa vereinen“, so Schwarzenberg.

In Vertretung von Kommissionspräsident Barroso verlas Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, eine Grußbotschaft, in der sich

Barroso „sehr herzlich für diese große Ehre“ bedankte.

Mit dem „Dr. Alois Mock-Europa-Preis“ werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die in Forschung oder Lehre, auf den Gebieten des Schrifttums oder der Publizistik, durch ihre Tätigkeit im staatlichen oder kommunalen Bereich, in Organisationen oder im Wirtschaftsleben die europäische Einheit in vorbildlicher Weise gefördert haben. Bisherige Preisträger sind Paul Lendvai, Elmar Brok, Dimitrij Rupel, Hugo Bütler, Roland Dumas, Magdalena Vasaryova, Hans-Gert Pöttering, Otto von Habsburg, Hans-Dietrich Genscher und Jerzy Buzek.

Die 1994 gegründete Dr. Alois Mock Europa-Stiftung unterstützt wissenschaftliche, kulturelle, gesellschaftspolitische und humanitäre Tätigkeiten zur Förderung der friedlichen Integration der Völker Europas im Rahmen gesamteuropäischer Institutionen mit der Zielrichtung der dauerhaften Sicherung von Frieden und Wohlstand in Europa. So wurden im Zuge der Veranstaltung auch die „Dr. Alois Mock-Wissenschafts- und Förderpreise 2012 und 2013“ vergeben. Diese gingen an Alina Schmidt (Wissenschaftspreis 2012), Martina Almhofer und Eva Tscherner (Förderpreise 2012) sowie Thomas Müller (Wissenschaftspreis 2013) und Marie Czuryay und Christoph Burger (Förderpreise 2013). ■

Eine Botschaft von Ihrer Botschaft

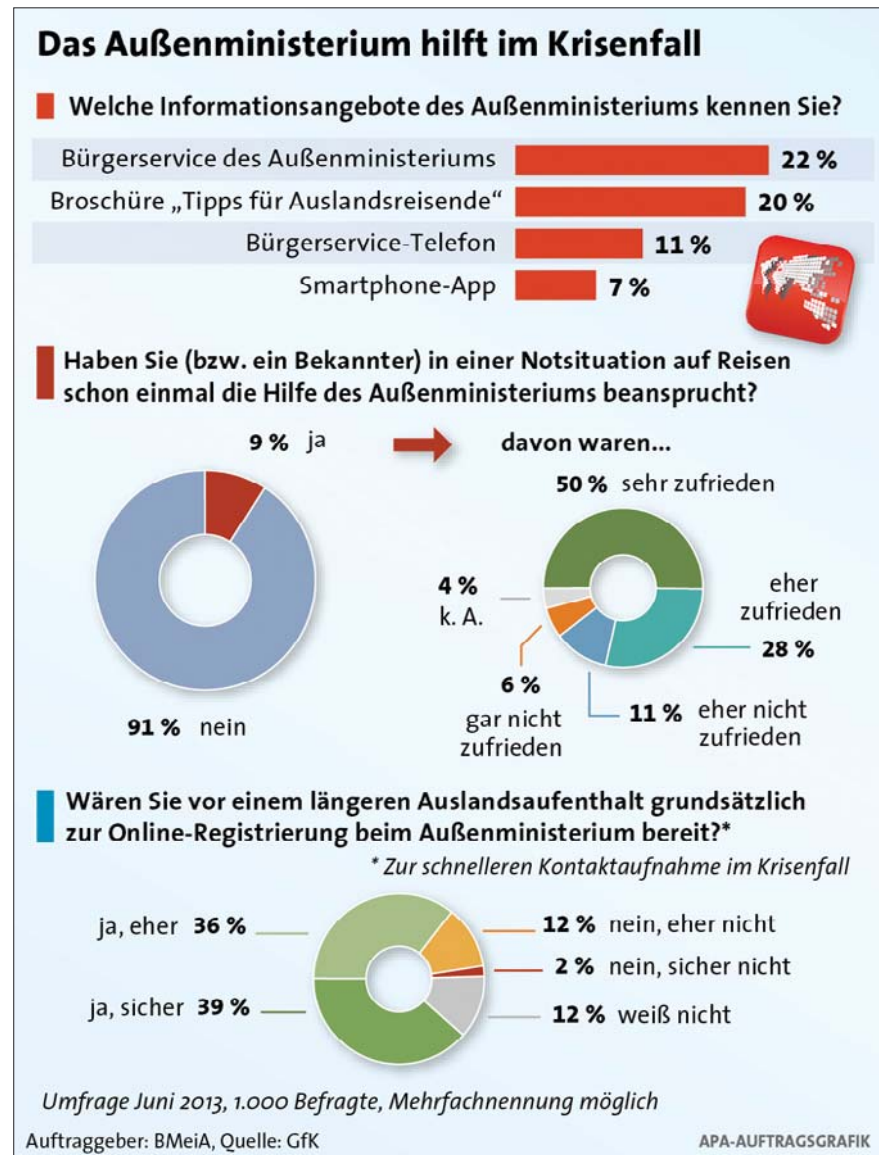
Reiseregistrierung erleichtert Kontaktaufnahme im Krisenfall – Außenministerium erweitert Serviceangebot für Auslandsreisende

In einer Krisensituation im Ausland ist es entscheidend, rasch Kontakt mit den Betroffenen aufzunehmen. Diese Erfahrung haben wir 2011 während der Evakuierung von 270 Österreicherinnen und Österreichern aus Ägypten sowie im Zuge der Nuklearkatastrophe in Fukushima gemacht. Daher erweitern wir unser Serviceangebot und bieten Österreicherinnen und Österreichern ab heute die Möglichkeit, sich vor einem Auslandsaufenthalt auf der Homepage des Außenministeriums zu registrieren. So können unsere Botschaften die Betroffenen im Notfall direkt kontaktieren und die notwendigen Schritte setzen. Mit einer Registrierung unterstützen Auslandsreisende die Arbeit des Außenministeriums in Krisensituationen. 75 Prozent der Bevölkerung sind bereit, dieses Service zu nutzen“, erklärte Staatssekretär Reinhold Lopatka anlässlich der Präsentation der Reiseregistrierung unter dem Motto „Eine Botschaft von Ihrer Botschaft“.

1000 Personen wurden von GfK im Juni zum Thema „Sicheres Reisen“ befragt. „8 von 10 Österreicherinnen und Österreichern haben in den letzten 3 Jahren eine Auslandsreise unternommen oder planen demnächst eine Reise. Die wachsende Mobilität und Reisetätigkeit ist auch eine Herausforderung für das Außenministerium und unsere 80 Botschaften und 10 Generalkonsulate. Rund 420.000 Konsularfälle haben wir 2012 betreut. Das ist ein Zuwachs von 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr“, so Lopatka.

Auch die Nutzung und Zufriedenheit mit den Serviceleistungen des Außenministeriums wurde erhoben. „2 von 5 Bürgerinnen und Bürgern nutzen die Länder- und Reiseinformationen des Außenamts. Knapp 9 von 10 Nutzern bewerten das Informationsangebot als sehr gut bzw. gut. Erfreulich positiv ist auch das Feedback zu unserer Unterstützung in Notsituationen im Ausland: 78 Prozent waren mit der Hilfeleistung sehr zufrieden bzw. eher zufrieden. Diese guten Werte sind für uns eine Motivation, noch besser zu werden“, so Lopatka.

„Schutz und Hilfe für Österreicherinnen und Österreicher im Ausland sind eine Kernaufgabe des Außenministeriums. Die Konsu-



lararbeit ist eine Verantwortung, die wir weder an die EU auslagern können noch wollen. Für einen effizienten und bestmöglichen konsularischen Schutz brauchen wir ein leistungsstarkes Vertretungsnetz einschließlich unserer Botschaften innerhalb der EU. So gehören die österreichischen Botschaften in Spanien und Italien zu jenen mit dem höchsten konsularischen Arbeitsaufkommen weltweit“, so der Staatssekretär abschließend. ■ <http://www.reiseregistrierung.at> <http://www.bmeia.gv.at>

AÖ-Registrierung
 Besonders all jenen österreichischen StaatsbürgerInnen, die sich für längere Zeit – also einige Monate – im Ausland aufhalten, wird empfohlen, sich bei der geographisch zuständigen Berufsvertretungsbehörde registrieren zu lassen. Die Daten werden ausschließlich zu amtlichen Zwecken benutzt, d.h. insbesondere für Verständigungen zu Wahlen und bei Krisenfällen, und unterliegen natürlich strengstens dem Datenschutz.

Ein Jahr vor der EU-Wahl

62 Prozent halten Europäisches Parlament (EP) für einflußreich – 81 Prozent können sich Teilnahme an EP-Wahl vorstellen – Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik: EU-Dialog in Österreich auf permanente Basis stellen!

Kommendes Jahr – am 25. Mai 2014 – findet die nächste Wahl zum Europäischen Parlament (EP) statt. „Informationsbedarf ist gegeben. Der Einfluß des Europäischen Parlaments wird zwar deutlich stärker wahrgenommen als noch vor einem Jahr, die mediale Präsenz in den österreichischen Medien ist aber begrenzt und unterschiedlich ausgeprägt. Die Krise emotionalisiert jedenfalls und könnte letztlich ein Ansteigen der Wahlbeteiligung bewirken“, meint Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), zum Ergebnis der aktuellen ÖGfE-Umfrage.

Das Europäische Parlament – einflußreich, aber medial wenig präsent

Fast zwei Drittel der Befragten (62 %) sind der Ansicht, daß das Europäische Parlament einen „sehr großen“ (8 %) bzw. „großen“ (54 %) Einfluß auf Entscheidungen der EU hat. Das sind um 13 Prozentpunkte mehr als noch im Mai 2012 (Vergleichsumfrage). Insgesamt 32 % sagen, daß das EP „geringen“ (29 %) bzw. „gar keinen“ (3 %) Einfluß hat. Im Mai 2012 waren es noch 44 %.

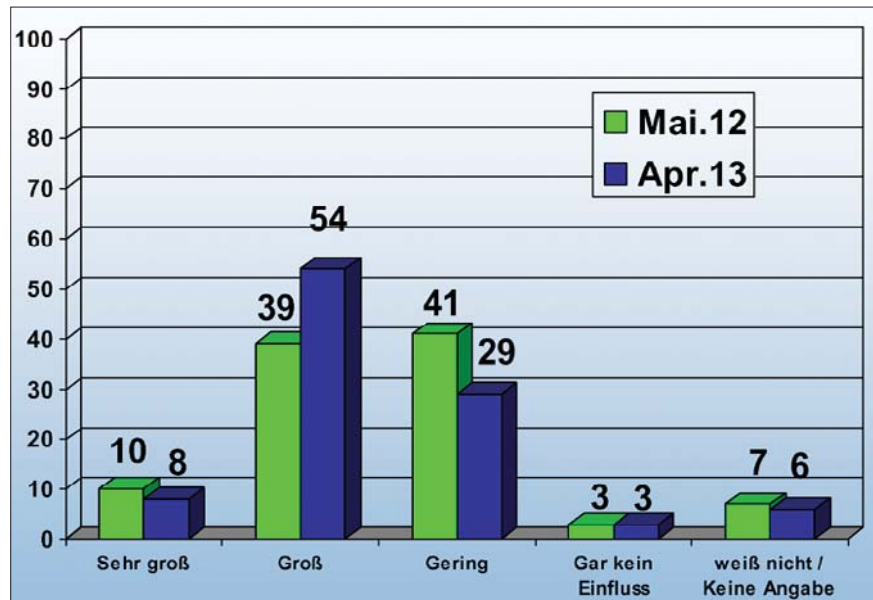
Insgesamt 68 % der Befragten halten die Arbeit und Aufgaben des EP für „sehr wichtig“ (19 %) bzw. „wichtig“ (49 %). Dies entspricht in etwa den Werten vom Mai 2012 (71 %). 28 % beurteilen dagegen die Tätigkeiten des EP als „eher nicht“ (22 %) oder „gar nicht wichtig“ (6 %). Im Mai 2012 waren es 26 %.

Das EP ist lauter geworden

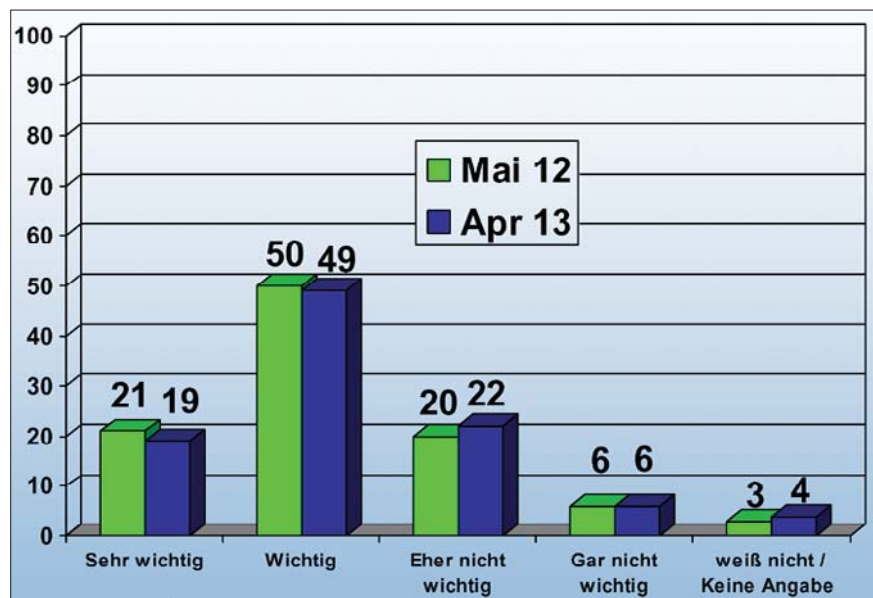
„Das Europäische Parlament hat in den letzten 12 Monaten sein politisches Profil geschärft. Es ist lauter geworden, steht immer öfter in Opposition zum Europäischen Rat und mischt sich ein. Das macht sich bezahlt“, meint Schmidt.

Für 60 % ist das EP jedoch medial wenig oder gar nicht präsent (Mai 2012: 63 %): 40 % hören/lesen/sehen „selten“ darüber in den Medien, 15 % „sehr selten“ und 5 % „nie“. Insgesamt 39 % geben an, „sehr oft“ (8 %) bzw. „oft“ (31 %) in den Medien Nachrichten oder Informationen über das EP registriert zu haben. Im Mai 2012 waren dies insgesamt 37 %.

Wie groß ist Einfluß des EP auf EU-Entscheidungen?



Wie wichtig sind Arbeit und Aufgaben des EP?



„Unabhängig davon, ob die ÖsterreicherInnen häufig oder selten via Medien vom Europäischen Parlament erfahren. Seit unserer Vergleichsfrage vor einem Jahr nehmen alle Befragten einen stärkeren Einfluß des Europäischen Parlaments wahr. Auch wenn es quantitativ nicht öfter präsent ist – was jedoch über das Europäische Parlament berichtet wird, läßt nunmehr bei deutlich mehr

Menschen den Eindruck entstehen, daß es sich zu einem zentralen Machtfaktor in der EU entwickelt hat“, analysiert Schmidt.

Hohe Beteiligung an der EU-Wahl 2014?

81 % der Befragten geben an, ihr Wahlrecht bei der EU-Wahl nutzen zu wollen (39 % „sicher“, 42 % „eher schon“). Nur

Österreich, Europa und die Welt

9 % würden aus heutiger Sicht „eher nicht“, 8 % „sicher nicht“ teilnehmen. In einer Vergleichsumfrage vom Juni 2008 (also 1 Jahr vor der Europawahl 2009) waren es 71 %. Schlußendlich betrug die Wahlbeteiligung 2009 jedoch 46 %.

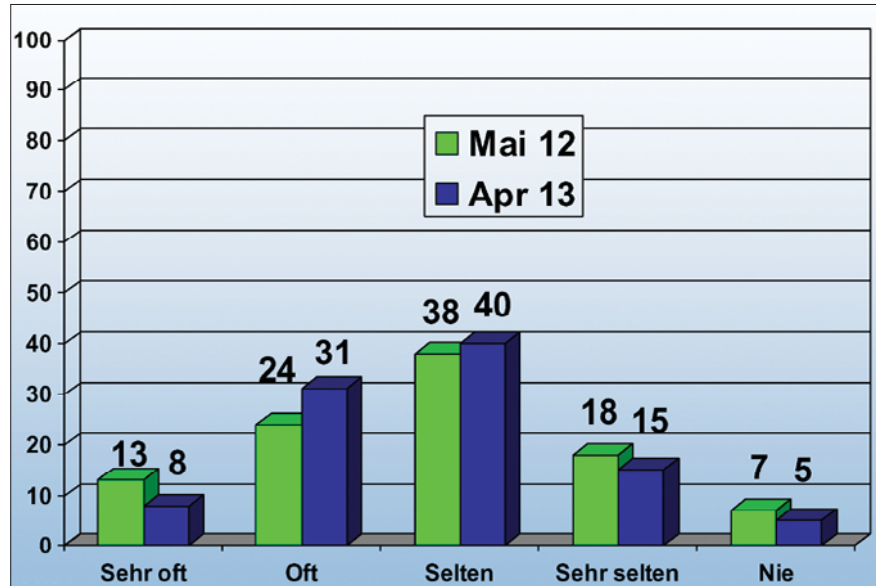
„Wir sehen traditionell in Umfragen eine stärkere Bereitschaft, zu Wahlen zu gehen, als es schlußendlich der Fall ist. Trotzdem: Die Daten deuten darauf hin, daß die Wahlbeteiligung gegenüber 2009 steigen könnte. Nach fünf Jahren Krise wollen die Menschen Bilanz ziehen und über die künftige Ausrichtung der EU-Politik abstimmen“, analysiert Schmidt.

Motive doch bei der Europawahl wählen zu gehen

66 % der potentiellen Nichtwähler würden vielleicht doch teilnehmen, „wenn ich den Eindruck hätte, daß meine Stimme etwas bewirken würde“, 53 % „wenn die Parteien ihre europapolitischen Konzepte klarer vermitteln würden“. Für je 37 % wären „mehr Information über die österreichischen Mitglieder des EP“ und „mehr Einfluß des EP“ ein Wahlgrund.

„Der Eindruck, mit der eigenen Stimme keinen Einfluß auf die Gestaltung der Politik

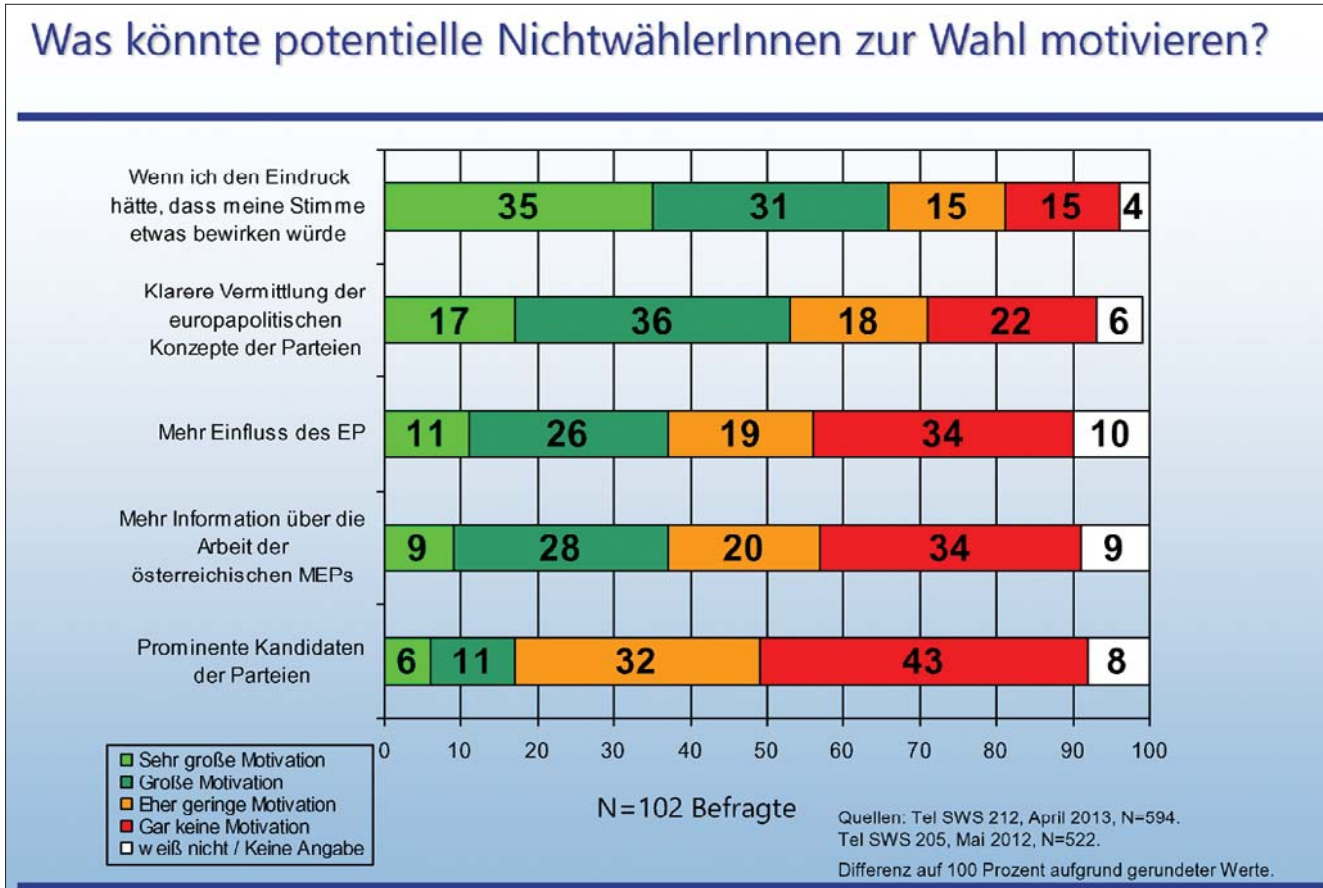
Wie oft hören/lesen/sehen Sie in den Medien Nachrichten/Informationen über das EP?



nehmen zu können, ist gerade auf europäischer Ebene besonders nachhaltig. Ein intensiver und, vor allem auch, permanenter EU-Dialog mit der Bevölkerung wäre daher notwendiger denn je“, stellt Schmidt abschließend fest.

<http://www.oegfe.at/>

Die Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) im April 2013 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt. Befragt wurden österreichweit 594 Personen per Telefon (repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahre/Gewichtung nach Geschlecht, Alter und Bildung). Vergleichsumfrage: Mai 2012 (N=522) / SWS, IFES, Juni 2008, N=1000. * Rest auf 100 % = „weiß nicht / Keine Angabe“. Dies gilt für alle folgenden Daten.



Alles Tirol?

Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino als erfolgreiches Modell für
Föderalismus – Präsentation der Dokumentation »Alles Tirol?« im Hohen Haus

Fotos: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen



v.l.: Zillertaler Schützen Major Thomas Putz, Landeshauptmann von Südtirol Luis Durnwalder, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Südtiroler Schützen Major Elmar Thaler und Nordtiroler Schützen Major Fritz Tiefenthaler im Hohen Haus

1992 wurde das Paket zur Ausgestaltung der Autonomie Südtirols endgültig umgesetzt. Damit wurde ein lange währender Streit beigelegt und eine dynamische Entwicklung der Region in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht in Gang gesetzt. Die Bildung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino als Teil des Friedensprojektes Europa gilt als besonderer Erfolg der politischen Anstrengungen der letzten Jahrzehnten. Streiflichter auf die Lage in der Alpenregion wirft eine neue Filmdokumentation unter dem Titel „Alles Tirol?“ von Anita Lackner und Gerhard Mader. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Zweiter NR-Präsident Fritz Neugebauer luden am 11. Juni zur Präsentation dieser Dokumentation ins Hohe Haus.

Die Nationalratspräsidentin begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste aus der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino und benützte die Gelegenheit, um die positiven Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und den Einsatz Österreichs für Südtirol zu unterstreichen. Prammer überbrachte die Entschuldigungen von Zweitem NR-Präsident Neugebauer und Staatssekretär Josef Ostermayer, die aus Termingründen der Veranstaltung fern



v.l.: Filmproduzent und Regisseur Gerhard Mader, Filmproduzentin und Regisseurin Anita Lacknerberger, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Nationalratsabgeordneter Hermann Gahr

bleiben mußten. Es sei gute Tradition des Hohen Hauses, dem Thema Südtirol seine ständige Aufmerksamkeit zu schenken. Das komme in der Einsetzung eines eigenen Unterausschusses als auch durch regelmäßige Veranstaltungen zum Ausdruck. Die Basis der Südtirol-Autonomie bilde das Prinzip der

Selbstbestimmung, diese dürfe nicht in Frage gestellt werden. Österreich werde seine Rolle als Schutzmacht daher auch weiter wahrnehmen, unterstrich Prammer.

Wendelin Weingartner, Tiroler Landeshauptmann a.D., erinnerte an die drei Phasen der Entwicklung der Südtiroler Autonomie,

Österreich, Europa und die Welt



Größtes Interesse bei der Präsentation des Dokumentarfilms: ein Blick in Richtung VeranstaltungsteilnehmerInnen



Fotos: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Landeshauptmann von Tirol a.D., Wendelin Weingartner (l.), und der Südtiroler Freiheitskämpfer Sigi Steger

von der Thematisierung der Südtirolfrage vor der UNO zum Südtirol-Paket 1972, dem folgenden Ringen um seine Umsetzung 1992 und die Jahrzehnte seit Beilegung der letzten Streitfragen. Die Erfolge Österreichs im Einsatz für Südtirol seien nur deshalb möglich gewesen, weil Südtirol allen Beteiligten ein Herzensanliegen war, meinte Weingartner. Er wünsche sich, daß diese emotionale Verbindung auch weiter bestehen bleibe. Südtirol könne als ein Beispiel für einen differenzierten Föderalismus dienen, der aus seiner

Sicht auch Vorbildwirkung für ein föderal gestaltetes Europa habe.

Luis Durnwalder, Landeshauptmann von Südtirol, überbrachte herzliche Grüße von Alberto Pacher, dem Landeshauptmann des Trentino, der bedauere, aufgrund des Termindrucks an der Veranstaltung nicht teilnehmen zu können. Die Erfolge der vergangenen zwei Jahrzehnte seien ohne den Einsatz der SüdtirolerInnen, aber auch der österreichischen Politik auf Bundes- und Landesebene nicht möglich gewesen. Südtirol habe

die Möglichkeiten einer selbstbestimmten Politik, die das Autonomiestatut einräume, gut genützt. Südtirol sei nun europäischer, aber damit auch „normaler und pragmatischer“ geworden, so Durnwalder. Die Frage, wie seine besondere kulturelle Identität bewahrt werden könne, erhalte damit aber auch neue Aspekte und stelle neue Herausforderungen.

Nationalratsabgeordneter Hermann Gahr unterstrich als Obmann des Unterausschusses Südtirol des Nationalrats ebenfalls die positiven Seiten des Einigungsprozesses der letzten Jahre. Der Film „Alles Tirol?“ näherte sich diesem Thema in einer sehr persönlichen Weise an. Gahr erinnerte an die Meilensteine, die eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Etablierung der Euroregion Tirol-Südtirol-Trentino möglich gemacht haben: der EU-Beitritt Österreichs, die Schaffung des Schengenraums und die gemeinsame Währung. Die Sicherung der Autonomie bleibe weiterhin ein aktuelles Anliegen und die Rolle Österreichs als Schutzmacht sei keineswegs überholt, sagte Gahr. Zu den offenen Fragen gehöre auch der immer wieder geäußerte Wunsch nach einer doppelten Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen. Dieser Gedanke sollte ernsthaft diskutiert werden, auch wenn die Umsetzung schwierig sei. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Österreichs Wirtschaft heißt Kroatien in der EU willkommen

Großes österreichisch-kroatisches B2C-Event am Zagreber Hauptplatz



Foto: Davor Puklavec / PIXSELL

Eröffnung der B2C-Veranstaltung: Ernst Huber (Büro des WKÖ-Präsidiums), Andrea Ikić-Böhm (Österr. Botschafterin), Jelena Zrinski Berger (beigeordnete Wirtschaftsministerin), Christoph Leitl (Präsident der WKÖ), Roman Rauch (Wirtschaftsdelegierter in Zagreb), Christian Mandl (Leiter der EU-Stabsabteilung der WKÖ) und Walter Koren (Leiter der Außenwirtschaft Österreich)

Genau mit dem traditionellen mittäglichen Kanonenschuß in Zagreb eröffnete Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl am 18. Juni die bisher größte österreichische B2C-Aktion am Zagreber Hauptplatz. Das Event ist Teil von „Austria welcomes Croatia to the European Union“, einer Willkommens-Veranstaltung, mit der die Außenwirtschaft Austria der WKÖ jedes neue EU-Beitrittsland begrüßt. Bereits tags zuvor unterzeichnete Leitl einen Kooperationsvertrag mit der Kroatischen Wirtschaftskammer und eröffnete am Abend die große österreichische EU-Welcome Party für Kroatien mit mehr als 350 Gästen aus Wirtschaft, Politik und Kultur. „Kroatien ist ein ‚erweiterter Heimmarkt‘ für unsere Unternehmen mit vielen österreichischen Anknüpfungspunkten. Durch den EU-Beitritt Kroatiens werden sich unsere Wirtschaftsbeziehungen noch stärker vertiefen“, ist Leitl überzeugt.

Bei der Veranstaltung im Zentrum Zagrebs präsentieren sich 20 österreichische Firmen tausenden Besuchern mit verschiedensten Aktionen und Attraktionen, vom Show-cooking bis hin zu österreichischen

Kaffeesspezialitäten aus einer riesigen stilisierten Kaffeetasse. Kärntner Schuhplattler sorgten für zusätzliche Stimmung an einem ohnehin schon heißen Tag. Das bekannteste Hotel am Zagreber Hauptplatz bot im „Café Austria“ in österreichischer Kaffeehausatmosphäre österreichische Kaffee- und Tortenspezialitäten. Ein kroatischer „Dancing Star“ gab Walzer-Tanzkurse, und einer der bekanntesten kroatischen Konzertpianisten sorgte für die richtige musikalische Untermauerung.

Unter den zahlreichen Gästen befanden sich – unter anderem – Nadan Vidosevic (Präsident der kroatischen Wirtschaftskammer), Zeljko Sertic (Präsident der serbischen Wirtschaftskammer), Richard Schenz (Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich), Vesna Trnokop-Tanta (Vizepräsidentin der kroatischen Wirtschaftskammer), Walter Koren (Leiter der Außenwirtschaft Österreich), Alen Leveric (beigeordneter Wirtschaftsminister), Sandra Svaljek (Vizebürgermeisterin der Stadt Zagreb), Andrea Ikić-Böhm (Botschafterin der Republik Österreich in Kroatien), Vertreter der EU-

Delegation in Zagreb und vieler österreichischer und kroatischer Firmen.

Die österreichische Wirtschaft

hat von 1993 (Beginn der Aufzeichnungen) bis Ende 2012 mit über 6,5 Mrd. Euro in Kroatien investiert – das sind 25 Prozent aller Auslandsinvestitionen. Österreich damit der bei weitem größte Auslandsinvestor, vor den Niederlanden (4 Mrd. Euro), Deutschland (3 Mrd. Euro) und Ungarn (2,4 Mrd. Euro). Rund 700 österreichische Firmen verfügen über Niederlassungen in fast allen Sektoren. 2012 gingen die österreichischen Exporte nach Kroatien leicht um 2 Prozent auf 1,1 Mrd. Euro zurück. Die Einfuhren aus Kroatien legten im selben Zeitraum um 20,8 Prozent auf 761 Mio. Euro zu. Der traditionelle Handelsbilanzüberschuß von 349 Mio. Euro im Jahr 2012 zählt zu den höchsten im österreichischen Außenhandel, vor allem wenn man diesen in Relation zur Exportsumme setzt. ■

Das „Österreich Journal“ bereitet für die Ausgabe 121 (erscheint am 31. 07.) einen umfassenden Bericht über Kroatien vor.

Wichtiger Partner für besseren Menschenrechtsschutz

Ein Blick in die Nachrichten erinnert uns täglich daran, daß wir uns beim Schutz der Menschenrechte nicht auf den Lorbeeren der Errungenschaften der Vergangenheit ausruhen dürfen. Der Schutz der fundamentalen Rechte und Freiheiten aller Menschen ist eine ständige Aufgabe und Herausforderung, in Österreich und auf der ganzen Welt. Ohne den mutigen Einsatz und die mahnenden Worte von MenschenrechtsverteidigerInnen und NGOs könnten Regierungen alleine diese Aufgabe nicht bewältigen“, diese Worte richtete Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger an die Teilnehmer der 27. Juni eröffneten internationalen Menschenrechts-Expertenkonferenz. Sie wurde vom Außenministerium gemeinsam mit dem Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen über zwei Tage hindurch in der Wiener Hofburg anlässlich des 20. Jubiläums der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte veranstaltet.

„Es stimmt mich traurig, daß MenschenrechtsverteidigerInnen für ihren unermüdlichen Einsatz in vielen Teilen der Welt noch immer einen hohen Preis bezahlen: Drohungen, Verhaftungen, oder sogar Mord. Es ist die Aufgabe aller Regierungen, die Zivilgesellschaft und ihre Arbeit zu schützen und zu fördern“, so Spindelegger. „Daher haben Hochkommissarin Pillay und ich entschieden, die Zivilgesellschaft ins Zentrum dieser Konferenz zu rücken. AktivistInnen, die konkret wissen, was getan werden muß, damit



Foto: Minoritenplatz8 / Dragan Tatic

Außenminister Michael Spindelegger (3.v.l.) mit TeilnehmerInnen der Konferenz

Frauen, Männer und Kinder weltweit in Würde und Freiheit leben können“, so der Außenminister weiter.

Über 100 ExpertInnen aus aller Welt, unter ihnen zahlreiche MenschenrechtsverteidigerInnen und NGO-VertreterInnen, haben konkrete Empfehlungen erarbeitet, die von Österreich in weiterer Folge in Gremien der Vereinten Nationen in Genf und New York präsentiert und weiterverfolgt werden sollen. Wichtige Themen der Konferenz sind der besserer Rechtsschutz für Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die Förderung und der Schutz von Frauen im öffentlichen und politischen Leben, sowie die Integration von

Menschenrechten in der derzeit entstehenden post-2015 Entwicklungsagenda der UNO.

„Die Weltkonferenz über Menschenrechte, welche 1993 in Wien stattgefunden hat, hat wichtige Meilensteine für den weltweiten Menschenrechtsschutz gesetzt. Wir alle, Regierungen in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft, haben aufbauend auf diesen Errungenschaften die Verantwortung, die Würde und Rechte aller Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Wo Menschenrechtsverletzungen passieren, müssen sie verfolgt werden, wo Menschen ihre Rechte nicht kennen, müssen sie ermächtigt werden, diese einzufordern“, so Spindelegger abschließend. ■

Ungarn ehrt IRE-Vorstand Univ.-Prof. Franz Schausberger

Das Komturkreuz des ungarischen Verdienstordens, eine der höchsten Auszeichnungen der Republik Ungarn, erhielt am 24. Juni vom ungarischen Botschafter Vince Szalay-Bobrovniczky in Wien überreicht. Die Ehrung sei vor allem als Anerkennung der jahrelangen ehrenamtlichen Lehrtätigkeit Schausbergers an der Andrassy-Universität in Budapest und an der Westungarischen Universität in Sopron sowie für die zahlreichen Aktivitäten in den Regionen und Kommunen Ungarns im Rahmen des Instituts der Regionen Europas gedacht. Schausberger habe ganz wesentlich durch gezielte Projekte dazu beigetragen, den europäischen Gedanken, die europäische Integration und die europäischen Werte



Foto: IRE

Univ. Prof. Franz Schausberger,
Vorstand des Instituts der Regionen
Europas (IRE)

auf der regionalen und lokalen Ebene Ungarns zu verankern, erklärte der Botschafter. Eine Laudatio auf Schausberger hielt der frühere Bundeskanzler Wolfgang Schüssel.

Schausberger betonte die besonders schwierige Position Ungarns, dessen Regierung derzeit gezwungen sei, jahrelang versäumte Reformen durchzuführen. Da diese z. T. von einer wertorientiert patriotisch-konservativen Haltung geprägt sind, werden sie in der öffentlichen Wahrnehmung auf EU-Ebene als dem Mainstream widersprechend empfunden und entsprechend kritisch kommentiert. Schausberger appellierte als Historiker, die Fakten genau zu prüfen und Dokumente und Aussagen genau zu lesen, bevor Urteile gefällt werden. Das Bemühen um Ausgewogenheit, Fairness und gerechtes Abwägen sei leider nicht überall festzustellen... ■

<http://www.institut-ire.eu>

Euregio »senza confini«

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser führte in Triest mit Präsidentin Debora Serracchiani erstes offizielles Arbeitsgespräch. Nicht der Wettbewerb, die stärkere Zusammenarbeit zählt – und die wird weiter ausgebaut.



Foto: LPD / fritzpress / Höher

Treffen in Triest (v.l.): Franco Iacop (Landtagspräsident), Peter Kaiser (Landeshauptmann von Kärnten), die Dolmetscherin, Debora Serracchiani (Präsidentin der autonomen Region Friaul-Julisch Venetien) und Reinhart Rohr (Landtagspräsident)

Im Regierungsgebäude der Hafenstadt Triest fand am 26. Juni der erste offizielle Besuch von Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser bei der neuen Präsidentin der autonomen Region Friaul-Julisch Venetien, Debora Serracchiani, statt. Im Mittelpunkt des eineinhalbstündigen Arbeitsgesprächs, an ihm nahm auch Landtagspräsident Reinhart Rohr teil, stand die Weiterentwicklung der Euregio „senza confini“. Ebenso thematisiert wurden aktuelle EU-Projekte in der Euregio, zur Sprache kamen der Baltisch Adriatische Korridor (BATCO) das trilaterale Bildungsnetzwerk „dreitretti“ und das trilaterale Gesundheitsabkommen, grenzüberschreitende Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die Forschungsvernetzung, die neuen Regionalleitlinien der Europäischen Kommission, und die grenzüberschreitende Bewirtschaftung von Almflächen.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz hoben der Landeshauptmann und seine italienische Amtskollegin das konstruktive Gesprächsklima hervor. „Ich habe das Gefühl, das ist der Beginn einer langjährigen, freundschaftlichen Zusammenarbeit. Für uns zählt nicht der Wettbewerb, sondern die stärkere Zusammenarbeit“, betonte Kaiser. In bezug auf die Euregio „senza confini“ sei man sich handelseins und dacor. Jetzt gelte

es, gemeinsam mit Venetos Präsident Luca Zaia, rasch eine Geschäftsordnung für den ordnungsgemäßen Betrieb der Euregio „senza confini“ zu beschließen, damit alle drei Regionen mit der grenzüberschreitenden Arbeit beginnen können.

Der Landeshauptmann thematisierte auch eine mögliche Erweiterung, ist sich jedoch bewußt, daß die Regionalisierung in Slowenien noch einige Zeit dauern werde. „Für einzelne Projekte sollte man Slowenien und die beiden kroatischen Komitate Istrien und Primorsko-Goranska Zupanja ins Boot holen.“ Eine größere Ausweitung mit der Emilia Romagna, der Lombardei, des Piemont, Salzburg und Bayern sei eine konkrete Vision für die Zukunft.

Im Bildungsbereich schlug Kaiser eine Forschungsvernetzung- und Kooperation der Universitäten, Fachhochschulen und eine Intensivierung des Lehrlings- und Schüleraustausches durch Auslandspraktika vor. Im Gesundheitsbereich sollte die beispielgebende Zusammenarbeit, Kaiser nannte dabei die Sanicademia die internationale Fortbildungsakademie für Gesundheitsberufe, weiter intensiviert werden. „Sie wird von Brüssel äußerst positiv bewertet.“ Beide Regierungschefs wollen künftig auch Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit grenzüber-

schreitend in Angriff nehmen. Zur Sprache kam auch der grenzüberschreitende Almflächenbewirtschaftungs-Vertrag durch sechs Kärntner Agrargemeinschaften mit 330 Landwirten. Er läuft nach 15 Jahren heuer aus und soll verlängert werden. Serracchiani sagt ihre Unterstützung zu.

Klare Position bezog der Kärntner Landeshauptmann auf die Frage, eines Journalisten bei der Pressekonferenz, ob sich in Kärnten bereits 700 Betriebe aus Friaul-Julisch Venetien angesiedelt hätten und dabei 13.000 Arbeitsplätze geschaffen worden seien. „Eine solche Binnenwanderung habe ich noch nicht erlebt. Die 13.000 Arbeitsplätze wären sieben Prozent der Gesamtbeschäftigungssumme in Kärnten“, fand er klare Worte.

Landtagspräsident Reinhart Rohr regte an, die bilateralen Landtagsitzungen wieder ins Leben zu rufen. „Die erste könnte 2014 über die Bühne gehen“, so Rohr. Sein Amtskollege Franco Iacop schlug vor, die Zusammenarbeit der Landtage auf verschiedenen Ebenen auszubauen.

Der Landeshauptmann sprach Serracchiani gegenüber eine kulturelle Einladung aus: Er lud sie zur Eröffnung des Carinthischen Sommers am 11. Juli nach Kärnten ein. ■

Österreich, Europa und die Welt

Mailath empfängt Delegation des American Jewish Committee

Jedlicher Versuch, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, muß an der Oberfläche bleiben, wenn wir nicht auch den Kontakt zu den Betroffenen und ihren Nachkommen suchen. Gerade der Kontakt zu jungen Jüdinnen und Juden ist wichtig, um zu zeigen, daß Wien eine weltoffene, internationale Stadt ist. Davon überzeugt sich auch diesen Sommer wieder eine Gruppe des American Jewish Committee, die eine Woche lang unsere Stadt kennenlernt und ein positives Bild in die Welt hinausträgt“, so Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny.

„Der Jewish Welcome Service hat es sich zum Ziel gesetzt, den internationalen Austausch über die jüdische Kultur in Österreich zu fördern. Dadurch werden Vorurteile abgebaut und gegenseitiges Verständnis durch Veranstaltungen und internationale Austauschprogramme gefördert. Eine wichtige Aufgabe, die ohne die Unterstützung der Stadt Wien und der Vienna Insurance Group nicht möglich wäre“, so die Generalsekretärin des Jewish Welcome Service, Susanne Traunek.

Nach dem erstmaligen Wien-Besuch einer Delegation von AJC im Frühsommer 2012 reiste Ende Juni erneut eine aus 12 Personen



Foto: Walter Schaub-Walzer

StR Andreas Mailath-Pokorny mit der Delegation des »American Jewish Committee«

bestehende Delegation von AJC New York nach Wien. AJC ist die älteste jüdische Organisation in den USA und wurde 1906 gegründet. Gemeinsam mit ACCESS und in Kooperation mit der Österreichischen Botschaft Washington konzipiert und organisiert der JWS ein vielfältiges Programm, das Treffen und

Diskussionen mit Opinion Leadern, PolitikerInnen, basisdemokratischen Organisationen und Bezirksinitiativen, aber auch gleichaltrigen ÖsterreicherInnen, einen Besuch des KZ Mauthausen, einiger Museen und Kultureinrichtungen beinhaltet.

<http://www.jewish-welcome.at>

Noch mehr Enzis für den Gorki Park

Um die zwischen den Bürgermeistern Moskaus und Wiens traditionell starken freundschaftlichen Beziehungen auch in seiner Amtszeit zu bekräftigen, hatte Bürgermeister Sergei Semjonowitsch Sobjanin eine Einladung an Wiens Bürgermeister Michael Häupl gerichtet, der dieser nachkam. Bei seinem Besuch in der russischen Hauptstadt schaute Häupl gemeinsam mit Vizebürgermeisterin Renate Brauner auch bei einer „Sehenswürdigkeit“ aus Wien vorbei: 15 Enzis, zum Markenzeichen des Wiener Museums Quartiers gewordene Ruhemöbel, die – beim Bürgermeister-Besuch noch vor dem imposanten Haupteingang des Gorki Parks platziert – danach im Park verteilt stehen. Der WienTourismus hat sie dem Gorki Park geschenkt, dessen BesucherInnen sie zum Entspannen einladen und gleichzeitig zu Wien-Reisen animieren – mit der Aufschrift „Hallo, ich bin ein Enzi, die legendäre Liege, die direkt aus Wien nach Moskau gekommen ist“.

Am 7. Juni war der Publikumsandrang bis Mitternacht bei ihnen besonders stark, denn da hatte der WienTourismus zu einer „Silent Disco“ rund um die Enzis geladen,



Foto: PID / Alexander Kachkaev

Bürgermeister Michael Häupl und Vizebürgermeisterin Renate Brauner zeigen der stv. Kulturministerin der Moskauer Stadtregierung, Ekatarina Pronicheva, und der Direktorin des Gorki Parks, Olga Zakharova, die Enzis im Moskauer Gorki Park.

bei der ParkbesucherInnen über Kopfhörer wahlweise Lounge-Sounds oder klassische Musik aus Wien hören und dazu tanzen konnten und auch einen Enzi-Schlüsselanhänger als Erinnerung erhielten. 12.000 Leute ließen sich diese Party nicht entgehen.

Die Enzis kommt bei den Moskovi-terInnen so gut an, daß die Parkdirektorin die Anzahl der Enzis nun auf eigene Kosten verdoppeln will und zwar so rasch wie möglich, um sie noch diesen Sommer einsetzen zu können...

Österreich, Europa und die Welt

PaN-Preis 2013 an die Österreichisch-Italienische Gesellschaft

Die Österreichisch-Italienische Gesellschaft ist eine wichtige Stütze in den Beziehungen unserer beiden Länder“, hielt Staatssekretär Reinhold Lopatka am 18. Juni anlässlich der Verleihung des diesjährigen PaN-Preises an die Österreichisch-Italienische Gesellschaft fest. PaN – Partner aller Nationen – unterstützt die mehr als 100 in Österreich aktiven Freundschaftsgesellschaften, die Österreichs Beziehungen zu den jeweiligen Partnerländern durch eine Vielzahl von Aktivitäten fördern.

„Die Rolle von Netzwerken wie der Österreichisch-Italienischen Gesellschaft zeigt sich besonders in Krisenfällen, wenn Nachbarschaftshilfe gefragt ist. So hat die Gesellschaft beim Wiederaufbau der Schule in Coporeno di Cento nach dem Erdbeben 2012 in der Provinz Ferrara mitgeholfen. Dafür sage ich danke“, so der Staatssekretär.

Die Österreichische-Italienische Gesellschaft leistet seit ihrer Gründung vor 40 Jahren einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der persönlichen Kontakte zwischen Österreichern und Italienern. Sie entstand 1973 kurz nach dem Inkrafttreten des Südtirol-Pakets. Heute ist die Südtirol-Autonomie in Europa anerkannt als Modell eines starken



Foto: Minoritenplatz8 / Mahmoud

v.l.: Oskar Wawra (PaN-Präsident), Gabriele Tamandl (Präsidentin der Österreichisch-Italienischen Gesellschaft) und Staatssekretär Reinhold Lopatka

Minderheitenschutz und einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung.

Italien ist mit einem Volumen von 16,5 Mrd. Euro nach wie vor Österreichs zweitwichtigster Handelspartner, gefolgt von den USA und der Schweiz. Auch die gegenseitigen Tourismusströme sind beachtlich: Mit 3 Mio. Nächtigungen liegt Italien an 4. Stelle im heimischen Tourismus. Umgekehrt ist Ita-

lien weiterhin das beliebteste Urlaubsziel der Österreicher.

„Historisch, kulturell, politisch und wirtschaftlich gibt es sehr enge und freundschaftliche Verbindungen. Italien nimmt daher unter unseren Nachbarn einen ganz besonderen Platz ein“, so Lopatka abschließend. ■

<http://www.oeitges.at>

<http://www.dachverband-pan.org>

LH Pühringer beim 6. Erinnerungstag der Heimatvertriebenen

Die großen Verdienste der Heimatvertriebenen beim Aufstieg Oberösterreichs zu einem starken Wirtschaftsraum in Europa würdige Landeshauptmann Josef Pühringer am 8. Juni anlässlich des 6. Erinnerungstags der Heimatvertriebenen in Wels.

„Es gehört zum Selbstverständnis der Heimatvertriebenen, sich nicht nur der eigenen Wurzeln zu vergewissern, sondern auch Brücken in die Gesellschaft ihrer neuen Heimat zu schlagen und an ihr zu bauen.“

Oberösterreich versteht sich daher auch als Stimme der Heimatvertriebenen in Europa. „Wir werden daher weiter darauf drängen, daß der Satz ‚Unrecht verjährt nicht, Unrecht muß beseitigt werden‘ in der Europäischen Union uneingeschränkte Gültigkeit hat. Wir werden daher weiter jede Gelegenheit nutzen, um darauf hinzuweisen, daß die Vertreibung und Enteignung der Volksdeutschen aus ihrer Heimat in Mittel- und Süd-Osteuropa zu den großen Unrechtsakten gehört, die in diesem Kontinent im vergangenen Jahrhundert passiert sind. Die Spuren dieses Unrechts müssen beseitigt werden. Wir verlangen daher von den offiziellen Stellen in den



Foto: Land OÖ/Kraml

v.l.: Ehrenobmann Konsulent Fritz Frank, Landeshauptmann Josef Pühringer und Landesobmann Konsulent Manfred Schuller

betroffenen Staaten auf angemessene Weise ein Eingeständnis von Schuld und Unrecht.“

Pühringer appellierte daher an die Verantwortungsträger in Tschechien und Südböhmen, die letzten Reste der Nachkriegsordnung zu beseitigen und Unrechtsdekrete aus ihrem Rechtsbestand zu entfernen. „Nur so

kann das entstehen, was wir letztlich alle wollen: Ein vereintes Europa, das sich zu gemeinsamen Werten bekennt, in dem aber auch jedes Volk verübtes Unrecht als Teil seiner eigenen Geschichte annimmt. Nur so kann Aussöhnung wirklich gelingen, nur so können wir ein Europa der Zukunft bauen.“ ■

PORR mit größtem Auftrag ihrer Unternehmensgeschichte

Mit dem Signing für das Projekt „Green-Line“ der Metro Doha verbucht die PORR den größten Auftrag ihrer Unternehmensgeschichte. Der Gesamtauftrag mit einem Volumen von rund 1,89 Mrd. Euro wurde an eine ARGE bestehend aus der PORR sowie ihren lokalen Partnern SBG und HBK vergeben. Die PORR verantwortet dabei 50 Prozent des Gesamtprojekts, woraus sich ein Auftragsvolumen von rund 945 Mio. Euro für den Konzern ergibt. Damit erreicht der Auftragsbestand der PORR eine historische Höchstmarke von fast 4,5 Mrd. Euro.

Dieser Auftrag folgt den bereits im August des Vorjahres vergebenen „enabling works“, den vorbereitenden Maßnahmen zum Bau der Metro Doha. Das Projekt „Green-Line“ betrifft den Bau einer Doppel-Tunnelröhre mit einer Länge von 16,6 km und umfasst auch die Errichtung von sechs U-Bahnstationen. Die Bauzeit wird rund fünf Jahre betragen. Das Gesamtprojekt Metro Doha besteht aus Red Line North, Red Line South, Gold Line, Green Line sowie Flagship



Foto: PORR

Das Projekt »Green-Line« betrifft vor allem den Bau einer Doppel-Tunnelröhre...

Stations und ist Bestandteil einer umfassenden Infrastruktur-Initiative im Rahmen des „National Development Plan for 2030“ für Katar. Generaldirektor Karl-Heinz Strauss sieht darin die hohe Kompetenz der PORR

im Bereich Infrastruktur bestätigt. Man sei dem Grundsatz der PORR – kenne Deinen Markt, kenne Deine Kunden – treu geblieben.

<http://www.porr-group.com>

RBI eröffnet Filiale in Hong Kong

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI) eröffnete am 10. Juni offiziell ihre Filiale in Hong Kong. Sie beabsichtigt, das internationale Finanzzentrum zur Ausweitung ihrer Asiengeschäfte zu nutzen. Grund dafür ist die steigende Nachfrage von Kunden aus Österreich und Zentral- und Osteuropa (CEE) nach lokalen Finanzdienstleistungen. Spezielles Augenmerk wird auf Kunden gelegt, die eine Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeiten oder die Neugründung einer Niederlassung in Hong Kong als Teil ihrer Greater China-Strategie planen. Die RBI ist seit 1980 in Hong Kong mit einer Repräsentanz vertreten, die die erste von derzeit fünf Repräsentanzen in Asien war. Die Repräsentanz wurde nun in eine Filiale umgewandelt. Die RBI ist die einzige österreichische Bank mit operativen Geschäftsstellen in Greater China. Weiters betreibt sie seit 1998 eine Filiale in Singapur.

Karl Sevelda, Vorstandsvorsitzender der RBI und verantwortlich für das Kommerzkundengeschäft sagte: „Hong Kong verfügt durch die geografische Nähe und sein starken wirtschaftlichen Kontakte zur Volksrepublik China, die Zielmarkt für viele unserer Kunden ist, über enormes Geschäftspotential für die RBI. Wir werden die Handelsströme zwischen CEE und China nutzen und



Foto:

Bei der Eröffnung der Filiale (v.l.) Christian H. Schierer (Wirtschaftsdelegierter WKÖ, AußenwirtschaftsCenter Hongkong), Peter Lennkh (Mitglied des Vorstands der RBI), Edmond Wong (Leiter der Filiale Hongkong), John Tsang (Finanzsekretär Hongkong) und Irene Giner-Reichl (Österreichs Botschafterin)

uns dementsprechend auf Handelsfinanzierungen sowie auf strukturierte und syndizierte Kredite für unsere Kommerzkunden spezialisieren.“

Peter Lennkh, RBI Vorstandsmitglied und zuständig für die Auslandsniederlassungen: „Hong Kong ist eines der wichtigsten Finanzzentren der Welt mit einer sehr guten regulatorischen und rechtlichen Infrastruktur, sowie Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen

auf Weltniveau. Mit unserer Präsenz können wir einen neuen lokalen Kundenstock aufbauen und unsere bestehenden Leistungen für unsere internationalen Kunden verbessern.“

Die Filiale verfügt über eine volle Banklizenz und wird von Edmond Wong geleitet, der seit 1999 der Leiter der Repräsentanz in Hong Kong war. Die Filiale beschäftigt aktuell zwölf Mitarbeiter. ■

<http://www.rbinternational.com>

Austria-Israel Academic Network Innsbruck feierlich eröffnet

Am 19. Juni wurde die Gründung des Austria-Israel Academic Networks Innsbruck (AIANI) im Beisein von Rektor Univ.-Prof. Tilmann Märk und Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer in der Aula der Leopold-Franzens-Universität gefeiert. Beehrt wurden die Feierlichkeiten auch vom renommierten Biochemiker und Chemie-Nobelpreisträger Prof. Aaron Ciechanover (Technion in Haifa), der einen Gastvortrag zum Thema „The Revolution of Personalized Medicine: Are we going to cure all diseases and at what price?“ hielt.

„Vor allem in der Wissenschaft ist es unbedingt notwendig, sich zu vernetzen und zusammenzuarbeiten“, ist Oppitz-Plörer überzeugt: „Vor diesem Hintergrund ist auch diese neu eingerichtete Initiative zu sehen: Mit der Eröffnung des Austria-Israel Academic Network Innsbruck wird eine wichtige Brücke zwischen Innsbrucker und israelischen Bildungseinrichtungen geschlagen.“

AIANI will israelisch-österreichische Forschungszusammenarbeit stärken

AIANI ist ein wissenschaftliches Forschungsnetzwerk. Es fördert die wissenschaftliche Zusammenarbeit und den akademischen Austausch zwischen der Universität Innsbruck und Forschenden und Studierenden, die an israelischen Universitäten oder Forschungseinrichtungen tätig sind. Es steht allen Fakultäten und Fachgebieten offen. Es versteht sich als Koordinations- und Dienstleistungsstelle, um gemeinsame Forschungsprojekte, wissenschaftliche Publikationen oder Lehrveranstaltungen zu unterstützen. AIANI ist damit Teil der Internationalisierungsbestrebungen der Universität Innsbruck.

Prof. Aaron Ciechanover, geboren 1947 in Haifa, studierte Medizin an der Hebrew University Medical School in Jerusalem und dem Technion (Israel Institute of Technology) in Haifa. Er absolvierte Post-Doc Studien u.a. am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Boston (Labor Harvey Lodish). 1984 kehrte er an das Technion in Haifa zurück und gründete sein eigenes Labor. 1999 wurde Prof. Ciechanover gemeinsam mit Avram Hershko von der Universität Innsbruck mit dem Ilse und Helmut Wachter-Preis ausgezeichnet. 2004 erhielt Prof. Ciechanover zusammen mit Avram Hershko und Irwin Rose für die Entdeckung des ubiquitinsteuerten Proteinabbaus den Nobelpreis für Chemie. Die Erkenntnisse von



Foto: Universität Innsbruck

Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Esther Fritsch (l.) und Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer im Gespräch mit dem Gastredner, Nobelpreisträger Prof. Aaron Ciechanover

Ciechanover, Hershko und Rose haben maßgeblich dazu beigetragen, die Vorgänge des Proteinabbaus in Zellen zu entschlüsseln, so daß Krankheiten wie Krebs oder Alzheimer

besser verstanden und therapiert werden können. Ciechanover ist Professor für Biochemie am Technion in Haifa. ■

<http://www.uibk.ac.at>

Studierende planen »Dorf der Hoffnung«

Bildung, Gesundheit und sozialen Zusammenhalt soll es bringen, das „Dorf der Hoffnung“, das in Tibiri in Niger aufgebaut wird. Die Initiatorin des Projektes Marie Catherine Kingbo besucht derzeit die TU Wien, die das Projekt mit architektonischen Ideen unterstützt.

Kingbo ist gebürtige Senegalesin, arbeitet aber bereits seit 2002 in Niger. Die Ordensfrau widmet sich mit ihren Mitarbeiterinnen den Menschen, die in den Dörfern nördlich der Provinzhauptstadt Maradi leben. Viele wichtige Aufgaben gibt es dort zu bewältigen: In Kingbos Arbeit geht es um die Bereitstellung von Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung, vor allem aber soll auch die Schulbildung verbessert werden, und durch die Vergabe von Mikrokrediten sollen kleine Geschäfte aufgebaut werden können.

Nun will Marie Catherine Kingbo ein „Dorf der Hoffnung aufbauen“, das unter anderem eine Vorschule für 300 Kinder und eine Grundschule für 1200 SchülerInnen, ein Schwesternwohnheim sowie ein kleines Spital beheimaten wird. Dafür wird die Errichtung von Bauwerken nötig sein, die deutlich größer sind als die typischen Häuser der Region. Daher arbeitet Kingbo bei der Planung mit der TU Wien zusammen: Unter der Leitung von Prof. Andrea Rieger-Jandl wurden von Studierenden Entwürfe für die Gebäude im Dorf der Hoffnung erarbeitet.

Am Institut für Kunstgeschichte, Bauforschung und Denkmalpflege der TU Wien hat man viel Erfahrung mit außereuropäischen Forschungsprojekten. Auch in Äthiopien und in Saudi-Arabien hat das Team bereits gearbeitet. Mit Bärbel Müller von der Universität für Angewandte Kunst und der Architektin Anna Heringer begleiten zusätzlich zwei renommierte, international erfahrene Fachfrauen das Projekt.

„Wir wollen keinesfalls unsere europäischen Architektur-Gewohnheiten den Menschen in anderen Regionen aufzwingen“, sagt Ulrike Herbig (TU Wien). „Wir sehen uns die Infrastruktur und die Bautradition vor Ort genau an. Dann versuchen wir zu überlegen, wie man die Gebäude auf eine Weise planen kann, die gut zu den dort vorhandenen Materialien und Baugewohnheiten paßt.“ In der Region um Tibiri wird viel mit Lehm gebaut, weshalb dieses Material in den Entwürfen eine wichtige Rolle spielt. Die Ergebnisse der Planungsarbeit sind eine logische Fortsetzung der lokalen Bautradition, sie nehmen Rücksicht auf die Ressourcen, die dort zur Verfügung stehen, und auf die handwerkliche Expertise der Region.

Unterstützt wird das Projekt von Mitgliedern des Rotary Club Wien-Stadtpark, von denen die „Initiative Maradi zur Förderung junger Menschen im Niger“ gegründet wurde. Weitere Spenden werden noch gesucht. ■

Österreichische Bautaucher sind weltweit gefragt

Die Nautilus Dive Company ist seit 20 Jahren Spezialist für Unterwasserarbeiten – Aufträge führen das Unternehmen in die ganze Welt.

Das Tauchunternehmen Nautilus im oberösterreichischen Wolfsegg wurde im Jahr 1989 gegründet und hat sich in den letzten Jahren zum österreichischen Marktführer im Berufstauchen hochgearbeitet. So werden jetzt mit fast 10 Berufstauchern, Spezialwerkzeug und einem eigenen Fuhrpark im Wert von mehr als 200.000 Euro schwierigste Aufgaben über und unter Wasser abgewickelt. „Angefangen hat alles im Salzkammergut am Attersee, als wir in den 90er Jahren das erste Unternehmen waren, das professionellen Bojenservice angeboten hat“, so Geschäftsführer Markus Distler. Von da an entwickelten sich die Kompetenzen ständig weiter, heute ist die Nautilus Dive Company GmbH Marktführer bei Unterwasserarbeiten in Österreich. Und die sind in verschiedensten Branchen gefragt: „Unterwasserbeton bei Großbaustellen und Montage- und Kontrollarbeiten an Kraftwerken sind unsere Haupttätigkeit. Aber gerade in letzter Zeit werden auch Seen interessanter für uns: So haben wir zum Beispiel einen Auftrag zum Verlegen von drei 2,5 km langen Seekabeln im Wallersee abgewickelt und mit unserer neu entwickelten Entschlammungstechnologie begeistern wir gerade Badeseebetreiber in ganz Österreich“, so Distler. 80 Prozent aller Aufträge stammen aus dem Inland, die Tauchprofis arbeiteten auch schon an Großprojekten in Dubai, Norwegen, Albanien, Frankreich, Deutschland, Italien und der Schweiz.

Der jüngste Auftrag führt die Spezialisten nach Libyen

Die Berufstaucher der Nautilus Dive Company sind bei den heimischen Bau- und Energieriesen schon lange für ihr Know-how bei Unterwasserarbeiten bekannt. Jetzt werden die Taucher zu einem Spezialeinsatz nach Libyen gerufen: Im Golf von Syrte soll jetzt die Hafenanlage der größten Ölraffinerien saniert werden.

Der Küstenort Ras Lanuf ist ca. 650 km von der Libyschen Hauptstadt Tripolis entfernt. Seit 30 Jahren wird dort Öl raffiniert, heute ist die staatliche Ras Lanuf Refinery mit einer Tageskapazität von 35.000 m³ eine

der wichtigsten Raffinerien Libyens. Doch die Anlage ist in die Jahre gekommen, und darum soll das 50.000 m² große Hafengebäude, in dem die Öltanker beladen werden, von oberösterreichischen Unterwasserprofis saniert werden. Für die Inspektion der 3500 Stützpfiler, die Erstellung eines Sanierungskonzeptes und schließlich für die Generalsanierung sind ab Sommer 12 Taucher und zwei Taucheinsatzleiter im Einsatz.

Schwierigste Bedingungen

Die Bautaucher sind schwierige Aufgaben und schwer zugängliches Gelände von ihren Einsätzen in Österreich gewöhnt, aber dennoch ist die Inspektion der Hafenanlage eine besondere Herausforderung. Denn zusätzlich zu Schußwechseln, Explosionen und nicht immer berechenbaren Milizen können die Taucher auch bei den Arbeitseinsätzen unter Wasser nicht detonierte Kriegsrelikte



Foto: Nautilus Dive Company GmbH

Das Schweben in einem Tauchkäfig in luftiger Höhe ist für die Berufstaucher nur die kleinste Übung, aber der Lösungsbeginn einer oft waghalsigen Aufgabe.

Österreich, Europa und die Welt



Aktuellster Einsatzort der Bautaucher aus Wolfsegg: die Hafenanlage einer der wichtigsten Raffinerien Libyens. Große Gefahr droht hier nicht nur durch durch Schußwechsel, sondern auch durch nicht detonierte Kriegsrelikte und Munitionsreste...

und Munitionsreste finden, deren Bergung den Ablauf der weiteren Arbeiten unter Umständen massiv verzögern können.

Schon zuhause muß gründlich geplant werden: Denn durch die Abgeschlossenheit der Raffinerie wäre es fatal, wenn auch nur ein kleines Teil vergessen würde. Was bei Aufträgen in Österreich kein Problem ist, wäre in Libyen mit enormem Aufwand verbunden. „Wir blicken diesem Einsatz mit großer Spannung entgegen: Die riskante Anreise 650 km durch die Wüste, das Koordinieren der Tauchergruppen in dieser großen Anlage, und ständig auf der Hut sein, damit man im Krisenfall schnell reagieren kann. Das läßt natürlich keinen Taucher kalt“, so Taucheinsatzleiter Konrad Steinkellner.

„Dieser Auftrag ist der größte unserer Firmengeschichte – eine große Chance für uns, in der Ölbranche und im Offshore-Bereich Fuß zu fassen“, berichtet Distler. „Im letzten Jahr haben wir uns auch auf die Ausbildung von Industrietauchern konzentriert, und das ‚Berufstaucher-Ausbildungszentrum Österreich‘ gegründet“, so Distler, der auf zwei Beispiele verweist: einen Winter-Einsatz in der Schweiz und das Betonieren einer Fundamentplatte in Albanien.

Taucheinsatz in Gebirgs-Stausee

Die Talsperre Ova Spin liegt auf 1600 m Seehöhe mitten in den Schweizer Alpen. Für das Vermessen des Grundablasses und Kontrolltauchgänge haben die Engadiner Kraftwerke die österreichischen Tauchprofis beauftragt. So waren im November 2011 vier Taucher der Nautilus Dive Company im schwer zugänglichen Stausee im Einsatz.



Schweißarbeiten unter Wasser sind für Laien kaum vorstellbar.



Auch für Bergungsarbeiten werden die Taucher aus Oberösterreich gerufen.

Fotos: Nautilus Dive Company GmbH

Österreich, Europa und die Welt



Eine aufwendige Eigenentwicklung: Schwimmkran mit Hydraulikfräse, mit dem Teichentschlammungen und Entlandungen an Kraftwerken durchgeführt werden.



Fotos: Nautilus Dive Company GmbH

Für Berufstaucher gibt es viele mögliche, spannende Arbeitsumfelder.

Für die Tauchgänge wurde die normale Stauhöhe von 60 m auf 30 m abgelassen, vor allem um die Tauchzeiten zu verlängern. Auch wenn die Bautaucher schwierige Aufgaben und schwer zugängliches Gelände von ihren Einsätzen in Österreich gewöhnt sind, war dieser Auftrag eine besondere Herausforderung, denn besonders die kalte Jahreszeit erfordert von den Berufstauchern extreme Vorsicht: „Sobald die Außentemperaturen unter 3 °C liegen, können unsere Geräte vereisen – dem Taucher würde somit unter Wasser die Luft ausgehen. Aber der Winter hat auch Vorteile für uns: weniger Niederschlag bedeutet Niedrigwasser und somit klare Sicht“, erklärte Taucheinsatzleiter

Günter Eibensteiner, beispielhaft für die unterschiedlichen Herausforderungen.

Kraftwerksbau in Albanien

Um die Stromversorgung in Albanien zu sichern, errichtet der Verbund Österreich mit seiner Tochterfirma ASHTA Energji zwei Flußlaufkraftwerke im Norden des Landes. Für diesen Auftrag holte sich die Firma Porr die Wolfsegger Unterwasserspezialisten ins Boot, die in der Nähe der Hauptstadt Tirana an der Errichtung der Kraftwerke ASTHA1 und ASTHA2 arbeiteten. Für den Bau des Kraftwerkes wurde der Fluß umgeleitet. Allerdings war im trockengelegten Flußbecken noch immer ein sehr hoher Grundwasser-

spiegel – hier war für die Herstellung einer Fundamentbetonplatte unter Wasser das österreichische Know-how gefragt. Die Großbaustelle verlangte den Tauchern einiges ab: sie waren nahezu rund um die Uhr im Einsatz. Und es wurden Unmengen Material benötigt, die mit drei Sattelschlepperzügen von Wolfsegg ins rund 1300 Kilometer entfernte Albanien geliefert wurden.

Ausbildungszentrum für Arbeit unter Wasser

Zum Arbeiten abtauchen – ideal bei diesen Temperaturen! Wie man unter Wasser professionell arbeitet, kann man jetzt lernen: im international zertifizierten Berufstaucher-Ausbildungszentrum Österreich, das ab Herbst seine Kurse anbietet. Es ist einzigartig und in ganz Europa und von den höchsten Stellen zertifiziert und international anerkannt (IDSA, EDTC, ESDC u. v. m.). Das junge und innovative Team rund um die Inhaber Markus Distler und Konrad Steinkellner überzeugt mit jahrelanger Erfahrung in der Berufstaucher-Branche und bietet vor allem auch Spezialkurse an, die es bis dato im deutschsprachigen Raum nicht gegeben hat. So zum Beispiel die Ausbildung zum international anerkannten Offshore-Diver, die man bis dato nur in Irland absolvieren konnte.

Gefragter Job

Für Berufstaucher gibt es viele mögliche Arbeitsumfelder: So sind sie im Baugewerbe genauso tätig wie in der Forschung, im Rettungs- und Feuerwehrdienst oder in der Wartung und Instandhaltung von wassernahen Bauwerken wie z. B. Kraftwerken. Auch international sind Berufstaucher gefragt – sei es auf Ölbohrinseln zu Instandhaltungsarbeiten oder beim Bau von Windparks, wo z. B. allein in Deutschland beim Bau der Nordsee-Windparks in den nächsten Jahren 2000 Berufstaucher gebraucht werden.

Erfahrenes Trainerteam

Offizieller Ausbildungspartner ist das WIFI OÖ. Für das umfassende Kursangebot wurden renommierte Trainer aus dem gesamten deutschsprachigen Raum ins Boot geholt. Mit Konrad Steinkellner, Günter Eibensteiner, Michael Wieser u. v. m. ist die Elite der österreichischen Berufstaucher vertreten. Dazu kommen Taucherarzt Willi Welslau, Forschungstaucher Albert Rechberger, Kapitän Reinhard Bloch und Wartungsspezialist Hans Ketelaer, um nur einige zu nennen. ■

<http://www.ndc.at>

Per Post zum Traumjob

E-Mails, SMS, Facebook-Chats – sind sie zwingend das Ende des Briefs? Wie können sich Postunternehmen als zeitgemäße Alternative zum Online-Austausch positionieren? Antworten auf diese Fragen zu finden, gehört zum Alltag von Wolfgang Baier, Vorstandsvorsitzender der Singapore Post, der von Graz aus den Weg nach Asien eingeschlagen hat.

Von Gerhild Kastrun *)

Mehr als fünf Millionen EinwohnerInnen leben aktuell in Singapur, der „Löwenstadt“, wie der Inselstaat Südasiens im Sanskrit genannt wird. Unterschiedlichste Kulturen und Sprachen geben dem „Melting Pot“ ein spannendes, abwechslungsreiches Gesicht. Entwicklungen nehmen in der Metropole rasch ihren Lauf, Mithalten ist Pflicht. Unter diesen Voraussetzungen hat der Grazer Wolfgang Baier vor etwas mehr als einem Jahr den Vorstandsvorsitz der Post in Singapur übernommen – mit keiner geringeren Aufgabe, als das Unternehmen in den kommenden Jahren neu zu positionieren. Eine spannende Herausforderung, bestätigt der Absolvent der Karl-Franzens-Universität, denn: Die „Singapore Post“ wurde 2012 bereits zum zweiten Mal in Folge zum weltweit besten Postunternehmen gekürt. Was kann man also noch besser machen?

Herausforderungen

„Es geht vor allem darum, aktuellen Fragestellungen mit Ideenreichtum zu begegnen“, erzählt Baier, der an der Uni Graz von 1992 bis 2000 Betriebswirtschaft und Rechtswissenschaften studiert hat. „Der Rückgang des Briefverkehrs und steigende Kosten treffen alle PostbetreiberInnen. Wir sehen dafür Chancen, unser Unternehmen stärker in die digitale Kommunikation einzugliedern und auch in diesem Bereich exzellente Leistungen anzubieten“, so der promovierte Jurist. Im Gegensatz zum Brief, der zunehmend von der virtuellen Postkarte abgelöst wird, sei das Paket nach wie vor ein Dauerbrenner, stellt Baier fest. Zeitgemäßer Service ist aber hier ebenfalls gefragt: „Innovationen wie die Zustelllösung ‚POPStation‘ – das ist eine vollautomatisierte Paket-Abholstation – zu konzipieren und zu verwirklichen, ist eine spannende Aufgabe.“

Strategien zu entwerfen und ihre Umsetzung zu überwachen, zählt zu den Hauptauf-



Foto: Singapore Post Limited

Wolfgang Baier im Gespräch mit einem der rund 5000 MitarbeiterInnen

gaben des Chief Executive Officers (CEO). Als solcher ist Baier für das gesamte, 5000 MitarbeiterInnen beschäftigende Unternehmen verantwortlich. Sein besonderer Fokus liegt auf dem kommerziellen Teil, also Vertrieb und Marketing. Auch Logistik, Finanzen oder Kooperationen mit den Tochtergesellschaften in Asien, den USA und Europa gehören zu Baiers Zuständigkeiten. Entscheidungen im Bereich der Human Resources sowie bei Fusionen und Übernahmen trifft ebenfalls der CEO. „Der Job als Vorstandsvorsitzender ist ein 24/7-Beruf, weil man sich für das gesamte Unternehmen rund um die Uhr verantwortlich fühlt – er ist fast wie ein zusätzliches Kind“, so der dreifache Familienvater, der seine steirischen Wurzeln auch in Asien pflügt.

Zwischen Löwe und Panther

Im März 1974 in Graz geboren, begann Baier 1992 an der Karl-Franzens-Universität mit dem Jus- und BWL-Studium, das ihn auch nach Wien und Exeter in England führen sollte. Die Kombination von Wirtschaft

und Recht faszinierte ihn schon früh, beide Studienrichtungen parallel zu absolvieren, war eine Leistung, die heute nützt: „Ich mußte lernen, sehr organisiert und fokussiert zu arbeiten, sonst wäre sich das Doppelstudium in dieser Zeit wohl nicht ausgegangen.“ Besonders hilfreich waren für den Alumnus Fächer wie Controlling und Unternehmenssteuerung.

Die Jahre an der Universität bestanden für Baier aber nicht ausschließlich aus Lernen: Während des Erasmus-Aufenthalts in Exeter schloß er viele Freundschaften, die bis heute halten. Einige ehemalige SitznachbarInnen im Hörsaal sind heute sogar Baiers KollegInnen. Und nicht zuletzt traf er auch seine Frau Nicole während des Jus-Studiums an der Uni Graz. Die drei Kinder Lilo, Luca und Luna sind alle in Singapur geboren.

Die Liebe zu Asien entdeckte der Grazer schon früh – während eines Aufenthalts in Hongkong Anfang der 1990er-Jahre. „Seitdem wollte ich immer zurück.“

Nach dem Studium war er zunächst zehn Jahre lang bei McKinsey & Company in Europa und Asien tätig. Als Verantwortlicher für den Bereich Logistik und Transport in Asien arbeitete er auch mit der Singapore Post zusammen – in den Stadtstaat verliebten sich die Baiers sofort: „Singapur liegt im Herzen Asiens, ist sicher und bietet unzählige kulturelle, kulinarische und sportliche Möglichkeiten.“ Vor allem die körperliche Bewegung ist für den 39jährigen neben der Familie der wichtigste Ausgleich zum Beruf. Kite-Surfen, Skifahren in Japan oder die chinesische Kampfkunst Tai-Chi gehören zur Freizeit dazu. Einen Teil der Sommermonate verbringt die Familie stets in Österreich. Ihre Zukunftspläne sind derzeit offen, eines steht aber fest: Der Post wird Baier noch lange verbunden bleiben, denn sie liegt ihm offenbar im Blut. „Mein Großvater und meine Mutter haben schon in diesem Bereich gearbeitet.“

<http://www.singpost.com>

<http://www.uni-graz.at>

*) Mag. Gerhild Kastrun ist Pressereferentin der Karl-Franzens-Universität, Graz

Von Berlin nach Vorarlberg

Dachverbandsreise der österreichischen Vereinigungen
in Deutschland vom 9. bis 12. Mai 2013

Von Marianne Horvath *)



Foto: Marianne Horvath

Wenn auch das Wetter nicht immer ganz so war, wie sich das für eine weite Reise gehört, so fühlten sich die AuslandsösterreicherInnen aus Deutschland sehr wohl im »Ländle«. In unserem Bild sehen wir sie alle im Bregenzerwald.

Dank unseres Vorsitzenden, Werner Götz, der durch die Gründung des Dachverbandes in Deutschland unter anderem auch solche Reisen erst möglich gemacht hat, durften wir wieder wunderschöne Tage mit lieben Menschen verbringen. Tatkräftig organisiert und unterstützt von Franz Dania, Vizepräsident der Österreichischen Vereinigungen in Nürnberg, sowie Peter Kunz.

Es freuten sich alle Teilnehmer schon sehr auf die heurige Reise ins „Ländle“, wie unser kleines Bundesland liebevoll genannt wird. Franz Dania übernahm wie gewohnt die Reiseleitung, was perfekt funktionierte.

Der Bus startete in Nürnberg, die Fahrt ging weiter über Kempten, Oberstaufen nach Bregenz. Die Individualreisenden trafen teils schon früher ein, man nützte die Zeit, um

nachmittags mit der Seilbahn auf den Pfänder, den Hausberg der Bregenzer zu fahren. Eine Gondel brachte uns hinauf, der Rundumblick über Bregenz, den Bodensee weit hinein ins Allgäu war traumhaft.

Abends, als alle Reisenden eingetroffen waren, begrüßte uns Dachverbandspräsident Werner Götz, gleichzeitig Präsident der Österreichisch-Deutschen Gesellschaft Berlin-Brandenburg und Vizepräsident des Auslandsösterreicher-Weltbundes, im „Wirtshaus am See.“ Die Wiedersehensfreude war groß. Nach dem Abendessen merkten wir schnell, das die kleine Stadt Bregenz (28.000 EinwohnerInnen) über wenig Nachtleben verfügt (nicht zu vergleichen mit der Studentenstadt Graz). Die Stadt schien zu schlafen, und wir waren noch so munter! Doch mit ein bißchen Einsatz fanden wir schließlich doch noch ein Weinlokal. Früh am nächsten Morgen ging es mit einer Dampferfahrt von

Bregenz nach Friedrichshafen. Das MS „Austria“ wartete schon auf uns, während der Fahrt bekam man einen Eindruck von der Größe des Bodensees. Ein Besuch des Zeppelinmuseums war angesagt. Wir wurden von einer sehr kompetenten Führerin geleitet.

Ferdinand Graf von Zeppelin (1838-1917) war Pionier der Luftschiffahrt. Friedrichshafen feiert heuer den 175. Geburtstag dieses berühmten Mannes, mit ihm begann dort der wirtschaftliche Aufschwung. Das Museum im ehemaligen Hafenbahnhof erzeugt ein Gefühl von Reiselust und Mobilität. Die originalgetreue Rekonstruktion eines 33 Meter langen Teilstücks von „LZ 129 Hindenburg“ vermittelt die Zeppelinbegeisterung jener Zeit und man kann die Fahrten rund um die Welt nachempfinden. Als sich Ende des 18. Jahrhunderts erste Ballone in die Luft erhoben, hatte sich für die Mensch-

*) Marianne Horvath ist Mitglied der Österreichisch-Deutschen Gesellschaft Berlin-Brandenburg

Österreich, Europa und die Welt

heut ein Jahrhunderte alter Traum erfüllt – der Traum vom Fliegen. Die zahlreichen Exponate aus der weltweit größten Sammlung zur Geschichte und Technik der Zeppelin-Luftfahrtsschiffahrt veranschaulichen, wie diese Technologie schon damals zu grundlegenden Erkenntnissen über Aerodynamik und Leichtbau geführt und die Mobilität verändert hat. Beeindruckt von der Luftschiffahrt, die ja mit dem Absturz der „Hindenburg“ 1937 in Lakehurst ein Ende hatte, stärkten wir uns bei einem vorbestellten gemeinsamen Mittagessen.

Mit dem Bus fuhren wir durch ein liebliches Obstanbaugebiet zurück nach Bregenz. Eine örtliche Reiseleiterin erwartete uns vor der Seebühne – sie ist die größte Europas. Die Seespiele (heuer wird die „Zauberflöte“ aufgeführt) sind zu einer der Haupteinnahmequellen der Stadt geworden. Weiter ging es zur Oberstadt – zur Altstadt. Winklige Gassen, alte Fachwerkhäuser und der barocke Martinsturm, hier scheint die Zeit stehen geblieben zu sein. Sogar Teile der alten Stadtmauer der Landeshauptstadt sind noch zu sehen.

Nur eine kurze Verschnaufpause, dann das nächste große Ereignis: Der Empfang auf Einladung der Vorarlberger Landesregierung mit Besichtigung des Landtages. Zu Beginn führte uns Sabine Möckl, eine Mitarbeiterin der Landesregierung, in den Festsaal und erklärte das Gebäude. Nach einem Film über das „Ländle“, das ja stark agrarisch ausgerichtet ist, wurden wir in den Plenarsaal geführt.

Peter Ritter, er ist seit 14. November 2012 Erster Landtagsvizepräsident und seit 25 Jahren in der Politik, trat ans Rednerpult, wir nahmen auf den Sitzen der Abgeordneten Platz. Er begrüßte seine österreichischen Landsleute, die verschiedenste Tätigkeiten in Deutschland ausüben, aber ihre Heimat doch immer im Herzen tragen. Dann sprach er über die Landesregierung.

Folgendes erfuhren wir: Vorarlberg ist ein Land, wo die österreichische Volkspartei seit Jahrzehnten die Mehrheit hat.

20 der 36 Abgeordneten sind von der ÖVP, die auch den Landeshauptmann, Markus Wallner, stellt. Derzeitiger Mandatsstand: 20 ÖVP, 9 FPÖ, 4 Grüne und 3 SPÖ (sie hatte in Vorarlberg nie starke Anteile). Es gibt 9 bis 10 Landtagssitzungen pro Jahr.

Als Nächstes sprach Ritter über sein „Ländle“. Vorarlberg ist eines der dicht besiedeltesten Gebiete Europas. Das „Land hinterm Arlberg“, einst ein bitterarmes Bauernland, weist noch heute 540 Almen auf. Spä-



v.l.: Präsident Werner Götz, Vizepräsident der Österr. Vereinigungen in Nürnberg Franz Dania, Erster Landtagsvizepräsident Peter Ritter und Friedrich Trügler



v.l.: Vizepräsident der Österr. Vereinigungen in Nürnberg Franz Dania, Friedrich Trügler und Präsident Werner Götz

ter, in den 50er- bis 70er-Jahren, der Blütezeit der Textilwirtschaft, ging es dem Land immer besser. Seit dem Jahr 2000 boomt die Industrie, es ist ein Exportland (zum Beispiel die bekannte Firma Doppelmeier, die Schilifte in der ganzen Welt herstellt oder die Hans Künz GmbH, die Container-Krane herstellt... u.v.m.). Sogar Damast wird in den westafrikanischen Raum exportiert.

Natürlich spielt auch der Tourismus eine große Rolle. Jeder kennt den Arlberg, das Montafon und den Bregenzer Wald.

Vorarlberg war und ist ein Einwandererland. 70 bis 80 Nationalitäten leben in diesem kleinen Bundesland (ca. 373.000 Menschen). Seit ungefähr 40 Jahren gibt es einen großen Zustrom aus dem damaligen Jugoslawien, von Türken und die drittgrößte Gruppe kommt in der jüngeren Zeit aus Deutsch-

land. Durch den Bodensee gab es immer schon eine offene Verbindung zu der Schweiz und zu Deutschland.

Vorarlberg hat fünf Prozent der österreichischen Bevölkerung und gehört zu den Top 3 der wirtschaftlichen Regionen Europas. Energie wird aus Wasserkraft gewonnen, das Ziel bis 2050 ist die Autonomie bezüglich der Energie zu erreichen.

Nach diesen hochinteressanten Darstellungen (manch einer schielte schon mit dem linken Auge auf das Buffet) trat nun unser Präsident Werner Götz ans Rednerpult.

Erst bedankte er sich für die ausführlichen Erläuterungen übers „Ländle“, überbrachte Grüße von Weltbundespräsident Gustav Chlestil und betonte in seiner Rede, wie sich die ÖsterreicherInnen überall in der Welt durch ihre verschiedenen Tätigkeiten ein-

Fotos: Marianne Horváth

Österreich, Europa und die Welt



Fotos: Marianne Horvath

v.l.: Rudolf Völk (Österreicherverein Kempten), Franz Dania, Oberstleutnant Alwin Denz, Werner Götz und Peter Kunz

bringen. Er wies auch auf eine Trendumkehr hin: Heute leben ungefähr 230.000 ÖsterreicherInnen in Deutschland und 235.000 vorwiegend Ostdeutsche bei uns in Österreich. Man bedenke, wieviele EinwohnerInnen Deutschland hat und wieviel Österreich! Nach einem Dank an Franz Dania und Peter Kunz für die perfekte Planung und Durchführung dieser Reisen überreichte Werner Götz dem Landtagsvizepräsidenten einen Bildband der Bundeshauptstadt Berlin, wo sich ja der Sitz des Dachverbandes befindet.

Danach wurde das Büffet eröffnet und unser Vorstandsmitglied Friedrich Trügler begleitete den gemütlichen Teil mit seiner Zither. Diese musikalische Umrahmung, die ja nun auch schon ein Fixbestandteil dieser Reisen ist, ist wirklich nicht mehr zu missen. Danke Fredi!

An diesem Abend gab es ein Stadtfest in Bregenz. Na, ja... am nächsten Morgen hörte man flüstern: Fredi und der „Elektriker unter den Österreichern“ hätten sich nach Mitternacht in der Bank Austria wiedergefunden, wo eine geschlossene Veranstaltung war. Den „Topkunden“ gefiel der 3. Mann auf der Zither so sehr und der teure Wein, den beide dann mittrinken durften, schmeckte so gut... Ein gelungener Tag sollte ja wirklich nicht so schnell enden.

Am Samstag, dem 11. Mai waren alle wieder pünktlich beim Bus. Na, fast jedenfalls. Fredi fand vorerst seinen Platz nicht mehr und spielte auf der Stiege im Bus ein Morgenständchen. Die Fahrt ging durch die reizende Landschaft des Bregenzer Waldes. In Bezau, der größten regionalen Fläche des Bregenzer Waldes, bei der Gondelauffahrt zur Baumgartnerhöhe erwartete uns der Vorstand einer der ersten Österreicher-Vereine

im Ausland, Rudolf Völk vom Österreicherverein in Kempten. Weiters empfing uns der Präsident des Voralberger Kameradschaftsbundes und Mitglied der Voralberger Landesregierung, Oberstleutnant Alwin Denz. Beide Herren begleiteten uns auf die Baumgartnerhöhe. Alwin Denz freute sich, uns seine Heimat präsentieren zu können und erzählte uns Interessantes aus seiner Heimat, dem Bregenzer Wald.

Die erste Besiedlung war um 1280, vorher war es ein Jagdgebiet. Um 1600 herum eroberten das Gebiet die Bayern, die erste Hausnummern einführten, um die Zinslehen besser abkassieren zu können. 1889 waren sie wieder losgelöst von den Bayern. Heute gibt es in Bezau 500 Häuser. Land- und Almwirtschaft dominieren, als dritte Einnahmequelle ist der Tourismus unverzichtbar. 1902 wurde die Bregenzer Waldbahn eröffnet. Seit 1962 ist es eine Marktgemeinde. Eines der bekanntesten Ziele im Bregenzer Wald ist die berühmte „Käsestraße“. Eine Themenstraße, die mit der südsteirischen Weinstraße zu vergleichen ist. Einen berühmten Bezauer kennt fast jeder: den Ex-Skispringer Toni Innauer, der sich um den Skisport in Österreich große Verdienste erwarb.

Präsident Götz bedankte sich für die interessante Darstellung und für die herzliche Aufnahme. Danach ging die Fahrt auf schmaler kurvenreicher Straße weiter zu einer Almhütte nach Lingenau zum „Kässknöpfe“ essen. Diese Voralberger Spezialität schmeckte hervorragend.

Nächster Programmpunkt war die Juppenwerkstatt in Riefensberg. Man zeigte uns hier, wie die höchst aufwändige Tracht der Bregenzerwälderinnen entsteht. In einem speziellen Verfahren wird das schwarze Kleid in

bis zu 500 Falten plissiert. Wir erfuhren: So eine Tracht kostet ab 4000 Euro. Über ein Jahr hinaus sind schon Bestellungen vorhanden. „Viele Besucher wollten schon so ein Gewand anfertigen lassen – aber aus Nationalstolz bekommen nur die Bregenzerwälderinnen diese Tracht. Egal, wie viel man bereit ist, dafür zu bezahlen.“

Auf der Heimfahrt nach Bregenz wurde noch ein Käseladen „leergekauft.“ Bei einem Abendessen ließen wir den Tag Revue passieren, nur die härtesten Nachtschwärmer hielten noch lange durch.

Am Sonntagmorgen hieß es Abschied nehmen. Wieder einmal gingen schöne, erlebnisreiche Tage zu Ende. Die Vorfriede auf nächstes Jahr, wo für den Frühsommer eine besondere Dachverbandreise nach Wien geplant ist, ließ die aufkommende Wehmut schnell vergessen.

Zum Schluß ein Danke an den 1. Landtagsvizepräsidenten der Voralberger Landesregierung, Peter Ritter, für den herzlichen Empfang und die interessanten Schilderungen; Oberstleutnant Alwin Denz, Präsident des Voralberger Kameradschaftsbundes, und Rudolf Völk vom Österreicherverein in Kempten für die herzliche Aufnahme und die Begleitung durch den Bregenzer Wald; unseren Vorsitzenden, Werner Götz, den Mitbegründer des Dachverbandes, dem Reiseleiter Franz Dania sowie Peter Kunz.

Ihnen verdanken wir diese schönen Reisen. Bussi Fredi, dein Zitherspiel klingt uns noch in den Ohren.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen anlässlich der Weltbundtagung der Auslandsösterreicher vom 5. bis 8. September in Oberösterreich mit der Hauptstadt Linz. ■

<http://www.oesterreichisch-deutsche-ges.de>

Wichtige Informationen zur Nationalratswahl am 29. September 2013

vom Bundesministerium für europäische und
internationale Angelegenheiten und vom Parlament

Am 29. September 2013 wird der Nationalrat neu gewählt. Der Hauptausschuß des Nationalrats genehmigte am 20. Juni einstimmig die diesbezügliche Verordnung der Bundesregierung über die Ausschreibung der Wahl. Als Stichtag wird der 9. Juli bestimmt.

Nach diesem Stichtag orientieren sich bestimmte Fristen, wie die Bestellung der SprengelewahlleiterInnen, die Konstituierung der Wahlbehörden, die Auflegung des Wählerverzeichnisses zur öffentlichen Einsicht und die Einbringung von Wahlvorschlägen. Die Landeswahlvorschläge sind spätestens am 2. August, die Bundeslisten spätestens am 12. August im Innenministerium einzureichen.

Wer sich zur Wahl stellt passives Wahlrecht

muß am Stichtag die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und spätestens mit Ablauf des Tages der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Wahlberechtigt aktives Wahlrecht

sind alle Männer und Frauen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und spätestens mit Ablauf des Tages der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Es gibt keine »parlamentslose« Zeit

Nachdem der Nationalrat diesmal die volle Gesetzgebungsperiode von fünf Jahren ausgeschöpft und sich nicht vorzeitig durch ein einfaches Bundesgesetz aufgelöst hat, läuft die Funktionsperiode automatisch aus. Es bedarf daher auch keines eigenen Auflösungsbeschlusses, sondern lediglich der Festlegung des Wahltermins. Dieser ist durch Verordnung der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrats festzulegen und im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen.

Der Wahltag ist so festzulegen, daß sich der neue Nationalrat spätestens am Tag nach dem Ablauf der fünf Jahre konstituieren

kann. Zudem hat der Bundespräsident den neuen Nationalrat längstens innerhalb von 30 Tagen nach der Wahl einzuberufen. Das bedeutet, es gibt keine „parlamentslose“ Zeit, denn die Gesetzgebungsperiode dauert bis zum Tag, an dem die neu gewählten Abgeordneten für eine weitere Periode zusammentreten. Bis dahin können auch Plenarsitzungen und Ausschüsse in der alten Besetzung stattfinden.

Briefwahl

Bei der Nationalratswahl 2013 kommt wieder die „Briefwahl“ ohne Zeugen weltweit zur Anwendung. Die Wahlkarte muß spätestens am Sonntag, dem 29. September 2013, um 17:00 Uhr MEZ im Wahllokal oder in der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich eingelangt sein. Die Kosten für die Rücksendung der Wahlkarten mit öffentlicher Post übernimmt Österreich. Die Wahlkarten können aber auch bei den österreichischen Vertretungsbehörden (innerhalb des EWR und der Schweiz spätestens am sechsten Tag vor dem Tag der NRW, in allen anderen Ländern spätestens am neunten Tag vor dem Tag der NRW) oder direkt bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich abgegeben werden.

Es besteht keine Wahlpflicht!

Um als Auslandsösterreicher/in an der kommenden NRW gültig teilnehmen zu können, ist folgendes zu beachten:

- Vollendung des 16. Lebensjahres am Tag der NRW (29. September 2013);
- (aufrechte) **Eintragung in die Wählerevidenz** einer österreichischen Gemeinde;
- **Beantragung einer Wahlkarte** (entweder im Voraus als sog. „Wahlkartenabo“ für maximal zehn Jahre oder (nur) für die kommende NRW);
- **Stimmabgabe** ab Erhalt der Wahlkarte;
- vollständig ausgefüllte Wahlkarte;

- Rücksendung der Wahlkarte an die darauf gedruckte Adresse in Österreich; und
- **Einlangen dieser Wahlkarte bis spätestens am Sonntag, 29. September 2013, 17:00 Uhr MEZ bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich.**

Eintragung in die Wählerevidenz

Bitte überprüfen Sie, ob Sie (aktuell) in der Wählerevidenz in der für Sie zuständigen Gemeinde in Österreich eingetragen sind. Im Zweifel wenden Sie sich bitte direkt an diese Gemeinde. Wenn eine Eintragung nicht (mehr) vorliegt, können Sie rasch eine **(Wieder-) Eintragung** beantragen, indem Sie das Formular „**Antrag auf Eintragung in die (Verbleib in der) Wählerevidenz und/oder Europa-Wählerevidenz**“ (siehe unten) ausfüllen und direkt an Ihre Wählerevidenzgemeinde senden. Mit diesem Formular können Sie sich gleichzeitig in die Europa-Wählerevidenz eintragen und auch die automatische Zusendung von Wahlkarten (für Wahlen) und Stimmkarten (für Volksbefragungen) für (maximal) zehn Jahre beantragen. Lesen Sie bitte die dem Formular beiliegende „Ausfüllanleitung“ genau und aufmerksam. Die Eintragung ist jederzeit möglich und gilt für maximal zehn Jahre, es sei denn, Sie hätten inzwischen einen österreichischen Hauptwohnsitz angemeldet. Vor Ablauf der zehn Jahre werden Sie automatisch von der zuständigen Gemeinde mit dem Hinweis auf die Möglichkeit einer Verlängerung der Eintragung in Kenntnis gesetzt. Falls die für Sie zuständige Gemeinde nicht über Ihre aktuelle Adresse verfügt, könnte es sein, daß Sie die Information über die (bevorstehende) Streichung aus der Wählerevidenz nicht erreicht. Achtung: Damit Sie an der kommenden Nationalratswahl teilnehmen können, muß Ihr Antrag als AuslandsösterreicherIn **spätestens am 8. August 2013** (im sog. Reklamationsverfahren) von der Gemeinde **bearbeitet worden sein**, in deren Wählerevidenz Sie eingetragen werden sollen.

Speziell für AuslandsösterreicherInnen

Sollten Sie bereits ein „Wahlkarten-Abo“ beantragt haben, bekommen Sie Ihre Wahlkarte automatisch zugestellt.

Zuständige Wählervidenzgemeinde

Die zuständige Gemeinde für die Eintragung in die Wählervidenz und /oder Europa-Wählervidenz ist die Gemeinde Ihres letzten Hauptwohnsitzes in Österreich. Wenn ein solcher nicht vorliegt, dann jene Gemeinde in Österreich, in der zumindest ein Elternteil seinen/ihren Hauptwohnsitz hat oder hatte. Sollte auch ein solcher nicht vorliegen, dann richtet sich die zuständige Gemeinde nach anderen glaubhaft zu machenden Lebensbeziehungen zu Österreich, deren Wertigkeit folgende Reihenfolge hat: Geburtsort in Österreich, Ehegattin/Ehegatte hat oder hatte Hauptwohnsitz in Österreich, nächste Verwandte haben oder hatten Hauptwohnsitz in Österreich, Sitz des Dienstgebers in Österreich, Bestandsrechte an Grundstücken oder Wohnungen in Österreich, Vermögenswerte in Österreich, sonstige Lebensbeziehungen zu Österreich.

Beantragung einer Wahlkarte

Überprüfen Sie bitte, ob Sie (im Zuge der Antragstellung auf Eintragung in die Wählervidenz) bereits eine automatische amtswegige Zusendung von Wahlkarten für maximal 10 Jahre an Ihre mitgeteilte Wohnadresse beantragt haben und ob diese Adresse nach wie vor gültig ist. Falls Sie bei Antragstellung auf Eintragung in die Wählervidenz keine automatische amtswegige Zusendung von Wahlkarten beantragt haben, stellen Sie Ihren Antrag auf Zusendung Ihrer Wahlkarte für die NRW bitte so rasch wie möglich mündlich oder schriftlich bei der für Sie zuständigen Gemeinde (im Postweg, per Telefax, gegebenenfalls auch per E-Mail oder über die Internetmaske der Gemeinde).

Stimmabgabe und Rücksendung der Wahlkarte

- Beachten Sie bitte genau alle Anweisungen auf der Wahlkarte.
- **Die Abgabe Ihrer Stimme kann sofort nach Erhalt der Wahlkarte durchgeführt werden**, muß jedoch spätestens vor Schließung des letzten Wahllokals in Österreich am Sonntag, dem 29. September 2013, 17:00 Uhr MEZ, erfolgen und zu diesem Zeitpunkt auch bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde eingelangt sein. Insbesondere bei längeren oder unsicheren Postwegen nach Österreich wird empfohlen, Ihre Stimmabgabe sobald wie

möglich durchzuführen. Sie haben auch die Möglichkeit die Wahlkarte am Wahltag bei jedem geöffneten Wahllokal Ihres Stimmbezirks abzugeben.

- Geben Sie bitte die eidesstattliche Erklärung durch die eigenhändige Unterschrift in der dafür vorgesehenen Rubrik ab, da ein Fehlen der Unterschrift die Nichtigkeit Ihrer Stimme bewirkt, und **kleben Sie die Wahlkarte fest zu**.
- **Unmittelbar nach der Stimmabgabe sollte die Wahlkarte direkt an die darauf angegebene Adresse der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich geschickt werden** – bei längeren Postwegen am besten per Schnellpostdienst (z.B. DHL, UPS, EMS, FedEx). Die Kosten der Rücksendung mit öffentlicher Post trägt Österreich; bei Nutzung von Schnellpostdiensten (z.B. DHL, UPS, EMS o.Ä.) der/die Absender/in.
- Die Wahlkarte muß **spätestens am Sonntag, dem 29. September 2013, um 17.00 Uhr MEZ** bei der Bezirkswahlbehörde einlangen. Andernfalls kann Ihre Stimme in die Ergebnisermittlung nicht mehr mitbezogen werden!

Umfassende Informationen und Formulare

finden Sie auf der Wahlinformationswebsite des Außenministeriums

<http://www.wahlinfo.aussenministerium.at> und den Websites der österreichischen Botschaften und Berufsgeneralkonsulate. Für weitere Fragen stehen Ihnen selbstverständlich auch die zuständigen österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland (Botschaften, Berufsgeneralkonsulate) gerne zur Verfügung. Adressen, Öffnungszeiten und Erreichbarkeiten der Vertretungsbehörden finden Sie auf der Website

<http://www.aussenministerium.at> unter Länderinformation. Weitere Informationen finden Sie auch auf der Website des Bundesministeriums für Inneres unter http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/start.aspx

Arbeit im Parlament

Sitzungen bis zum Wahltermin möglich

Auch wenn nach den letzten Plenarsitzungen Anfang Juli keine weiteren Sitzungstermine mehr vorgesehen sind, so kann der Nationalrat jederzeit zu Sondersitzungen bzw. außerordentlichen Tagungen einberufen werden, wenn ein entsprechendes Verlangen ausreichend unterstützt ist. Während der so genannten tagungsfreien Zeit im Som-

mer hat der Bundespräsident den Nationalrat zu einer Sitzung – sie wird in diesem Fall „außerordentliche Tagung“ genannt – einzuberufen, wenn dies die Bundesregierung oder mindestens ein Drittel der Nationalratsabgeordneten oder der Bundesrat verlangt. Das Nationalratsplenum muß dann innerhalb von zwei Wochen zusammentreten.

Darüber hinaus kann auch der Hauptausschuß außerhalb der Tagung einberufen werden, wenn sich dazu die Notwendigkeit ergibt. Dessen Ständiger Unterausschuß kann jederzeit einberufen werden. Das Gleiche gilt für alle Ständigen Unterausschüsse. Bei Beendigung einer Tagung können auch weitere Ausschüsse beauftragt werden, ihre Arbeit fortzusetzen.

Außerdem soll es eine neue Bestimmung der Geschäftsordnung ermöglichen, daß auch während der tagungsfreien Zeit schriftliche Anfragen an die Mitglieder der Bundesregierung gerichtet werden können, so daß den Abgeordneten auch in den Sommermonaten dieses Kontrollinstrument zur Verfügung steht.

Im heurigen Jahr ist vorgesehen, daß Bundespräsident Heinz Fischer, wie alljährlich Anfang Herbst, die Tagung des Nationalrats am 9. September wieder eröffnet. Damit steht den Abgeordneten frei, Sondersitzungen zu verlangen, die dann die Nationalratspräsidentin innerhalb von acht Tagen – ohne Samstage, Sonn- und Feiertage – einzuberufen hat. Voraussetzung dafür ist das Vorliegen eines Verlangens von mindestens 20 Abgeordneten unter Angabe eines Themas. Jeder und jede Abgeordnete darf ein solches Verlangen pro Jahr nur einmal unterstützen. Kleinere Klubs mit weniger als 20 Abgeordneten haben ebenfalls das Recht, einmal im Jahr eine Sondersitzung zu beantragen. Innerhalb derselben Frist muß eine Sondersitzung einberufen werden, wenn dies ein Drittel der Abgeordneten oder die Bundesregierung verlangt.

Volksbegehren und Bürgerinitiativen verfallen nicht

Während unerledigte Gesetzesvorschläge nach Beendigung einer Gesetzgebungsperiode verfallen und eventuell neu eingebracht werden müssen, behalten nicht erledigte Volksbegehren und Bürgerinitiativen ihren Status als Verhandlungsgegenstände auch im neuen Nationalrat. BürgerInnen müssen daher nicht befürchten, daß ihre Initiativen verlorengehen und sie eventuell das gesamte Procedere nochmals zu durchlaufen haben. ■

Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Parlamentskorrespondenz

19. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen

3. bis 5. September 2013 im NÖ Landhaus St. Pölten
 Generalthema: »Niederösterreich in die Zukunft denken!«

Vor 350 Jahren wurde der »Heilige Leopold« zum Landespatron von Niederösterreich erhoben. In Verbindung mit diesem geschichtlichen Hintergrund soll versucht werden, aus der Geschichte zu lernen, im Heute zu leben und über die Zukunft unseres Heimatlandes nachzudenken.

Dienstag, 3. September

bis 16.00 Uhr Eintreffen in St. Pölten - Check-in im Hotel Metropol
 3100 St. Pölten, Schillerplatz 1
 Telefon: ++43 / (0)2742-70700/132

16.15 Uhr Rahmenprogramm:
 Spaziergang zum NÖ Landesmuseum, Besichtigung der Ausstellung „Hl. Leopold – Mensch, Politiker, Landespatron“

anschließend gemütliches Beisammensein im PAN PAN –
 Kulinarischer Treffpunkt im NÖ Landesmuseum,
 3100 St. Pölten, Kulturbezirk 5

Moderation: Landesjugendreferent

Wolfgang Juterschnig

12.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen - 1. Teil
 anschl. Mittagsbuffet, NÖ Saal I und II, 2. Stock

14.00 Uhr Fortsetzung der Arbeitskreise/Workshops – 2. Teil

17.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen – 2. Teil
 anschließend Vernissage „Brückenschlag St. Pölten – Hangzhou“:
 Dr.in Elisabeth Philips-Slavkoff
 Haus 1A, Ausstellungsbrücke

18.45 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus zum Hotel Metropol

19.00 Uhr Abendessen im Hotel Metropol

Mittwoch, 4. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
 zum NÖ Landhaus

9.30 Uhr Eröffnungsveranstaltung im Ostarrichisaal, Haus 1A,
 2. Stock
 Begrüßung: Peter de Martin, Leiter der Geschäftsstelle für AuslandsniederösterreicherInnen
 Impulsreferat: NN
 Bericht: Gesandte Dr. Brigitta Blaha, Leiterin der AuslandsösterreicherInnen-Abteilung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA)
 Bericht: Werner Götz, Vizepräsident des Auslandsösterreicher-Weltbundes
 Moderation: Tom Bläumauer

10.40 Uhr Kaffeepause

11.00 Uhr Beginn der Arbeitskreise/Workshops – 1. Teil

- Wirtschaft & Technologie/Umwelttechnik (Industrieviertsaal)
 Thema: „A New World Disorder“
 Impulsreferat: Mag. Dr. Walter Seböck, MAS, MSc, MBA, Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung, Donau-Universität Krems
 Moderation: Mag. Herbert Halbwidl
- Kunst, Kultur & Wissenschaft (Ostarrichisaal)
 Thema: „Keine Zukunft ohne Herkunft“
 Impulsreferat: Mag. Carl Aigner, Direktor des NÖ Landesmuseums
 Moderation: Dr.in Ilona Slawinski
- Bildung & Jugend (Mostviertsaal)
 Thema: „Sprache und Identität im Donauraum – Orientierung für die Zukunft unserer Jugend“
 Impulsreferat: Walter Grond, Künstlerischer Leiter der Europäischen Literaturtage Wachau

Donnerstag, 5. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
 zum NÖ Landhaus

9.30 Uhr Fortsetzung und gemeinsamer Abschluß aller Arbeitskreise im Ostarrichisaal,
 Haus 1A, 2. Stock
 Moderation: Tom Bläumauer

10.20 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen
 Kaffeepause

10.45 Uhr Abschlußveranstaltung im Ostarrichisaal
 Moderation: Tom Bläumauer
 Musik - Ensemble der Militärmusik Niederösterreich
 Begrüßung und Kurzbericht: Peter de Martin
 Impulsreferat Univ.Prof. Dr. Stefan Karner, Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Gründer und Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung und Leiter des Medienlehrgangs der Universität Graz (angefragt!)
 Präsentation der Ergebnisse der drei Workshops

- Festansprache von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll
- Überreichung der ANÖ-Nadel an die erstmaligen ANÖ-TeilnehmerInnen
- Schlußworte: Peter de Martin

anschließend Mittagsempfang, gegeben von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, Foyer „Schwarzes Bild“

14.00 Uhr Ende des 19. AuslandsniederösterreicherInnen-Treffens 2013
 Transfer für die TeilnehmerInnen zum Hotel Metropol bzw. Bahnhof St. Pölten. Möglichkeit zur Weiterreise zum Auslandsösterreicher-Weltbundtreffen nach Linz (5. bis 8. September 2013)

<http://www.noel.gv.at/aoe>

Änderungen vorbehalten!

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2013

5. bis 8. September 2013 in Linz

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helderstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem ► gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 5. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** Redoutensäle, Promenade 39, 1. Stock
- 14.00 - 16.00 Uhr ► **Linz.verändert, Stadtrundgänge** ►
Treffpunkt: Hauptplatz, Altes Rathaus
- 14.00 - 16.00 Uhr ► **Führung durch das Musiktheater am Volksgarten** – Treffpunkt: Musiktheater am Volksgarten, Haupteingang Am Volksgarten 1.
- 14.00 - 16.00 Uhr ► **Führung durch das Ars Electronica Center** Treffpunkt: Ars Electronica, Haupteingang, Ars-Electronica-Straße 1
- 19.00 Uhr ► **Empfang des Bürgermeisters der Stadt Linz, Dr. Franz Dobusch**, im Alten Rathaus Hauptplatz 1

Freitag, 6. September

- 09.00 - 17.00 Uhr **Registrierung:** Redoutensäle, Promenade 39, 1. Stock
- 10.00 - 12.00 h ► **Linz.verändert, Stadtrundgänge**
Treffpunkt: Hauptplatz, Altes Rathaus
- 10.00 - 12.00 h ► **Führung durch das Ars Electronica Center** Treffpunkt: Ars Electronica, Haupteingang
Ars-Electronica-Straße 1
- 14.00 - 18.00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Ort: Redoutensäle, Promenade 39, 1. Stock
- 20.00 - 23.00 Uhr ► Empfang durch den **Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Josef Pühringer**, in den Redoutensälen, Promenade 39, 1. Stock

Samstag, 7. September

- 11.00 - 13.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2013“**
im „Festsaal“ des Kaufmännischen Palais
Ort: Palais Kaufmännischer Verein Linz, Bismarckstraße 1, 1. Stock,
- 13.15 Uhr ► Festessen auf Einladung von **Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Dr. Michael Spindelegger**,
Ort: Palais Kaufmännischer Verein Linz, Bismarckstraße 1, 1. Stock,
- 14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Ort: Redoutensäle, Promenade 39, 1. Stock
- 20.30 Uhr ► **Abschlußball des Auslandsösterreichers-Weltbundes** im „Festsaal“ des Kaufmännischen Palais
Ort: Palais Kaufmännischer Verein Linz, Bismarckstraße 1, 1. Stock

Sonntag, 8. September

- 09.30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst** in der Martin Luther Kirche, Martin Luther Platz 1
- 10.00 Uhr **Katholischer Gottesdienst** im Mariendom, Herrenstraße
- 12.00 Uhr ► **Abschlußmittagessen**
Ort: Stieglbräu zum „Klosterhof“, Landstraße 30
Essen € 20,- auf eigene Rechnung;
Getränke auf Rechnung des AÖWB.

Änderungen vorbehalten!

Konjunkturpaket

Ausgelöst durch die Insolvenz der Alpine Bau hat die Regierung beschlossen, mehr als 1,5 Milliarden Euro für die Stärkung der heimischen Wirtschaft bereitzustellen.

Bereits Mitte Mai berichteten die Medien darüber, die spanische FCC, die Konzernmutter der in Salzburg ansässigen Alpine Bau, würde sich außerstande sehen, weitere 150 Mio. Euro zuzuschießen, um den Betrieb des in Schieflage geratenen Unternehmens weiter aufrechtzuerhalten. Die Gläubigerbanken waren aber nur dann zu einem Schuldenschnitt bereit gewesen. Die Alpine Bau war vor allem wegen des stagnierenden Geschäfts in Osteuropa in massive Schwierigkeiten geraten und hatte 2012 einen Verlust rund 450 Mio. Euro ausgewiesen, der sich im ersten Quartal 2013 in Höhe von rund 90 Mio. Euro (vor Steuern) fortsetzte. In einem den Gläubigern vorgelegten Sanierungsplan war hingegen noch von 37 Mio. Euro die Rede gewesen – das war denn doch zu viel, weshalb die Sanierungsbemühungen scheiterten und die Geschäftsführung der Alpine Holding GmbH am 28. Juni 2013 beim Handelsgericht Wien den Antrag auf Eröffnung des Konkurses stellte. Betroffen davon sind nun insgesamt rund 15.000 MitarbeiterInnen, wovon etwa die Hälfte davon in Österreich beschäftigt ist, und viele Lieferanten und Subunternehmer, die nun ebenfalls in Bedrängnis geraten sind. Schätzungen sprechen jedenfalls von weiteren 7500 Arbeitsplätzen, die dort gefährdet sind.

Diese Katastrophe für den heimischen Arbeitsmarkt und die ohnehin durch die immer noch anhaltende Krise hat die Regierung dazu bewogen, nun ein Konjunkturpaket zu beschließen, um so Folgeschäden möglichst abzufangen.

Faymann: Wir unternehmen alles, um Beschäftigung zu sichern

„Die Regierung hat sich auf ein Konjunkturpaket für drei Jahre im Ausmaß von über 1,5 Milliarden Euro geeinigt“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) am 25. Juni beim Pressefoyer nach dem Ministerrat. „Wir werden alle Möglichkeiten des Staates nutzen, um auf die Insolvenz der Alpine rasch zu reagieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

„In einem Land wie Österreich, das stolz ist auf seine hohe Beschäftigung und Wirtschaftsleistung – wir sind beim BIP pro Kopf vom fünften auf den zweiten Platz in der EU

vorgerrückt –, machen wir klar, daß wir rasch Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur setzen und das Problem nicht auf die lange Bank schieben“, betonte Faymann.

Aus Rücklagen des Familienlastenausgleichsfonds, der BIG (Bundesimmobilien-gesellschaft) oder des ERP-Fonds sowie mit zusätzlichen Einnahmen wie den Erträgen aus



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

der Frequenzversteigerung soll in den kommenden Jahren in den Wohnbau, den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, die Pflege, die Tunnelsicherheit, die thermische Sanierung und den Hochwasserschutz investiert werden. „Mit zusätzlich 276 Millionen Euro Förderung für den Wohnbau können wir 14.000 zusätzliche Wohnungen schaffen. Unser Ziel ist freilich ein kontinuierliches Wohnbauprogramm“, so der Bundeskanzler. „Die Mittel für Wohnungsneubau oder thermische Sanierung bringen konkrete Baumaßnahmen und fördern ein investitionsfreundliches Klima.“

„Das nun geschnürte Paket zeigt, daß der Staat sich in einer schwierigen Situation nicht zurückzieht, sondern daß wir alles unternehmen, um die Beschäftigung zu sichern. Denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur für den einzelnen Menschen eine Katastrophe, sondern auch verheerend für das Budget. Mit dem Einsatz von 1,5 Milliarden Euro zur Ankurbelung der Konjunktur können wir

laut Wirtschaftsforschern rund 60.000 Arbeitsplätze in Österreich sichern“, so Faymann. „Wir hoffen, daß damit in Zukunft die Wirtschaft wieder stärker wächst und dadurch auch mehr Mittel ins Budget fließen.“

Fekter: Konjunkturpaket stärkt die Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze – ohne zusätzliche Schulden

Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) erklärte, die Bundesregierung habe rasch gehandelt. „Obwohl Österreich besser dasteht als viele andere Länder, können wir uns dem schwachen internationalen Umfeld nicht gänzlich entziehen. Unsere Maßnahmen kommen zum richtigen Zeitpunkt und sind nicht nur punktgenau, sondern auch innerhalb des Budgetpfades finanzierbar – das Nulldefizit 2016 ist nicht gefährdet.“

Folgende Maßnahmen werden konkret gesetzt:

Leistbares Wohnen ermöglichen

Mit einem einmaligen Zweckzuschuß werden die Bundesländer bei der erforderlichen Schaffung von zusätzlichem Wohnraum unterstützt. Im Jahr 2014 wird der Bund zur Förderung des öffentlichen Wohnbaus 276 Mio. Euro aus den zu erwartenden Erträgen der Frequenzversteigerung der Digitalen Dividende zusätzlich zur Verfügung stellen. „Diese Wohnbauoffensive wird das Wirtschaftswachstum um rund 0,5 Prozentpunkte steigern, Beschäftigung heben sowie zusätzlichen Wohnraum schaffen“, so Fekter.

Rücklagen der gemeinnützigen Wohnbauträger mobilisieren

„Mit dieser Änderung im Körperschafts-steuergesetz können die GBV rascher mehr Wohnungen bauen. Diese Maßnahmen führen zu mehr Investitionen in den gemeinnützigen Wohnbau und genau das brauchen wir in der jetzigen Situation“, meinte die Finanzministerin. Rücklagen können nun schneller investiert werden und fließen so rascher in den Wohnbau zurück.

Pflegefonds

Der Pflegefonds ist mit jährlichen Steigerungen dotiert, um den Ausbau von Pflege-dienstleistungen (volle Personal/Arbeitsplatzwirksamkeit) zu finanzieren. Die dem Nationalrat vorliegende Novelle enthält die Flexibilisierung, nicht verbrauchte Mittel

Innenpolitik

(max. 40 Prozent) ins Folgejahr zu übertragen. „Die Länder sollen die Möglichkeit erhalten, einen Teil der für die kommenden Jahre zugesagten Bundesmittel für die Pflege vorzuziehen. Damit sollen heuer bis zu 71,25 Mio. Euro und 2014 bis zu 36,25 Mio. Euro zusätzlich zum Ausbau der Pflegeeinrichtungen zur Verfügung stehen. Die langfristige Sicherung der Pflege hat große Bedeutung und wird durch diese Maßnahme bestmöglich gewährleistet“, betonte Fekter.

Maßnahmen zum Hochwasserschutz

Die Fertigstellung der geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen entlang der Donau soll durch eine vorgezogene Ausschüttung der Mittel um vier Jahre früher realisiert werden. 17 Hochwasserschutzprojekte entlang der Donau sind bereits fertiggestellt und haben ihre Bewährungsprobe beim Jahrhunderthochwasser bestanden. 17 weitere Projekte sind derzeit in Bau, Planung oder in Vorbereitung. „Diese Projekte werden wir beschleunigen. Das schützt zehntausende Menschen in den Gemeinden, die heute noch nicht über einen wirksamen Schutz verfügen“, erklärte die Ministerin.

ERP-Fonds für hochwassergeschädigte Betriebe

Geschädigte Betriebe können über den ERP-Fonds zinslose Darlehen beantragen, um die notwendigen Investitionen zum Erhalt der Arbeitsplätze zu finanzieren.

„Mit diesen Maßnahmen kurbeln wir die Konjunktur an, ohne unser Budget zu belasten, schaffen weitere Arbeitsplätze und sichern so nachhaltigen Wohlstand, Stabilität und Sicherheit in unserem Land“, unterstrich die Finanzministerin abschließend.

Strache: Konjunkturpaket bietet keine langfristig wirksamen Konzepte

Das Fehlen grundsätzlicher weitreichender und langfristig wirksamer Konzepte sowie eine eingehende Ursachenanalyse vermißt FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache beim Konjunkturpaket der Regierung. Denn die Hauptursache für die Konjunkturschwäche liege in der durch den Euro verursachten Harakiri-Ökonomie auf unionseuropäischer Ebene begründet, in der übermäßigen Steuerbelastung und im überbordenden Verwaltungsapparat. Solange man diesen Grundproblemen nicht entschieden zu Leibe rücke, würden alle Maßnahmen wirkungslos verpuffen. Bezeichnend sei es auch, daß SPÖ und ÖVP in all den im Konjunkturpaket genannten Bereichen fünf Jahre lang genau gar nichts getan hätten und jetzt

plötzlich kurz vor den Wahlen zu arbeiten begännen oder dies zumindest vortäuschen.

Für Strache ist es außerdem völlig inakzeptabel, daß die Bundesregierung die Finanzwirtschaft mit Milliarden und Abermilliarden am Leben erhalte, während die Realwirtschaft mit einem Bruchteil dieser Gelder abgespeist werde. Europa und Österreich müßten aber den Weg der Realwirtschaft und somit der Leistung gehen.

Gerade für die KMU werde auch in diesem Konjunkturpaket zu wenig getan, kritisierte Strache, der Steuererleichterungen, eine Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge, die Entrümpelung der Gewerbeordnungen und sonstiger wirtschaftshemmender Vorschriften bis hin zu gezielten Förderungen und direkten Auftragsvergaben durch die Republik verlangte. „Die Politik selbst kann zwar keine Jobs schaffen, aber immerhin kann sie für die rechtlichen und fiskalen Rahmenbedingungen für Beschäftigung sorgen und beispielsweise mit Infrastrukturprojekten zusätzlich aktiv eingreifen“, so der FPÖ-Chef.

Bucher: Steuern und Verwaltung runter ist das beste Konjunkturprogramm

„Daß die Regierung längst überfällige – und von ihr im Zuge des Sparpaketes mehrfach verschobene – Projekte, etwa im Straßenbau und im Hochwasserschutz, jetzt im Rahmen eines sogenannten Konjunkturpaketes doch früher umsetzt, ist positiv, hilft jedoch Österreichs Wirtschaft nicht langfristig. Das beste Konjunkturprogramm besteht darin, Steuern zu senken und Verwaltung abzubauen, damit Bürgern und Unternehmern jenes Geld direkt in der Brieftasche bleibt, das sie ansonsten nach dem Durchlaufen von Österreichs teurer Superbürokratie in viel geringerem Ausmaß wieder in Form von selbst bezahlten Almosen zurückerhalten“, so BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher in einer Reaktion auf den Ministerrat.

Für den BZÖ-Obmann ist es „noch keine Politik, wie die Regierung das Geld der Steuerzahler ohne langfristigen Plan ausgibt. Selbstverständlich muß um jeden Arbeitsplatz bei der Alpine und bei den Zulieferbetrieben verbissen gekämpft werden, aber ohne Strukturreformen ist die Fortsetzung der dramatischen Pleiteserie in Österreichs Wirtschaft garantiert. Im Übergeben von ungedeckten Schecks sind Faymann und Spindelegger Europaklasse, bei Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbessern sollen, spielen SPÖ und ÖVP aber nicht einmal in der Regionalliga. Das BZÖ

fordert: Steuern runter, Verwaltung vereinfachen und damit die Wirtschaft beleben, Arbeitsplätze schaffen und Österreich wieder fit für den internationalen Wettbewerb machen. Wer glaubt, daß Österreich in einer globalisierten Welt mit dem Uraltrezept eines teuren Vollkaskostaates überleben wird, der macht mittelfristig ganz Österreich zur Alpine“, so Bucher.

Kogler: Wiederkäuen als Beschäftigungsprogramm

„Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen gehen von der Idee her durchaus in die richtige Richtung“, stellt Werner Kogler, stellvertretender Bundessprecher der Grünen, fest. „Mittlerweile penetrant wird aber der ständige Doppel- und Mehrfachverkauf von Maßnahmen durch die Regierung. Auffällig ist zum Beispiel der Wiederverkauf des Ausbaus der Kinderbetreuung, der nächste Woche im Ministerrat wahrscheinlich zum dritten Mal in Folge wiedergekaut wird.“

„Die Herangehensweise im Wohnbaubereich scheint zumindest plausibel. Allerdings braucht es für Bundesländer, die die Wohnbauförderung zweckwidrig verwenden, vor allem die Wiedereinführung der Zweckwidmung. Klar ist, daß die Wohnbauförderung noch viel stärker auf soziale und ökologische Aspekte und die thermische Bestandssanierung ausgerichtet werden muß. Diese Kombination bringt die meisten Arbeitsplätze. Dadurch werden kurzfristig Mittel mobilisiert und Arbeit geschaffen sowie langfristig ökologisch nachhaltige Ziele erreicht. Ein echter wirtschaftspolitischer Strategiewechsel braucht also mehr als kleinteiliges ‚Herumdoktern‘“, betont Kogler.

Lugar: Die Finanzspritze muß sofort erfolgen!

„Noch sind Aufträge für die Bauwirtschaft da. Kritisch wird es aber schon diesen Herbst – und da muß ein bereits greifen“, kommentiert Team Stronach Klubobmann Robert Lugar das von der Regierung in Aussicht gestellte Paket. „Es hilft den Firmen wenig, wenn man ihnen Budgetmittel im Jahr 2016 verspricht, die Finanzspritze muß sofort erfolgen“, so Lugar. Er verlangt, daß Faymann und Spindelegger erklären, welche Mittel sie noch für Investitionen in diesem Jahr zur Verfügung stellen können.

„Die heutigen Versprechen setzen voraus, daß die Stillstandsregierung auch nach der Wahl noch die Budgethoheit hat“, so Lugar. Mit den für heuer angekündigten 161 Mio. Euro werde man aber „weder im Wohnbau

Innenpolitik

noch beim Hochwasserschutz nennenswerte Impulse für die Bauwirtschaft setzen können“, erklärt Lugar.

In dem groß angekündigten Paket von bis zu 1,6 Mrd. Euro wurden zudem Posten angeführt, „die vorerst der Phantasie entspringen“, so Lugar. Neben dem erst vor einer Woche als Wahlzuckerl präsentierten Familienpaket findet sich auch die Versteigerung der Mobilfunklizenzen. „Was hier vorgestellt wurde, das ist Kaffeesudlen im Ministerrat“, so Lugar. Denn erst nach der Versteigerung lasse sich beziffern, wie viel Geld zur Verfügung steht.

Bei vielen der nun angekündigten Budgetmittel handelt es sich um Investitionen, die von den Oppositionsparteien schon mehrmals gefordert wurden, erinnert Lugar. „Jetzt, knapp vor der Wahl, wachen SPÖ und ÖVP plötzlich auf und wollen ein Füllhorn – gefüllt mit leeren Versprechen – ausschütten. Wäre es der Regierung wirklich ernst mit der Konjunkturbelebung, wären die nötigen Investitionen schon vor Monaten und Jahren erfolgt“, so Lugar.

Leitl: Bau-Paket der Regierung ist richtige Antwort auf Bau-Flaute

„Mit dem Schwerpunkt Bau ist das vorliegende Konjunkturpaket der Regierung ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung“, kommentiert Präsident Christoph Leitl die Vorhaben der Koalition, kurzfristige umsetzbare Wachstumsimpulse zu setzen. Das Vorziehen von Bauvorhaben der Bundesimmobiliengesellschaft sei ebenso zu begrüßen wie Hilfe für kleine und mittlere Lieferanten, welche mit Zahlungsausfällen im Zug der Alpine-Insolvenz zu kämpfen haben. Auch die Hochwasserhilfe für Betriebe, eine neue Investitionsprämie für Klein- und Mittelbetriebe und ein Sonder-Wohnbauprogramm von bis zu 14.000 Wohneinheiten würden sich positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken, so Leitl: „Zugleich ist anzuerkennen, daß sich die Belastung des Budgets in engen Grenzen hält. Das ist kein Bauprogramm auf Schuldenbasis. Da hat die Regierung richtig und rasch auf die herrschende Bau-Flaute und die Alpine-Insolvenz reagiert.“

Kaske: Konjunkturprogramm kommt zum richtigen Zeitpunkt

„Eine rasche Reaktion zum richtigen Zeitpunkt“, sieht AK-Präsident Rudolf Kaske in der Einigung der Bundesregierung auf ein spürbares Konjunkturprogramm. Insbesondere die zusätzlichen Mittel für ein Sonder-

Wohnbauprogramm seien eine wichtige Maßnahmen. Gemeinsam mit den Investitionen in Pflege und die vorgezogenen Mittel für die Kinderbetreuung „sind das Investitionen genau in jenen Bereichen, die nicht nur den Menschen wesentlich helfen sondern auch Arbeit schaffen“, sagt Kaske. Österreich habe in den vergangenen Jahren gezeigt,

daß mit aktivem Gegensteuern gegen die schwache Konjunktur und mit Investitionen statt Sparprogrammen die Wirtschaft gestärkt und Arbeitslosigkeit niedriger gehalten werden könne als dies in anderen Ländern der Fall sei. Es sei wichtig, so Kaske, daß sich die Regierung diesem Kurs weiter verpflichtet fühle. ■

Pflegekarenz und Pflegezeit

Mit der neuen Pflegekarenz und der Pflegezeit setzen wir einen wichtigen weiteren Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für pflegende Angehörige“, unterstrichen Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) und Wirtschafts- und Familienminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) anlässlich des Beschlusses dieser Maßnahmen im Ministerrat am 4. Juni. „Pflegefälle in der Familie bringen für alle Angehörigen hohe Belastungen mit sich. Mit der Pflegekarenz bzw. Pflegezeit soll eine deutliche Entlastung in einer sehr schwierigen Zeit erreicht werden, ohne daß die Betroffenen fürchten müssen, ihren Job zu verlieren.“ Pflegekarenz bzw. Pflegezeit kann ab der Pflegegeldstufe 3 des Angehörigen oder ab Stufe 1 bei minderjährigen Kindern oder bei Demenz in Anspruch genommen werden. Es ist das Einverständnis mit dem Betrieb notwendig. Die Dauer der Pflegekarenz kann von einem bis maximal drei Monaten betragen.

Ein Angehöriger kann also bis zu drei Monate in Karenz oder Teilzeit gehen, ein zweiter Angehöriger kann an diese Pflegekarenz bzw. -teilzeit ebenfalls mit bis zu drei Monaten Karenz anschließen. Sollte sich der Zustand des zu pflegenden Angehörigen verschlechtern (Erhöhung der Pflegegeldstufe), ist es erneut möglich, eine Pflegekarenz oder -teilzeit zu beantragen, erläutern die beiden Minister. Während der Karenz wird ein einkommensbezogenes Pflegekarenzgeld ausbezahlt. Es entspricht in der Höhe dem Arbeitslosengeld, das der karenzierten Person zustehen würde. Bei Pflegezeit wird die Geldleistung anteilig des reduzierten Einkommens errechnet. Familienzuschläge werden wie beim Arbeitslosengeld ebenfalls ausbezahlt. Wenn man Pflegezeit in Anspruch nimmt, darf die Arbeitszeit nicht unter zehn Wochenstunden reduziert werden.

„Diese mit der Pflegekarenz neu geschaffene Geldleistung kann in Zukunft auch bei einer Familienhospizkarenz bezo-

gen werden, bei der es bisher in jährlich rund 350 Härtefällen eine Geldleistung des Familienministeriums gab. Mit unserer Reform erhalten nun alle, die sterbende Angehörige oder schwerstkranke Kinder pflegen die analoge Leistung der Pflegekarenz“, erklärt Mitterlehner. „Die bestehende Härtefallregelung, die vor allem kinderreiche Familien zusätzlich unterstützt und auch deutlich höher als das neue Pflegekarenzgeld sein kann, bleibt in voller Höhe und mit den gleichen Voraussetzungen wie bisher aufrecht.“

„Mit der Pflegekarenz führen wir eine neue Sozialleistung für die Betroffenen ein. Während der Pflegekarenz bzw. Pflegezeit wird ein der jeweiligen Leistungshöhe entsprechender Pensionsversicherungsbeitrag einbezahlt. Selbstverständlich bleibt man währenddessen auch krankenversichert“, unterstrich Hundstorfer. Auch der Erwerb des Abfertigungsanspruchs bleibt aufrecht. Die Rahmenfrist für die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld bleibt bestehen, damit es zu keinen Nachteilen beim Arbeitslosengeld kommt, versicherte der Sozialminister.

Der Antrag und die Vollziehung der Pflegekarenz bzw. die Pflegezeit und ab dem nächsten Jahr auch der Familienhospizkarenz erfolgt über das Bundessozialamt. Pflegenden Angehörige haben daher für alle Leistungen künftig nur einen Ansprechpartner. In Kraft treten soll die Pflegekarenz bzw. die Pflegezeit mit 1. Jänner 2014.

Pensionistenverbands-Präsident Karl Blecha bezeichnete den Beschluß als „großen weiteren Fortschritt in einem der besten Pflegesysteme der Welt“. „Daß man jetzt – gerade für die schwierige erste Phase, wenn ein Angehöriger pflegebedürftig wird – drei Monate seine Arbeitszeit reduzieren bzw. sich vom Job karenzieren lassen kann, gibt Sicherheit für beide Seiten – für die Pflegenden und die Gepflegten“, so Blecha. ■

Demokratiepaket

Neuer Gesetzesvorschlag wird Begutachtung unterzogen – SPÖ, ÖVP und Grüne für verpflichtende Volksbefragung über qualifiziert unterstützte Volksbegehren

Erfolgreiche Volksbegehren sollen künftig einer Volksbefragung unterzogen werden, wenn das Parlament den Forderungen nicht von sich aus Rechnung trägt. Darauf haben sich die Koalitionsparteien und die Grünen verständigt. Voraussetzung dafür ist, daß die Initiative von mehr als 10 Prozent der Wahlberechtigten – bzw. 15 Prozent im Falle von Verfassungsgesetzen – unterstützt wurde und ein konkretes Gesetzesanliegen zum Inhalt hat. Unzulässig ist eine Befragung über Forderungen, die gegen geltendes EU-Recht, Völkerrecht oder gegen Grund- und Freiheitsrechte verstoßen, außerdem müssen die InitiatorInnen bei einer drohenden erheblichen finanziellen Belastung des Bundes einen finanziellen Bedeckungsvorschlag unterbreiten.

Ob der am 28. Juni im Verfassungsausschuß des Nationalrats formell eingebrachte Antrag noch vor den Wahlen beschlossen wird, ist offen. Wie SPÖ-Klubobmann Josef Cap und ÖVP-Verfassungssprecher Wolfgang Gerstl im Ausschuß festhielten, soll zunächst das – ebenfalls am 28. Juni – einstimmig beschlossene Begutachtungsverfahren abgewartet und die Beratung nach Tagungsbeginn am 9. September fortgesetzt werden. Nach Ansicht von Abgeordneter Daniela Musiol würde sich ein Beschluß im September, für den neben einer Sitzung des Verfassungsausschusses auch noch zwei Sondersitzungen des Nationalrats erforderlich wären, ausgeben.

Den Verdacht von Grün-Abgeordnetem Albert Steinhauser, die SPÖ könnte das Begutachtungsverfahren als „Exitstrategie“ nutzen, wies Cap strikt zurück und bekräftigte, er stehe klar hinter dem Vorhaben. FPÖ und BZÖ blieben bei ihrer Forderung, die Hürde für eine verpflichtende Volksbefragung nach einem erfolgreichen Volksbegehren mit 4 Prozent der Stimmberechtigten festzulegen und kritisierten, daß ihr Alternativvorschlag nicht ebenfalls einer Begutachtung unterzogen wird.

Zur Abgabe von Stellungnahmen zum Vorschlag der Koalition und der Grünen sind unter anderem die rechtswissenschaftlichen Fakultäten, die Höchstgerichte, private Demokratieinitiativen, die Interessenvertretungen, die Bundesministerien, die Länder,

Städte- und Gemeindebund und der Datenschutzrat eingeladen. Als Frist für die Stellungnahmen haben die Abgeordneten den 15. August festgelegt.

Bundewahlbehörde soll Entscheidung über Durchführung einer Volksbefragung treffen

Die Entscheidung, ob eine Volksbefragung über ein qualifiziert unterstütztes Volksbegehren durchzuführen ist, soll laut dem

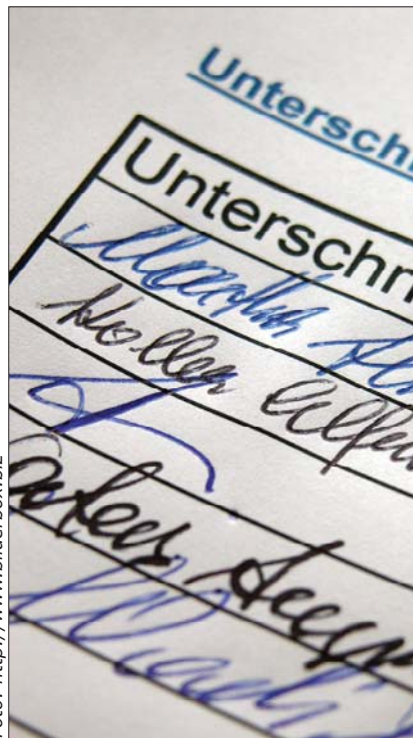


Foto: <http://www.bilderbox.biz>

vorgelegten Entwurf die Bundewahlbehörde treffen, wobei die InitiatorInnen des Volksbegehrens Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einlegen können. Auch die Feststellung des Nationalrats, daß mit einem erfolgten Gesetzesbeschluß das Anliegen des Volksbegehrens umgesetzt ist, kann beim VfGH angefochten werden.

Für den Fall, daß eine Volksbefragung stattfindet, kann der Nationalrat einen alternativen Gesetzesvorschlag unterbreiten, wobei der Bevölkerung auch die Möglichkeit geboten werden soll, sowohl den auf dem Volksbegehren beruhenden Vorschlag als auch den Gegenvorschlag des Nationalrats abzulehnen.

Generelle Aufwertung der parlamentarischen Behandlung von Volksbegehren

Vorgesehen ist darüber hinaus, die parlamentarische Behandlung von Volksbegehren generell aufzuwerten. So soll etwa für jedes Volksbegehren, das mehr als 100.000 Unterschriften erhält, künftig eine eigene Nationalratssitzung einberufen werden. Bei dieser Sitzung darf auch der Bevollmächtigte des Volksbegehrens das Wort ergreifen und die zentralen Forderungen der Initiative erläutern. Eine Stellungnahme des zuständigen Regierungsmitglieds ist zwingend, für die Fraktionen gelten kurze Blockreizeiten. Anschließend soll das Volksbegehren einem Spezialausschuß zugewiesen werden, danach ist für die abschließenden Beratungen eine zweite Nationalratssitzung in Aussicht genommen.

Um eine breite Diskussion über qualifiziert unterstützte Volksbegehren anzuregen, ist geplant, alle Volksbegehren, die von mehr als 10 bzw. 15 Prozent der Stimmberechtigten unterstützt wurden, automatisch einem Begutachtungsverfahren zu unterziehen. Dabei sollen auch die wesentlichen finanziellen Auswirkungen sowie etwaige Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Umwelt, den Konsumentenschutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die Erhöhung von Verwaltungskosten geprüft werden.

Zur umfassenden Information der Bevölkerung über Volksbegehren ist die Einrichtung einer eigenen Internet-Plattform des Parlaments vorgesehen. Wird über ein qualifiziert unterstütztes Volksbegehren eine Volksbefragung durchgeführt, ist die Nationalratspräsidentin verpflichtet, eine Broschüre mit allen wesentlichen Sachargumenten bereitzustellen.

Elektronische Unterstützung von Volksbegehren und Bürgerinitiativen wird möglich

Sowohl Volksbegehren als auch Bürgerinitiativen sollen künftig elektronisch unterstützt werden können. Voraussetzung dafür ist eine eindeutige Identifikation durch die Verwendung der Bürgerkarte, entweder in der klassischen Form oder in Form der Handy-Signatur. Damit sollen doppelte Unterstützungserklärungen durch Wahlberechtigte

Innenpolitik

ausgeschlossen und die Authentizität der Stimmabgabe bestätigt werden.

Um die Abgabe elektronischer Unterstützungserklärungen überhaupt erst zu ermöglichen, ist die Einrichtung eines Zentralen Wählerregisters (ZeWaeR) beim Innenministerium erforderlich, wobei die ursprünglichen Bestimmungen gründlich überarbeitet wurden, um datenschutzrechtlichen Bedenken Rechnung zu tragen. Das Register soll auch administrative Erleichterungen für die Gemeinden bei der Abwicklung von Wahlen und Volksabstimmungen bringen und für eine verbesserte Datenqualität sorgen. Zudem wird dadurch die Voraussetzung dafür geschaffen, Volksbegehren in jeder Gemeinde – und nicht nur in der Heimatgemeinde – unterschreiben zu können. Auch AuslandsösterreicherInnen können damit künftig, anders als bisher, Volksbegehren unterschreiben.

Inkrafttreten soll das Gesetzespaket grundsätzlich mit 1. Jänner 2015. Die neuen allgemeinen Bestimmungen über die Beratung von Volksbegehren im Nationalrat könnten allerdings schon im nächsten Jahr gelten. Nicht mehr im Gesetzespaket enthalten ist die ursprünglich geplante Bürger-Fragestunde.

Formell wurde der zwischen den Koalitionsparteien und den Grünen erzielte Kompromiß als gesamtändernder Abänderungsantrag zum ursprünglichen Antrag der Koalitionsparteien eingebracht. Dazu kommt ein weiterer Gesetzentwurf, der die Rolle des Verfassungsgerichtshofs im Volksbegehrensverfahren betrifft.

Auch FPÖ und BZÖ haben einen gemeinsamen Abänderungsantrag zum Antrag vorgelegt: Er orientiert sich am Gesetzentwurf, den die Parlamentsdirektion auf Ersuchen der Opposition ausgearbeitet hat und setzt die Hürde für die Durchführung einer Volksbefragung nach einem erfolgreichen Volksbegehren mit 4 Prozent der Stimmberechtigten an.

FPÖ und BZÖ halten 10 Prozent-Hürde für zu hoch

Im Rahmen der Debatte kritisierten sowohl Abgeordneter Harald Stefan (F) als auch Abgeordneter Herbert Scheibner (B), daß die Hürde zur Einleitung einer Volksbefragung mit 10 bzw. 15 Prozent der Stimmberechtigten viel zu hoch angesetzt sei. Scheibner erinnerte daran, daß in den letzten zehn Jahren ein einziges Volksbegehren diese Hürde überschritten hat. Für ihn ist es außerdem unverständlich, daß der Nationalrat ent-

scheidet, ob ein von ihm gefaßter Gesetzesbeschluß dem Anliegen des Volksbegehrens Rechnung trägt, und nicht die ProponentInnen des Volksbegehrens selbst.

Abgeordneter Harald Stefan (FPÖ) verwies darüber hinaus auf zahlreiche legislative Unklarheiten und widersprüchliche Bestimmungen im Begutachtungsentwurf. Es dränge sich das Gefühl auf, daß man, „aus Angst übrig zu bleiben“, noch schnell etwas hinausgeschossen habe, das nicht wirklich durchdacht sei, meinte er. Zur öffentlichen Äußerung von Bundespräsident Heinz Fischer merkte Stefan an, er verstehe nicht, warum der Bundespräsident Angst davor habe, daß das Volk Gesetze formuliere, schließlich würden bereits jetzt die meisten Gesetze nicht im Parlament geschrieben, sondern von der Regierung und von Interessenvertretungen.

Kritik äußerten Scheibner und Stefan weiters daran, daß der von FPÖ und BZÖ gemeinsam vorgelegte alternative Gesetzesvorschlag mit der 4 Prozent-Hürde nicht in Begutachtung gezogen wird. Ein entsprechender Antrag wurde zwar auch von den Grünen unterstützt, fand aber dennoch keine Mehrheit. Um die Beratungen zu beschleunigen, kündigte Scheibner an, einen Antrag auf Permanenterklärung des Verfassungsausschusses im Sommer zu stellen.

Seitens der SPÖ machte Klubobmann Josef Cap geltend, seine Fraktion habe es sich nicht leicht gemacht und sich wirklich bemüht, gemeinsam mit der ÖVP und den Grünen einen praktikablen Gesetzestext zustande zu bringen. Er bedauerte, daß sich FPÖ und BZÖ dem Entwurf nicht angeschlossen haben. Man betrete in vielen Punkten Neuland, betone er, und wertete es insgesamt als positiv, daß das Parlament in den Entscheidungsprozeß eingebunden bleibt.

Die vorgesehene 10 bzw. 15 Prozent-Hürde sieht Cap als nicht zu hoch angesetzt. Man könne das nicht mit früheren Unterstützungszahlen vergleichen, da künftig auch eine elektronische Unterstützung von Volksbegehren möglich sein werde, argumentierte er. Zudem glaubt Cap, daß die Motivation, ein Volksbegehren zu unterschreiben, steigt, wenn die Aussicht auf eine Volksbefragung besteht.

Verteidigt wurde von Cap auch die Durchführung eines Begutachtungsverfahrens. Er erinnerte daran, daß maßgebliche Verfassungsexperten auf eine Begutachtung gedrängt hätten, zudem sei ein solches im Sinne von Transparenz und Demokratie wichtig. Er sei schon gespannt auf das Ergebnis,

erklärte Cap und zeigte sich offen für legislative Verbesserungen.

Abgeordnete Daniela Musiol (G) wies Kritik von Abgeordnetem Scheibner zurück, die Grünen hätten den Konsens der Opposition verlassen. Für die Grünen sei der gemeinsame Antrag mit den Koalitionsparteien nicht die Idealvariante, räumte sie ein, der erzielte Kompromiß sei aber besser als keine Lösung. Schließlich verfüge die Opposition nicht über die notwendige Zweidrittelmehrheit, um ihren Antrag zu beschließen. Musiol hob überdies hervor, daß sich die SPÖ insgesamt sehr stark bewegt habe und zudem der Katalog von Ausnahmen eng gehalten werden konnte.

Was die 10 Prozent-Hürde betrifft, sprach sich Musiol dafür aus, genau zu beobachten, ob die elektronische Unterstützung von Volksbegehren durch die Bürgerkarte in der Praxis genutzt wird. Ihr Fraktionskollege Wolfgang Zinggl wertete die Hürde jedenfalls als zu hoch und äußerte in diesem Zusammenhang auch die Befürchtung, daß Volksbegehren mit weniger als 650.000 Unterschriften künftig noch weiter als bisher unter die Wahrnehmungsgrenze rutschen könnten.

Abgeordneter Albert Steinhauser (G) meinte, er hoffe nicht, daß das Begutachtungsverfahren von der SPÖ als Exitstrategie genutzt werde. Dies wäre ein Zeichen schlechter Handschlagqualität, warnte er in Richtung SPÖ-Klubobmann Cap. Es spreche nichts dagegen, einzelne Punkte noch zu korrigieren, es gehe aber nicht an, den gesamten Vorschlag zu kippen. In Richtung FPÖ und BZÖ hielt Steinhauser fest, das Perfekte sei der Feind des Guten.

Abgeordneter Wolfgang Gerstl zeigte sich namens der ÖVP erfreut darüber erfreut, daß nun alle Parlamentsfraktionen hinter dem Vorhaben stehen, die direkte Demokratie zu stärken, auch wenn es unterschiedliche Zugänge gebe. Für ihn wird mit dem vorgelegten Antrag ein Schritt in eine neue Ära der direkten Demokratie getan. Der Weg der repräsentativen Demokratie werde nicht verlassen, unterstrich Gerstl, da die Letztentscheidung beim Parlament bleibe, es kämen ergänzend aber wesentliche direktdemokratische Elemente hinzu. Die ÖVP kann sich ihm zufolge auch noch weitergehende Schritte vorstellen.

Wichtig ist für Gerstl, daß mit den neuen Instrumenten die politischen Mitsprachemöglichkeiten von BürgerInnen ausgeweitet werden und nicht „bestimmte Pressure-Groups“ in den Vordergrund drängen. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Schwarz-Grün-Gelb

So lautet die Zusammensetzung der neuen Salzburger Landesregierung von ÖVP, den Grünen und dem Team Stronach. Sie wurde am 19. Juni mit Wilfried Haslauer als Landeshauptmann von 21 von 36 Abgeordneten für die kommenden fünf Jahre gewählt. Und erstmals präsidieren zwei Frauen den Landtag.



Foto: LMZ / Neumayr / MMV

Nach der Angelobung der neuen Salzburger Landesregierung im Chiemseehof (v.l.): Landesrätin Martina Berthold, Landesrat Heinrich Schellhorn, Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler, Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl, Landesrat Josef Schwaiger und Landesrat Hans Mayr

Wie in unserer Ausgabe 119 vom 3. Juni 2013 ausführlich berichtet, ging die die ÖVP mit 29,0 Prozent der Stimmen als Sieger aus der vorgezogenen Landtagswahl in Salzburg hervor. Nach den heftigen Auseinandersetzungen mit der Landes-SPÖ, die mit Gabi Burgstaller über knapp zwei Legislaturperioden hindurch die Landeshauptfrau stellte, zeichnete sich schon ab, daß es keine weitere Zusammenarbeit zwischen den ehemaligen Koalitionspartnern geben würde. So nahm ÖVP-Landeschef Wilfried Haslauer Sondierungsgespräche auf mit dem Ziel, eine Regierungsmehrheit ohne die SPÖ zusammenzubringen. Da dies nun ohne die erstarkten Grünen rechnerisch nicht möglich war und diese wiederum keinesfalls mit der FPÖ in einer Regierung sitzen wollten, bot sich die Option, mit dem neu in den Landtag eingezogenen Team Stronach zu verhandeln.

Diese Form der Koalition, also aus drei Parteien bestehend, hat es bisher in Österreich noch nicht gegeben...

Der am 5. Mai neu gewählte Salzburger Landtag, der sich aus elf ÖVP- und neun SPÖ-Abgeordneten, sieben MandatarInnen der Grünen, sechs FPÖ-Abgeordneten und drei Mandataren vom Team Stronach zusammensetzt, hielt am 19. Juni seine Konstituierende Sitzung ab – anlässlich derer Brigitta Pallauf (ÖVP) zur Präsidentin des Landtags gewählt wurde. Zweite Präsidentin wurde die SPÖ-Abgeordnete Gudrun Mosler-Törnström, womit erstmals zwei Frauen an der Spitze des Landesparlaments stehen. Die neue Landesregierung mit Wilfried Haslauer als Landeshauptmann an der Spitze wurde mit 21 von 36 Stimmen gewählt.

Die Konstituierende Sitzung stand bis zur Wahl der neuen Landtagspräsidentin unter der Leitung der Altersvorsitzenden LABg. Rosemarie Blattl. Nach der Angelobung der Altersvorsitzenden durch Landesamtsdirektor Hofrat Heinrich Christian Marckhgott, der Berufung der Schriftführerinnen, Martina Jöbstl von der ÖVP und Simon Hofbauer

von den Grünen, sowie der Angelobung der Abgeordneten wurde die Wahl der Präsidentin durchgeführt. Sowohl Pallauf als auch Mosler-Törnström erhielten alle 36 Stimmen.

Danach wurden die Ausschüsse einstimmig bestimmt und die Ausschußmitglieder gewählt.

Zehn Ausschüsse mit jeweils elf Mitgliedern

Es werden so wie bisher zehn Ausschüsse gebildet, wobei jedoch die Aufgabenbereiche gegenüber der vergangenen Legislaturperiode leicht verändert bzw. gebündelt wurden. Der Ausschuß für Wirtschaft und Energie wird um die Lebensgrundlagen erweitert und der Landwirtschaftsausschuß dafür abgeschafft. Dafür gibt es künftig einen eigenen Ausschuß für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen. Der Ausschuß für Raumordnung und Umwelt, der bisher auch den Verkehr umfaßte, wird um den Naturschutz erweitert. Darüber hinaus gibt es so wie bisher den Ver-

Innenpolitik

fassungs- und Verwaltungsausschuß, der bei Bedarf auch als Disziplinar- und Unvereinbarkeitsausschuß tätig wird, den Finanzausschuß, den Finanzüberwachungsausschuß, den Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschuß, den Sozial- und Gesundheitsausschuß, den Petitionsausschuß sowie den Ausschuß für Europa, Integration und regionale Außenpolitik. Den Ausschüssen gehören jeweils elf (bisher zehn) Mitglieder an. Davon entfallen je drei auf die ÖVP und die SPÖ, je zwei auf die Grünen und die FPÖ, und das Team Stronach stellt ein Ausschußmitglied. Die Konstituierung der Ausschüsse mit der Wahl der Vorsitzenden fand am 26. Juni, statt.

Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl wurden ferner Josef Saller (ÖVP), Susanne Kurz (SPÖ), Heidi Reiter (Grüne) und Dietmar Schmittner (FPÖ) einstimmig zu Bundesräten bzw. zur Bundesrätin gewählt. Zu Ersatzmitgliedern wurden ebenfalls einstimmig Christian Struber (ÖVP), Peter Eder (SPÖ), Bernhard Carl (Grüne) und Karin Berger (FPÖ) bestimmt.

Bei der Wahl der Landesregierung, die nach der Verfassung in einem Wahlgang durchgeführt wurde, entfielen 21 von 36 Stimmen (die neun SPÖ- und die sechs FPÖ-Abgeordneten stimmten dagegen) auf den von ÖVP, Grünen und dem Team Stronach eingereichten Wahlvorschlag mit Wilfried Haslauer (ÖVP) als Landeshauptmann, Astrid Rössler (Grüne) als 1. Landeshauptmann-Stellvertreterin und Christian Stöckl (ÖVP) als 2. Landeshauptmann-Stellvertreter, sowie Heinrich Schellhorn (Grüne), Josef Schwaiger (ÖVP), Hans Mayer (Team Stronach) und Martina Bertold (Grüne) als Landesrätin bzw. Landesräte. Die Angelobung auf die Landesverfassung nahm Landtagspräsidentin Pallauf vor.

Im Anschluß an die Wahlen gaben Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler und Landesrat Hans Mayr die Regierungserklärung ab.

Haslauer: Miteinander und nicht gegeneinander das Land führen

Der Landeshauptmann hob die Gemeinsamkeit, die künftig im Mittelpunkt der Regierungsarbeit stehen werde, hervor: „Wir wollen nicht gegeneinander sondern miteinander dieses Land führen. Wir leben das Prinzip des mittelbaren Erfolges durch unmittelbare Leistung.“ Er freue sich auf die Zusammenarbeit mit jeder und jedem einzelnen seiner Regierungskollegen. Sie alle seien Persönlichkeiten mit Ambition und großem



Foto: LMZ Neumayr / MMV

LH-Stv. Astrid Rössler und LH Wilfried Haslauer nach der Angelobung

Gestaltungswillen. Die ideologische und gesellschaftspolitische Spannbreite dieser neuen Regierung sei erheblich.

An die neue Regierung und deren politischen Stil würden hohe Erwartungen ge-

stellt, etwa die Auflösung von Blockaden, ein Klima der Offenheit und Transparenz zu gestalten, überhaupt „eine andere Art von Politik“ zu machen. Erste Schritte, so Haslauer weiter, seien bereits getan: Man sei



Foto: LMZ / Neumayr / MMV

Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf (ÖVP, l.) und Gudrun Mosler-Törnström, Zweite Landtagspräsidentin (SPÖ)

Innenpolitik

nicht als Gegner sondern als Partner in die Regierungsverhandlungen gegangen. Alles was vereinbart wurde, sei im Arbeitsübereinkommen nachzulesen. Man habe die Kompetenzen gebündelt, was eine möglichst effiziente Arbeit in den Ressorts gewährleisten würde. Schließlich gebe es auch eine Aufwertung des Landtages, eine starke Opposition und eine lebendige parlamentarische Diskussion. „Wir haben nichts zu verstecken und ich freue mich schon auf hitzige Diskussionen im Landtag. Ich gehe aber davon aus, Ziel müssen dabei immer die konstruktiven und guten Lösungen für das Land Salzburg sein“, so der Landeshauptmann.

Als zentrale Herausforderungen für die Zukunft des Landes nannte Haslauer den Schuldenabbau, das heißt einen ausgeglichenen Haushalt bis 2016 und Salzburg in den nächsten 25 Jahren schuldenfrei zu machen. Weiters das Prinzip der Nachhaltigkeit, das sich quer durch die politische Arbeit aller Ressorts dieser Regierung ziehen werden – von der Umwelt, über die Wirtschaft, die Infrastruktur, das leistbare Wohnen bis hin zur Bildung. Wichtig sei darüber hinaus auch eine reformierte, moderne Verwaltung. Landeshauptmann Haslauer beschrieb seinen RegierungskollegenInnen und den Abgeordneten den künftigen Weg folgendermaßen: „Laßt uns beginnen mit Freude und Ernsthaftigkeit, Vertrauen und Realitätssinn, breiter Diskussionsbereitschaft und Entscheidungswillen sowie Selbstvertrauen und Demut vor einer großen Aufgabe.“

Rössler: Auftrag für mehr Transparenz und Kontrolle, aber auch für konstruktiven Arbeitsstil

Nach den belastenden Monaten des Finanzskandals mache sich im Land eine versöhnliche Aufbruchsstimmung breit, verbunden mit einem vorsichtigen Vertrauen in die Politik, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. „Für die neue Regierung bedeutet es den klaren Auftrag, sich für mehr Transparenz und Kontrolle einzusetzen, aber auch für einen konstruktiven Arbeitsstil.“ Diese Worte stellte die neu gewählte Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler ihrer Regierungserklärung voran.

„Wir wollen kooperieren, wir wollen gemeinsam nach tragfähigen Lösungen suchen, wir wollen den Egoismus – also parteipolitische Eigeninteressen – hinterstellen und gemeinsam für dieses Land arbeiten. Wir wollen das Klima dauerhaft verbessern“, so Rössler weiter. Es zähle, jetzt das gemeinsam ausverhandelte Regierungsprogramm



Landesrat Hans Mayr (l.) und LH Wilfried Haslauer

umzusetzen. „Gleichzeitig bekennen wir uns zu einer besonderen Kooperation bei den ressortübergreifenden Regierungsgrundsätzen in den Bereichen Klimaschutz, Energie- und Nachhaltigkeit.“

Für die politische Arbeit der neuen Landesregierung müsse gelten, daß sich die neuen Mitglieder darin treu bleiben, wofür sie in die Politik gegangen seien. „Wir sind, was wir beschützen, wofür wir kämpfen. Daß wir auch in der Politik Menschen sind und bleiben, die sich selber treu bleiben, die Gefühle zeigen, ihre Freunde treffen und in ihrem Leben Sinn und Erfüllung finden. Es geht bei der Gestaltung von Zukunft eben nicht so sehr um Macht und Geld, sondern um Werte wie Lebensqualität, Chancengleichheit, Gerechtigkeit und den sorgsam, vorausschauenden Umgang mit unserer Natur, unseren Ressourcen und unserem Lebensraum“, sagte Rössler.

Mayr: Bekenntnis zu neuer Kultur in der Landespolitik und zu mehr direkter Demokratie

Es gebe viele Wege, Herausforderungen zu lösen. Er sei überzeugt, daß es der neuen Landesregierung mit dem vorliegenden Arbeitsübereinkommen gelungen sei, einen guten Weg zum Wohl der SalzburgerInnen einzuschlagen. „Bei allem, was wir tun, müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen“, betonte Landesrat Hans Mayr.

Das Arbeitsübereinkommen sei als Masterplan für die kommenden Jahre zu sehen. Dabei seien drei Punkte wesentlich: Erstens hänge die Umsetzung des engagierten Arbeitsprogrammes der neuen Landesregierung vom erforderlichen Kassasturz ab. Zweitens

gehe es um eine neue Kultur in der Landespolitik. Man wolle miteinander versuchen, Lösungen zu finden und diese den SalzburgerInnen transparent machen. Drittens sei die Einbindung der Bürger in die Politik ein zentrales Anliegen. So sei die Entwicklung eines Bürgerrates ein Zeichen der Bekenntnis zu mehr direkter Demokratie, so Mayr.

Mayr nahm auch Stellung zu Schwerpunkten seiner künftigen Ressortaufgaben: Beim Verkehr sei die Grundlage das Landesmobilitätskonzept 2006 bis 2015, das nun bis zum Jahr 2020 weiter entwickelt werden müsse. In dieser Weiterentwicklung wolle man eine „Wegekette“ als Basis aller Maßnahmen unter Einbindung von Fußwegen, Fahrten mit dem Rad, dem öffentlichen Verkehr und dem Privat-Pkw wählen. Als weiteres Anliegen nannte Mayr das leistbare Wohnen. Dabei gehe es in erster Linie um Maßnahmen für günstiges Bauland, kosten-senkende Maßnahmen in der Bautechnik, eine Steigerung des Angebots, eine Überprüfung der Treffsicherheit bei der Wohnbauförderung sowie um neue Modelle, wie etwa geförderte Mietwohnungen, die nicht nur von gemeinnützigen Wohnbauträgern errichtet werden.

Schwaighofer: Neue Regierung stärkt Oppositionsrechte

Im neuen Regierungsprogramm seien auch wichtige Rechte für die Opposition verankert. Darauf wies der Klubobmann der Grünen im Landtag in seiner Stellungnahme hin. Cyriak Schwaighofer führte dazu als Beispiel das Vorschlagsrecht der Oppositionsparteien für die Funktion des/der Zweiten Landtagspräsidentin/-präsidenten an. Ande-

Foto: LMZ Franz Neumayr / SB



Blick in den Landtagssitzungssaal im Salzburger Chiemseehof, dem Sitz der Salzburger Landesregierung, bei der Angelobung

rerseits sei ein koalitionsfreier Raum definiert worden, der weit über das hinausgehe, was im Regierungsübereinkommen festgehalten sei. Auf die Kritik, wonach sich im neuen Regierungsprogramm viele altbekannte Themen befänden, erwiderte Schwaighofer, daß sie auch deswegen übernommen worden seien, da sie die Vorgängerregierung nicht erledigt hätte. „Wir werden uns nicht an Prozentzahlen messen lassen, sondern versuchen, gute Politik für die Menschen zu machen“, so Schwaighofer.

Steidl: Gute Kooperation auf Augenhöhe

Walter Steidl, Klubvorsitzender der SPÖ, stellte den Dank an Gabi Burgstaller, Landeshauptfrau a.D., voran. Sie habe Salzburg vom barocken Staub befreit und Salzburg habe durch die vergangene SPÖ-Regierung neue Weltoffenheit erhalten sowie eine Stärkung der Solidargesellschaft erfahren.

Zum Regierungsprogramm merkte Steidl an, daß es sich dabei inhaltlich vielfach um Altbekanntes handle und sich manches lese, wie ein Brief ans Christkind. Es bestünde aus einer Vielzahl an Masterplänen. „Das Regierungsprogramm ist über weite Strecken nicht gut für das Land, es ist ein Programm der Privatisierungen“, so Steidl. In diesem Zusammenhang warnte Steidl auch davor, daß Wohnen weiterhin leistbar bleiben muß und hier verstärkt auf gemeinnützigen Wohnbau gesetzt werden müsse.

Auch das Ergebnis der Regierungsverhandlungen und die „Machtverteilung“ kritisierte Steidl, diese sei für viele nicht nachvollziehbar. Schließlich habe Haslauer mit nur 29 Prozent der Zustimmung aus der Bevölkerung insgesamt mehr als 80 Prozent der Macht bekommen. Dort wo es kaum ums Geld gehe, sei nun „ein bißchen grüner Schnittlauch drauf“.

Steidl wünscht sich von der neuen Regierung eine gute Kooperation auf Augenhöhe und daß sie viele von der SPÖ initiierten positiven Projekte, vor allem im Gesundheitsbereich, weiterführt.

Rogatsch: Neustart als Chance für Land, Landtag und Parlamentarismus

Gerlinde Rogatsch, Klubobfrau der ÖVP, gratulierte dem Landeshauptmann zu seiner neuen Funktion und dafür, daß er nun breite Verantwortung für das Bundesland Salzburg übernehmen werde. „Die neue Handschrift lautet Teamarbeit“, so Rogatsch, die sich auf die Zusammenarbeit der künftigen Regierung, auf das gemeinsame Lösen, Vorausgehen und Vorausschauen freut. Kompromißfähigkeit und zu allererst die Bewältigung des Schuldenabbaus seien die größten Herausforderungen, die als erstes zu bewältigen seien.

Ein zentraler Punkt werde sein, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik wiederzugewinnen. Weiters werden Gestaltungswille und sich ernsthaft mit Sachfragen aus-

einanderzusetzen im Mittelpunkt der künftigen Arbeit stehen. „Genauso wie jede Bürgerin und jeder Bürger sich darauf verlassen können muß, daß ein Handwerker korrekt arbeitet, so müssen sich die Bürgerinnen und Bürger auch darauf verlassen können, daß die Politik ordentlich arbeitet“, so Rogatsch. Sie sieht den Neustart als Chance für das Land, den Landtag und einen lebendigen Parlamentarismus.

Schnell: Alle Fehlentwicklungen weiterhin aufzeigen

FPÖ-Klubobmann Karl Schnell wünschte dem neuen Regierungsteam alles Gute für die Bewältigung der kommenden Aufgaben, auch wenn seine Fraktion der Wahl dieser Salzburger Landesregierung nicht zugestimmt habe. Die FPÖ werde die Regierung überall dort unterstützen, wo es für Salzburg und die hier lebenden Menschen wichtig sei. Man werde konstruktive Vorschläge einbringen und daran mitarbeiten, das Beste für das Land zu erreichen. Andererseits werde man die Handlungsweise der neuen Regierung aber auch genau betrachten. Alle Fehlentwicklungen wolle man weiterhin, so wie bisher, aufzeigen.

Schnell begründete die Ablehnung der FPÖ unter anderem damit, daß es während der Regierungsverhandlungen der vergangenen Tage bereits zu „Kursabweichungen“ gekommen sei. So habe man vorerst davon gesprochen, die Anzahl der Regierungsmit-

Innenpolitik

glieder um einen Sitz zu verkleinern, was von den Freiheitlichen begrüßt worden wäre. Letztendlich sei es aber wieder bei sieben Mitgliedern geblieben. Schnell sprach weiters von Versäumnissen, er hätte sich anstelle eines Hearings der neuen Regierungsglieder eine Sondersitzung des Landtages zum Thema „Hilfe für die Hochwasseropfer“ gewünscht. Schließlich kritisierte er auch die Vorgangsweise der Regierungsparteien hinsichtlich der Besetzung der Position der Zweiten Landtagspräsidentin. Dies sei unter dem Motto „Wir spielen Harmonie, vielleicht zeigen die Oppositionsparteien Disharmonie“ abgelaufen. Es sei dem demokratiepolitischen Verständnis der beiden Oppositionsparteien zu danken, daß diese Wahl letztendlich einstimmig erfolgt sei.

Naderer: Gemeinsam Salzburg wieder zum Vorzeigeland machen

Die Umsetzung der Fülle an ambitionierten politischen Zielen werde trotz schwieriger Rahmenbedingungen und auf der Grundlage neu zu schaffender stabiler Finanzen nur durch eine enorme gemeinsame Anstrengung zu schaffen sein, erklärte der Klubobmann des Team Stronach, Helmut Naderer. „Wir wollen dazu beitragen, daß dieses schöne Bundesland Salzburg wieder zu einem Vorzeigeland für alle wird.“ Vorkommnisse – wie die Spekulationscausa – dürfe es in Salzburg nie wieder geben. Das Land habe schweren Schaden genommen.

In seinem Team seien sich alle von Anfang an einig gewesen, daß, „wenn wir gerufen werden, wir uns nicht verweigern, sondern die Ärmeln hochkrepeln und ‚ohne Wenn und Aber‘ für Salzburg da sein werden und uns der Verantwortung stellen“. Unter dem Motto Wahrheit, Transparenz und Fairness habe seine Partei eine schriftliche Garantieerklärung für Salzburg mit neun Punkten abgegeben. „Und wenn wir nun das gemeinsame Regierungsprogramm durchsehen, so sind alle neun Punkte, die wir garantieren, erwähnt, beziehungsweise umgesetzt“, erklärte der neue Klubobmann für das Team Stronach. In Hinblick auf die öffentliche Verwaltung forderte Naderer auch im Landesdienst eine neue Kultur der Transparenz, der Offenheit und der Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die Identifikation mit der Landesverwaltung zu festigen. „Jeder im Landesdienst soll stolz darauf sein können, für unser Land zu arbeiten.“ ■

<http://www.salzburg.gv.at>

Quelle: Salzburger Landeskorespondenz

Foto: LMZ Neumayr /



Bundespräsident Heinz Fischer (l.) hat am 26. Juni den neuen Landeshauptmann von Salzburg, Wilfried Haslauer (r.), im Beisein von Bundeskanzler Werner Faymann (3.v.l.) und Vizeminister und Außenminister Michael Spindelegger (2.v.l.) formell angelobt. Haslauer wurde bei diesem feierlichen Akt unter anderem von seiner Lebensgefährtin Christina Röblhuber, von seiner Mutter Thesi Haslauer und seiner Tochter Marie-Theres Haslauer begleitet. Als Antrittsgeschenk er dem Bundespräsidenten einen Bergkristall aus dem Großglockner-Gebiet mit.

Die Ressortverteilung in der Landesregierung

Landeshauptmann Wilfried Haslauer wird für die Bereiche Wirtschaft, betriebliche Forschung, Tourismus, Arbeitsmarkt, Gemeinden sowie für das Bildungswesen zuständig sein. Dazu kommen die in der Landesamtsdirektion, also die direkt beim Landeshauptmann angesiedelten Bereiche wie Innere Dienste, Feuerwehrwesen und Sicherheit, Informatik, Präsidialangelegenheiten und Europa.

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler bekommt ein Nachhaltigkeitsressort bestehend aus Naturschutz, Umweltschutz, Gewässerschutz, Gewerbeangelegenheiten sowie Raumordnung und Baurecht.

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl bekommt neben den Finanzangelegenheiten (inklusive Liegenschafts- und Beteiligungsverwaltung) die Verantwortung für das Gesundheitswesen und das Spitalswesen.

Landesrat Hans Mayr übernimmt die Zuständigkeit für den Be-

reich der Landesbaudirektion und die Wohnbauförderung und wird somit Landesrat für Verkehr, Infrastruktur sowie Wohnbau.

Landesrätin Martina Berthold wird für folgende Bildungsbereiche zuständig sein: Kinderbetreuung, Erwachsenenbildung, Universitäten sowie Forschung und Wissenschaft. Darüber hinaus soll sie für Jugend, Familie, Generationen, Integration und Migration sowie Sport, Frauen und Chancengleichheit verantwortlich zeichnen.

Landesrat Josef Schwaiger übernimmt den Geschäftsbereich der Lebensgrundlagen (Land-, Forst- und Wasserwirtschaft) sowie die Energieagenden. Zudem wird er für die Landesbediensteten als Personalreferent zuständig sein.

Landesrat Heinrich Schellhorn ist als Sozialreferent für die Sozial- und Pflegeangelegenheiten zuständig. Zusätzlich bekommt er erstmals alle Kulturagenden in einem Ressort übertragen.

Energiestrategie 2020 steckt den Weg zur Energieautarkie ab

Realistisches Ziel: bis 2020 wird 50 Prozent des gesamten Energieverbrauches durch erneuerbare Energie abgedeckt

In Eisenstadt wurden am 3. Juni Schwerpunkte und Ziele der Burgenländischen Energiestrategie vorgestellt. So sollen bis 2020 über 50 Prozent des gesamten Energieverbrauchs des Burgenlandes – inklusive Verkehr, Haushalte, Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen und Landwirtschaft – aus erneuerbarer Energie bereitgestellt werden. Im Jahr 2050 sollen 100 Prozent des gesamten Energieverbrauchs aus erneuerbarer Energie bereitgestellt werden.

100 Prozent des Strombedarfs

„Ein erstes Etappenziel wird noch in diesem Jahr erreicht“, hält Landeshauptmann Hans Niessl fest: „Das Burgenland wird im September erstmalig in seiner Geschichte 100 Prozent seines Strombedarfs aus im Land erzeugter erneuerbarer Energie, hauptsächlich aus Windkraft, abdecken.“ Das sei ein großartiger Erfolg, „mit dem wir uns aber nicht zufrieden geben. Das nächste ganz grosse Ziel lautet, daß wir energieautark werden“, so der Landeshauptmann. Die Energiestrategie ist – so wie der Emissionskataster und der Solarkataster – ein weiterer Baustein, um diese Ziele zu erreichen. Die Strategie, die federführend von der Burgenländischen Energieagentur in Zusammenarbeit mit der FH Burgenland erarbeitet wurde, steckt den eingeschlagenen Weg genau ab. Die Ziele seien realistisch, betonen Johann Binder, Energiebeauftragter des Landes, und Prof. Gernot Hanreich, FH Burgenland in Pinkafeld, unisono. Untermuert wird das mit drei detaillierten Szenarien, in die künftige Entwicklungen in den Bereichen Energieeffizienz, neue Technologien, der Nutzung bereits vorhandener Potentiale zur Energieerzeugung oder beim Energieverbrauche sowie weitere wichtige Parameter einbezogen wurden. „Das Burgenland ist auf einem guten Weg. Dazu zwei Beispiele: Beim Energiesparen ist die burgenländische Bevölkerung vorbildlich, der Energieverbrauch bei den privaten Haushalten geht zurück. Und: Wir erzeugen pro Kopf die zehnfache Menge an Wind- und Photovoltaikstrom des österreichischen Durchschnitts – ein sensationeller Wert“, so Niessl.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Das Burgenland erzeugt pro Kopf die zehnfache Menge an Wind- und Photovoltaikstrom des österreichischen Durchschnitts: Landeshauptmann Hans Niessl, Johann Binder, Energiebeauftragter des Landes (r.), und Prof. Gernot Hanreich (FH Burgenland, Studiengangsleitung Energie- und Umweltmanagement) (l.)



Foto: Energie Burgenland Gruppe

Das Burgenland wird im September 2013 erstmalig in seiner Geschichte 100 Prozent seines Strombedarfs aus im Land erzeugter erneuerbarer Energie, hauptsächlich aus Windkraft, abdecken.

„Wir haben uns unter anderem angesehen, wie sich jeder einzelne Energieträger in den letzten Jahren entwickelt hat, wie die Prognosen aussehen oder wie sich die För-

derlandschaft entwickelt“, erklärt Binder. So seien zum Beispiel 50 Mio. m² Dachfläche im Burgenland frei zur Erzeugung von Solarenergie. Knapp ein Drittel davon wurde als

für die Produktion von Solarenergie als sehr gut, 20 Prozent als gut geeignet eingestuft.

Drei Zukunftsszenarien

Auf Basis der erhobenen Daten wurden schließlich drei Szenarien mit unterschiedlichen Annahmen erstellt. „Bereits unser Referenzszenario, bei dem wir nur die Entwicklung der letzten Jahre fortgeschrieben haben, zeigt, daß das Burgenland bis 2020 50 Prozent seines Energie-Bruttoinlandsverbrauchs durch regionale Energieträger abdecken kann. Das ist ein realistisches Ziel“, betont Hanreich.

Die Energiestrategie schlägt auch ein Bündel an Maßnahmen vor, die, so Binder, „in den nächsten Jahren auch umgesetzt werden sollen“.

Eines der Szenarien beschäftigt sich damit, welche Maßnahmen notwendig wären, damit das Burgenland bis 2050 energieautark wird. „In diesem Szenario wurden auch zu erwartende Technologiesprünge mit einberechnet“, so Hanreich. Beispiel Photovoltaik: Hier sehen die Experten in den nächsten Jahren kein großes Potential, da diese Technik noch zu wenig effizient sei. Bis 2050 sollte die Technik aber bereits ausgereifter sein.

Gewonnene Erkenntnisse

Daß das Burgenland auf einem guten Weg ist, zeigen auch einige wichtige Ergebnisse und Erkenntnisse, die bei der Erarbeitung der Burgenländischen Energiestrategie gewonnen wurden. So hat sich die Erzeugung von biogenen Brenn- und Treibstoffen im Burgenland in den letzten zehn Jahren versiebenfacht. Auch die Erzeugung von Umgebungswärme, aus Wärmepumpen, hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Und: Das Burgenland erzeugt pro Kopf die zehnfache Menge an Wind- und Photovoltaikstrom des österreichischen Durchschnitts.

„Beim Energiesparen ist bei der burgenländischen Bevölkerung ein positiver Trend, ja ein vorbildliches Verhalten zu erkennen, da der Energieverbrauch bei den privaten Haushalten zurückgeht – trotz Wirtschaftsaufschwung. Dazu hat auch die Wohnbauförderung beigetragen. Der Energiezuwachs ab der Jahrtausendwende ist vorwiegend auf die positive Wirtschaftsentwicklung, bei Industrie, Gewerbe, Tourismus und Dienstleistungen zurückzuführen“, so Niessl.

Verdreifachung seit 2001

Der Zuwachs an erneuerbarer Energie habe sich ab dem Jahr 2001 bis jetzt nahezu

verdreifacht. „Das ist ein österreichischer Spitzenwert. Die in der Burgenländischen Energiestrategie vorgeschlagenen Ziele, bis 2020 über 50 Prozent der gesamten Energie aus erneuerbaren Ressourcen zu erzeugen, sind realistisch und auch machbar. Das langfristige Ziel, bis 2050 vollständig energieautark zu werden, erscheint angesichts des hohen Ressourcenpotentials des Burgenlandes – Wind-Eignungszonen, Sonnenkraft, Land- und Forstwirtschaft – ebenfalls machbar“, so Niessl. Allerdings seien hier noch

einige Technologiesprünge, wie Effizienzsteigerung bei Photovoltaik sowie Biogas und Biotreibstoffproduktion aus erneuerbaren Ressourcen vorauszusetzen.

„Mit der Implementierung der Energiestrategie im Burgenland wird ein weiterer Schritt getan, um das Burgenland ‚Mit der Natur zu neuen Erfolgen‘ zu führen. Das ist ein ganz wichtiger Schritt für die Zukunft des Burgenlandes“, so der Landeshauptmann abschließend. ■

<http://www.energieburgenland.at>

Burgenland als Vorbild für Mecklenburg-Vorpommern



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (Mitte) mit dem Vorsitzenden des Energieausschusses von Mecklenburg-Vorpommern, dem Abgeordneten Rudolf Borchertde (links neben dem LH), und den Ausschußmitgliedern im Landtagsitzungsraum in Eisenstadt

Ein zweitägigen Aufenthalt im Burgenland absolvierte der Energieausschuß des deutschen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen dessen fünftägiger Studienreise nach Österreich. Sie stand im Zeichen des gegenwärtigen Bestrebens der Region, den Ausbau der Erneuerbaren Energie voranzutreiben, und des Erfahrungsaustausches. Nach Gesprächen mit Vertretern der Energie- und Abfallwirtschaft in Wien und einer Besichtigung des AKW Zwentendorf standen 26. Juni der Besuch des Windparks Weiden und ein Treffen mit Landeshauptmann Hans Niessl im Burgenländischen Landtag am Programm.

Niessl erläuterte Philosophie und Ziele der burgenländischen Energiepolitik, die dem Leitbild des Burgenlandes „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ folge. Auf sehr großes In-

teresse bei der Delegation stieß auch der Vortrag von Johann Binder von der Burgenländischen Energieagentur. Besichtigungen des Technologiezentrums und des Biomassekraftwerks Güssing sowie der Biogasanlage Strem am Tag darauf rundeten den Besuch der Gäste aus Deutschland ab.

Internationale Anerkennung

„Das Burgenland hat mit seiner Energiepolitik und mit dem Fokus auf Erneuerbare Energie vor 15 Jahren konsequent den Weg der Ressourcenschonung, des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit eingeschlagen. Damit hat man Pioniergeist und Mut bewiesen. Daß dieser Weg immer mehr Anerkennung findet und auch international als Vorbild dient, macht mich stolz und bestätigt uns in unserer Politik“, so der Landeshauptmann. ■

Dynamische Entwicklung mit massiver Leistungssteigerung

Landesrat Peter Rezar präsentierte den Burgenländischen Sozialbericht 2011/2012

Das Sozialhilfegesetz verpflichtet die Burgenländische Landesregierung, alle zwei Jahre einen Sozialbericht vorzulegen. Der nunmehr fünfte Sozialbericht über den Zeitraum 2011/2012 dokumentiert auf 195 Seiten und 30 Seiten Tabellenanhang die steigenden Anforderungen an das soziale Sicherungssystem des Landes und gibt auch Rechenschaft über den dafür erforderlichen Einsatz finanzieller Mittel. Es werden vor allem jene Bereiche beleuchtet, die durch Landesgesetze geregelt sind, also Sozial- und Behindertenhilfe bzw. soziale Dienste, Pflegegeld des Landes, Altenpflegeheime, Seniorenförderung, Jugendwohlfahrt, Grundversorgung für Fremde, Arbeitnehmerförderung und Sozialbetreuungsberufe. Darin integriert findet sich auch die offizielle Fortschreibung der Bedarfs- und Entwicklungsplanung 2014 bis 2015 für das bedeutsame Gebiet der Pflegevorsorge wieder (der Sozialbericht ist auf der Homepage des Landes verfügbar).

„Der Sozialsektor wird oftmals in erster Linie als große finanzielle Belastung wahrgenommen. Diese unbestritten hohen Aufwendungen beruhen allerdings durchwegs auf gesetzlichen Verpflichtungen des Landes. Im Sozialbereich hat das Burgenland in den vergangenen Jahren eine sehr dynamische Entwicklung genommen. Im Mittelpunkt steht dabei die Hilfe und Unterstützung für benachteiligte BürgerInnen, für schutz-, hilfs- und pflegebedürftige, finanziell schlechter gestellte oder von Schicksalsschlägen hart getroffene Menschen. Die sozialen Dienste und Einrichtungen sind aber auch Wirtschaftsbetriebe, die Dienstleistungen produzieren und sichere Arbeitsplätze bereitstellen. Die Zahl der SeniorInnen im Alter von 75 und mehr Jahren wird zwischen 2013 und 2015 um 2770 Personen ansteigen. Die Gruppe der über 90 Jährigen darunter wird um 600 steigen. Von diesen werden viele Betreuung und Pflege benötigen. Auch die Zahl behinderter Menschen ist im Steigen begriffen“, so Landesrat Peter Rezar, der am 19. Juni den Sozialbericht 2011/2012 gemeinsam mit WHR Elvira Waniek-Kain, Leiterin Hauptreferat Sozialwesen, und Erich Craß, Autor des Sozial-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landesrat Peter Rezar präsentierte gemeinsam mit WHRin Elvira Waniek-Kain und Erich Craß den Sozialbericht 2011/2012

berichtes, Hauptreferat Sozialwesen, der Öffentlichkeit präsentierte.

Im Berichtszeitraum konnte die intensive Ausbauphase am Pflegeheimsektor fast abgeschlossen werden. Die Neu- und Umbauten an acht Standorten betrafen 420 Pflegebetten, die nun in höchster Qualität zur Verfügung stehen. Dabei wurden in sechs Heimen 197 neue Plätze geschaffen. Im Jahr 2013 sind schon bzw. werden noch weitere 56 neue Pflegeplätze dazukommen. Anfang 2014 soll eine genauere Evaluierung der Auswirkungen der neu geschaffenen Heimplätze und aller getroffenen Maßnahmen sowie der weiteren Entwicklung der 24-Stunden-Betreuung und der SeniorInnen-Tagesbetreuung auf die Versorgungssituation im Pflegebereich erfolgen. Erst nach Vorliegen der Ergebnisse soll über Zeitpunkt, Reihenfolge und Umfang des weiteren Ausbaus der Pflegeheime entschieden werden.

Auf der Homepage des Landes kann man sich seit Jänner 2012 darüber informieren, in

welchen burgenländischen Pflegeheimen freie Heimplätze zur Verfügung stehen. Einen wichtigen Finanzierungsbeitrag im Bereich der Langzeitpflege stellt der Pflegefonds bereit, der zu zwei Drittel vom Bund und zu einem Drittel von Land und Gemeinden gespeist wird und vorrangig zum Ausbau der nichtstationären Pflegeinfrastruktur vorgesehen ist. Im Burgenland können damit Hauskrankenpflege, Hospiz- und Palliativversorgung, Demenzbetreuung, SeniorInnen-Tagesbetreuung, Betreutes Wohnen, Kurzzeitpflege und Casemanagement forciert werden. In den Jahren 2011 bis 2016 beträgt der Zweckzuschuß aus dem Pflegefonds, der Land und Gemeinden – gegen entsprechendem Verwendungsnachweis – zur Verfügung gestellt wird, netto insgesamt 15 Millionen Euro.

Da die Aufnahme in Pflegeheime im Falle einer Finanzierung über die Sozialhilfe erst ab Pflegegeldstufe 4 erfolgen soll, müssen für Menschen mit geringerem Betreuungs-

bedarf andere Alternativen geboten werden, beispielsweise das Betreute Wohnen Plus. Dieses im Laufe des Jahres 2013 startende Pilotprojekt dient der finanziellen Unterstützung von Personen, die bereits einen Betreuungsbedarf bis zur Pflegegeldstufe 3 haben, aber noch nicht in ein Pflegeheim aufgenommen werden müssen. Das Land Burgenland hat als Träger der Sozialhilfe aber auch den gesetzlichen Auftrag, für soziale Dienste in einem wirtschaftlich vertretbaren Ausmaß vorzusorgen und dabei in erster Linie den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Den weitaus größten Pflegedienst des Landes stellen die „pflegenden Angehörigen“ dar. Deren Entlastung durch Beratung und praktische Unterstützung im Pflegealltag kommt daher besondere Bedeutung zu.

Im Jahr 2012 ist die Inanspruchnahme von Hauskrankenpflege und Senioren-Tagesbetreuung zurückgegangen, wobei hier ein direkter Zusammenhang mit der Zunahme der 24-Stunden-Betreuung und anderer Betreuungsformen durch ausländische Hilfskräfte besteht. Daher werden 2013 einerseits die Tarife für diese Dienstleistungen gesenkt, andererseits sollen die betroffenen Personen aber auch verstärkt auf die vorhan-

denen Angebote aufmerksam gemacht werden. Zweck der Bemühungen ist es, die vorzeitige stationäre Aufnahme zu verhindern. Die legale 24-Stunden-Betreuung wurde Ende April 2013 von etwa 1600 pflegebedürftigen Personen beansprucht. Im Jahr 2012 erhielten 1568 Personen dafür Förderungen in Höhe von insgesamt 4,8 Millionen Euro, wobei 40 Prozent vom Land und 60 Prozent vom Bund getragen wurden. Die Hospiz- und Palliativleistungen zählen neben der Hauskrankenpflege zu den mobilen Pflege- und Betreuungsdiensten und damit zu den vom Pflegefonds geförderten Leistungsbereichen. Mit Beginn des heurigen Jahres wurden die Hospiz- und Palliativdienste auch hinsichtlich der Art der Finanzierung und der Leistungsdokumentation an die Hauskrankenpflege angegliedert. Auch die in Zukunft immer wichtiger werdende Demenzbetreuung wird ab 2013 in die Richtlinien für die ambulanten Pflege- und Betreuungsdienste einbezogen und vom Land leistungsbezogen finanziert werden.

Die Burgenländische Arbeitnehmerförderung zählt zu den großzügigsten in ganz Österreich. Ab 2013 wurden beim Fahrtkostenzuschuß die Förderungen für Entfernungen von 20 bis 25 km von 75 auf 100 Euro we-

sentlich angehoben. Außerdem werden nun auch für über die jeweiligen Entfernungsgrenzen hinaus gefahrene volle Kilometer 2 Euro pro Kilometer und Jahr zusätzlich zur Basisförderung vergütet. Weiters erhalten StudentInnen mit Hauptwohnsitz im Burgenland, die außerhalb des Landes ein Studium absolvieren, eine Förderung zu den Kosten für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel am Studienort in Höhe von 50 Prozent der nachgewiesenen Kosten der Semesternetz- oder Monatskarte. Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes werden zahlreiche berufliche Qualifizierungsmaßnahmen vorwiegend für arbeitslose Personen finanziert, die insbesondere auch jungen Menschen zugutekommen. In der Phasing Out-Periode 2007 bis 2013 stehen dafür über 13 Millionen Euro zur Verfügung. Die durch Landesmittel finanzierten arbeitsmarktrelevanten Projekte „Facharbeiterintensivausbildungen“ und „Arbeitsstiftungen“ wurden erfolgreich weitergeführt. Im Jahr 2013 konnten im Bereich der Grundversorgung 66 Unterbringungsplätze für unbegleitete Minderjährige zur Verfügung gestellt werden und zwar in Neudörfel und in Rechnitz. ■

<http://www.burgenland.at/berichte>

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Wohnen muß für alle Generationen leistbar sein

Niessl: Beste Wohnbauförderung sorgt für die bundesweit niedrigsten Mietkosten



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Claudia Pingitzer (Stabsstelle Raumordnung und Wohnbauförderung der Bgld. Landesregierung), Moderator MR Andreas Sommer (Wirtschaftsministerium), Karl Wurm (Obmann Österr. Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen), Richard Woschitz, Landeshauptmann Hans Niessl, Laura Schoch (Bundesjugendvertretung), Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Alfred Kollar (OSG) und Josef Schmidinger (Generaldirektor S-Bausparkasse)

Unter dem Motto „Wohnen – Grundbedürfnis oder Luxus“ stand eine Enquete, die am 4. Juni im Eisenstädter Kultur- und Kongreßzentrum stattfand. Eine Expertenrunde trat an, um dieses essentielle Thema in all seinen Facetten zu diskutieren. Prominentester Enquete-Teilnehmer war, neben Landeshauptmann Hans Niessl, der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Rudolf Hundstorfer. Grundtenor der Veranstaltung: Wohnen muß für alle Generationen leistbar sein, erreichbar ist das nur über den geförderten, sozialen Wohnbau.

Hier ist das Burgenland – im Vergleich zu anderen Bundesländern – gut aufgestellt: Pro Kopf gerechnet ist die Wohnbauförderung im Burgenland mit 425,85 Euro die höchste in Österreich. Das trägt dazu bei, daß das Burgenland die niedrigsten Mietkosten aller Bundesländer hat. Fakten, die Anlaß zur Freude sind, aber: „Wir arbeiten ständig daran, daß die Mieten nicht so steigen, wie wir das in anderen Bundesländern sehen. Allein 2012 stehen wieder 122 Millionen Euro an Wohnbauförderung zur Verfügung. Das ist auch ein enormer Schub für unsere Bauwirtschaft“, so Niessl. Eine klare Absage erteilte der Regierungschef der Bauplatzspekulation:

„Wir müssen dafür sorgen, daß auf Bauplätzen auch gebaut wird. Die Grundstückspreise müssen leistbar bleiben. Ich bin auch dafür, daß wir bei der Wohnbauförderung die Widmungskategorie ‚Sozialer Wohnbau‘ schaffen, um die Kostenentwicklung bei den Grundstückspreisen zu dämpfen.“ Vorrangiges Ziel ist, auch für die junge Generation Wohnraum zu schaffen, und dabei auf ihre finanzielle Situation Rücksicht zu nehmen. Ein Mietpreis von fünf Euro pro Quadratmeter ist hier die Zielvorgabe, bekräftigt Niessl: „Wir werden alles daran setzen, daß die burgenländische Wohnbauförderung auch in Zukunft die beste in Österreich ist.“

Thema bei der Enquete war auch der zunehmende Kostendruck im sozialen Wohnbau. „In den südlichen Bezirken sind zunehmende Grundstückspreise kein Problem, im Norden schaut das anders aus“, so der Geschäftsführer der Oberwarter gemeinn. Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft reg. GenmbH (OSG), Alfred Kollar. So sei in einer nordburgenländischen Gemeinde der Quadratmeterpreis innerhalb von zwei Jahren von 50 auf 80 Euro pro Quadratmeter gestiegen. Ein Preis, der von Bauherren in anderen Bundesländern dankend angenom-

men werden würde, aber: „Die Steigerungsrate ist enorm und schlägt sich natürlich auch auf den späteren Mietpreis und dem Eigenmittelbedarf nieder“, so Kollar. „Die Baukosten im Wohnungsbau sind in den letzten sechs Jahren um 30 Prozent gestiegen. Die Kostenschraube hat sich gedreht.“ Günstige Wohnungen für junge BurgenländerInnen, wie sie Landeshauptmann Niessl fordert, seien aber durchaus realisierbar, sagt Kollar: „Startwohnungen mit 50 bis 55 Quadratmeter zu einem Mietpreis von fünf Euro pro Quadratmeter sind das Ziel.“

Günstiges Wohnen für junge Generationen ist auch Laura Schoch, Vorsitzende der Bundesjugendvertretung, wichtig: „Man darf nicht vergessen, daß Wohnen mehr ist als nur ein Dach über dem Kopf. Eine Wohnung ist Lebensraum zum Lernen, zum Spielen, für soziale Kontakte. Betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche einkommensschwacher Familien. In Österreich sind 115.000 Kinder und Jugendliche akut von Armut betroffen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Wohnsituation.“ Von 2000 bis 2011 seien die Mieten in Österreich um 40 Prozent gestiegen, die Löhne dagegen nur um 25 Prozent, so Schoch.

Niessl: Mieten niedrig halten

Die Burgenländische Wohnbauförderung soll auch in Zukunft die höchste Meßlatte im Bundesländervergleich sein, bekräftigt Niessl: „Unser Ziel ist, daß die Mieten im Burgenland weiter die niedrigsten bleiben. Wichtig ist: Für Grundstücksspekulationen steht die Wohnbauförderung nicht zur Verfügung. Dort wo die Förderungen hinfließen, muß der Grundstückspreis auch niedrig sein. Nur so ist sozialer Wohnbau möglich.“

„Wohnen ist ein zentrales Thema. Wir wollen hier mehr tun, weil wir wissen, daß wir mehr tun müssen. Es gibt in Österreich zu wenig sozialen Wohnbau. Das gilt besonders im mehrgeschoßigen Bereich, hier haben wir den größten Bedarf. Die Bevölkerung in den Ballungsräumen wächst stark an“, so Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

Wichtig sei es, ein differenziertes Wohnungsangebot zu schaffen, sagt Karl Wurm, Obmann des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen: „Gemeinnütziger Wohnbau bietet zum Teil höhere Qualität als freifinanzierter Wohnraum. So ein System sprengt sich selbst in die Luft.“ Wurm plädiert dafür, „ein differenziertes Wohnangebot schaffen. Nicht jede geförderte Wohnung muß die Super-Wohnung sein. Sonst schaffen wir für die Einkommensschwächsten die teuersten Wohnungen.“

Die Sonne schickt uns keine Rechnung

Auch durch Auflagen, die über die Vorgaben des Baugesetzes hinausgehen, würde man den sozialen Wohnbau kostenseitig unter Druck setzen, so Kollar: „Zum Beispiel ist vom Gesetzgeber ein Stellplatz pro Wohnung vorgeschrieben. Verlangt werden aber immer öfter zwei oder sogar drei Stellplätze.“ Da der Platz dafür nicht vorhanden ist, sei man gezwungen, in die Tiefe zu gehen, also Tiefgaragen zu bauen. Und das käme für die Mieter teuer. In die gleiche Kerbe schlägt der Ziviltechniker Richard Woschitz, er sieht die „Überdimensionierung der Gebäudehülle“ bei Wohnbauten problematisch. Natürlich sei eine gute Dämmung wichtig, aber, so Woschitz, „eine Dämmung, die mehr kostet, als sie an Effizienzsteigerung bringt, macht wirtschaftlich keinen Sinn.“ Intelligenter sei, im eigenen Haus selbst Energie zu produzieren, zum Beispiel durch Solaranlagen. Woschitz: „Die Sonne schickt uns keine Rechnung.“

Einen Überblick über die Entwicklung auf den Finanzmärkten und Auswirkungen auf die Wohnungswirtschaft gab der Gene-



Foto: <http://www.andruckner.com>

In einem neuen Wohnprojekt der Oberwarther Siedlungsgenossenschaft OSG sind in der Gemeinde Pilgersdorf sowohl Kleinwohnungen für Senioren, Kleinwohnungen als Startwohnungen für junge Menschen als auch Familienwohnungen entstanden.

raldirektor der S-Bausparkasse, Josef Schmidinger.

Hochwertige Wohnqualität zu vernünftigen Preisen

„Es geht darum, eine qualitativ hochwertige Wohnqualität zu vernünftigen Preisen zu bieten. Wir haben mit 36.000 Burgenlände-

rinnen und Burgenländern, die ein Wohnbaudarlehen haben, einen Vertrag. Diese werden von unterstützt und sie können sich auf uns verlassen. Es muß sich auch niemand davor fürchten, daß wir kontrollieren, ob die Einkommen seit Vertragsabschluß gestiegen sind. Für mich gilt das Einkommen beim Abschluß“, stellt Niessl abschließend klar. ■

Teilzeitarbeit im Burgenland

Eine von Frauenreferentin Landesrätin Verena Dunst in Auftrag gegebene und von Judith Jakowitsch von der Burgenländischen Forschungsgesellschaft auf der Basis von 15 Interviews mit Teilzeitbeschäftigten, Vollzeitbeschäftigten, Arbeitssuchenden, Expertinnen und Arbeitgeberinnen erarbeitete Studie „Teilzeitarbeit – Motive, Auswirkungen, Empfehlungen“ befaßt sich – unter anderem – mit Motiven der burgenländischen Frauen für eine Teilzeitarbeit sowie Auswirkungen der Teilzeitbeschäftigung.

„Derartige Studien liefern für meine Arbeit als zuständige Referentin eine wertvolle Basis für die Frauenarbeit im Burgenland. Es ist erfreulich, daß seit Mitte der 1980er Jahre ein Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung in ganz Österreich zu beobachten ist. Dieser Anstieg wird jedoch auch von einem Anstieg an Teilzeiterwerbstätigkeit begleitet. Teilzeitarbeit wurde ursprünglich eingeführt, um weibliche Arbeitskräfte zu mobilisieren und liegt dann vor, wenn die wöchentliche Normalarbeitszeit von 40 bzw. 38,5 Stunden im Durch-

schnitt unterschritten wird. Wie hoch das Einkommen ist, spielt dabei keine Rolle. Demnach ist auch teilzeitbeschäftigt, wer unter der ‚Geringfügigkeitsgrenze‘ von monatlich 386,80 Euro verdient. Teilzeitarbeit betrifft vorwiegend Frauen zwischen dem 30 und 44 Lebensjahr aufgrund von Betreuungsverpflichtungen und Männer zwischen dem 20 und 30 Lebensjahr zu Ausbildungszwecken. Da die Teilzeitarbeit zwar für viele Frauen zwecks Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine optimale Lösung erscheint, ist es mir dennoch wichtig, auch auf die Nachteile und Fallen der Teilzeitarbeit einzugehen. Dies war auch der Grund, die nun vorliegende Studie in Auftrag zu geben“, betonte Landesrätin Verena Dunst.

Die Studie habe aber auch gezeigt, daß es offenkundig den Frauen an der Kenntnis von arbeits-, sozialversicherungs- und pensionsrechtlichen Ansprüchen und Regelungen mangelt. „Es wird deshalb ab dem Herbst dieses Jahres eine umfassende Aufklärungskampagne für die burgenländischen Frauen gestartet“, kündigte die Landesrätin an. ■

Landesmittel wirksam einsetzen

Budgetrede von Landesrat Helmut Bieler zum Landesvoranschlag für 2014/2015

Unter dem Motto „Landesmittel wirksam einsetzen“ skizzierte Finanz-Referent Landesrat Helmut Bieler im Rahmen seiner Budgetrede am 27. Juni im Burgenländischen Landtag den Landesvoranschlag für die kommenden zwei Jahre. Die Weichen für das Doppelbudget 2014/2015 wurden bereits bei einer Regierungsklausur im Mai dieses Jahres gestellt.

„Vorrangiges Ziel ist eine effiziente und nachhaltige Budgetgestaltung zur Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Weiterführung der Konsolidierung und Investitionen in Wachstum sind daher auch gleichrangige Ziele im Landesbudget 2014. Sparpotenziale werden laufend ausgelotet, um Spielräume für notwendige Investitionen zu schaffen“, so Bieler, der heuer bereits zum zweiten Mal Zahlen, Daten und Fakten zum Budget 2014 in kurzer und prägnanter Form im Überblick als Budgetbegleitbroschüre „Budget to go“ präsentierte.

Schwerpunkte sind die Aufrechterhaltung der Wohnbauförderung in voller Höhe, die Schaffung von jährlich zusätzlich 1000 Arbeitsplätzen zur Absicherung des Top-Niveaus am Arbeitsmarkt, die finanzielle Abdeckung in den Bereichen Gesundheit und Soziales mit dem besonderen Augenmerk auf die demografische Entwicklung zur Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung, sowie die Ausrichtung auf zukunftsorientierte Bildungsstandards, die Überprüfung der landesnahen Unternehmen und ausgelagerten Gesellschaften auf Effizienz und Einsparungspotentiale, aber auch die Modernisierung des Haushaltswesens durch die Einführung der wirkungsorientierten Haushaltsführung auf Basis der Doppik und die damit einhergehende Haushaltsreform für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit.

Der ordentliche Landesvoranschlag 2014 sieht Einnahmen in Höhe von 1.062.620.800 Euro vor, welchen Ausgaben in Höhe von 1.068.620.800 Euro gegenüber stehen. Der Abgang in Höhe von 6 Millionen Euro soll im Jahr 2015 auf null reduziert werden, so daß der Landesvoranschlag 2015 wieder ausgeglichen ist. Gegenüber dem Landesvoranschlag 2013 wurde der Abgang um 6 Millionen Euro reduziert. Der außerordentliche Landesvoranschlag 2014 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 20 Millionen Euro vor. Die Fondsgebarung ist im Landesvor-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LR Helmut Bieler mit seiner Büroleiterin und Budgetkordinatorin Isabell Strobl

schlag 2014 mit 3,9 Millionen Euro ausgeglichen. Die Ausgaben im Landesvoranschlag 2014 haben sich gegenüber dem Landesvoranschlag 2013 um 27,5 Millionen Euro netto erhöht. Die größte Ausgabensteigerung, etwa im Sozialbereich und im Bereich Unterricht, wurde größtenteils durch Einsparungen im Verwaltungs-, Personal- und Finanzbereich sowie durch Mehreinnahmen kompensiert.

„Das Ausloten von Sparpotentialen und die Umsetzung von kostenminimierenden Maßnahmen sind zu kontinuierlichen Prozessen geworden, die seit 2010 deutlich die Ausgabendynamik bremsen. Diese Kursänderung brachte eine ausgabenseitige Einsparung von rund 120 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben im Landesvoranschlag betragen 1.068,6 Millionen Euro. Davon werden rund 207 Millionen Euro für Investitionen bzw. für investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet. Das sind um 11,4 Millionen Euro mehr, als im Vorjahr. Dies entspricht einer Investitionsquote von rund 19,37 Prozent. Jeder fünfte Euro des Landesvoranschlags wird in das Wirtschaftswachstum investiert“, so Bieler.

Die Neuverschuldung wird, wie im Finanzplan dargestellt, sukzessive weiter reduziert. Der Stand der direkten Finanzschulden des Landes erhöht sich 2014 nur um 6 Millionen Euro auf insgesamt 283,5 Millionen Euro. Ab 2015 werden keine Schulden neu aufgenommen. Die Landesschulden werden in den Jahren 2014 und 2015 stabil gehalten.

Der Konsolidierungsweg konnte sogar noch beschleunigt werden, da die prognostizierte

Neuverschuldung um 2 Millionen Euro unterschritten wurde. Die erforderlichen Kreditfinanzierungen erfolgen seit dem Jahr 2001 ausschließlich beim Bund, abgewickelt von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA). Standard & Poor's bestätigt dem Land eine solide Haushaltsentwicklung mit konsequent sinkender Nettoverschuldung in Kenntnis aller Verbindlichkeiten, auch der Tochtergesellschaften. Die sehr niedrige und stabile Verschuldung und der ausgezeichnete Zugang zu Liquidität waren Hauptgründe für die hervorragende Bewertung der burgenländischen Finanzgebarung: Kurzfristig gab es die Note A1 plus, langfristig AA+.

Die Burgenländische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, ab dem Jahr 2016 den Schuldenstand abzubauen. Der Schuldenstand des Gesamthaushaltes inklusive selbsttragender Schulden ausgegliederter Einheiten wird im Jahr 2014 rund 1,2 Milliarden Euro und im Jahr 2015 rund 1,3 Milliarden Euro betragen. Im Schuldenstand ist bereits der Ausbau des KH Oberwart teilweise berücksichtigt. Das Maastricht-Ergebnis blieb gegenüber dem ursprünglich im Finanzplan prognostizierten Ergebnis nahezu konstant. Der Finanzplanwert im Jahr 2015 von 66,82 Millionen Euro entspricht dem verhandelten Budget und konnte gegenüber dem prognostizierten Ergebnis noch deutlich verbessert werden. ■

Gesundes Dorf

Gesundheitsförderung wirkt am besten vor Ort – Mit dem Projekt »Gesundes Dorf« werden Strukturen für die Gesundheitsförderung dort aufgebaut, wo die Menschen zuhause sind



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: PGA-Geschäftsführer Heinz Eitenberger, Christa Peinhaupt, MBA, Leiterin Fonds Gesundes Österreich, Gesundheitslandesrat Peter Rezar, Brigitte Wolf, Projektleitung Burgenland PGA, und BGKK-Direktor Christian Moder

Im Jahr 2002 wurde vom Burgenländischen Arbeitskreis für Vorsorge- und Sozialmedizin (BAKS) unter Federführung von MR OA Karl Mach die Idee des landesweiten Projektes „Gesundes Dorf“ ausgearbeitet. Darauf aufbauend entwickelte der Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit (PGA) ein Konzept zum Aufbau von Gesundheitsstrukturen in den Gemeinden. Schließlich wurde 2008 das ausgearbeitete Fünf-Jahres-Projekt gestartet. 42 Gemeinden wurden im Projektzeitraum beim Aufbau von gesundheitsfördernden Strukturen unterstützt und betreut.

„Mit dem Projekt ‚Gesundes Dorf‘ wurde eine Initiative gestartet, die von den Menschen sehr gut aufgenommen wird. Das hat sich auch in der Arbeit des PGA in den vergangenen fünf Jahren gezeigt. Das Projekt ermöglicht, Gesundheitsangebote dort anzubieten, wo die Menschen leben – in ihren Heimatgemeinden“, so Gesundheitslandesrat Peter Rezar. Finanziert wurde die Arbeit des Vereines durch den Fonds Gesundes Österreich mit rund 210.000 Euro und durch das Land

Burgenland mit 100.000 Euro. Die Burgenländische Gebietskrankenkasse (BGKK) unterstützte das Projekt mit der notwendigen Infrastruktur. Das Angebot war für die Gemeinden selbstverständlich kostenlos. Das Projekt wird auch nach Auslaufen der Fünf-jährigen Projektphase weitergeführt. Einen gewichtigen Part übernimmt dabei die BGKK.

Nach Auslaufen der Projektphase zieht sich der Fonds Gesundes Österreich wie geplant aus dem Projekt zurück: „Der Fonds Gesundes Österreich ist ein Partner für Anstoßfinanzierungen. Es war uns deshalb ein großes Anliegen, durch eine Anstoßförderung auch im Burgenland den Aufbau entsprechender Strukturen für die Gesundheitsförderung in den Gemeinden zu unterstützen“, betont die Leiterin des Fonds gesundes Österreich, Christa Peinhaupt. Diese Aufgabe habe man erfüllt, „es ist ein erfolgreiches Projekt. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist es wichtig, daß diese Projekt weitergeführt wird“, so Peinhaupt. Außerdem habe man großes Augenmerk darauf gelegt, daß bestehende regionale und überregionale Struktu-

ren, wie zum Beispiel Sportverbände eingebunden und für das Thema Gesundheitsförderung sensibilisiert werden.

„Der angestrebte Aufbau von Gesundheitsstrukturen im Burgenland wurde in rund 40 Gemeinden erreicht. Tausende Burgenländerinnen und Burgenländer bringen sich aktiv in den Gemeinden ein, entwickeln gemeinsam Ideen und setzen diese um“, erläutert Rezar.

BGKK übernimmt Fortführung des Projektes

Gesundheit – unser höchstes Gut – gelte es zu erhalten und zu fördern, stellt der Direktor der Burgenländischen Gebietskrankenkasse (BGKK), Christian Moder, fest: „Es ist bekannt, daß über die Gesundheitschancen der Menschen in deren Alltag entschieden wird, nämlich dort wo sie leben, arbeiten, lernen und spielen.“ Aus diesem Grund wurden im Burgenland – im Auftrag des Landes Burgenland, mit Unterstützung des Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) und der Burgenländischen Gebietskrankenkasse

se – vom Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit (PGA) von März 2008 bis Feber 2013 „Gesunde Dörfer“ aufgebaut und betreut. Die BGKK sei nun sehr stolz, die nahtlose Fortführung des Projektes „Gesundes Dorf“ federführend übernehmen zu können, sagt Moder, „weil dadurch bereits geschaffene kommunale Strukturen der Gesundheitsförderung erhalten sowie weitere Strukturen aufgebaut und nachhaltig verankert werden. Mit diesem Projekt wird das Motto der Kasse – ‚Gesundheit ist unser Ziel‘ – in die einzelnen burgenländischen Dörfer und Städte getragen. Hinter diesem Motto steht die Vision, vorrangig Gesundheit zu erhalten, statt Krankheiten zu behandeln.“

Ziel: 120 Gemeinden bis 2023 ins Boot holen

Die BGKK hat den PGA mit der Weiterführung der „Gesunden Dörfer“ beauftragt. Es ist geplant, „bis Ende 2023 mindestens 120 burgenländische Gemeinden innerhalb des Projektes aufzubauen und zu betreuen“, sagt die für das Burgenland zuständige Projektleiterin Brigitte Wolf. Ziel dieser Regionalbetreuung ist, die „Gesunden Dörfer“ dort abzuholen, wo sie stehen, und aktiv

bei der Umsetzung von gesundheitsfördernden Maßnahmen – mit Zielrichtung auf die körperliche, seelische und soziale Gesundheit – zu beraten und zu unterstützen.

„Wir wollen erreichen, daß es nach Projektende so viele und gut vernetzte burgenländische ‚Gesunde Dörfer‘ und ‚Gesunde Städte‘ gibt, daß von einem ‚Gesunden Burgenland‘ gesprochen werden kann. Und wenn sich dieses ‚Gesunde Burgenland‘ viel bewegt, sich richtig ernährt und ein nettes Miteinander pflegt, dann haben wir im Burgenland viel erreicht und einen großen Schritt in Richtung ‚gelebte‘ Gesundheitsförderung und Prävention getan“, so Moder.

PGA - Größter Gesundheitsverein Österreichs

Als größter Gesundheitsverein Österreichs ist der PGA ein kompetenter Experte für die nachhaltige Umsetzung von Gesundheitsförderprogrammen. „Dabei zwingen wir der Region kein Modellprojekt auf, das am Reißbrett erfunden wurde, sondern setzen vor Ort an und entfalten das regionale Potential, durch sinnvolle Vernetzung, innovative Ideen und professionelle Begleitung“, erklärt PGA-Geschäftsführer Heinz Eitenberger. ■

Zukunftsperspektiven

Unter dem Motto „Perspektiven für die Zukunft“ wurde ein Projekt der Katholischen Arbeiterbewegung in Eisenstadt initiiert, das junge Mädchen, die arbeitslos waren oder schwer vermittelbar sind, unterstützt, mit einer integrativen Ausbildung die Grundlagen für einen Arbeitsplatz zu erlangen. Dabei werden die arbeitsuchenden Mädchen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren über einen Zeitraum von 10 Monaten für eine weitere Ausbildung oder einen Job vorbereitet.

Dazu Soziallandesrat Peter Rezar: „Jungen Menschen Chancen und Perspektiven geben – dieser Satz beschreibt die Ziele dieses Projektes sehr treffend. Dieses Projekt wendet sich an junge Burgenländerinnen, die aus den unterschiedlichsten Gründen persönlich benachteiligt sind und daher in den vergangenen Jahren keinen Lehrplatz und Ausbildungsstelle finden konnten. Die Politik muß darauf achten, daß junge Menschen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung vorfinden und bei Bedarf korrigierend eingreifen, um ein Leben in sozial sicheren Bahnen zu ermöglichen.“ ■

<http://kab.martinus.at>

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

»Eisenstadt 2030«

Die erste Runde an Workshops für die Erarbeitung des neuen Stadtentwicklungsplans (kurz STEP) ist abgeschlossen. Sowohl die Bevölkerung als auch der Gemeinderat erarbeiteten zahlreiche Ideen für »Eisenstadt 2030«.

Nach der Auftaktveranstaltung am 7. Mai startete die sogenannte Ideenphase für den neuen Stadtentwicklungsplan STEP. In allen drei Stadtbezirken der Landeshauptstadt wurden spezielle Ortsteil-Workshops abgehalten, in denen engagierte BürgerInnen ihre Ideen für die Stadtentwicklung aktiv einbringen konnten. Im Mittelpunkt des neuen STEP steht die Bürgerbeteiligung, „die in dieser Form und Professionalität im Burgenland bisher einzigartig ist“, so Bürgermeister Thomas Steiner. „Die Workshops waren durchwegs gut besucht und die Stimmung war sehr konstruktiv. Es sind viele sehr gute Ideen zusammengekommen“, ergänzt Projektkoordinator Werner Fleischhacker.

Wie im Prozessablauf vereinbart, waren bei den Workshops keine Mitglieder des Gemeinderates anwesend. Diese konnten sich in einem eigenen Gemeinderatsworkshop aktiv in die Erarbeitung des neuen STEP einbringen. Am 13. Mai fanden sich – bis auf wenige Ausnahmen – alle Gemeinderatsmitglieder im Rathaus ein, um gemeinsam an Ideen und deren Umsetzung zu arbeiten. „Auch hier konnte man eine positive Grundstimmung spüren und es wurde auf einer sachlichen und vor allem konstruktiven Ebene zusammengearbeitet“, freut sich Steiner.

Besonders engagierte BürgerInnen konnten sich bei der Auftaktveranstaltung zum STEP-Workshop anmelden. Dieser wurde am 8. Juni im Rathaus abgehalten, 25 interessierte und besonders engagierte BürgerInnen nahmen daran teil. Hier wurden auch die Ideen aus den einzelnen Ortsteilworkshops aufgegriffen und weiter bearbeitet.

Aktive Einbindung aller Altersgruppen

Bevor es in die Planungsphase gehen und die Ideen einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden konnten, gab es noch den sogenannten BürgerInnenbeirat, der am 21. Juni startete und zwei Tage dauerte. „Dieser stellt ein absolutes Novum dar. Dabei wurde nach dem Zufallsprinzip eine Gruppe von Personen eingeladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, bei der ebenfalls Lösungsvorschläge erarbeitet wurden“, erläuterte Kerstin Arbter, Expertin in Sachen Bürgerbeteiligung.



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Baudirektor Wolfgang Leininger (l.) und Bürgermeister Thomas Steiner bekommen von Kerstin Arbter – symbolisch – die Ergebnisse der Ideenphase überreicht.

Großes Augenmerk wurde auch auf die Einbindung der Jugendlichen gelegt, sind sie doch jene Generation, die mit den Ergebnissen und der Umsetzung des STEP künftig leben muß. Im Rahmen eines Jugendevents im September können die Jugendlichen ihre Ideen für ihre Stadt einbringen.

Die weitere Vorgehensweise

Begleitet wird der gesamte STEP-Prozess von internen und externen Fachleuten, die für die nötige Qualitätssicherung sorgen. Alle bisher gesammelten Ideen (Ortsteil- und Gemeinderatsworkshops, BürgerInnenbeirat und Ideen-Postkarten) füllen den sogenannten Ideenpool. „Beim Stadtentwicklungsplan geht es nicht darum, an morgen zu denken. Denken Sie an die Zeit in 15 Jahren, an ihre Kinder und Enkelkinder und arbeiten wir gemeinsam daran, die Zukunft noch besser zu machen“, appellierte Bürgermeister Thomas Steiner an die Eisenstädter.

In den Workshops erarbeiteten sowohl die Bevölkerung als auch der Gemeinderat

zahlreiche Ideen für „Eisenstadt 2030“. Insgesamt beteiligten sich bisher rund 500 BürgerInnen an der Erarbeitung des STEP, per „Ideenpostkarten“ (wurden dem Eisenstädter Amtsblatt beigelegt und konnten bei den Workshops ausgefüllt werden) kamen über 400 Ideen zusammen.

BürgerInnen sowie Mitglieder des Gemeinderats stellten am 25. Juni ihre gesammelten Vorschläge und Visionen einer breiten Öffentlichkeit im Rathaus vor und übergaben sie an Bürgermeister Steiner und Baudirektor Leininger. „Ich bin von der Fülle und der Vielfalt der Ideen sowie vom regen Zuspruch seitens der Bevölkerung begeistert. Die gesammelten Ideen fließen in den sogenannten Ideenpool und werden von den Experten und Planern bearbeitet“, freut sich Steiner.

Alle Informationen zur Bürgerbeteiligung und zum Stadtentwicklungsplan (inklusive der Protokolle der einzelnen Workshops als Download) finden Sie auf <http://www.eisenstadt.at>

Tierschutz: Stete Hilfe wirkt doppelt

Das Tierschutzhaus Sonnenhof in Eisenstadt gibt besitzerlosen Tieren ein vorübergehendes Zuhause. Eine rasche Vermittlung der „Zöglinge“ an tierliebende Menschen sowie präventiver Tierschutz sind die wichtigsten Ziele des vor gut einem halben Jahr eröffneten Hauses. Bestmögliche Pflege, ärztliche Betreuung und artgerechte Haltung sind selbstverständlich. Hund & Co haben sich, so wie die MitarbeiterInnen des Sonnenhofes, in ihrem neuen Domizil bereits gut eingelebt. Davon konnte sich Landtagspräsident Gerhard Steier bei einem Besuch am 18. Juni überzeugen. Um das Tierschutzhaus zu unterstützen, trat Steier dem Verein Landestierschutz Burgenland bei, der Betreiber des Hauses ist. Das frischgebackene unterstützende Mitglied setzt auf Vorbildwirkung – Nachahmung ist ausdrücklich erwünscht!

Foto: Bgld. Landesmedienservice



Landtagspräsident Gerhard Steier und Martin Filbert (l.), Stadtrat in der Landeshauptstadt Eisenstadt, sind ab sofort unterstützende Mitglieder im Verein Landestierschutz Burgenland – sehr zur Freude von WHR Sonja Windisch, Vorstandsvorsitzende des Vereines Landestierschutz Burgenland, und Sonnenhof-Geschäftsführer Wolfgang Böck (r.)

Um seine Ziele umsetzen und einen reibungslosen Betrieb des Tierschutzhauses sicherstellen zu können, ist der Verein auf Spenden aus der Bevölkerung angewiesen. Dies können Geld-, Futter- oder Sachspenden sein. Der Jahresbeitrag, den ein unterstützendes Mitglied zu leisten hat, beträgt 36 Euro.

Geld, mit dem der Sonnenhof fix kalkulieren kann. Für Jungmitglieder (unter 18) beträgt der Jahresbeitrag 18 Euro.

Verein Landestierschutz Burgenland
Franz von Assisi-Strasse 1, 7000 Eisenstadt
<http://www.sonnentiere.at>

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Landesweingut Burgenland

Landeshauptmann Niessl und Landesrat Liegenfeld präsentierten neue Linie der Landwirtschaftlichen Fachschule Eisenstadt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl und Agrarreferent Landesrat Andreas Liegenfeld präsentierten gemeinsam mit Reinhard Hackel sowie WHR Sonja Windisch und OAR Stefan Fercsak die neue Linie für das »Landesweingut Burgenland«

Als Betrieb des Landes Burgenland besteht die Aufgabe der Landwirtschaftlichen Fachschule Eisenstadt darin, moderne Produkte am Puls der Zeit anzubieten. Das Durchführen und Auswerten von Versuchen in Weingärten und Keller, die praktische Ausbildung des Winzernachwuchses und die Beratung der burgenländischen Weinbaubetriebe zählen zu den Kernaufgaben der Ausbildungsstätte. Die Bewirtschaftung der Weingärten erfolgt nach modernsten Standards, neue Technologien der Kellerwirtschaft werden aufgezeigt und es werden Weine der Spitzenklasse produziert. Diese Weine werden ab sofort unter dem Namen „Landesweingut Burgenland“ vielschichtig vermarktet und sind unverkennbar mit dem neuen Etikett des „Landesweingut Burgenland“ ausgestattet, wie Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrat Andreas Liegenfeld am 25. Juni gegenüber Medienvertretern berichteten.

„Der Aufstieg des Burgenlandes zeigt sich österreichweit und international in vielen Bereichen – vor allem aber im Tourismus. Dabei hat sich der Wein zu einem unverzichtbaren Botschafter und zu einer Visitenkarte für die gesamte Region entwickelt. Gleichzeitig ist in den letzten Jahren aber auch die Nachfrage nach burgenländi-

schen Wein stetig gestiegen. Hochwertiger Wein benötigt als wertvoller Imagerträger unseres Landes – mit Blickrichtung nachhaltiger Qualitätssicherung – aber auch eine hochwertige Vermarktungsstrategie auf Basis einer fundierten Aus- und Weiterbildung“, so Niessl.

Die Landwirtschaftliche Fachschule in Eisenstadt, eine Berufsbildende Mittlere Schule mit vierjähriger Dauer, bietet eine Wissensvermittlung in Weinbau, Kellerwirtschaft, Obstbau, Obstverarbeitung, Gemüsebau, Pflanzenproduktion, Landtechnik, Betriebsmanagement und Marketing. Für die SchülerInnen stehen moderne Unterrichts- und Praxisräumlichkeiten zur Verfügung. Als Aufnahmevoraussetzung gilt der erfolgreiche Abschluß der 8. Schulstufe. Der erfolgreiche Abschluß ersetzt die landwirtschaftliche Lehre. Die SchülerInnen erhalten mit diesem Abschluß der Schule den Facharbeiterbrief in Weinbau und Kellerwirtschaft oder Landwirtschaft mit Wein-, Obst- und Gemüsebau.

„Die Landwirtschaftliche Fachschule Eisenstadt bildet gemeinsam mit dem Bundesamt für Weinbau, der Fachhochschule und der Weinakademie das Kompetenzzentrum für Wein- und Obstbau. Es werden eine hervorragende Ausbildung und damit opti-

male Voraussetzungen für das Berufsleben geboten. Die Absolventen sind erstklassige Fachkräfte mit einem fundierten landwirtschaftlichen Wissen“, so Landesrat Andreas Liegenfeld.

Um die Möglichkeit, dieses Wissen, das die insgesamt knapp 100 SchülerInnen im Rahmen ihrer Ausbildung erlangen, auch anwenden zu können, ist an die Landwirtschaftliche Fachschule Eisenstadt ein Lehrbetrieb angeschlossen. In diesem wird in den unterrichteten Sparten Weinbau, Kellerwirtschaft, Obstbau, Obstverarbeitung, Gemüsebau, Pflanzenbau und Marketing gearbeitet. Somit haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, praxisnahe Erfahrungen schon vor der Fremdpraxis zu sammeln.

Gemäß dem Schulmotto „Lernen durch Tun“ wird deshalb auch auf den praktischen Unterricht in der Lehr- und Versuchsanlage Riede Kirchacker in Eisenstadt besonderer Wert gelegt. Die Schülerinnen und Schüler sind von der Produktion über die Verarbeitung bis hin zur Vermarktung von Frischobst und Frischgemüse der Saison, Weinen, Sekten, Trauben- und Obstsäften, Qualitätsbränden, Fruchtlikören, feinen Essigen, Trockenfrüchten, Popcorn und Sauerkraut durchgehend eingebunden. Weiters ergibt sich hiermit für die Schule sowie die Lehrerinnen

und Lehrer die Möglichkeit, ihrer Versuchstätigkeit nachzugehen und somit am Puls der Zeit zu bleiben, um aktuellste praxisnahe Informationen an die SchülerInnen weitergeben zu können.

„In der heutigen Zeit eines vielfachen Wandels in der Landwirtschaft ist eine gute Ausbildung für den bäuerlichen Nachwuchs unabdingbar, um später einen Betrieb erfolgreich führen zu können. In den landwirtschaftlichen Fachschulen wird diesem Erfordernis mit einer praxisorientierten Ausbildung und intensiver Versuchstätigkeit vorbildlich entsprochen. Ziel der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung im Burgenland ist es deshalb, den Jugendlichen aus dem ländlichen Raum ein optimales und den Erfordernissen der Zeit entsprechendes Rüstzeug mitzugeben“, erklärte Liegenfeld.

Die Produkte, wie frisches Obst und Gemüse der Saison sowie die veredelten Produkte können via Webshop oder direkt am Verkaufskiosk in der Eisenstädter Prälatsgangl Straße zweimal die Woche erworben werden. Weine, Säfte, Brände und andere veredelte Produkte gibt es auch während der Woche in der Vinothek beim Eingang Neusiedler Straße 6 zu kaufen. Zusätzlich zu den Verkaufszeiten an der Schule hat man die



Foto: Landwirtschaftlichen Fachschule Eisenstadt

In diesen Barriques-Fässern reifen hervorragende Weine, die nun unter dem Namen »Landesweingut Burgenland« vermarktet werden.

Möglichkeit, sich die gewünschten Produkte einmal wöchentlich innerhalb von Eisenstadt liefern zu lassen. Kunden anderer Ortschaften können sich diese Produkte zur Selbstabholung vorbestellen.

Landeshauptmann Niessl: „Das Burgenland hat einen einzigartigen Aufholprozess geschafft. Auf diesem Weg zum Erfolg waren Bildung und Qualifizierung wesentliche

Parameter. Um aber im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft weiterhin bestehen zu können, ist es unser Ziel, die Identität des Burgenlandes – auch unter Einbindung des Landesweingutes Burgenland – auf Basis einer übergeordneten Dachmarke zu stärken und damit die Bestrebungen in Richtung Internationalisierung voranzutreiben.“ ■

<http://www.weinbauschule.at>

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

FH Burgenland zeichnet Nachwuchsforscher aus



Foto: Fachhochschule Burgenland GmbH

v.l., 2. Reihe: Prof. Erwin Gollner, GF Georg Pehm, Prof. Gernot Hanreich, GF Josef Wiesler; 1. Reihe: Silvia Tuttner, Barbara Leyrer, Markus Puchegger, Melanie Zisler, Landesrat Helmut Bieler, Direktor Rudolf Luipersbeck, Kurbad Bad Tatzmannsdorf

Die FH Burgenland ehrte am 14. Juni im Rahmen einer Festveranstaltung ihre Nachwuchsforscher. Der „Pannonia Research Award“ befaßt sich mit Forschung zum Thema „Regionale und europäische Zukunftsfragen in den Departments Wirtschaft, Informationstechnologie und Informationsmanagement, Energie- Umweltmanagement und Gesundheit“ und wird von der FH Burgenland verliehen. Der „Health-Research Award“ wiederum geht an Masterarbeiten, die sich mit nationalen und internationalen Zukunftsfragen gesundheitlicher Themen befassen. In beiden Wettbewerben wählte eine hochrangige Jury, bestehend aus UniversitätsprofessorInnen und WissenschaftlerInnen, in einem Doppelblindverfahren die diesjährigen PreisträgerInnen aus.

Das Burgenland sei in vielen Bereichen großartig unterwegs und werde als erstes Bundesland stromautark durch Windenergie sein, sagte Wissenschafts-Landesrat Helmut Bieler. Dennoch gebe es auch Nachholbedarf – etwa am Forschungssektor. Dabei liegt das Burgenland mit einer F&E-Quote von 0,7 Prozent deutlich hinter dem Österreich-Schnitt von 2,8 Prozent zurück. Bis 2020 soll sich die Quote im Burgenland durch den Aktionsplan „Innovationsoffensive Burgenland 2020“ verdoppeln. „Die Gründe für die vergleichsweise geringen Forschungsaktivitäten in unserem Land sind damit zu erklären, daß es nur wenig große Industriebetriebe und eine eher klein strukturierte Wirtschaft gibt. Umso wichtiger ist es,

mehr in Forschung und Innovation zu investieren, die nächste EU-Förderperiode auch besonders dafür zu nutzen und Talente zu fördern.“ Er gratuliere allen Preisträgern: „Ideenbringer wie Sie braucht das Burgenland!“

Pannonia Research Award

Der 1. Preis ging an Markus Puchegger, BSc, für seine Arbeit zum Thema „Lastverhalten und DSM-Potenzial in Bürogebäuden“; der Preis wird gesponsert von Roth-Handel und Bauhandwerkerservice GmbH.

Der 2. Preis ging an Melanie Zisler, MA, für ihre Arbeit „Menschen mit Behinderungen im Rahmen gemeinwesenorientierter Gesundheitsförderung“; der Preis wird gesponsert von der Kurbad Tatzmannsdorf AG.

Health Research Award

Ein erster Platz für die FH Burgenland ging an Karin Krottmayer, BA, MA. Sie reichte die Arbeit „Betriebliche Gesundheitsförderung an österreichischen Universitäten. Herausforderungen und Chancen am Beispiel der TU Graz“ in der Kategorie Gesundheitsförderung ein. Ein dritter Platz ging an Barbara Leyrer, BA, MA. Sie erreichte den Preis mit dem Thema „Grade- und Skill-Mix in der intramuralen Pflege“ in der Kategorie Gesundheitsversorgung ein.

Ebenfalls einen dritten Platz erlangte Silvia Tuttner, BA, MA in der Kategorie Management im Gesundheitswesen. Titel ihrer Arbeit: „Health in all Policies – Ansatzmög-

lichkeiten zur Verankerung einer gesundheitsfördernden sektorenübergreifenden Politik auf kommunaler Ebene“.

Über 7 Mio. Euro in konkreten Forschungsprojekten

„Die FH Burgenland weist eine gut entwickelte Forschungs-Kompetenz auf“, unterstreicht FH-Geschäftsführer Georg Pehm. In den letzten neun Jahren seien mehr als 170 Projekte mit einem Volumen von über 7,0 Mio. Euro erfolgreich abgewickelt worden. Aktuell führt die FH rund 30 Projekte mit einem Volumen von mehr als 4,5 Mio. Euro durch, erläutert Pehm: „Jeder einzelne Euro ist Treibstoff für den burgenländischen Innovationsmotor, der unsere regionale Wirtschaft voranbringen kann.“ Insbesondere in den technischen Bereichen und in Gesundheitsfragen habe sich die FH Burgenland national einen Namen gemacht. „Mit dem bereits in Umsetzung befindlichen nächsten Investitionsschub von zusätzlichen 300.000 Euro bauen wir Forschungsbasis und Laboreinrichtungen weiter aus“, sagt Geschäftsführer Josef Wiesler: „Davon profitiert die heimische Wirtschaft, Studierende und unsere Wissenschaftler gleichermaßen.“ Die FH sei zuversichtlich, mit den neu geschaffenen Forschungsstrukturen und weiterer personeller Verstärkung, ihre Position in der Forschungsszene weiter ausbauen zu können. ■

<http://www.fh-burgenland.at>

Lesen Sie unseren ausführlichen Beitrag über die FH Burgenland auf der Seite 92.

Wächter über Oberwart

Sechs Friedhöfe und drei Totengedenkstätten
als kosmopolitische Erzählung der Provinz



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Kulturlandesrat Helmut Bieler (r.) präsentierte gemeinsam mit Projektleiter Peter Wagner und weiteren Mitwirkenden die Schwerpunkte der Ausstellung »Wächter über Oberwart« im OHO

Unter dem Titel „Wächter über Oberwart“ stehen sechs Friedhöfe und drei Totengedenkstätten als kosmopolitische Erzählung der Provinz von 23. Juni bis 6. Oktober 2013 im Mittelpunkt dieser zentralen Ausstellung des Jahresschwerpunktes des Offenen Hauses Oberwart (OHO). „Oberwart ist ein Sonderfall in der Österreichischen Städtelandschaft. Mit ihren rund 7000 EinwohnerInnen ist sie – was die Zusammensetzung der Volksgruppen und Konfessionen betrifft – bis heute ein Abbild des Burgenlandes im Kleinen. Das Projekt des OHO ‚Wächter über Oberwart‘ greift diese spezielle Vielfalt auf und stellt sie in verschiedenen Ausstellungen und Veranstaltungen dar“, erklärte dazu Kulturlandesrat Helmut Bieler.

Für eine Gemeinde von knapp über 7000 EinwohnerInnen ist eine Anzahl von sechs Friedhöfen erstaunlich. Sie legt Zeugnis davon ab, nicht nur von der Bewegtheit des Ortes selbst, sondern mehr noch von der Tatsache, daß es den Menschen hierzulande über Jahrhunderte gelungen ist, mit ihren unterschiedlichen Glaubensbekenntnissen ein gedeihliches Zusammenleben zu führen: Katholische, Evangelische, Reformierte und Juden. Zu den Friedhöfen dieser vier Konfessionen gesellen sich der Gemeindefriedhof, auch Gemeindefriedhof oder nur Ar-

menfriedhof genannt, der Friedhof der Sowjetarmee oder „Russenfriedhof“, sowie drei weitere Totengedenkstätten, die den Gefallenen der Weltkriege, den Widerstandskämpfern und den Opfern des Bombenattentats von 1995 gewidmet sind. All diese Liege- und Gedenkstätten sind vollgepackt mit Erzählungen, die in der Tat nur das Leben selbst schreiben kann.

In dieser Ausstellung schildern Lebensgeschichten von OberwarterInnen über die Geschichte der Stadt. Die Biografien lassen Neues entdecken und bewahren vor dem Vergessen, denn das Ziel dieser Ausstellung ist es, Teile dieser Erzählungen für Nachkommende wieder erfahrbar zu machen. Anhand unterschiedlichster Biographien von Menschen, die in diesen Friedhöfen begraben sind, sowie wissenschaftlicher Abrisse zu Vergangenheit und Gegenwart der Oberwarter Glaubensgemeinschaften wird das wechselhafte Geschick einer äußerst heterogen zusammengesetzten Grenzlandgemeinde aufgerollt. Daher werden die Zusammenfassungen der Ausstellungsinhalte auch in Ungarisch, Kroatisch, Romanes und Hebräisch gezeigt. Berührende menschliche Schicksale und Biographien geben einen lebendigen Einblick in die sozialgeschichtliche Prägung und machen Vergangenes, aber

auch Gegenwärtiges erfahrbar. Die Wächterfigur ist im Stadtwappen präsent, das stellvertretend für die südburgenländische Stadtgemeinde steht. Diese Menschen stehen symbolisch als „Wächter über Oberwart“.

Darüber hinaus findet eine Ausstellung der KünstlerInnen Elisa Andessner, Anne Kneubühl und Klaus Lang statt, die sich dem Thema annähern. Eröffnung dieser Ausstellung im Stadtpark war am 23. Juni. „Das Haus in der Mitte der Stadt“ zur diesjährigen Buchwoche im OHO, das Theater-Essay „Der Fluß – Die Lieder der Lebenden, die Lieder der Toten“, die Ausstellung „Die kleine Welt der großen Welt der kleinen Welt“ sowie „borderline 13“ anlässlich der Burgenländischen Filmtage sind im Oktober und November weitere Produktionen innerhalb des OHO-Jahresschwerpunktes „Wächter über Oberwart“. Dazu Bieler abschließend: „Der kulturelle Schmelztiegel Oberwart kann aus diesem Projekt viel für seine Eigenschaft herausholen und die Menschen für ein gegenseitig befruchtendes Zusammenleben inspirieren. Ich möchte dem verantwortlichen Organisator, Peter Wagner, und seinem Team vom OHO sowie den Projektbeteiligten dafür danken und viel Erfolg für ein spannendes Kulturjahr wünschen.“ ■

<http://www.oho.at>

Feuerwerk der Pointen und Gags

Georges Feydeaus »Die Dame vom Maxim« bei den Schloß-Spielen Kobersdorf von 4. bis 28. Juli 2013



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Bgm. Klaus Schütz, Herbert Czech (GF Waldquelle Kobersdorf GmbH.), Intendant Wolfgang Böck und Kulturlandesrat Helmut Bieler rühren für Georges Feydeaus »Die Dame vom Maxim« kräftig die Werbetrommel

Bei den Schloß-Spielen Kobersdorf steht im zehnten Jahr der Intendanz von Wolfgang Böck von 4. bis 28. Juli 2013 mit Georges Feydeaus „Die Dame vom Maxim“ ein Feuerwerk an Pointen und Gags auf dem Programm, das sich oft an den frivolen Geschichten entzündet, die er selbst als Stammgast des legendären Pariser Nachtlokals beobachten und erleben konnte. Bei diesem verrückten Stück, das, so Intendant Wolfgang Böck, mit hohem Tempo gespielt von der kleinen Unwahrheit bis an den Rand des Irrsinns führt, zeichnet Patrick Guinand für die Inszenierung, Erich Uiberlacker für das Bühnenbild und die Lichtgestaltung, Gerti Rindler-Schantl für die Kostüme, Oliver Binder für die Dramaturgie und Karin Gollwitsch für die Produktionsleitung verantwortlich.

Um die Medienvertreter nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch auf die Handlung und die Gegebenheiten des Geschehens einzustimmen, präsentierten Kulturlandesrat Helmut Bieler, der Intendant der Schloßspiele Kobersdorf, Wolfgang Böck, Geschäftsführer Wolfgang Kuzmits und die Mitglieder des Ensembles im Ambiente der Wiener Eden Bar, einem Pendant zum „Chez

Maxim’s“, die Einzelheiten zu diesem wohl berühmtesten Stück von Georges Feydeau, das 1899 in Paris uraufgeführt wurde und am 2. Juli 2013 in der Übersetzung von Hans Weigel in Kobersdorf Premiere feierte.

„Mit Unterstützung des Landes und durch die Kooperationen mit namhaften Sponsoren wird den Schloß-Spielen als eines der Aushängeschilder auf dem vielfältigen kulturtouristischen Kalender des Burgenlandes auch in dieser Saison die Möglichkeit geboten, 2013 mit einer irrwitzigen Verwechslungskomödie den qualitativen Höhenflug der vergangenen Jahre zu prolongieren und hochwertiges Sommersprechtheater auf höchstem Niveau zu bieten“, betonte der Kulturlandesrat. Als Hauptsponsor fungiert die Energie Burgenland, die diese bereits langjährig währende Tradition auch in der neuen Unternehmensstruktur fortführt. Auch der burgenländische Getränkehersteller „Waldquelle“ rührt mit vier Millionen Etiketten auf seinen Mineralwasserflaschen kräftig die Werbetrommel.

Seit 1972 stehen die Schloß-Spiele Kobersdorf im Mittelburgenland als Garant für erstklassige Theatervorstellungen. Im romantischen Innenhof des Renaissanceschlos-

ses haben bemerkenswerte Inszenierungen dieser Bühne weit über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung gebracht. Wolfgang Böck ist seit mittlerweile zehn Jahren für die künstlerische Leitung verantwortlich und auf der Bühne als Schauspieler zu sehen.

Das Stück

Die zwei Freunde Petypon und Mongicourt haben eine Nacht im berühmten Lokal „Chez Maxim’s“ verbracht. Als Mongicourt am nächsten Mittag Petypon aufsucht, entdecken sie in dessen Bett die Nachtclubtänzerin Crevette. Petypons Gattin kann gerade noch abgelenkt werden, da taucht sein Onkel auf, der verwitwete General Petypon du Grêlé. Im Glauben, Madame Petypon vor sich zu haben, bittet er die Crevette, bei der Verlobung seiner Nichte die Dame des Hauses zu geben. Der Bräutigam Leutnant Corignon, ein ehemaliger Liebhaber der Crevette, entschuldigt sich bei Petypon für eine Duellforderung vom Vorabend, an die dieser sich gar nicht mehr erinnern kann. Dann reisen alle zur Verlobungsfeier in die Provinz – auch Madame Petypon, die nicht ahnt, daß dort die Crevette ihre Rolle spielen soll. Während des Festes auf dem Schloß des

Generals kümmert sich die Crevette unter dem Namen von Madame Petypon um die Gäste und um die Braut. Die Damen der Provinz deuten ihr ungeniertes Verhalten als neuesten Pariser Chic. Dabei verdreht die Crevette dem Sohn der Herzogin den Kopf. Als Madame Petypon eintrifft, hält sie der General für Mongicourts Gattin. Leutnant Corignon flieht mit der Crevette und läßt die Nichte des Generals sitzen. Daraufhin nennt der General Madame Petypon, als die ihm die Crevette gilt, eine „liederliche Person“. Madame Petypon bezieht das auf sich und ohrfeigt den General. Der General, der Madame Petypon für Madame Mongicourt hält, ohrfeigt dafür Mongicourt. Zurück im Hause Petypon, wo der junge Herzog auf die Fortsetzung seiner Affäre hofft, möchte der General die Crevette, die er noch immer für Madame Petypon hält, mit seinem Neffen wieder versöhnen. Nachdem sich die zahlreichen Mißverständnisse aufgeklärt haben, reist der General ab – in Begleitung der Crevette.

Foto: Schloß-Spiele Kobersdorf / Viktor Fertsak



Ein Blick in den Hof des Schlosses Kobersdorf – hier eine Aufführung von Molières »Der eingebildete Kranke« unter der Intendanz von Wolfgang Böck 2011

Der Autor

Georges Feydeau wurde am 8. Dezember 1862 in Paris geboren. Sein Vater war der Literat Ernest Feydeau, dessen Skandalroman Fanny vom Pariser Erzbischof aufлагefördernd als unmoralisch verdammt worden war, und der vertrauten Umgang mit der schriftstellerischen Prominenz seiner Zeit pflegte. Seine Mutter war die gebürtige Polin Léocadie (Lodzia) Zelewska, eine der berühmtesten Schönheiten der Stadt. Gerüchten über die eine oder andere Affäre mochte sie nicht widersprechen. Aber die Vermutung, ihr Sohn Georges wäre einer Liaison mit Napoleon III. entsprossen, wies sie entschieden mit den Worten zurück: „Wie kann nur jemand annehmen, ein so kluger Junge wie mein Georges könnte der Sohn eines so idiotischen Kaisers sein!“ Georges war bereits als Schulkind dem Theater verfallen. Früh begann er mit dem Schreiben eigener Komödien, deren Mechanismus sich von Anfang an durch das Prinzip der Verwechslung bis zum Wahnwitz steigerte. 1886 erzielte er mit Der Damenschneider einen ersten durchschlagenden Erfolg. Kurze Zeit später heiratete er Marianne, die attraktive und vermögende Tochter des bekannten Malers Carolus-Duran.

Georges Feydeau, dessen Stücke nun Kassenmagneten ersten Ranges wurden – „Die Dame vom Maxim“ galt auch als eine Attraktion der Weltausstellung von 1900 – gab sich zunehmend dem Pariser Nachtleben

Foto: Schloß-Spiele Kobersdorf / Alexander



Bettina Schwarz (Clémentine), Linde Prelog (Die Herzogin von Valmonté) und Wolfgang Böck (General Petypon du Grêlé)

hin. Er stand erst gegen Mittag auf, schrieb dann ein paar Stunden, ging auf einen ersten Aperitif ins Café und beobachtete schweigend im Zigarrendunst die Menschen um ihn herum. Dann soupierte er im berühmtesten Nachtlokal der Metropole „Chez Maxim’s“, wo immer ein Tisch für ihn reserviert war, in Gesellschaft von Dandys, Playboys, der internationalen Aristokratie und den am großzügigsten ausgehaltenen Frauen von Paris. Gegen zwei oder drei Uhr morgens machte er sich auf den Nachhauseweg. Auf diese Weise war Feydeaus Eheleben, wie in vielen

seiner Komödien (z.B. „Floh im Ohr“, 1907), aus den Fugen geraten. 1909 verließ er die gemeinsame Wohnung und logierte die nächsten zehn Jahre in einem Hotel. 1916 ließ er sich scheiden und schrieb sein letztes Stück: „Hortense a dit: Je m'en fous!“ (Hortense hat gesagt, Sie können mich mal!) Vermutlich war es die Syphilis, die schließlich seinen Geist angriff. Getrieben von der Frage nach der eigenen Identität, soll sich Feydeau bisweilen für Napoleon III. gehalten haben. 1919 sah sich die Familie gezwungen, ihn in der Irrenanstalt in Rueil-

»Burgenland Journal«

Malmaison unterzubringen, wo er am 5. Juni 1921 verstarb.

Der Übersetzer

Der österreichische Schriftsteller und Kritiker Hans Weigel wurde am 29. Mai 1908 in Wien geboren und starb am 12. August 1991 in Maria Enzersdorf. Er besuchte in Wien das Gymnasium, begann ein Jusstudium in Hamburg, wo er 1927 auch seine ersten literarischen Versuche machte und kehrte 1928 nach Wien zurück. Er arbeitete im Buchverlag Zsolnay und war in den 1930er Jahren Mitautor an Wiener Kleinkunsthöfen. Nach dem so genannten „Anschluß“ Österreichs an Nazideutschland 1938 lebte der Jude Weigel bis 1945 im Schweizer Exil, wo er für Kabarets schrieb und als Verlagslektor arbeitete. Nach dem Kriegsende kehrte er nach Österreich zurück und begann 1946 seine Tätigkeit als Theaterkritiker. Berühmt wurde Weigel auch als Förderer jüngerer österreichischer Autoren (Ingeborg Bachmann, Gerhard Fritsch). In der von ihm 1951 bis 1954 herausgegebenen Anthologienreihe Stimmen der Gegenwart förderte er vor allem junge Autoren. Als Sprachkritiker sah er sich in der Tradition österreichischer

Sprachkepsis (Die Leiden der jungen Wörter, 1974). Mit seinen Übersetzungen der Komödien von Molière setzte er Ende der 1960er Jahre Maßstäbe von einem ebenso Bühnenwirksamen wie literarischen Sprachwitz.

Für das Wiener Burgtheater erarbeitete Hans Weigel eine neue deutsche Übersetzung von Georges Feydeaus „Die Dame vom Maxim“ (Premiere am 12. Februar 1972 im Akademietheater), die den Schloß-Spielen Kobersdorf dankenswerterweise von Prof. Elfriede Ott zur Verfügung gestellt wurde. Der Dank der Schloß-Spiele gilt auch Rita Czapka vom Archiv des Wiener Burgtheaters für die Übergabe der ersten beiden Akte. Der dritte Akt fand sich schließlich in Hans Weigels Nachlaßbestand an der Wienbibliothek.

Die Aufführung

Für das Schauspielensemble konnte Intendant Wolfgang Böck, der selbst die Rolle des „General Petypon du Grêlé“ übernehmen wird, u.a. Heinrich Baumgartner, Philipp Bernhard, Julia Cencig, Hannah Hohloch, Bernd Jeschek, Sebastian Knözinger, Andrea Köhler, Gunda König, Walter Lud-

wig, Linde Prelog, Gertrud Roll, Bettina Schwarz gewinnen. Einen Theaterbesuch in Kobersdorf kann man auch mit einer motorisierten Ausfahrt unter Gleichgesinnten verbinden, denn Intendant Wolfgang Böck wird am 13. Juli die „Bikerfahrt“ mit einem Motorrad bzw. am 21. Juli die „Oldtimerfahrt“ mit einem klassischen Jaguar anführen, um theaterbegeisterte FahrerInnen zur Vorstellung nach Kobersdorf zu geleiten. Zusätzlich zu diesen bereits traditionellen motorisierten Begleitveranstaltungen wird Wolfgang Böck im Jubiläumsjahr am 22. Juli mit seinem Theaterkollegen Adi Hirschal die legendären „Strizzilieder“ interpretieren.

Was ihr wollt

Mit William Shakespeares „Was ihr wollt“ in der Inszenierung von Werner Prinz konnten die Schloß-Spiele Kobersdorf unter der Intendanz von Wolfgang Böck 2012 mit knapp 11.700 Besuchern und einer Auslastung von 91 Prozent wieder ein qualitativ und inhaltlich großartiges Ergebnis, das von drei wetterbedingt abgesagten bzw. abgebrochen Vorstellungen beeinträchtigt war, verzeichnen. ■

<http://www.kobersdorf.at>

Bürgerservice



BURGENLAND

Information

Hilfe

<http://www.burgenland.at>

<mailto:post.buergerservice@bgld.gv.at>



<http://Facebook.com/LandBurgenland>

Südtirol Finance

Finanzlandesrat Roberto Bizzo und Wirtschaftslandesrat Thomas Widmann haben den Sozialpartnern das jüngste Förderinstrument der Landesregierung, die mit 250 Millionen Euro dotierte Südtirol Finance AG, vorgestellt.

Mit der Südtirol Finance AG will die Landesregierung ihre Wirtschaftsförderungspolitik ergänzen und einen Paradigmenwechsel einleiten. Laut Gründungsdokument hat die Gesellschaft den Zweck zur wirtschaftlichen Entwicklung Südtirols beizutragen und diese zu fördern. Die Südtirol Finance wurde mit dem Landesfinanzgesetz 2012 geschaffen und ist im April offiziell aus der Taufe gehoben worden.

„Wir sehen die Südtirol Finance als Ergänzung unserer Wirtschaftsförderungspolitik. Mit der Gesellschaft haben wir neue Fördermöglichkeiten und können gezielt auf Entwicklungen reagieren. Die Zeit des Gießkannenprinzips ist vorbei“, so Finanzlandesrat Bizzo am 21. Juni vor Unternehmern, Gewerkschafts- und Verbandsvertretern. Damit die neue Gesellschaft schnell und flexibel arbeiten kann, muß sie über eine solide finanzielle Ausstattung zurückgreifen können. Dies wird gewährleistet, indem Rücklagen der Region zur Verfügung gestellt werden, aus denen Südtirol und dem Trentino je 250 Millionen Euro zustehen. „Wir hätten diese Gelder einfach in den Landeshaushalt fließen lassen können, aber wir wollten die Gelegenheit nutzen, um eine neue Form der Wirtschaftsförderung einführen. Die neue Gesellschaft soll sich zu einem Kompetenzzentrum entwickeln, das die Bedürfnisse der Unternehmen kennt. Aus diesem Grund haben wir mit Peter Oberparleiter auch einen Mann aus der Wirtschaft an die Spitze der Südtirol Finance gerufen“, so Bizzo. Oberparleiter stellte klar, daß die Südtirol Finance über ein Kapital von 200.000 Euro verfüge und die 250 Millionen Euro ein Darlehen des Landes bzw. der Region seien, die in 15 Jahren zurückgezahlt werden müssen: „Wir streben ein Gleichgewicht der Förderung von öffentlich und privat an. Unterstützungswert sind Projekte, die einen Mehrwert für Südtirol bringen.“

„Die Aufgaben und Ziele der Südtirol Finance sind bereits im Statut verankert und reichen von der Schaffung von Rotationsfonds zur Investitionsfinanzierung, der Beteiligung an Finanzinstrumenten, in die auch die Pensionsfonds einbezogen werden können, der Einrichtung eines Fonds für Exportgarantie bis hin zur Beteiligung am Kapital



Foto: DiKOM / Ohnwein.

LR Robert Bizzo bei der Vorstellung der Südtirol Finance. Sitzend v.l.: Manuela Defant, Peter Oberparleiter, LR Thomas Widmann und Landeskämmerer Eros Magnago

von Unternehmen“, erklärte Landesrat Thomas Widmann. Beide Landesräte betonten, daß alle Aufgaben der neuen AG von der Landesregierung übertragen werden müssen und daß der Termin wichtig gewesen sei, um auch Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften einzuladen, Überlegungen über mögliche Unterstützungsmaßnahmen einzubringen.

Für Landesrat Bizzo ist mit der Südtirol Finance auch die Gelegenheit gekommen, ein neues, partnerschaftliches Verhältnis zwischen Land und Wirtschaft einzuleiten: „Land, alle anderen öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen müssen gemeinsam nach Lösungen suchen und Partner auf Au-

genhöhe sein.“ Die ersten beiden konkreten Projekte, die über die Südtirol Finance AG abgewickelt werden sollen, hat Landesrat Widmann vorgestellt: es sind dies die Einrichtung eines Exportfonds sowie der Ausbau der „letzten Meile“ des Breitbandnetzes: „Den Exportfonds wird die Südtirol Finance mit Kapital bestücken und Garantieleistungen liefern. In Sachen Breitband soll die neue Gesellschaft zur Finanzierung der letzten Meile beitragen, die von den Gemeinden nach einem Prioritätsplan projektiert und realisiert werden muß. Die notwendigen Gelder werden dabei vorgestreckt, müssen aber innerhalb einer bestimmten Zeit zurückbezahlt werden.“ ■

Briefwahl für Auslandssüdtiroler

Die Maschinerie zur Organisation der Landtagswahl Ende Oktober 2013 läuft auf Hochtouren. 2008 konnten Auslandssüdtiroler zwar ihre Stimme zur Landtagswahl abgeben, sie konnten dies aber nur in Südtirol tun. „Wir haben den Auslandswählern deshalb die Fahrtkosten rückerstattet“, so Landeshauptmann Luis Durnwalder. Diese Form der Partizipation hat allerdings einiges an Kosten verursacht: „Von allen Auslandssüdtirolern sind 2008 rund 5000 zur Wahl gegangen, ihre Entscheidung hat Kosten in Höhe von rund

zwei Millionen Euro verursacht.“ Mit dem neuen Wahlgesetz gibt es nun erstmals die Möglichkeit der Briefwahl für Auslandssüdtiroler. Sie soll die Teilnahme an der Wahl erleichtern und gleichzeitig den Landessäckel entlasten. „Wir rechnen mit Kosten von rund 450.000 Euro, also einer beträchtlichen Kosteneinsparung“, so Durnwalder. Insgesamt sind derzeit rund 24.000 Auslandssüdtiroler ins AIRE-Register eingetragen und damit bei der Landtagswahl am 27. Oktober 2013 wahlberechtigt. ■ <http://www.provinz.bz.it>

Besserer Zugang zu EU-Finanzmitteln für Unternehmen

Zentrales Portal umfaßt jetzt Strukturfonds

Unternehmen in ganz Europa haben ab sofort leichteren Zugang zu dringend benötigten Finanzmitteln, denn die Europäische Kommission erweitert das zentrale Portal für den Zugang zu EU-Finanzierungen um zwei Strukturfonds der EU, nämlich den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF). Das zentrale Portal wurde im Mai eröffnet; es bietet Unternehmern und KMU einfache, vollständige und aktuelle Informationen über den Zugang zu über 100 Mrd. Euro an EU-Finanzmitteln aus verschiedenen Programmen des Zeitraums 2007-2013. Durch die heutige Erweiterung verdoppelt sich die Zahl der Partnerbanken und -fonds auf über 1000. Eine unverzichtbare Informationsquelle für die Finanzierung von KMU über Bürgschaften, Darlehen und Risikokapital wird damit weiter gestärkt.

Der Zugang zu Finanzmitteln ist eines der drängendsten Probleme, vor denen KMU in Europa stehen. Anträge von KMU auf Bankdarlehen wurden in den letzten zwei Jahren in fast einem Drittel der Fälle entweder abgelehnt, oder die Unternehmen erhielten weniger als die beantragte Summe. Der Europäische Investitionsfonds bestätigte diesen Monat in der neuesten Ausgabe des Arbeitspapiers European Small Business Finance Outlook, daß das Geschäftsumfeld für europäische KMU sich verschlechtert und die Banken des Euro-Gebiets ihre Kreditvergabebedingungen verschärft haben. Der Zugang zu EU-Finanzmitteln und entsprechende Informationen sind daher für Unternehmen wichtiger denn je. Im Rahmen der Strukturfonds werden bereits im Zeitraum 2007-2013 Hilfen für KMU in Höhe von etwa 70 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

Der für Industrie und Unternehmertum zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Antonio Tajani, sowie der Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn, erklärten anlässlich der am 25. Juni in Brüssel stattgefundenen Konferenz „European support for SMEs for the period 2014 – 2020“: „Das zentrale Portal für EU-Finanzierungen wird KMU dabei helfen, einfach und rasch an dringend benötigte Finanzmittel zu kommen. Eines der Hauptanliegen der Kommission ist dabei

der Abbau von Hindernissen für Unternehmen. Die Aufnahme der EU-Strukturfonds in das zentrale Portal stellt einen bedeutenden Meilenstein dar. Zugleich möchten wir auch die Mitgliedsstaaten und Regionen zum Einsatz der EU-Finanzierungsinstrumente ermutigen, da sie die Wirkung der Kohäsionspolitik verstärken können. Durch sie werden Investitionen ausgelöst, die entscheidend für die unbedingt notwendige Belebung der europäischen Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind.“

Die auf der Website aufgeführten EU-Finanzierungsinstrumente umfassen das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP), das Mikrofinanzierungsinstrument Progress, das Risikoteilungsinstrument des 7. Forschungsrahmenprogramms, Darlehen der EIB für KMU und nun auch operationelle Programme der Mitgliedsstaaten und Regionen für die Umsetzung kohäsionspolitischer Ziele. Das zentrale Portal liefert ausführliche Informationen über die Beantragung EU-gestützter Finanzierungen bei etwa 1000 Banken und sonstigen Finanzinstituten und ermöglicht Unternehmern und Firmen den Zugang zu maßgeschneiderten Finanzierungen nach ihren besonderen Bedürfnissen. Berücksichtigt werden etwa die Unternehmensgröße, die Art der Finanzierung und der Investitionsschwerpunkt. Das Portal kann in verschiedenen EU-Sprachen konsultiert werden und umfaßt sämtliche Mitgliedsstaaten und Bewerberländer.

Die Bedeutung der Finanzierungsinstrumente für die Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik hat im Zeitraum 2007-2013 stetig zugenommen. Ende 2011 waren über fast 68.000 Darlehen, Bürgschaften, Risiko- und Beteiligungskapitalinvestitionen sowie sonstige Finanzprodukte bereits über 3,6 Mrd. Euro in Unternehmen geflossen.

Bis Ende 2011 wurden in 25 Mitgliedsstaaten und einer grenzüberschreitenden Region insgesamt 484 spezielle Fonds für Unternehmen (Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungs- und Risikokapital usw.) aufgelegt. Vom EFRE und vom ESF wurden im Zeitraum 2007-2013 bislang 69,7 Mrd. Euro für die Unterstützung von KMU aufgewendet. Rechnet man die Kofinanzierung durch die Mitgliedstaaten ein, kommt man sogar auf eine Gesamtsumme von mindestens 95,4 Mrd. Euro. Bis Ende Dezember 2012 wurden über die Finanzierungsinstrumente des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) fast 13 Mrd. Euro in Form von Bürgschaften und über 2,3 Mrd. Euro in Form von Risikokapital bereitgestellt. Über 220 000 KMU in ganz Europa waren bereits Nutznießer des Programms. Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani forderte eine Aufstockung des Budgets der CIP-Finanzierungsinstrumente um 19 Mio. Euro, damit KMU mit Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln Unterstützung gewährt werden könne. ■

http://europa.eu/youreurope/business/finance-support/access-to-finance/index_de.htm

Politische Einigung auf EU-Haushalt für 2014-2020

Vor dem EU-Gipfel haben sich das Europäische Parlament und die EU-Staaten politisch auf den Finanzrahmen für den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 geeinigt. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sprach einem „guten Abschluß“ für Europa und seine Bürger: „Unser Fonds für Wachstum ist der EU-Haushalt.“ Die Einigung mache „Investitionen für Europa möglich“. Parlamentspräsident Martin Schulz sagte, er sei „kein einfacher Kompromiß“, er sei aber optimistisch im Europaparlament eine Mehrheit dafür zu bekommen. „Schlüsselement“ für das Parlament

sei die Garantie, daß für die sieben Jahre tatsächlich 908 Milliarden Euro uneingeschränkt für Ausgaben zur Verfügung stünden. Der Finanzrahmen sieht sehr flexible Mechanismen vor, um die den EU-Haushalten in den nächsten Jahren zur Verfügung stehenden Mittel bestmöglich zu nutzen. Es enthält eine Klausel über eine verbindliche Revision im Jahr 2016, die parallel zu einer Überprüfung der Eigenmittel erfolgen soll. Auch der Solidaritätsfonds soll verbessert und die neue Beschäftigungsinitiative für Jugendliche verstärkt mit Mitteln ausgestattet werden. ■

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2013-2014

IHS: Konjunkturerholung bleibt verhalten – WIFO: Krise im Euro-Raum hemmt Aufschwung in Österreich – Wirtschaftsminister Mitterlehner: Konjunktur jetzt stärken, Wachstum und Beschäftigung sichern

Die schwache Wirtschaftsentwicklung im Euroraum drückt auf die österreichische Wirtschaft. Bereits seit dem zweiten Quartal 2012 stagniert die Wirtschaftsleistung in Österreich. Zu Jahresbeginn 2013 hat sich die internationale Konjunkturlage zwar stabilisiert, die Erholung im Euroraum fällt aber langsamer aus als noch in der März-Prognose erwartet. Folglich nimmt das Institut für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung („IHS“) für seine Prognose für das Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2013 geringfügig auf 0,6 % zurück. Für 2014 wird weiterhin eine Wachstumsrate von 1,8 % erwartet. Aufgrund der schwachen Konjunktur und des Anstiegs des Arbeitskräftepotenzials klettert die Arbeitslosenquote auf 7,5 %. Der Preisdruck wird dagegen nachlassen. Die Inflationsrate wird heuer 2,0 % betragen und nächstes Jahr auf 1,8 % zurückgehen.

In den ersten Monaten des heurigen Jahres hat sich die Weltkonjunktur stabilisiert, das Expansionstempo blieb aber gering. In Asien verlief die Entwicklung positiv, aber regional uneinheitlich. Während die Wirtschaftsleistung in Japan deutlich zulegte, verlor die chinesische Wirtschaft an Schwung. Nach einer Stagnation zu Jahresende 2012 kehrte die US-Wirtschaft im ersten Quartal dieses Jahres mit einem Wachstum von 0,6 % gegenüber dem Vorquartal auf einen soliden Wachstumspfad zurück. Die Wirtschaft im Euroraum befindet sich dagegen weiterhin in einer hartnäckigen Rezessionsphase. Mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,2 % gegenüber dem Vorquartal hat sich im ersten Quartal die Schärfe der Rezession allerdings vermindert. Im letzten Quartal des Vorjahres betrug der Rückgang noch 0,6 %. Die Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, daß die internationale Konjunktur im Jahresverlauf spürbar zulegen sollte. Dafür spricht auch, daß die Spannungen auf den Finanzmärkten weiter abgenommen haben und die Aktienkurse gestiegen sind. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß die Strukturreformen in den Krisenstaaten des

Euroraums allmählich positive Wirkungen zeigen. Vor diesem Hintergrund erwartet das IHS, daß die Konjunktur im Euroraum im Jahresverlauf wieder an Fahrt gewinnt.

Die Nachfrageschwäche im Euroraum drückt auf die österr. Volkswirtschaft

Im Vorjahr wurde aufgrund des starken ersten Quartals noch ein Wirtschaftswachstum von 0,8 % verzeichnet. Seit dem zweiten Quartal 2012 stagniert das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jedoch. Im ersten Quartal des heurigen Jahres wurde gegenüber dem Vorquartal kein Wachstum verzeichnet, gegenüber dem Vorjahresquartal gab es sogar einen Rückgang um 0,7 %. Ausgehend vom geringen Niveau zu Jahresbeginn und der nur moderaten Erholung im Jahresverlauf erwartet das Institut für die österreichische Volkswirtschaft im Jahresdurchschnitt 2013 ein Wachstum von 0,6 %. Für das Jahr 2014 geht das Institut weiterhin von einer Wachstumsrate von 1,8 % aus.

Dieser Prognose liegt folgende Einschätzung der internationalen Konjunktur zugrunde. Die Rezession im Euroraum fällt mit einem Wirtschaftsrückgang von 0,5 % stärker aus als in der März-Prognose erwartet. Erst 2014 wird mit 1,2 % wieder ein positives Wachstum zu verzeichnen sein. Mit Wachstumsraten von 2,0 % bzw. 2,5 % in den Jahren 2013 und 2014 bleibt die Wirtschaft der USA auf einem soliden Wachstumskurs. In den Industriestaaten insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt um 1,3 % bzw. 2,2 % zulegen.

Die vorliegenden Indikatoren deuten darauf hin, daß sich die Konjunktur im Frühjahr auf tiefem Niveau stabilisiert hat. Allerdings könnte ein neuerlicher Anstieg der Spannungen auf den Finanzmärkten oder ein Anziehen der Rohstoffpreise die Konjunktur dämpfen. Das größte Abwärtsrisiko der Prognose geht weiterhin von der Krise im Euroraum und deren Einflüssen auf Nachfrage und Finanzmärkte aus. Die schlechte Entwicklung auf den Arbeitsmärkten könnte zudem die Binnennachfrage im Euroraum noch mehr

schwächen als in der Prognose unterstellt. Es bestehen aber auch Aufwärtsrisiken. Ausgehend von der positiven Entwicklung der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft könnte sich das Konsumenten- und Unternehmervertrauen im Euroraum deutlich verbessern und über den Nachfragekanal die grundsätzlich wettbewerbsfähige Wirtschaft in Österreich stimulieren.

Die schwache Entwicklung der Realeinkommen dämpft das Wachstum des realen privaten Konsums in Österreich, insbesondere die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern entwickelt sich ungünstig. Im heurigen Jahr wird von einem realen Konsumwachstum von 0,3 % ausgegangen. 2014 dürfte der private Konsum aufgrund der verbesserten Einkommensperspektiven um 1,0 % zulegen.

Die Rezession im Euroraum und Unsicherheiten über die Absatzentwicklung drücken weiterhin auf die Investitionstätigkeit. Das Investitionsklima bleibt damit trotz günstiger Finanzierungsbedingungen schwach. Die Ausrüstungsinvestitionen stagnieren heuer und bei den Bauinvestitionen ist nur mit einer geringfügigen Zunahme zu rechnen (0,7 %). Aufgrund der verbesserten internationalen Rahmenbedingungen werden die Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr laut Prognose um 3,0 % steigen. Bei den Bauinvestitionen wird ein Zuwachs von 2,0 % erwartet. Damit sollten die Bruttoanlageinvestitionen im Prognosezeitraum um 0,4 % bzw. 2,5 % zulegen.

Die fehlende Dynamik des Welthandels drückt auf die österr. Außenwirtschaft

Nach einer Stagnation im Vorjahr ist in diesem Jahr aufgrund der weiterhin schwachen Entwicklung der österreichischen Exportmärkte lediglich mit einem Anstieg der realen Warenexporte von 1,5 % zu rechnen. Erst im nächsten Jahr sollte sich die internationale Konjunkturlage soweit gefestigt haben, daß die realen Warenexporte wieder kräftiger expandieren (6,8 %). Somit steigen die Gesamtexporte im Prognosezeitraum um 1,8 %

Wirtschaft

bzw. 6,2 %. Wegen der geringen Exportdynamik und der sehr verhaltenen Binnen nachfrage wachsen die Gesamtimporte heuer nur um 1,4 %. Nächstes Jahr wird die Importtätigkeit deutlich anziehen (5,8 %). Die Außenwirtschaft liefert in beiden Jahren positive Wachstumsbeiträge.

Ausgehend vom kräftigen Preisanstieg ab September 2012 (2,7 %) hat der Preisauftrieb in der ersten Jahreshälfte 2013 merklich nachgelassen. Im Mai betrug die Inflationsrate 2,3 %. Die internationale Konjunkturlage und die Wechselkursentwicklung sollten die Energie- und Rohstoffpreisentwicklung weiterhin dämpfen. Nach dem deutlichen Anstieg im Vorjahr verlangsamte sich der Auftrieb bei den heimischen Lohnstückkosten. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2013 eine Inflationsrate von 2,0 %. 2014 sollte die Inflationsrate 1,8 % betragen. Da die Wirtschaftsleistung unter dem Produktionspotential liegt, sollten von der Konjunkturbelebung kaum preistreibende Impulse ausgehen.

Die schwache Konjunktur führt zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsnachfrage ist mit einem Anstieg von 0,6 % im laufenden Jahr nicht kräftig genug für eine Absorption des steigenden Arbeitskräftepotentials. Folglich klettert die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition in diesem Jahr auf 7,5 %. Aufgrund der verbesserten Konjunktursituation sollte sich die Arbeitsmarktlage nächstes Jahr stabilisieren und die Arbeitslosenquote auf dem Niveau von 2013 verharren. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird 5,0 % bzw. 4,9 % betragen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum durch die Konjunktur und das Konsolidierungspaket der Bundesregierung bestimmt. Bei den Einnahmen wirken die Inflation und das Wachstum der Lohnsumme den konjunkturbedingten Ausfällen entgegen. Im Vorjahr entwickelte sich die Defizitquote mit 2,5 % besser als erwartet. Für den Prognosezeitraum sind Defizitquoten von 2,2 % bzw. 1,5 % möglich. Nicht ausfinanzierte Wahlversprechen oder Konjunkturpakete kurz vor dem Aufschwung dürfen diesen Erfolg nicht gefährden. Die Budgetprognose ist auch ohne diskretionäre Maßnahmen mit erheblichen Risiken behaftet. Unsicherheiten bestehen insbesondere im Hinblick auf die budgetären Effekte des Bankenpakets und hinsichtlich des Erfolgs der zusätzlichen Konsolidierungsmaßnah-

men (etwa Aufkommen der Finanztransaktionssteuer, Dämpfung der Dynamik der Gesundheitsausgaben). Das Institut geht weiterhin davon aus, daß der Konsolidierungskurs fortgesetzt wird und die geplanten Struktur reformen (Verwaltung, Gesundheit, Pensionen) umgesetzt werden. Nur so kann mittelfristig ein strukturell ausgeglichener Haushalt gesichert und die Staatsschuldenquote zurückgeführt werden.

Aus der Sicht des WIFO

Die Anfang 2013 von einigen Vorlaufindikatoren angedeutete Erholung im Euro-Raum blieb bislang aus. In Österreich entwickelte sich die Wirtschaft im I. Quartal 2013 daher schwächer als erwartet. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) prognostiziert einen mäßigen Aufschwung im 2. Halbjahr, das Wirtschaftswachstum wird aber 2013 lediglich 0,4% betragen; 2014 wird es sich auf 1,6% beschleunigen.

Während die Konjunkturerholung in den USA, in Japan und Teilen Südasiens, Südamerikas und Afrikas anhält, bleibt die Wirtschaftsentwicklung in Europa, insbesondere im Euro-Raum besonders schwach. In einigen europäischen Peripherieländern wurden Maßnahmen gesetzt, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und das Defizit im Außenbeitrag zu senken. Wegen der niedrigen Exportquote der betroffenen Länder und des gedämpften Welthandels*) dominierten aber die negativen binnenwirtschaftlichen Effekte dieser Maßnahmen. Aufgrund des Attentismus der Banken bei der Kreditvergabe kann die Fremdfinanzierung den Ausfall der Eigenfinanzierung im privaten Sektor vielfach nicht kompensieren. Die empfindliche simultane Einschränkung der öffentlichen Nachfrage in vielen europäischen Ländern erwies sich zudem als kräftige Wachstumsbremse.

In Österreich ist die Export- und Investitionsdynamik aufgrund des schwachen internationalen Umfeldes auch heuer gedämpft. Ein mäßiger Anstieg der Realeinkommen und zunehmende Sparanstrengungen der privaten Haushalte belasten weiterhin die Konsumnachfrage. Das reale BIP wird daher 2013 um nur 0,4 % wachsen. Der Beschäftigungszuwachs verliert an Dynamik

(2013 +0,7 %, 2014 +0,8 %), die Arbeitslosenquote nimmt zu (auf 7,5 % bzw. 7,6 %); die Inflation geht langsam zurück (auf 2,2 % bzw. 2,0 %).

Üblicherweise expandiert der Welthandel bei solidem Produktionswachstum (Weltwirtschaft 2012 +3,2 %, Durchschnitt 1992/2012 +3,6 %) zügig; 2014 dürfte er daher mit +6,0 % wieder den langfristigen Durchschnitt erreichen. Österreich wird als exportstarke Volkswirtschaft von dieser Belebungsprofiteren: Die Exporte werden 2014 stärker anziehen und zunehmend heimische Investitionen stimulieren. Die privaten Haushalte werden die Einkommenszugewinne 2014 wieder vermehrt für Konsumzwecke verwenden. Für 2014 wird daher mit einem realen BIP-Zuwachs von 1,6 % gerechnet.

Mitterlehner: Neue Maßnahmen sollen rasch wirken

Die aktuellen Konjunkturprognosen von Wifo und IHS zeigen, daß sich Österreich als kleine, offene Volkswirtschaft der Krise im Euro-Raum nicht entziehen kann, bestätigen aber auch die Strategie, auf vorgezogene, rasch wirksame Konjunkturmaßnahmen ohne neue Schulden zu setzen. „Wir mobilisieren alle rasch wirksamen Instrumente, um Wachstum und Beschäftigung gerade im schwierigen Jahr 2013 stärker zu unterstützen, ohne dabei neue Schulden einzugehen. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil die Konjunktur nächstes Jahr schon wieder anspringen soll und wir auf unserem Konsolidierungspfad bleiben müssen“, sagt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zu den Prognosen. „Mit unseren Rücklagen und vorgezogenen Maßnahmen unterstützen wir vor allem die für die Konjunktur besonders wichtige Bauwirtschaft und ihre Nebengewerbe bis hin zum Handwerksbetrieb, um einen Dominoeffekt nach der Alpine-Insolvenz zu verhindern“, so Mitterlehner zu dem vom Wirtschaftsministerium auf den Weg gebrachten Paket (*siehe Bericht auf der Seite 39*).

„Österreich wächst heuer schon das zwölfte Jahr in Folge stärker als die Eurozone, für die das Wifo einen BIP-Rückgang von 0,7 Prozent erwartet. Zusätzlich haben unsere Unternehmen im Vorjahr das zweite Mal in Folge einen Exportrekord geschafft, was für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die guten Rahmenbedingungen am Standort spricht“, sieht Mitterlehner auch mehrere Gründe für Optimismus. Gleichzeitig sei es entscheidend, daß Österreich seine Konkurrenzfähigkeit im härter werdenden internationalen Wettbewerb sichere.

*) Der Welthandel nahm 2012 mit +1,9% (Durchschnitt 1992/2012 +6,0%) deutlich weniger zu als die Wirtschaftsleistung insgesamt (+3,2%); laut OECD war eine solche Konstellation in den vergangenen 50 Jahren erst sechsmal zu beobachten (zuletzt in den Abschwungjahren 2001 und 2009).

Wirtschaft

„Umverteilungsdebatten und der Ruf nach neuen Steuern sind daher das letzte, was wir derzeit brauchen“, bekräftigt Mitterlehner.

Export in neue Zukunftsmärkte wichtiger denn je

Beide Institute sind sich in ihren Prognosen einig, daß Österreichs Ausfuhren auch heuer weiter wachsen werden und 2014 sogar um bis zu 6,8 Prozent (IHS) zulegen könnten. „Aufgrund der anhaltenden Wachstumschwäche im Euro-Raum ist die Erschließung neuer Märkte außerhalb Europas mehr denn je ein Schlüsselfaktor, damit unsere Konjunktur neu durchstarten kann. Durch unsere Diversifikations-Strategie profitieren wir von den stärker wachsenden Zukunftsmärkten wie Brasilien, Rußland, China und Indien und verteilen gleichzeitig das Risiko bei Konjunkturreinbrüchen in Europa besser“, verweist Mitterlehner auf die positiven Effekte der Internationalisierungsoffensive „go international“, die vor kurzem bis 2015

Foto: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend



Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner; »Neue Maßnahmen sollen rasch wirken, um schwieriges Jahr 2013 gut zu bewältigen.«

verlängert wurde. Damit werden Klein- und Mittelbetriebe beim ersten Schritt in den Export und weiteren Markterschließungen unterstützt. ■

Hauptergebnisse der WIFO-Prognose

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt						
Real	- 3,8 +	2,1	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6
Nominell	- 2,3	+ 3,7	+ 5,0	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,5
Herstellung von Waren ¹⁾ , real	- 12,7	+ 7,0	+ 8,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,5
Handel, real	- 0,3	+ 1,4	+ 1,3	- 1,4	- 0,8	+ 1,3
Private Konsumausgaben, real	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 7,8	+ 0,8	+ 7,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,5
Ausrüstungen	- 10,6	+ 6,0	+ 12,1	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,0
Bauten	- 7,1	- 2,7	+ 4,4	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,1
Warenexporte ²⁾						
Real	- 18,3	+ 13,0	+ 7,9	+ 0,2	+ 1,8	+ 5,5
Nominell	- 20,2	+ 16,7	+ 11,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 6,6
Warenimporte ²⁾						
Real	- 14,1	+ 10,9	+ 8,5	- 0,4	+ 0,8	+ 5,2
Nominell	- 18,4	+ 16,5	+ 15,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 6,0
Leistungsbilanzsaldo Mrd. €	+ 7,49 ^	+ 9,74	+ 4,08	+ 5,47	+ 7,91	+ 9,19
in % des BIP	+ 2,7	+ 3,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,8
Sekundärmarktrendite ³⁾ in %	3,9	3,2	3,3	2,4	1,8	1,8
Verbraucherpreise	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁴⁾	4,8	4,4	4,2	4,3	5,0	5,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	7,2	6,9	6,7	7,0	7,5	7,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁶⁾	- 1,5	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,8
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition) in % des BIP	- 4,1	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 2,3	- 1,7

Q: WIFO-Konjunkturprognose. ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. ²⁾ Laut Statistik Austria. ³⁾ Neue Berechnungsmethode. ⁴⁾ Labour Force Survey. ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice. ⁶⁾ Ohne Bezug von Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst.

Rückgänge im Mittelstand – Ausblick bleibt aber optimistisch

Wirtschaftslage Mittelstand in Österreich, Frühjahr 2013

Das Creditreform Klimabarometer, der Stimmung Indikator für den Mittelstand in Österreich, ist gegenüber dem Frühjahr 2012 deutlich um 8,9 Punkte auf den Stand von 8,5 Punkten gefallen. Sowohl Lage (8,4 Punkte; minus 9,9 gegenüber Vorjahr) als auch Erwartungen (8,6 Punkte; minus 7,9 gegenüber Vorjahr) notierten schwächer. Industrie und Exportwirtschaft sind unter den Einfluß der Euro-Krise geraten und zeigen ein verschlechtertes Stimmungsbild. Binnenwirtschaftlich orientierte Wirtschaftszweige wie Bau und Dienstleistungen stützen die Konjunktur.

Erstmals seit 2010

haben die rund 1700 befragten Unternehmen mehrheitlich Auftragsrückgänge und Umsatzeinbußen gemeldet. Bei jedem dritten Unternehmen (33,0 Prozent) ist der Umsatz zurückgegangen (Vorjahr: 22,2 Prozent). Stark betroffen war das Baugewerbe, das unter den winterlichen Witterungsbedingungen zu leiden hatte. 22,2 Prozent der Mittelständler verbuchten ein Umsatzplus (Vorjahr: 31,5 Prozent).

Aufgrund der ruhigeren Geschäftslage ist die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen schwächer. In jedem vierten Unternehmen (24,4 Prozent) wurden in den vergangenen Monaten Stellen abgebaut (Vorjahr: 18,7 Prozent) – vorrangig im Baugewerbe, aber auch im verarbeitenden Gewerbe. Jeder sechste Mittelständler (16,7 Prozent) hat zusätzliche Mitarbeiter eingestellt (Vorjahr: 23,1 Prozent). Vermehrt haben junge Firmen das Personal aufgestockt – flexible Beschäftigungsformen waren gefragt.

Verhaltene Konjunkturbelebung zu erwarten – Arbeitskräftebedarf weiter groß

Die mittelständische Wirtschaft rechnet damit, daß die Geschäfte in den Frühjahrs- und Sommermonaten wieder anziehen. Allerdings dürfte die wirtschaftliche Belebung schwach ausfallen. Von 10,6 auf 15,2 Prozent gestiegen ist der Anteil der Befragten, die mit einem Rückgang des Auftragsvolumens rechnen. Immerhin drei von zehn Unternehmen (29,7 Prozent) erwarten steigende Auftragseingänge (Vorjahr: 26,2 Pro-

zent). Auch die Umsatzerwartungen sind etwas wackeliger als vor einem Jahr. Es gibt zwar weiterhin ein Übergewicht an optimistischen Stimmen – so rechnet erneut ein Drittel der Unternehmen (32,0 Prozent; Vorjahr: 32,2 Prozent) mit steigenden Umsätzen –, allerdings liegt der Anteil derer, die Rückgänge befürchten (18,6 Prozent), über dem Vorjahreswert (13,9 Prozent). Vor allem Handel und verarbeitendes Gewerbe sind zögerlicher in ihren Umsatzprognosen.

Die Personalplanungen im Mittelstand

sind das vierte Jahr in Folge expansiv. 18,0 Prozent der Befragten wollen die Mitarbeiterzahl aufstocken (Vorjahr: 18,7 Prozent), jeder achte Befragte (11,9 Prozent) hat einen Stellenabbau angekündigt (Vorjahr: 12,9 Prozent). Im Dienstleistungsgewerbe sind die Einstellungsplanungen jedoch vergleichsweise restriktiv. Die Investitionsbereitschaft im Mittelstand schwächt sich weiter ab. Nur noch knapp die Hälfte der Unternehmen (48,5 Prozent) möchte Investitionen tätigen. Im Frühjahr 2012 waren noch 52,5 Prozent der Mittelständler bereit, zu investieren. Im Baugewerbe gab es einen erheblichen Rückgang (von 59,9 auf 43,6 Prozent).

Polster für schlechte Jahre aufgebaut, Ertragslage zuletzt aber unter Druck

Die schwache Konjunktur der letzten Monate hat die Ertragslage im Mittelstand belastet. 36,6 Prozent der Unternehmen mußten Einbußen hinnehmen (Vorjahr: 31,4 Prozent). Lediglich 15,0 Prozent der Befragten meldeten Zuwächse (Vorjahr: 21,2 Prozent). Etwas günstiger sind die Ertragsaussichten. Ein Viertel der Befragten rechnet mit Verbesserungen (25,0 Prozent), ebenfalls ein Viertel mit Verschlechterungen (24,6 Prozent). Damit ist die Zuversicht, die noch im Vorjahr herrschte, weitgehend verflogen, als noch 28,7 Prozent der Befragten mit Ertragszuwächsen rechneten.

Der Mittelstand hat an Stabilität gewonnen

Mittlerweile weisen 39,0 Prozent der Unternehmen eine Eigenkapitalquote von mehr

als 30 Prozent auf. Zum Vergleich: vor zwei Jahren waren es erst 35,3 Prozent. Schwach mit Eigenkapital ausgestattet sind 18,9 Prozent der Mittelständler; im Dienstleistungsgewerbe sind es 30,2 Prozent.

Mit zunehmender Stabilität sank die Zahl der Insolvenzen

im 1. Quartal 2013 um 9,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresabschnitt auf 1525 Fälle. Verschlechterungen im Zahlungsverhalten könnten aber ein erster Vorbote einer wieder zunehmenden Insolvenz betroffenheit sein. So haben nur noch 63,5 Prozent der befragten Unternehmen angegeben, daß Rechnungen üblicherweise innerhalb von 30 Tagen bezahlt werden (Vorjahr: 68,4 Prozent der Befragten). Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe müssen deutlich länger auf ihr Geld warten.

Ohne Forderungsausfälle blieb nur jedes vierte Unternehmen (24,8 Prozent). Knapp ein Zehntel der Befragten (9,5 Prozent) mußte Forderungen im Wert von über 1,0 Prozent ihres Gesamtumsatzes abschreiben. Kleine Unternehmen waren hierbei besonders betroffen.

Finanzierung schwieriger

Die Kreditvergabe der Banken an den Mittelstand ist restriktiver geworden. 67,2 Prozent der befragten Unternehmen waren von Verschärfungen betroffen, nachdem das im Vorjahr nur 58,7 Prozent der Unternehmen gemeldet hatten. Häufig genannt wurde die Notwendigkeit, höhere Sicherheiten beizubringen. Eine Ablehnung des Kreditgesuchs mußte jedes achte Unternehmen (12,6 Prozent) erfahren – überdurchschnittlich oft Dienstleister. Lockerungen der Kreditvergabepraxis erwarten die Unternehmen aus dem Mittelstand nicht. Nur 13,6 Prozent der Befragten sehen bei einem eventuellen Kreditantrag keine Schwierigkeiten. Junge Firmen äußerten überdurchschnittlich häufig die Befürchtung, keinen Kredit zu bekommen. ■

<http://www.creditreform.at>

Seit 1889 gibt es Creditreform in Österreich. 115 Mitarbeiter in acht Büros erbringen professionelle Dienstleistungen „rund um den Kredit“.

»UrlaubEuro« ist im Sommer 2013 mehr wert

Stärkerer Euro und niedrigere Inflation im Ausland helfen – Besonders in Übersee heuer höherer Wert – Weiterhin Ungarn und Türkei am günstigsten unter den Topdestinationen – In vielen Euroländern ist der UrlaubEuro etwas mehr wert als in Österreich – Schweiz bleibt teuerste Urlaubsdestination, Japan erstmals nicht teuer

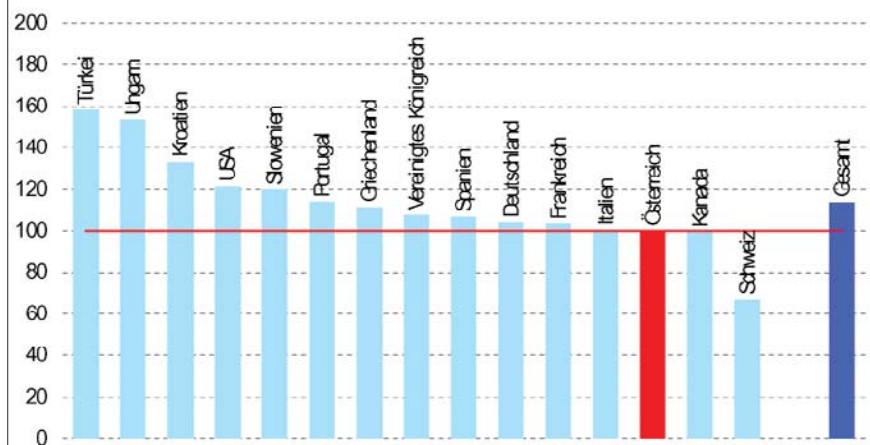
Der Wert des „UrlaubEuro“ für ÖsterreicherInnen zeigt im Sommer 2013 mehrheitlich nach oben. „Im Durchschnitt ist der UrlaubEuro im Sommer 2013 etwas mehr wert als vor einem Jahr, da der Euro aufgewertet hat und die Preissteigerungen etwas geringer als in Österreich ausfielen“, analysiert Stefan Bruckbauer, Chefvolkswirt der Bank Austria, die aktuellste Berechnung des „UrlaubEuro“. Kaum in einem Urlaubsland lag die Inflation höher als in Österreich und wenn ja, dann wurde dies meist durch eine Abwertung ausgeglichen. „Der ‚UrlaubEuro‘ profitierte in vielen Euroländern von der niedrigeren Inflation als in Österreich, in den Nichteuroländern vom stärkeren Euro“, faßt Bruckbauer die Situation im Sommer 2013 zusammen.

Unter den wichtigsten Urlaubsdestinationen der ÖsterreicherInnen

bekommen sie derzeit in der Türkei und in Ungarn am meisten für ihren „Urlaub Euro“. Auch in Kroatien, in Slowenien und in Portugal erhält man erkennbar mehr als in Österreich „Auch wer seinen Sommerurlaub heuer in den USA verbringt, kann mit einer spürbar höheren Kaufkraft für seinen ‚UrlaubEuro‘ als zuhause rechnen, immerhin fast 20 Prozent“, so Bruckbauer. In vielen Ländern Ost- und Südosteuropas ist der „UrlaubEuro“ ebenfalls deutlich mehr wert als in Österreich, allen voran in Rumänien, Polen und Bulgarien, wobei der Unterschied zu Österreich in etwa gleich hoch liegt wie im vergangenen Sommer. „Im Vergleich zum Vorjahr erhält man heuer vor allem in der Türkei, aber auch in Griechenland und Großbritannien und in fast allen Überseedestinationen mehr für seinen ‚UrlaubEuro“, so Bruckbauer.

Im Durchschnitt stieg der Wert des „UrlaubEuro“ im Übersee gegenüber dem Vorjahr um rund 7 Prozent, vor allem in Afrika, wo die Abwertung deutlich stärker als die höhere Inflation ausfiel und der „UrlaubEuro“ rund 9 Prozent zulegen konnte,

100 Euro sind im Urlaub so viel wert



Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria (eigene Schätzung), OECD, Eurostat, Statistik Austria, Juni 2013

vor allem in Südafrika, aber auch in Ägypten. Aber auch in Asien und Süd- und Mittelamerika bekommt man heuer etwas mehr als vor einem Jahr. Dank Abwertung liegt der „UrlaubEuro“ etwa in Brasilien 6 Prozent über dem Vorjahr, lediglich in Mexiko sank der Wert aufgrund einer leichten Aufwertung bei höherer Inflation. Günstiger als vor einem Jahr sind auch Australien und Neuseeland, allerdings ist dort der ‚UrlaubEuro‘ trotzdem weiterhin weniger wert als in Österreich. „In den meisten Ländern Asiens ist der ‚UrlaubEuro‘ mehr wert als in Österreich und auch mehr wert als vor einem Jahr und erstmals ist Japan nicht teurer als Österreich, der ‚UrlaubEuro‘ stieg gegenüber dem Vorjahr um 24 Prozent“, so Bruckbauer.

Unverändert teuer

ist weiterhin der Urlaub in der Schweiz, wo 100 „UrlaubEuro“ lediglich 67 Euro wert sind – die Deflation in der Schweiz kann die starke Währung, trotz leichter Abwertung, nicht ausgleichen. In den meisten Euroländern erhält man heuer etwas mehr als vor einem Jahr – relativ immer zu Österreich –

da die Preissteigerungen geringer ausfielen. Damit erhält man in den meisten Euroländern für seinen „Urlaub Euro“ gleichviel (Italien, Frankreich, Deutschland) oder etwas mehr (Spanien, Griechenland) als in Österreich, lediglich in Irland ist der „Urlaub Euro“ weiterhin erkennbar weniger wert als in Österreich.

Abschließend weisen die Ökonomen der Bank Austria darauf hin, daß es sich um Durchschnittswerte handelt, einzelne Regionen (wie etwa London als Zentralregion) können davon abweichen. Das Preisniveau bezieht sich auf den Durchschnitt der Güter und Dienstleistungen in den einzelnen Ländern, einzelne Produkte (speziell für Touristen) können davon deutlich abweichen. Daher wurde auch für die Ferndestinationen kein Wert, sondern nur dessen Veränderung angegeben. Zudem ist die Tatsache, daß das Preisniveau in einigen Urlaubsländern soviel günstiger als in Österreich ist, vor allem auf das hohe Einkommensniveau in Österreich zurückzuführen. Würde Österreichs Preisniveau niedriger liegen, wäre auch das Einkommensniveau geringer und Urlaube schwer leistbar. ■

Start in die Sommersaison 2013

+5,7% bei den Nächtigungen, um 5,5% mehr Gäste –
Mitterlehner: Gelungener Start in die Sommersaison 2013

Nach vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria wurden für den Monat Mai 2013 7,14 Mio. Nächtigungen gemeldet. Gegenüber dem Mai des Vorjahres entspricht dies einer Zunahme von 5,7 %, die auf ausländische Gästenächtigungen zurückzuführen ist (+10,0 % auf 4,51 Mio.). Die Zahl der inländischen Gästenächtigungen entwickelte sich hingegen mit -0,9 % auf 2,63 Mio. leicht negativ. Damit konnte auch die Verschiebung von Fronleichnam, das 2012 in den Juni, diesjährig in den Mai fiel, die großteils wetterbedingten Rückgänge im inländischen Nächtigungstourismus nicht wettmachen (lt. ZAMG „einer der nassesten Mai-monate seit Meßbeginn“). Der schlechten Wetterlage trotzten jedoch ausländische Gäste, allen voran jene aus Deutschland, die mit einem Plus von 16,3 % auf 2,49 Mio. wesentlich zum positiven Gesamtergebnis beitrugen. Weitere Zuwächse verzeichneten Gästenächtigungen aus den USA (+2,1 %), dem Vereinigten Königreich (+10,2 %) sowie Rußland (+24,8%). Die zweit- und drittgrößten ausländischen Herkunftsmärkte im diesjährigen Mai, Schweiz und Niederlande, waren hingegen mit -1,3 % bzw. -7,1 % rückläufig. Die Zahl der Ankünfte nahm sowohl bei inländischen (+1,8 % auf 1,00 Mio.) als auch bei ausländischen Gästen (+7,9 % auf 1,59 Mio.) zu. Insgesamt wurden 2,59 Mio. Gäste (+5,5 %) registriert.

Jänner bis Mai 2013: Nächtigungsentwicklung mit +1,1% positiv

Für das bisherige Kalenderjahr 2013 (Jänner bis Mai 2013) lagen rund 58,34 Mio. Übernachtungen vor, um 1,1 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Ausländische Gästenächtigungen verzeichneten mit 44,62 Mio. ein Plus von 2,0 %, während die Zahl der inländischen Gästenächtigungen um 1,7 % (auf 13,72 Mio.) rückläufig war. Mehr als 50 % aller ausländischen Gästenächtigungen entfielen dabei auf deutsche Gäste, die mit +4,2% auf 22,95 Mio. Übernachtungen signifikant zur Zunahme der ausländischen Nächtigungen beitrugen. Rückläufige Tendenz zeigten hingegen Nächtigungen aus den Niederlanden (-5,3 % auf 4,75 Mio.), die gemessen an den Ausländernächtigungen mit knapp 11 % den zweitgrößten Her-

kunftsmarkt im bisherigen Kalenderjahr darstellen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Zahl der Gäste, die insgesamt um 1,1 % auf 14,72 Mio. zunahm, was auf ausländische Ankünfte zurückzuführen war (+2,1 %); die inländischen Ankünfte gingen um 1,1 % zurück.

Nach Unterkunfts-kategorien betrachtet nahm das Nächtigungsaufkommen in Hotels der höchsten Kategorie (5-/4-Stern) mit +1,8 % zu, während vor allem 2-/1-Stern Hotels mit -1,8 % sowie Privatquartiere mit -3,6 % Rückgänge verzeichneten. Gleichzeitig legte jedoch die Zahl der Gästenächtigungen in privaten Ferienhäusern um 4,6 % auf 8,21 Mio. zu.

Mitterlehner: Gelungener Start in die Sommersaison 2013

Angesichts der Rekordniederschläge ist die von der Statistik Austria veröffentlichte Tourismusbilanz für den Monat Mai überraschend positiv ausgefallen. Die Nächtigungen sind um 5,7 Prozent auf 7,1 Millionen gestiegen, die Gästezahlen sind um 5,5 Prozent auf 2,6 Millionen gewachsen. „Das positive Mai-Ergebnis zeigt die zunehmende Beliebtheit von Kurzurlauben in Österreich und die gerade von den langen Wochenenden beflügelte Reiselust. Damit bleibt der Tourismus auch in schwierigen Zeiten eine wichtige Konjunkturstütze“, betont Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner. „Der Mai ist ein wichtiger Stimmungsindikator für die anlaufende Sommersaison, auch wenn man berücksichtigen muß, daß dieser Monat heuer durch einen zusätzlichen Feiertag begünstigt war. Daher sind wir für den Juni, auch aufgrund erneuter Wetterkapriolen, zurückhaltend“, so Mitterlehner.

Rechtzeitig zu Ferienbeginn sind in den meisten Tourismusregionen die Aufräumarbeiten nach der Hochwasserkatastrophe bereits abgeschlossen. „Bei der Beseitigung der Hochwasserschäden unterstützen wir die Betriebe finanziell über die ÖHT. Zudem sollen verstärkte Marketingmaßnahmen der Österreich Werbung und regionalen Tourismusorganisationen die kurzfristige Nachfrage nach Urlaub in Österreich ankurbeln. Jetzt erwarten nicht nur die Schulkinder die bevorstehenden Ferien mit Ungeduld, auch

die Hoteliers und Gastronomen sind bereit und freuen sich auf jeden einzelnen Gast“, sagt Mitterlehner

Schenner warnt trotz erfreulichem Sommerstart vor verfrühtem Jubel

Vor allzu schnellem Jubel warnt der Obmann der Bundessparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Hans Schenner: „Die Zahlen der Statistiker brauchen immer noch die Interpretation der Touristiker, sonst entsteht ein falsches Bild.“ So macht der Monat Mai, gemessen an rund 130 Mio. Nächtigungen pro Jahr, gerade einmal 5,49 Prozent aller Nächtigungen aus. Wie jedes Jahr müssen wir – allein schon wegen der Feiertage – Mai und Juni zusammen betrachten.“

Gerade heuer gelte das „Zusammenrechnen“ von Mai und Juni noch viel mehr, da Unwetter und Hochwasser im Juni katastrophale Auswirkungen auf den heimischen Tourismus hatten: „Das Hochwasser Anfang Juni und das schlechte Wetter haben dem Tourismus hart zugesetzt. Neben den Nächtigungen sind auch die Tagesausflügler um bis zu 50 Prozent zurückgegangen“, analysiert der Sprecher der heimischen Tourismusbetriebe. „Unterm Strich ist der Juni in vielen Regionen eine mittlere Katastrophe.“ Die Radwege entlang der Donau standen unter Wasser, die negativen Wettervorhersagen hätten, so Schenner, besonders die Inlands-gäste davon abgehalten, etwas zu unternehmen. „Wenn man etwa berücksichtigt, daß Niederösterreich über den Ausflugs-tourismus mehr Wertschöpfung erzeugt als über Nächtigungen, wird das Ausmaß des Schadens erst verständlich und das muß selbstverständlich berücksichtigt werden“, argumentiert Schenner. Für den kommenden Sommer bleibt er trotzdem verhalten optimistisch: „Hinter uns liegt ein völlig verwuschener Frühsommer mit einer Handvoll schöner Tage. Für die kommenden Monate bin ich aber zuversichtlich.“ Ausschlaggebend für die Nächtigungszahlen im Sommer werde – neben dem Wetter – auch die Initiative „Jetzt.Österreich“ sein. Sie dient zur Unterstützung der zuletzt von Hochwasser und Naturkatastrophen massiv betroffenen Tourismusregionen mit einem Sonderbudget von 500.000 Euro. ■

Registerzählung 2011

Österreich zählt 8,401.940 EinwohnerInnen – Starker Anstieg der ausländischen Staatsangehörigen

Am Stichtag 31. Oktober 2011 lebten 8,401.940 Männer und Frauen in Österreich, wie Statistik Austria anhand der endgültigen Ergebnisse zur Bevölkerungszahl der Registerzählung 2011 ermittelte. Die Wohnsitzanalyse – das Qualitätssicherungsinstrument der Registerzählung – ergab eine Differenz der endgültigen Bevölkerungszahl von 70.481 Hauptwohnsitzen gegenüber dem Stichtagsbestand des Zentralen Melderegisters. Seit der letzten Volkszählung im Jahr 2001 hat sich die Einwohnerzahl Österreichs damit um 4,6 % oder rund 369.000 Personen erhöht. Mit Ausnahme Kärntens verzeichneten alle Bundesländer ein Bevölkerungswachstum. Bei rund 11 % der Bevölkerung handelt es sich um nicht-österreichische Staatsangehörige; ihre Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren um 32 % erhöht.

Amtliche Bevölkerungszahl: Wohnsitzanalyse ergab ein um 70.481 Personen bereinigtes Ergebnis

Die Anzahl der Hauptwohnsitze aus dem Stichtagsbestand des Zentralen Melderegisters (ZMR) zum 31. 10. 2011 betrug – inklusive der nachträglichen Bestandsbereinigungen – 8,472.421. Nach den Qualitätssicherungsmaßnahmen durch die Wohnsitzanalyse ergab sich eine Volkszahl von 8.401.940. Somit wurden österreichweit 70.481 Hauptwohnsitze weniger gezählt als zum Stichtag 31. 10. 2011 im ZMR enthalten waren. Den größten Anteil an nichtanerkannten Hauptwohnsitzen gemessen am ZMR-Stichtagsbestand verzeichneten die Bundesländer Wien mit 1,70 % und Salzburg mit 1,24 %, während die Bundesländer Oberösterreich mit 0,42 % und Burgenland mit 0,38 % den geringsten Anteil hatten. Die Bürgerzahl (Anzahl der österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger) wurde von Statistik Austria mit 7,461.953 ermittelt.

Bevölkerungsplus in den Ballungszentren, Abnahme in den peripheren und inneralpinen Gebieten

Nicht in allen Regionen Österreichs ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 2001 und 2011 gleich stark gestiegen. Auf Bundeslandebene gab es den größten Bevölkerungsanstieg mit 10,6 %

oder 163.996 Personen in Wien, wo am 31. 10. 2011 über 1,71 Mio. Männer und Frauen lebten. Überdurchschnittlich stark wuchsen auch Vorarlberg (+5,5 %) und Tirol (+5,3 %), in Kärnten betrug der Rückgang hingegen -0,6 %.

Die höchsten Bevölkerungszuwächse verzeichneten in den letzten zehn Jahren Österreichs Städte und die Umlandregionen. Unter den Landeshauptstädten steht Graz mit einem Einwohnerplus von 15,7 % an der Spitze, gefolgt von Eisenstadt (+15,6 %) und Wien (+10,6 %). Die Umlandbezirke mit den größten Einwohnerzuwächsen waren Wien-Umgebung (+12,7 %), Korneuburg (+10,7 %), Tulln (+9,8 %), Baden (+9,6 %) sowie Graz-Umgebung (+9,0 %).

Im Gegensatz dazu ist die Bevölkerungszahl der inneralpinen Gebiete in den letzten zehn Jahren zum Teil stark zurückgegangen – von Lienz (Osttirol) und Hermagor (Kärnten) über die obersteirischen Bezirke bis ins südliche Niederösterreich. Aber auch der Südosten des Landes, das nördliche Waldviertel und die beiden oberösterreichischen Grenzbezirke Schärding und Rohrbach gehörten zu den Regionen, die Einwohnerinnen und Einwohner verloren haben. Die größten Bevölkerungsverluste verzeichneten die steirischen Bezirke Judenburg und Leoben (je -7,5 %), gefolgt von Murau (-7,2 %) und Mürzzuschlag (-6,9 %). Mit Bevölkerungsrückgängen, die zwischen -5 % und -6 % liegen, schließen die Bezirke Gmünd, Waidhofen an der Thaya, Radkersburg und Hermagor an.

Starker Anstieg der ausländischen Staatsangehörigen, Deutsche sind größte Zuwanderergruppe

Die Zahl der in Österreich lebenden Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit hat sich im Vergleich zu 2001 um gut ein Drittel (+32 %) auf rund 940.000 Personen erhöht. Jeder neunte Einwohner und jede neunte Einwohnerin besitzt nicht die österreichische Staatsbürgerschaft, wobei deutsche Staatsangehörige mit rund 148.000 Personen die größte Zuwanderergruppe darstellen. Den größten Anteil an ausländischen Bürgerinnen und Bürgern verzeichnet Wien mit 21,7 %, gefolgt von Vorarlberg (13,2 %) und Salzburg (12,6 %).

Heimische Bevölkerung wird älter; Durchschnittsalter bei 41,8 Jahren

Das Durchschnittsalter ist in Österreich seit 2001 um 2,2 Jahre angestiegen und lag am Stichtag bei 41,8 Jahren. Einen kräftigen Anstieg gab es vor allem bei Personen im Alter von 65 und mehr Jahren (+20,2 %). Die männlichen Einwohner sind im Durchschnitt um 2,8 Jahre jünger als die weibliche Bevölkerung.

Amtliches Ergebnis zur Bevölkerungszahl und Bürgerzahl hat zentrale Bedeutung

Das amtliche Endergebnis zur Bevölkerungszahl und Bürgerzahl hat in Österreich zentrale Bedeutung und verlangt nach einem hohen Maß an Genauigkeit. Die Zahl der Wohnbevölkerung dient als Berechnungsbasis für zahlreiche Rechtsnormen des Bundes und der Länder. Die bekannteste davon ist der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Hier ist die Wohnbevölkerung („Volkszählung“) der Ausgangspunkt für den „abgestuften Bevölkerungsschlüssel“, mit dessen Hilfe die Ertragsanteile für Gemeinden unterschiedlicher Größenordnungen berechnet werden. Die Bürgerzahl dient als Ausgangsbasis für die Berechnung der Verteilung der Nationalratsmandate auf die Wahlkreise (Länder) sowie die Regionalwahlkreise.

Die Bundesministerin für Inneres wird gemäß § 7 Abs. 5 Registerzählungsgesetz die Bürgerzahl und die Wohnbevölkerung Österreichs im Bundesgesetzblatt kundmachen. Nach Vorliegen der Ergebnisse der Registerzählung werden verschiedene Statistiken einer Revision unterzogen, außerdem liefern sie die neue Basis für Hochrechnungen der Personen- und Haushaltsstichprobenerhebungen von Statistik Austria. ■

<http://www.statistik.at>

Statistik Austria ist Lieferant seriös erhobener und mit großer Erfahrung bearbeiteter statistischer Informationen zu sämtlichen Bereichen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Wurde die Statistik ursprünglich vor allem für Verwaltungszwecke und als politische Entscheidungsgrundlage geschaffen, so hat sich ihre Anwendung und Nutzung in diesem Sinne in den letzten Jahrzehnten in zunehmendem Maße auch in der breiten Öffentlichkeit etabliert.

Österreichs Airshow kennt nur Gewinner

AIRPOWER13: Ein Erfolg für alle Beteiligten



Foto: © Red Bull Content Pool / Samo Vidic

Zwei Jahre nach der meistbesuchten AIRPOWER aller Zeiten (2011 zog es 300.000 Fans nach Zeltweg) holte das Österreichische Bundesheer mit seinen Partnern Red Bull und Land Steiermark erneut die besten Piloten, die imposantesten Flugstaffeln und die faszinierendsten Fluggeräte der Welt ins Aichfeld.

Die beste Airshow Europas (mit diesem Titel adelte das EAC, das European Airshow Council, 2005 die AIRPOWER) hatte sich am letzten Juniwochenende zurückgemeldet. Ihr offizielles Motto lautete „Souveränität und Solidarität“, ihr inoffizielles „Zwei Tage Action pur“. Denn am 28. und 29. Juni 2013 erwartete Flugfans aus ganz Europa ein Programm, in dem keine Verschnaufpausen vorgesehen waren.

Eurofighter und Black Hawk

Größter Zuschauermagnet der AIRPOWER war traditionell die Leistungsschau der Österreichischen Luftstreitkräfte. Wie Gold-

haube und Eurofighter unseren Luftraum sichern, wie eindringende Flugzeuge identifiziert und gegebenenfalls zur Landung gezwungen werden und was die österreichischen Luftstreitkräfte bei Kriseneinsätzen im In- und Ausland zu weltweit renommierten, verlässlichen Partnern macht – all das hatten die Profis des Bundesheeres unter dem bereits erwähnten Leitsatz „Souveränität und Solidarität“ mit Hilfe von Eurofighter, Black Hawk und Co. live vor Ort demonstriert.

Neu in diesem Jahr

Erstmals wurden auch die neuesten Anschaffungen der Landstreitkräfte in Zeltweg präsentiert – unter anderem die gepanzerten Mannschaftstransporter Iveco und Dingo sowie die Originalversion der im Tschad eingesetzten Sandviper.

Lieblinge der Massen: die Flying Bulls

Partner Red Bull begeisterte bei der AIRPOWER13 die Massen einmal mehr mit den

schillernden Juwelen aus dem Bestand der Flying Bulls – etwa der P-38L Lightning, der B-25J Mitchell und der F4U-4 Corsair. Nicht verpassen durfte man auch die Akrobatik-Show des Helikopters BO-105 – eine atemberaubende Meisterleistung der Flying Bulls, die weltweit für Aufsehen sorgt.

Präzisionsflug in Formation: Frece Tricolori, Patrouille de France & Co.

Ein weiteres Highlight waren die weltberühmten Militär-Flugstaffeln, die ihre atemberaubenden Choreographien mit pfeilschnellen Kampfjets absolvieren. Als Sensation waren die Zusagen von Frece Tricolori und Patrouille de France (letztere flogen exklusiv am ersten Veranstaltungstag) zu werten. Freuen durfte man sich darüber hinaus auf die Shows der eidgenössischen Patrouille Suisse und der spanischen Patrulla Águila sowie auf beeindruckende Solo-Displays vieler weiterer Jets wie F-16 Fighting Falcon, F/A-18 Hornet und JAS 39 Gripen.

Chronik



Foto: Harald Minich/BMLVS

Ein Solodisplay des österreichischen Eurofighter Typhoon

Die familienfreundlichste AIRPOWER, die es je gab

Auch auf die jüngsten Besucher warteten spannende Highlights: Neben dem spektakulären Flugprogramm gab es auf der AIRPOWER13 einen eigenen Gratis-Kinderbereich mit Action-Games, Riesenrutschen und Bastelwerkstatt, der ganztägig von qualifiziertem Personal betreut wurde.

Verantwortungsbewußtes Sicherheitskonzept

Sicherheit wurde bei der AIRPOWER13 besonders groß geschrieben: Ein lückenloses Sicherheitskonzept, von erfahrenen Flugshow-Experten erstellt, garantierte einen reibungslosen Ablauf dieser Airshow der Superlative. An beiden Veranstaltungstagen kamen fast 300.000 Besucher auf den Fliegerhorst Hinterstoisser.

Foto: Markus Zimmer



Die waghalsigen Manöver des Red Bull Aerobatics Team

Es herrscht Zufriedenheit bei allen Beteiligten

„Die AIRPOWER13 ist ein voller Erfolg“, sagte Brigadier Karl Gruber, der Leiter des Teilstabs Luft. „Das Wetter ist perfekt, die Zuschauer sind begeistert und wir können der Bevölkerung alle Leistungsbereiche der Luftstreitkräfte zeigen.“

Überhaupt sieht man bei Österreichs Airshow nur lachende Gesichter. „Das Geschäft läuft noch besser als 2011“, sagt Susanne Griesser, die unweit des Towers einen Stand mit kleinen Speisen betrieb. Allein am Freitag hat sie 400 Kilogramm Pommes verkauft, heute dürften es noch deutlich mehr werden. Wie alle Gastronomen am Gelände stammt die Unternehmerin aus der unmittelbaren Nachbarschaft – und ist damit nur eines von vielen Beispielen, wie die AIRPOWER13 der Region zugute kam. Vollauf zufrieden ist auch Steiermark-Tourismus-Chef Georg Bliem: „Gut, daß es die AIRPOWER13 gibt. Sie ist der Motor zum Antrieb der Wirtschaftskraft in dieser Region.“

Was den Veranstalter, das Österreichische Bundesheer, und seine Partner Red Bull und Land Steiermark besonders freut: Auch die Piloten der rund 200 angereisten Fluggeräte aus über 20 Nationen sind Fans der AIRPOWER13: „Vor heimischem Publikum unser Können zu zeigen, ist für uns das Schönste“, sagt Raimund Riedmann, Chefpilot der Flying Bulls. Von den österreichischen Fans ist auch Kommandant Jan Slangen von den treuen Publikumslieblingen Frece Tricolori begeistert: „Wir kommen immer wieder gerne nach Zeltweg. Denn das Publikum ist fantastisch und die Landschaft ist es auch.“ ■

<http://www.airpower.gv.at>

Nächster Schritt für die U1 in den Süden

Nach Abschluß der Ausbauarbeiten wird die U1 in Wien um fünf weitere Stationen sowie um zusätzliche 4,6 km wachsen.



Foto: Wiener Linien / Thomas Jantzen

Baustelle beim U1 Ausbau der Wiener Linien in Wien Favoriten – aufgenommen im Feber 2013

Die Arbeiten für die U1-Verlängerung nach Oberlaa laufen bereits seit Monaten. Am 28. Juni wurde bei der künftigen Station Alaudagasse der offizielle Start der Tunnel-Bauarbeiten mit dem Tunnelanstich von Vizebürgermeisterin und Tunnelpatin Renate Brauner, Wiener-Linien-Geschäftsführer Günter Steinbauer und Bezirksvorsteherin Hermine Mospointner feierlich eingeläutet. Jetzt starten die Tunnelarbeiten für die beiden Tunnelröhren von der Alaudagasse in Richtung Altes Landgut, die jeweils rund 350 Meter lang sind.

„Die Verlängerung der U1 bringt nicht nur eine schnellere Verbindung für die Wienerinnen und Wiener, sondern sichert Arbeitsplätze in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Eine Investition von 100 Millionen Euro in den U-Bahn Neubau bedeutet die Schaffung bzw. Sicherung von über 2000



Foto: Wiener Linien / Thomas Jantzen

Beim Tunnelanstich (v.l.): Bezirksvorsteherin Hermine Mospointner, Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Wiener Linien-Geschäftsführer Günter Steinbauer

Chronik

Arbeitsplätzen. Für die U1-Verlängerung sind das rund 12.000 Arbeitsplätze“, so Brauner. „Ein herzliches ‚Glückauf‘ an alle, die jetzt am Tunnel aber auch an der Oberfläche arbeiten“, wünscht Brauner.

„Für viele Mitarbeiter geht es jetzt unter die Erde, wo in den nächsten Monaten rund um die Uhr mit Spezialgerät nach der ‚Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode‘ gearbeitet wird. Spezielle Baumaschinen sichern den Tunneldeckenbereich, während das Erdreich im Tunnel von Baggern schrittweise ausgehoben wird. Gleichzeitig wird der Tunnel bereits segmentweise mit Spritzbeton versiegelt“, erklärt Steinbauer.

„Die Favoritnerinnen und Favoritner können sich freuen, denn mit der Verlängerung der U1 nach Oberlaa wird unser Bezirk noch besser an das Öffi-Netz angebunden. Davon profitieren viele Tausende Menschen entlang der Strecke“, so Mospointner.

Die U1 im Überblick

Nach Abschluß der Ausbauarbeiten wird die U1 um fünf weitere Stationen (Troststraße – Altes Landgut – Alaudagasse – Neulaa – Oberlaa) sowie um zusätzliche 4,6 km wachsen. 2017 wird die U1 dann mit 19,2 km die längste U-Bahn Wiens sein. Mit der U1 Verlängerung werden die BewohnerInnen des südöstlichen Teils der Hansson-Siedlung und der Stadtentwicklungsgebiete südlich der Donauländebahn direkt an die Hauptschlagader des öffentlichen Verkehrs in Wien angebunden sein. Allein zwischen Alaudagasse und Oberlaa profitieren Tausende Menschen von diesem Angebot. Die Therme Wien, die knapp 4000 Studierenden des FH Campus Wien und die Generali Arena werden leichter erreichbar sein. Die Fahrzeit von Oberlaa zum Stephansplatz wird sich auf 13 Minuten verkürzen.

Die neue Strecke im Detail

Die neue Trasse wird direkt im Anschluss an die bestehende Station Reumannplatz – durch einen Umbau der dortigen Wendeanlage – in Tieflage unter der Favoritenstraße zum Alten Landgut und weiter zur Alaudagasse geführt. Zwischen Alaudagasse und Oberlaa erfolgt die Streckenführung der U-Bahnlinie ebenerdig. Im Bereich Alaudagasse wird die U1 so gebaut, daß eine etwaige Abzweigung nach Rothneusiedl in einigen Jahren technisch ermöglicht werden könnte. Die Linie 67 wird während der Arbeiten und nach Fertigstellung der U1-Verlängerung entsprechend angepaßt.

<http://www.wiener-linien.at>



Foto: Wv.Linien/Heimer

Bauarbeiten Verlängerung U1 Favoritenstraße mit Zug der Linie 67 Type B (ulf)



Foto: Wiener Linien / Thomas Jantzen

Bagger beim Durchstich bei der künftigen U1-Station Alaudagasse m 10. Bezirk



Foto: Wiener Linien / Thomas Jantzen

Baustelle für den U1-Ausbau nach Oberlaa bei der künftigen Station Troststraße

Falstaff Weißweingala 2013

Winzer des Jahres präsentiert und Sieger des Grünen Veltliner Grand Prix gekürt



Foto: Falstaff Verlags GmbH/APA-Fotoservice/Schedl

Die Sieger des Grünen Veltliner Grand Prix bei der Verleihung v.l.: Falstaff-Chefredakteur Peter Moser, Hubert Schultes (Generaldirektor NÖ Versicherung), Markus Huber (2. Platz), Franz Leth (1. Platz), Leopold Müller (3. Platz), Falstaff-Herausgeber Wolfgang Rosam und ÖR Josef Pleil (Präsident des Österreichischen Weinbauverbands)

Der Falstaff, Österreichs größtes Magazin für kulinarischen Lifestyle, lud – nach den erfolgreichen Rotweingalas – zum ersten Mal zur Falstaff Weißweingala. Ob pfeffrige Grüne Veltliner, fruchtig-frische Muskateller oder charakterstarke Urgestein Rieslinge – in der Wiener Hofburg entfaltete sich für 1300 BesucherInnen das ganze Spektrum der heimischen Weißweinviefalt. Die österreichische Winzerelite präsentierte ihre besten Weißweine. 120 heimische Spitzenweingüter stellten ihre 500 besten Weine bei einer Verkostung vor. Die Winzer luden nicht nur zum Genießen des aktuellen Sortiments ein, sondern servierten viele gereifte Tropfen und echte Raritäten. Unter den Top-Winzern waren die Weingüter F.X. Pichler, Knoll, Hirtzberger, Tement, Polz, Kollwentz, Prieler, Gesellmann, Gernot und Heike Heinrich, Bründlmayer, Wieninger, Ott, Hillinger und viele mehr! Auch Bundespräsident Heinz Fischer als Hausherr ließ sich die Weißweingala nicht entgehen und verkostete die herrlichen Tropfen.

Besonderes Highlights war die Preisverleihung, bei der die Sieger des Grünen Velt-

liner Grand Prix sowie der Falstaff Winzer des Jahres ausgezeichnet wurden.

Grüner Veltliner Grand Prix: Weingut Franz Leth geht als Sieger hervor

In Kooperation mit der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer und unterstützt durch „Die Niederösterreichische“ hat sich Falstaff auch heuer wieder auf die Suche nach dem besten Grünen Veltliner im klassischen Stil gemacht. Eine achtköpfige Expertenkommission wählte aus den 100 Finalisten die drei Grand Prix-Sieger.

Über den diesjährigen Grand Prix-Sieg darf sich das **Weingut Franz Leth** aus Fels am Wagram freuen, das mit dem Grünen Veltliner „Klassik“ die Jury überzeugen konnte. Der von Falstaff ausgezeichnete Grüne Veltliner Klassik 2012 überzeugte mit seinen 12,6 Vol.% in einer feinfuchtigen, lebendigen Stilistik und einem trinkanimierenden Auftritt.

Der zweite Platz ging heuer an einen weiteren ausgewiesenen Grünen Veltliner-Spezialisten, **Markus Huber** aus Reichersdorf im Traisental. Sein Grüner Veltliner Traisen-

tal DAC aus der Lage Obere Steigen verbindet Extraktsüße mit Komplexität, die unverwechselbare Mineralik verspricht ein ausgezeichnetes Entwicklungspotential.

Auf Platz drei landete das **Weingut Leopold Müller** aus Krustetten am Göttweiger Berg. Facettenreich, würzig und betont mineralisch präsentiert sich der ausgezeichnete Grüne Veltliner Kremstal DAC Kogl. Er entstammt einer Lage, die im südlichen Kremstal unweit von Hollenburg liegt.

Gleich sechs weitere Betriebe schafften diesmal die Höchstbewertung von fünf Sternen und dürfen sich somit zu den besten klassischen Grünen Veltlinern des Landes rechnen. Sämtliche Weine aus dem Finale werden in der am 5. Juli erscheinenden Falstaffausgabe ausführlich beschrieben.

Karl Alphart zum Winzer des Jahres gekürt

Man kann ihn mit Fug und Recht als „Mr. Rotgipfler“ titulieren, denn **Karl Alphart** hat die Weißweinerarität fast im Alleingang auf ein nie geahntes Qualitätsniveau gebracht. So ist seine Rodauer Top Selektion aus dem

Gastronomie & Kulinarisches

Foto: Falstaff Verlags GmbH/APA-Fotoservice/Schedl



Bundespräsident Heinz Fischer (l.) und Topwinzer F.X. Pichler im Gespräch

Kanon der größten österreichischen Weine nicht mehr wegzudenken. Karl Alphart übernahm 1986 den traditionsreichen Weinbetrieb seiner Eltern, zu einer Zeit als die Reputation der Weinregion an der Südbahn von den sinistren Geschäften einiger Weniger stark in Mitleidenschaft gezogen worden war. Die exzellenten Weingartenanlagen boten jedoch außergewöhnliche Möglichkeiten für jene Rebsorten, um die sich der junge Winzer besonders kümmern wollte. Nämlich die autochthonen Spezialitäten Rotgipfler und Zierfandler, dazu der Neuburger. Ein besonderes Augenmerk galt den edlen Sorten der Burgund, mit denen die Hänge rund um Gumpoldskirchen oft verglichen werden. Und so nahmen auch Chardonnay und Pinot Noir bald eine wichtige Rolle im Repertoire ein. Einer der wichtigsten Weingärten, die heute von der Familie Alphart bewirtschaftet wird, ist der „Rodauner“, eine nach Südosten orientierte Riede auf sandig unterlegten Muschelkalkverwitterungsböden, die aber auch vereinzelt Urgestein aufweist. Seit mehreren Jahren wird Karl Alphart bereits von Sohn Florian unterstützt, der vom Weingarten bis zur Produktion voll eingebunden ist und die Funktion des Kellermeisters einnimmt. Der für seine Hausmannskost berühmte Heurige wird von seiner Ehefrau Elisabeth betreut und dient als Kommunikationsort mit Kunden und zur Präsentation der Weine. Nach dem Bau der hochtechnisierten Kellerei und der Beteiligung am Freigut Thallern folgte 2011 ein moderner Weinshop beim Weingut. Dort kann man sich von den Weinen des Falstaff-Winners des Jahres 2013 selbst überzeugen.

Foto: Falstaff Verlags GmbH/APA-Fotoservice/Schedl



Karl Alphart freut sich über den Titel »Winzer des Jahres 2013«

Sortensieger: Die besten Weißweine getestet und prämiert

Ebenfalls dem Publikum präsentiert wurden die jeweiligen Sortensieger:

- Chardonnay/Morillon: Gloria 2011, Kollwentz, Großhöflein, Neusiedlersee-Hügelland. 96 Falstaff Punkte.
- Gelber Muskateller: Perz Erste STK Lage 2012, Alois Gross, Ratsch, Südsteiermark sowie Sernauberg Erste STK Lage 2012, Sattlerhof, Gamlitz, Südsteiermark. Jeweils 93 Falstaff Punkte.
- Gemischter Satz: Five Points – The Star of Vienna 2011, Richard Zahel, Wien. 95 Falstaff Punkte.

- Grüner Veltliner: Dürnsteiner Kellerberg Smaragd 2012, F.X. Pichler, Oberloiben, Wachau. 97 Falstaff Punkte.
- Riesling: Singerriedel Smaragd 2012, Franz Hirtzberger, Spitz, Wachau und Smaragd Unendlich 2012, F.X. Pichler, Oberloiben, Wachau. Jeweils 97 Falstaff Punkte.
- Roter Veltliner: Steinberg Privat 2011, Josef Fritz, Zaussenberg, Wagram. 95 Falstaff Punkte.
- Rotgipfler Zierfandler: Rotgipfler Rodauner Top Selektion 2011, Karl Alphart, Traiskirchen, Thermenregion. 96 Falstaff Punkte.
- Sauvignon Blanc: Privat 2007, Sattlerhof, Gamlitz, Südsteiermark. 97 Falstaff Punkte.
- Traminer: Gewürztraminer Extrem 2012, Fritz Frühwirth, Klöch, Südoststeiermark. 94 Falstaff Punkte.
- Weissburgunder/Pinot Blanc: Nußberg Große STK Lage 2007, Alois Gross, Ratsch, Südsteiermark. 96 Falstaff Punkte.

Falstaff Weinguide Österreich Südtirol 2013 vorgestellt

Der Falstaff Weinguide ist der anerkannteste Guide zu den besten Winzern und Weinen Österreichs und Südtirols. Auf 890 Seiten finden sich 3230 aktuelle Weine von 482 Weingütern – verkostet, beschrieben und bewertet. Das Muß für den Weinfan ist ab sofort um 16,90 Euro im gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandels sowie Weinfachhandel erhältlich.

Der Falstaff-Verlag

verlegt Österreichs größtes Magazin für kulinarischen Lifestyle mit einer Auflage von 41.500 Stück und 170.000 LeserInnen laut CAWI-Print. Die Marke Falstaff hat österreichweit einen Bekanntheitsgrad von 47 Prozent. Seit 2010 erscheint der Falstaff mit einer eigenen Ausgabe in Deutschland, mittlerweile in einer Auflage von 55.000 Stück.

Falstaff.at ist das reichweitenstärkste Wein- und Genußportal Österreichs und verzeichnet pro Monat 95.000 Besuche und über 465.000 Seitenaufrufe. Neben den Produzenten umfaßt die Falstaff Genußdatenbank rund 30.000 Weine mit Bewertungen, 2600 Restaurants, 1200 Hotels und über 500 Vinotheken. Auch auf dem Social Media Sektor ist Falstaff führend und kann auf eine lebendige Community mit fast 13.000 Facebook-Freunden verweisen. ■

<http://www.falstaff.at>

Großes Ehrenzeichen der Republik an Gideon Eckhaus

Gideon Eckhaus hat das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich erhalten. Der Vorsitzende der Israelisch-Österreichischen Gesellschaft Tel Aviv war seit 1994 maßgeblich an den Restitutionsverhandlungen mit der österreichischen Regierung beteiligt. Das Ehrenzeichen wurde Eckhaus am 28. Juni im Rahmen einer Feierstunde im Empfangssalon des Parlaments von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer überreicht. Die Laudatio auf den Geehrten hält die Schauspielerin und Autorin Topsy Küppers.

Gideon Eckhaus ist gebürtiger Wiener, er wurde 1923 als Sohn des Kaufmanns Karl Eckhaus und dessen Frau Sabine geboren. Die Mutter verstarb frühzeitig. 1935 wurde Gideon Mitglied im zionistischen Jugendverband und strebte die Ausreise nach Palästina im Rahmen der Jugend-Alijah an. 1938 wurde aus der geplanten Alijah eine Flucht vor der nationalsozialistischen Verfolgung. Gideon erreichte Triest, von wo er Anfang 1939 per Schiff nach Palästina gelangte.

Die Firma des Vaters wurde „arisert“, Karl Eckhaus in Auschwitz ermordet. Gideons

Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und der Vorsitzende der Israelisch-Österreichischen Gesellschaft Tel Aviv, Gideon Eckhaus, mit Ehrenzeichen und Urkunde

Bruder überlebte den Holocaust in den USA. Gideon beteiligte sich aktiv am Aufbau des Staates Israel, zunächst als Mitglied der Jewish Settlement Police und der Haganah (der jüdischen Untergrundarmee), später im Militär und in der Arbeit mit jugendlichen Neuein-

wanderern sowie in der israelischen Sozialversicherung. Seit seiner Pensionierung vertritt er als Vorsitzender des Zentralkomitees der Juden aus Österreich in Israel und der Vereinigung der Pensionisten aus Österreich die Interessen seiner Landsleute in Israel. ■

Hohe Wiener Auszeichnung für Südtirols LH Luis Durnwalder

Landeshauptmann Michael Häupl überreichte am 12. Juni dem Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder das „Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern“. An der Ehrung nahmen hochrangige Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur teil.

Häupl würdigte in seiner Laudatio die lange Amtszeit Durnwalders, der trotz schwieriger politischer Entwicklung Südtirols immer die Interessen der Bevölkerung im Auge gehabt habe. Häupl hob die guten Beziehungen Südtirols zu Österreich hervor und erwähnte, daß viele Südtiroler in Wien lebten. Südtirol habe auch einen wesentlichen Stellenwert in einem Europa des Friedens. Abschließend dankte Häupl Durnwalder für die guten persönlichen Beziehungen.

Landeshauptmann Luis Durnwalder erinnerte sich an seine Studentenzzeit in Wien, die er sehr genossen habe, und hob besonders hervor, daß er damals zwei Stipendien aus Wien, nicht aber aus Südtirol bekommen habe. Wien sei eine bedeutende Stadt im Herzen Europas mit zahlreichen interessanten Facetten. Er schätze sehr, daß in Wien die Weinkultur eben ein Teil der Kultur sei,

Foto: Christian Jobst / PID



Landeshauptmann Michael Häupl (r.) bei der Überreichung der Auszeichnung an Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder

was für eine Großstadt eine Besonderheit darstelle. Er betonte, daß die Autonomie Südtirols immer von Österreich unterstützt wurde und auf das Verständnis von Italien gestoßen sei. Die Bezeichnung „Österreichs 10. Bundesland“ sei ihm eine Ehre. Er freue

sich, daß die Südtiroler Kultur in Wien immer wieder gerne präsentiert werden könne. Er setze sich für ein geeintes, friedliches Europa der Regionen ein, in dem die regionalen und länderspezifischen Eigenarten ihren Platz haben sollten, schloß Durnwalder. ■

Goldene Mozart-Medaille an Miloš Forman verliehen

Während der Amerika-Präsentation der Stiftung Mozarteum konnte Miloš Forman die Goldene Mozart-Medaille für seine Verdienste um die Verbreitung Mozarts in Empfang nehmen. Forman realisierte im Jahr 1984 die filmische Umsetzung von Peter Shaffers Theaterstück Amadeus. Dieser Film wurde mit acht Oscars ausgezeichnet. Miloš Forman erhielt für Amadeus seinen zweiten Regie-Oscar.

Die Ehrung erfolgte am 11. Juni im Privathaus von Forman. In Gegenwart seiner Ehefrau Martina, des Präsidiumsmitgliedes Thomas Bodmer und des kaufmännischen Geschäftsführers und künstlerischen Leiters der Stiftung Mozarteum, Matthias Schulz, überreichte Präsident Johannes Honsig-Erlenburg Miloš Forman diese höchste Auszeichnung der Stiftung Mozarteum.

„Für die Verbreitung Mozarts hat Miloš Forman mit der Umsetzung des Amadeus Unglaubliches geleistet. Dafür schuldet die „Mozart-Welt“ Miloš Forman einen besonderen Dank. Es macht große Freude, daß die Stiftung Mozarteum Salzburg Überbringerin dieses Dankes sein darf. Das ist ein besonderes Zeichen der Offenheit und Internationalität der Stiftung Mozarteum“, so Honsig-Erlenburg.

„Die Gespräche bei unserer Begegnung mit Miloš Forman in der vergangenen Wo-



Foto: ISM

v.l.: Thomas Bodmer, Matthias Schulz, Miloš Forman und Johannes Honsig-Erlenburg

che haben noch einmal gezeigt, mit welchem Aufwand und welcher Ernsthaftigkeit dieser Film angegangen wurde und daß er vor allen Dingen ganz von der Musik her gedacht ist. Diese Ehrung war längst überfällig“, so Schulz.

Miloš Forman hat die Ehrung mit großer Freude entgegengenommen und betont, daß er diese, ihm erstmals von einer namhaften österreichischen Kulturinstitution zu Teil gewordene Anerkennung besonders schätze.

Mozart als Mensch und Musiker habe ihn Zeit seines Lebens fasziniert. In besonderer Erinnerung sei ihm die einzigartige Zusammenarbeit mit Sir Neville Marriner.

Die Goldene Mozart-Medaille wird seit dem Jahr 1914 an Persönlichkeiten verliehen, die sich um die Bestrebungen der Stiftung Mozarteum Salzburg hervorragend verdient gemacht haben, wie etwa Bruno Walter, die Wiener Philharmoniker, Sándor Végh, Nikolaus Harnoncourt und András Schiff. ■

Leoben steht für Konrad!

Im Rahmen einer Festveranstaltung im Congress Leoben und in Anwesenheit von 190 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung wurde der Bürgermeister der Stadt Leoben, Hofrat Matthias Konrad, am 19. Juni in Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Leoben feierlich zum Ehrenbürger ernannt und mit dem Ehrenring ausgezeichnet.

Eine Grußadresse hielt Landeshauptmann Franz Voves, der schon viele Jahre erfolgreich mit Konrad zusammenarbeitet. „12 Jahre darf ich Dich schon als Gemeindefereferent begleiten“, so Voves, „wenn es ein Bürgermeister verdient hat, von seiner Gemeinde mit den höchsten Auszeichnungen geehrt zu werden, dann bist Du es!“ Schon lange sei „dieses Leoben auch Dein Leoben geworden!“

Vizekanzler a.D. Hannes Androsch, seit den 1970-er Jahren politisches Vorbild von Konrad, hielt die Laudatio: „Leoben präsentiert sich als Zukunftsstadt. Matthias Konrad hat die Stadt Leoben äußerst erfolgreich und



Foto: Land Steiermark / Freissinger

v.l.: LH Franz Voves, Bgm. Matthias Konrad, Maria Konrad, Vizebgm. Maximilian Jäger und Laudator Vizekanzler a.D. Hannes Androsch

prägnant gestaltet. Leoben steht für Konrad!“

Bürgermeister Konrad war sichtlich gerührt ob der großen Ehre, die seiner Person zuteil wurde und brachte seinen besonderen

Dank zum Ausdruck. „Ja, es ist viel weitergegangen in dieser Zeit. Vielen Persönlichkeiten, die zur positiven Entwicklung von Leoben beigetragen haben, kann ich heute danken!“ ■

Datenhighways für Quanteninformation

An der TU Wien werden Atome quantenphysikalisch an Glasfaserkabel gekoppelt.

Werden wir in Zukunft Emails quantenkryptographisch versenden? Werden wir über gewöhnliche Glasfaserkabel Quantenzustände zwischen Kontinenten teleportieren können? Ultra-dünne Glasfasern, an die lasergekühlte Atome angekoppelt werden, eignen sich hervorragend für Anwendungen der Quantenkommunikation. In Experimenten an der TU Wien konnte nun gezeigt werden, daß solche Glasfasern Quantenzustände lange genug speichern können, um zukünftig Atome über eine Distanz von hunderten Kilometern miteinander quantenmechanisch zu verschränken. Damit ist ein Grundbaustein geschaffen, mit dem man ein globales Glasfaser-Quantenkommunikationsnetz aufbauen kann.

Atome und Licht

„In unserem Experiment verbinden wir zwei unterschiedliche quantenphysikalische Systeme“, erklärt Prof. Arno Rauschenbeutel (Vienna Center for Quantum Science and Technology und Atominstitut der TU Wien). „Einerseits nutzen wir Licht in Glasfaserkabeln, über die man Quanteninformation hervorragend transportieren kann, und andererseits Atome, mit denen man die Information sehr gut speichern kann.“

Indem man die Atome etwa 200 Nanometer entfernt von einer Glasfaser festhält, die selbst nur 500 Nanometer dick ist, kann man eine sehr starke Wechselwirkung zwischen Licht und Atomen erreichen – so läßt sich Quanteninformation zwischen den beiden Systemen austauschen. Dieser Austausch ist die Grundlage für Technologien wie Quantenkryptographie und Quantenteleportation.

Derzeit gibt es unterschiedliche Ideen für Systeme, die sich für quantenmechanische Operationen und für Quanteninformationsaustausch zwischen Licht und materiellen Speichern nutzen lassen. Bei den meisten von ihnen ist es allerdings schwierig, Information effizient hineinzubringen und wieder herauszulesen. Bei der an der TU Wien entwickelten Technologie allerdings ist genau dieser Schritt sehr einfach: „Ein ganz normales Glasfaserkabel, wie man es schon heute zur Datenübertragung verwendet, wird in



Foto: TU Wien / Jacqueline Godany

Prof. Arno Rauschenbeutel in seinem Institut an der TU Wien: Ein realistisches Konzept für ein globales Quantennetzwerk

den Versuchsaufbau hinein und wieder herausgeführt“, sagt Arno Rauschenbeutel. „Unser Quanten-Glasfaserkabel läßt sich also direkt in schon bestehende Glasfasernetze einfügen.“

Stabiler Quantenspeicher

Daß sich Atome kontrolliert und effizient an die Glasfaser ankoppeln lassen, hat die Forschungsgruppe schon in der Vergangenheit gezeigt. Unbeantwortet war bisher allerdings noch die Frage, ob Quanteninformation in den Atomen auch tatsächlich lange genug gespeichert werden kann, um eine quantenphysikalische Übertragung über lange Strecken zu ermöglichen. Nach einer gewissen Zeit verlieren die Atome nämlich ihre

eingeschriebene Information und geben sie an die Umgebung ab – man spricht von „Dekohärenz“.

„Durch einige spezielle Tricks ist es uns gelungen, die Kohärenzzeit der Atome trotz des kleinen Abstands zur Glasfaser auf mehrere Millisekunden zu verlängern“, sagt Rauschenbeutel. In einer Millisekunde bewegt sich Licht in Glasfasern etwa 200 Kilometer weit – in dieser Größenordnung liegt daher die maximale Distanz, die auf diese Weise durch Verschränkung von Atomen überbrückt werden könnte.

Ein realistisches Konzept für ein globales Quantennetzwerk

Auch heute hat man in ganz gewöhn-

lichen Glasfaserleitungen das Problem, daß die Reichweite des Lichts begrenzt ist: Je länger das Kabel, umso schwächer wird das Signal. Man baut daher Repeater-Stationen ein, die das Signal in bestimmten Abständen verstärken – dadurch wird Kommunikation über den gesamten Globus möglich.

Ein bloßes Verstärken des Signals reicht in der Quantenphysik zwar nicht aus, trotzdem lassen sich auf etwas kompliziertere Weise auch Quanten-Repeater bauen. Sie erlauben es, lange Quantenverbindungen aus mehreren Teilstrecken zusammenzufügen. „Wenn man mit unseren Glasfaser-Atom-Systemen ein optisches Quantennetzwerk mit Repeater-Stationen aufbaut, dann könnte man rund um die Welt Quanteninformation übertragen und Quantenzustände teleportieren“, ist Rauschenbeutel zuversichtlich.

Der Artikel ist in der „Physical Review Letters“ erschienen – einer der angesehensten Fachzeitschriften für Physik. ■

<http://www.tu-wien.at>

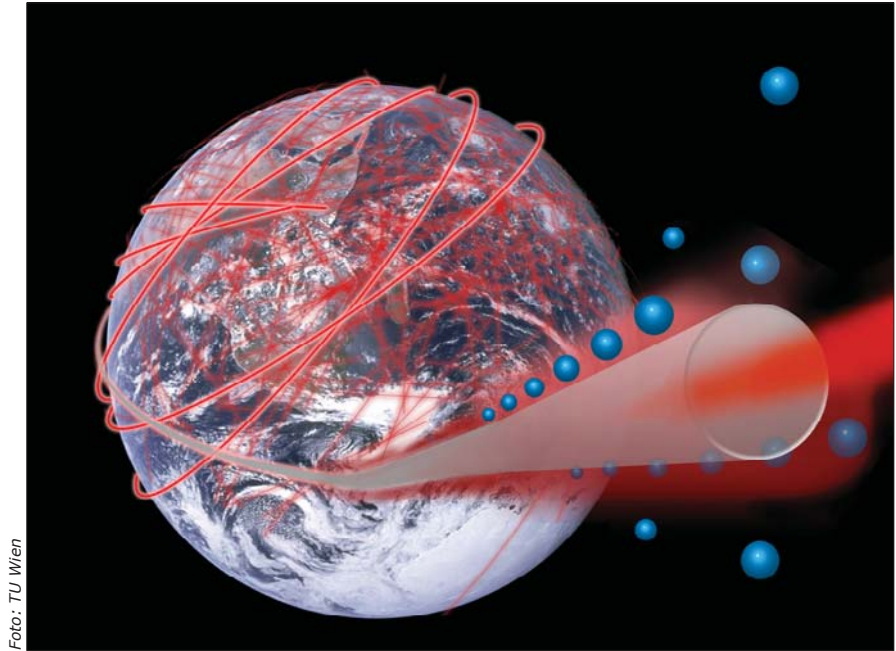


Foto: TU Wien

Atome, gekoppelt als Glasfasern – die Basis für ein weltumspannendes Kommunikationsnetz der Zukunft?

Tanz der Atome

Katalysatoren können ihre Wirkung verlieren, wenn die aktiven Atome auf der Oberfläche zu wandern beginnen. An der TU Wien konnte man diesen Tanz der Atome nun beobachten und erklären.

Wer alleine an der Tanzfläche steht, bewegt sich kaum. Erst wenn man den richtigen Tanzpartner findet, beginnt eine rasche Bewegung. Ähnlich verhalten sich Atome auf Eisenoxid-Oberflächen: Nur mit dem richtigen molekularen Partner starten sie einen rasanten Tanz. Das kann allerdings dazu führen, daß sie am Ende verklumpen – ein Effekt, der bei Katalysatoren großen Schaden anrichtet. An der TU Wien gelang es, die einzelnen Atome dabei zu filmen und so zu beweisen, daß Kohlenmonoxid als Partner für die rasche Bewegung und den gefürchteten Verklumpungseffekt verantwortlich ist. Die Ergebnisse wurden nun im renommierten Fachjournal „Nature Materials“ veröffentlicht.

Klumpen sind Materialverschwendung

„Metalle wie Gold oder Palladium werden oft als Katalysatoren eingesetzt um verschiedene chemische Reaktionen zu beschleunigen“, erklärt Prof. Ulrike Diebold vom Institut für Angewandte Physik der TU Wien. Wenn sich die Metallatome verklumpen, kommen die meisten von ihnen nicht mehr in Kontakt mit dem umgebenden Gas und der

Katalysator-Effekt wird viel geringer. Daher untersucht Diebolds Arbeitsgruppe, wie es bei Atomen auf einer Oberfläche zu diesem Verklumpen kommt und wie man es verhindern kann.

Theorien dazu gab es schon bisher – doch an der TU Wien gelang es nun erstmals, den Atomen tatsächlich beim Verklumpen zuzusehen. „Wir verwenden Palladium-Atome auf einer extrem sauberen Eisenoxid-Oberflächen in einem Ultrahochvakuum, wo wir dann die Atome mit einem Rastertunnelmikroskop einige Stunden lang immer wieder abbilden“, erklärt Gareth Parkinson (TU Wien). Aus diesen Bildern entsteht schließlich ein Film, in dem man den Weg der einzelnen Atome nachverfolgen kann.

Der Sky-Hook-Effekt

Auf diese Weise konnte das Forschungsteam klären, wer die Tanzpartner sind, die einzelne, still herumsitzende Palladium-Atome von ihrem Platz lösen: Es sind Kohlenmonoxid-Moleküle, die sich mit einem einzelnen Palladium-Atom verbinden. Sobald das geschieht, ist das Palladium kaum noch an den Untergrund gebunden, so als wäre es

vom Kohlenmonoxid ein Stück nach oben gehoben worden. „Das nennt man den Sky-Hook-Effekt“, sagt Zbynek Novotny.

Kohlenmonoxid und Palladium tanzen gemeinsam blitzschnell über den Boden, bis sie mit einem anderen Palladium-Atom kollidieren. Dann bleiben die Palladium-Atome aneinander haften, nach und nach können so Cluster aus vielen Atomen wachsen.

Hydroxidgruppen gegen Verklumpung?

Nachdem es jetzt möglich ist, die Mechanismen der Katalysator-Verklumpung in Echtzeit unter dem Mikroskop zu beobachten, lassen sich diese Effekte nun ganz systematisch untersuchen: „Wir konnten feststellen, daß OH-Gruppen auf der Oberfläche den Effekt unterdrücken“, sagt Gareth Parkinson. Trifft das Palladium mit der Kohlenmonoxid-Gruppe auf seinem Tanz nicht auf ein anderes Palladium-Atom, sondern auf eine OH-Gruppe, dann bleibt es an dieser Stelle kleben und kann auch nicht mehr abgelöst werden. Möglicherweise könnte eine Beschichtung mit OH-Gruppen also eine Verbesserung von Katalysatoren möglich machen. ■

Chlorophyll: Keineswegs dasselbe in Grün

Osterreichisch-schweizerischem Team entdeckt lebenswichtige Prozesse

Weltweit werden jedes Jahr in Pflanzen und Algen etwa tausend Millionen Tonnen Chlorophyll gebildet sowie wieder abgebaut. Die Pflanzen bauen ihr grünes Pigment in Blättern und Früchten auf einem weitgehend einheitlichen Weg linear ab. So lautet die bisherige Annahme der Wissenschaft. Geht es nach dem jüngsten Ergebnis von Innsbrucker Chemikern rund um Prof. Bernhard Kräutler und dem Züricher Botaniker Prof. Stefan Hörtensteiner könnte dieses Schema „F“ weiter wanken. Die Zeitschrift *Plant Cell* berichtet darüber – zusammen mit einem Highlight – in ihrer aktuellen Printausgabe.

Kräutlers Gruppe am Institut für Organische Chemie und dem Centrum für Molekulare Biowissenschaften der Universität Innsbruck ist für grundlegende Arbeiten zum Chlorophyll-Abbau bekannt. In den nun vorliegenden Studien wurde in Zusammenarbeit mit dem Team von Prof. Stefan Hörtensteiner vom Institut für Pflanzenbiologie in Zürich untersucht, wie die Acker-Schmalwand (*Arabidopsis thaliana*) ihr Blattgrün abbaut. Die Acker-Schmalwand produziert nicht nur – wie inzwischen Lehrbuchmeinung – auf geradlinigem Weg über enzymatische Reaktionen und mindestens eine nicht-enzymatische Reaktion farblose Abbauprodukte des Chlorophylls, die Phyllobilane. Sie produziert auch eine verwandte Sorte von anderen farblosen Verbindungen, die als „Dioxobilane“ bezeichnet werden. Derartige Abbauprodukte konnte die Innsbrucker Gruppe zuletzt auch für den Spitzahorn (*Acer platanoides*) nachweisen.

Bei der Analyse der Acker-Schmalwand wurde nun auch laut Kräutler „der für den neuen Weg des Chlorophyll-Abbaues verantwortliche Schlüsselschritt entdeckt. Unsere Entdeckung ist von spezieller Tragweite, da die Modellpflanze Acker-Schmalwand ein molekularbiologisch sehr intensiv untersuchter Organismus ist“. Das vollständig entschlüsselte Erbgut dieser weit verbreiteten Pflanze enthält mit 25.700 Genen nicht viel weniger als das Genom des Menschen.

Das Schlüsselenzym beim Übergang des Abbaues von bisher bekannten Phyllobila-

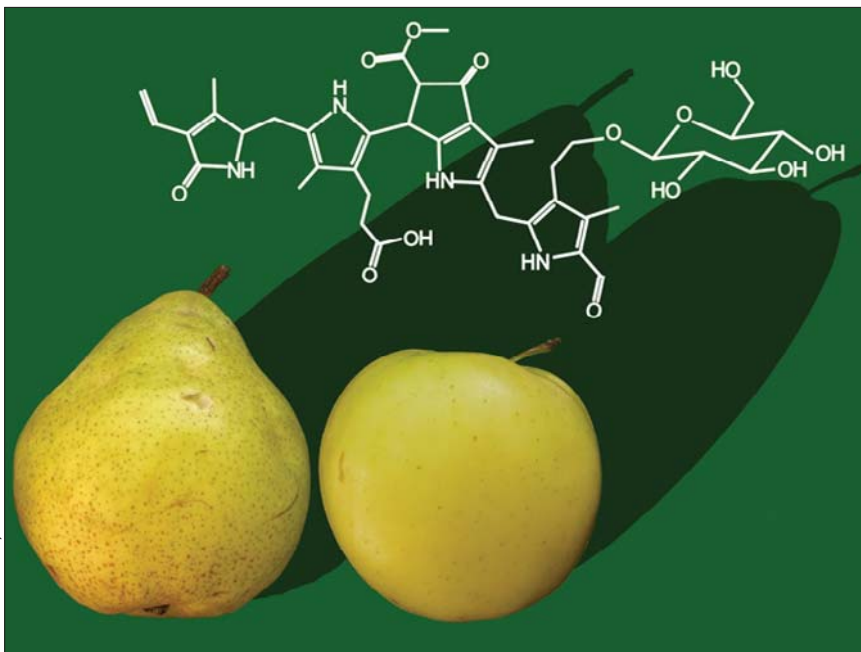


Foto: T. Müller, B. Kräutler

Chlorophyllabbau in Früchten

nen zu Dioxobilanen wurde ebenfalls identifiziert. „Es ist ein Cytochrom P-450, dessen Gen-Abschnitt schon seit längerem als CYP89A9 codiert ist, aber auf die Aufklärung seiner Funktion wartete“, sagt der Chemiker. Cytochrome P-450 enthalten den roten Blutfarbstoff als Cofaktor und sind weitverbreitete Biokatalysatoren. Sie verwenden Luftsauerstoff, um metabolisch wichtige – aber chemisch oft schwierige – Oxidationsreaktionen zu erzielen.

Abbauprodukte sind kein Abfall

Dem Team gelang jetzt nicht nur erstmals der Nachweis, über welche Schlüsselreaktion Dioxobilane aus dem Chlorophyll entstehen. Die Gruppe identifizierte damit auch den entscheidenden Schritt, der dafür verantwortlich ist, daß der Abbau des Blattgrüns – im Gegensatz zu bisherigen Befunden – keineswegs nach Schema „F“ – sondern nichtlinear abläuft. Die eigens aus den herkömmlichen Phyllobilanen entstehenden Dioxobilane haben große strukturelle Ähnlichkeiten mit den Abbauprodukten des Häm, wie dem Bilirubin, dem „Gelbsucht-Pigment“, sowie weiteren Bilinen, die man speziell in der Gallenflüssigkeit findet. „Wir ziehen auch

deshalb den Schluß, daß die Abbauprodukte des Blattgrüns kein Abfall sind, der in den Vakuolen landet, die ja landläufig als „Abfallbehälter der Pflanzenzelle“ bezeichnet werden. Vielmehr dürften die entstehenden Abbauprodukte eine physiologische Rolle in der Pflanze spielen“, betont der Chemiker. Chlorophyll-Abbauprodukte kommen auch natürlich in reifen Früchten vor und sind Teil unserer Nahrung. Dies hat die Gruppe rund um Kräutler vor einigen Jahren bereits nachgewiesen.

Wenn das Team rund um Kräutler und Hörtensteiner Blätter sammelt, diese im Labor extrahiert und mithilfe von Massenspektrometrie und Kernresonanzuntersuchungen die Molekülstrukturen einzelner Substanzen aufklärt, ist die Gruppe den chemischen Grundlagen lebenswichtiger Prozesse auf der Spur. Natürliche Pigmente, wie das Blattgrün oder der für die Farbe unserer roten Blutkörperchen verantwortliche Sauerstofftransporter Häm, besitzen überlebenswichtige Stoffwechsel-Funktionen. Gefördert wurden diese Forschungen zum Chlorophyll-Abbau vom österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF).

<http://homepage.uibk.ac.at/~c72602/kraeutler.htm>

»Neuer« Text aus der Spätantike begeistert Wissenschaft

Experten der Universität Salzburg entdeckten den ältesten im lateinischen Westen produzierten Kommentar zu den vier kanonischen Evangelien und bringen spätantiken Autor ans Licht.

Im Zuge seiner Arbeit an mittelalterlichen Handschriften stößt Lukas Dorfbauer durch Zufall auf einen verloren geglaubten Text: Der Salzburger Philologe konnte einen ohne Verfasseramen überlieferten lateinischen Kommentar zu den vier kanonischen Evangelien als ein Werk der Spätantike identifizieren und seinem Autor zuweisen. Dieser Fund ist in mehrfacher Hinsicht eine Sensation: Es handelt sich um den ältesten im lateinischen Westen produzierten Kommentar zu den Evangelien, der uns annähernd vollständig erhaltenen ist – und der Autor ist Fortunatianus, Bischof von Aquileia um 350 n. Chr. Zu jener Zeit war die Stadt in der heutigen Provinz Udine ein politisches und geistesgeschichtliches Zentrum des römischen Reichs. „Damit hat die Literaturgeschichte einen ‚neuen‘ Autor“, freut sich Prof. Dorothea Weber, Leiterin der Arbeitsgruppe CSEL von der Universität Salzburg über die Entdeckung ihres Mitarbeiters, „das ist schon eine Sternstunde“.

Seit Sommer 2012 ist das CSEL (Corpus Scriptorum Ecclesiasticorum Latinorum, das Corpus der Lateinischen Kirchenväter) an der Universität Salzburg beheimatet, zuvor war die Arbeitsgruppe Teil der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Das Team erforscht christliche Texte in lateinischer Sprache, die zwischen 200 und 700 n. Chr. entstanden sind. Hauptaufgabe des CSEL ist es, wissenschaftliche Ausgaben dieser Texte zu erstellen, mit denen Forscher aus verschiedenen Fachrichtungen – z. B. Theologen oder Historiker – arbeiten können.

Einzigartiges Werk mit Strahlkraft

Der entdeckte umfangreiche Kommentar von Fortunatianus gilt als eines der frühesten derartigen Werke des lateinischen Westens und hat die Bibelauslegung der nachfolgenden Jahrhunderte geprägt. Bisher waren von diesem Kommentar jedoch nur drei kurze Ausschnitte bekannt, das gesamte Werk galt als verschollen. „Texte aus der Spätantike sind uns so gut wie nie im Exemplar des Autors überliefert, sie wurden wieder und wieder

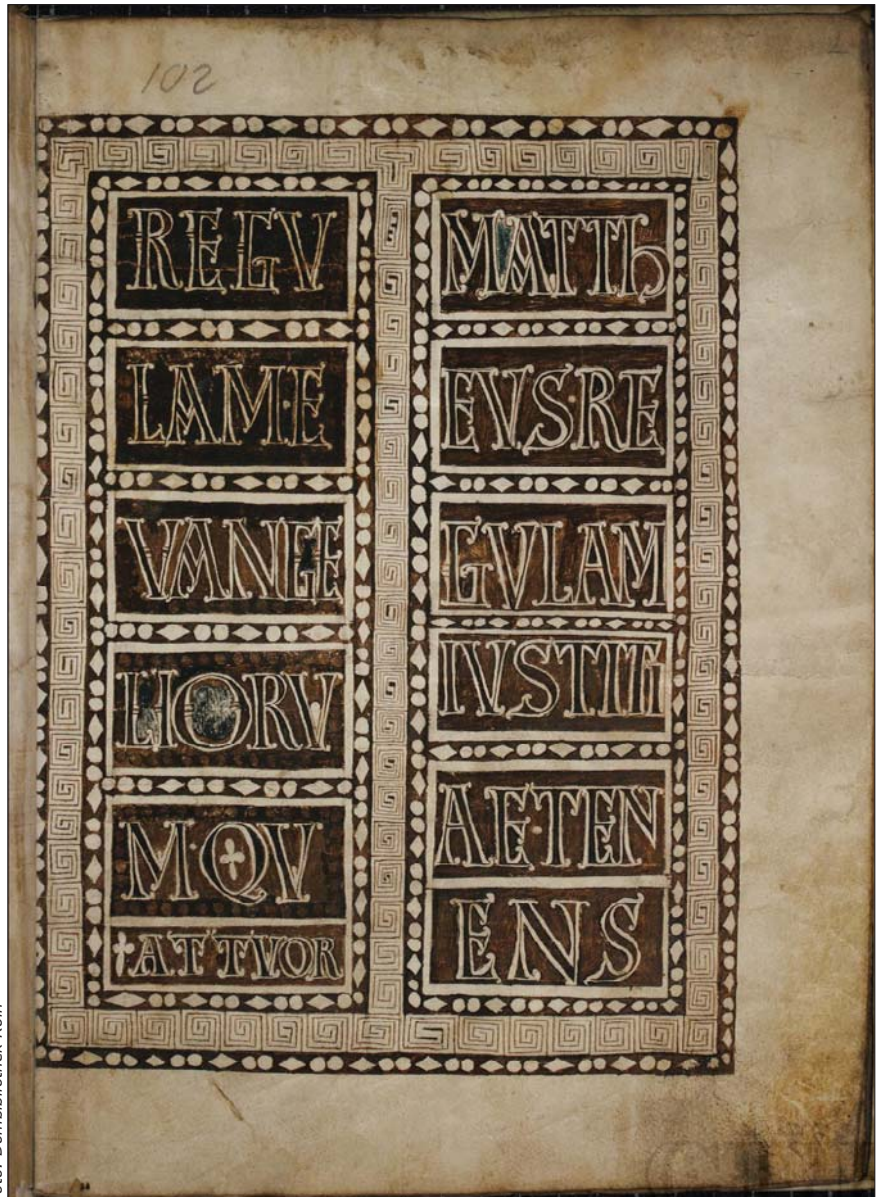


Foto: Dombibliothek Köln

Zu sehen ist der Titel der Kölner Handschrift Nr. 17 aus dem frühen 9. Jahrhundert, die Fortunatians Evangelienkommentar enthält.

händisch kopiert“, erklärt Dorfbauer, „die frühesten für uns greifbaren Abschriften sind mittelalterliche Handschriften“. Solche Abschriften wurden in den Klöstern angefertigt und sind manchmal hunderte Jahre und zahlreiche „Kopiergänge“ vom Original entfernt.

In einer Handschrift aus dem frühen 9.

Jahrhundert, die heute in der Kölner Dombibliothek aufbewahrt wird, ist der Forscher durch Zufall auf Fortunatians Text gestoßen, der dort allerdings ohne Angabe des Autornamens erhalten ist. Hätte Dorfbauer nicht jene drei bisher bekannten Textstellen im Kopf gehabt, wäre die Zuordnung nicht

Foto: Universität Salzburg / Kolarik



Der Salzburger Philologe
Lukas Dorfbauer

möglich gewesen. So aber konnte er seinen Verdacht bald überprüfen: „Wenn alle drei bekannten Ausschnitte in einem einzigen zusammenhängenden Text vereint sind, dessen Inhalt und Sprache überdies zu der entsprechenden Zeit passen, ist jeder Zweifel auszuschließen“, erklärt der Philologe. Er habe diese Entdeckung „vom Schreibtisch aus gemacht und nicht in der Dombibliothek Köln direkt“: Bereits seit ungefähr zehn Jahren ist die mittelalterliche Handschrift mit der Katalognummer 17 in digitalisierter Form verfü-

bar. „Seit diese Handschrift im Internet frei zugänglich ist, konnte sie jeder ansehen“, erzählt Dorothea Weber. „Ich bin sicher nicht der erste, der diese Handschrift angesehen hat, und trotzdem galt der darin enthaltene Text bisher als anonymer Kommentar aus dem Mittelalter“, ergänzt Dorfbauer.

Eine Art »Missing Link« der Literaturgeschichte

Für Literaturwissenschaftler, Historiker oder Theologen ist ein derartiger Sensationsfund so etwas, wie es ein „Missing Link“ in den Naturwissenschaften ist: Die Entdeckung liefert neue Erkenntnisse über die Auslegung der Bibel im 4. Jahrhundert und bietet die Chance, bisherige wissenschaftliche Theorien zu diesem Thema auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Spannend ist zudem die Frage, wo, wann und von wem Fortunatians Text in der Folgezeit verwendet wurde, ohne daß der Name des Autors ausdrücklich angeführt wurde. Denn eines ist bereits jetzt klar geworden: Fortunatians Evangelienkommentar war durchaus bekannt und wurde besonders im 8. und 9. Jahrhundert in Westeuropa benutzt. Es muß daher mehrere – heute verlorene – Kopien des Texts gegeben haben, die im Umlauf waren und gelesen wurden.

Freudige Überraschung in Köln

In der Dombibliothek Köln weiß man erst seit kurzem, welchen Schatz man in der Handschrift mit der Katalognummer 17 auf-

bewahrt. Nun geht es darum, den wertvollen Fund einer wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck erarbeitet Dorfbauer eine kritische, also wissenschaftlich gesicherte Edition: Es würde nicht genügen, den Wortlaut der Kölner Handschrift bloß zu transkribieren und abzudrucken. Denn in den Jahrhunderten, die zwischen der Entstehung des Originaltexts und der vorliegenden Abschrift liegen, welche zu Beginn des 9. Jh. im nördlichen Rheinland angefertigt worden sein dürfte, haben sich zahlreiche größere und kleinere Fehler eingeschlichen. Diese gilt es aufzufinden und nach Möglichkeit zu korrigieren; wo eine Korrektur nicht möglich ist, müssen unsichere Passagen als solche ausgewiesen werden. Um den Originalwortlaut aus dem 4. Jahrhundert möglichst genau rekonstruieren zu können, sucht Dorfbauer derzeit nach weiteren Abschriften. „Ich habe tatsächlich eine Handschrift gefunden, die aus dem Gebiet der heutigen Schweiz oder aus Norditalien stammt. Sie ist ebenfalls im beginnenden 9. Jahrhundert geschrieben worden und enthält Fortunatians Kommentar – allerdings nur in umfangreichen Auszügen, die ein Kleriker für den eigenen Gebrauch aus einem vollständigen Exemplar anfertigte“, berichtet Dorfbauer. Es kann daher sein, daß die Kölner Handschrift die einzige vollständige Kopie des verloren geglaubten Werks darstellt, die es heute noch gibt. Die Suche geht weiter... ■

<http://www.ceec.uni-koeln.de>

Qualen mit Zahlen

PsychologInnen der Uni Graz erforschen Rechenschwäche bei Kindern

Zahlen sind ein wesentlicher Bestandteil der Welt und finden sich in vielen Bereichen wieder. Ohne sie würden Alters-, Längen- und Mengenangaben, Wert- und Maßeinheiten faktisch nicht existieren. WissenschaftlerInnen der Karl-Franzens-Universität Graz setzen sich am Institut für Psychologie unter anderem mit der Verarbeitung von Mathematik im Gehirn auseinander. Untersucht werden jene Vorgänge im Kopf, die dann in Bewegung gesetzt werden, wenn Menschen beispielsweise Zahlen, Rechenbeispiele und Gleichungen wahrnehmen oder Angst vor Mathematik haben. Hierbei kooperieren sie eng im universitären Schwerpunkt „Gehirn und Verhalten“ sowie im Forschungsnetzwerk „BioTechMed-Graz“ mit PartnerInnen anderer Universitäten.

Ein Forschungsgebiet ist die Rechenschwäche – die so genannte Dyskalkulie – bei Kindern. Unter der Leitung von Univ.-Prof. Karin Landerl setzt sich eine Gruppe von PsychologInnen mit diesem Thema auseinander und eruiert die Ursachen dafür. „Schwierigkeiten zeigen sich oft schon beim Versuch, Werte nur miteinander zu vergleichen“, weiß Landerl. Gemessen wird dieses Defizit durch simple Tests: In einfachen Aufgabenstellungen werden zwei Zahlenwerte am Bildschirm gezeigt und die Kinder müssen diese miteinander vergleichen. „Die Reaktionszeiten von Kindern mit Dyskalkulie sind bei dieser simplen Aufgabe deutlich erhöht. Daß die kognitive Verarbeitung jeder einzelnen Zahl mehr Zeit beansprucht, führt bei Betroffenen vermutlich zu einer Überla-

stung des kognitiven Systems beim Rechnen“, erklärt die Wissenschaftlerin.

Anders als der Schriftspracherwerb, der in der Fachliteratur bereits gut aufgearbeitet ist, sind die Forschungen zur Dyskalkulie noch jung. „Es gibt gute Belege, daß Kinder mit einem Interesse für Zahlen geboren werden“, so Landerl. In der Schule lernen sie dann die Größen- und Mengenangaben mit einem symbolischen Zahlensystem zu verbinden. „Hier fangen die Schwierigkeiten an“, sagt die Psychologin. „Es gibt Kinder, die zwar Fähigkeiten mitbringen, Zahlen zu erfassen, aber das System dahinter nicht begreifen können.“ Entgegenwirken LehrerInnen und Eltern hierbei auch mit einer Frühförderung im Vorschulalter, etwa mit Zahlenspielen, führt die Expertin aus. ■

450.000 US-Dollar-Spende für Digitalisierungsprojekt

Die Andrew W. Mellon Foundation mit Sitz in New York fördert ein auf zwei Jahre angelegtes Digitalisierungsprojekt der Österreichischen Nationalbibliothek.

Von Juli 2013 bis Juni 2015 werden im Rahmen des Projekts „Papyri of the Early Arab Period Online“ rund 4.000 wertvolle antike Schriftstücke aus der Papyrussammlung der Österreichischen Nationalbibliothek digitalisiert, die entsprechenden Metadaten erstellt und technische Lösungen für Online-Editionen arabischer, griechischer und koptischer Texte erprobt.

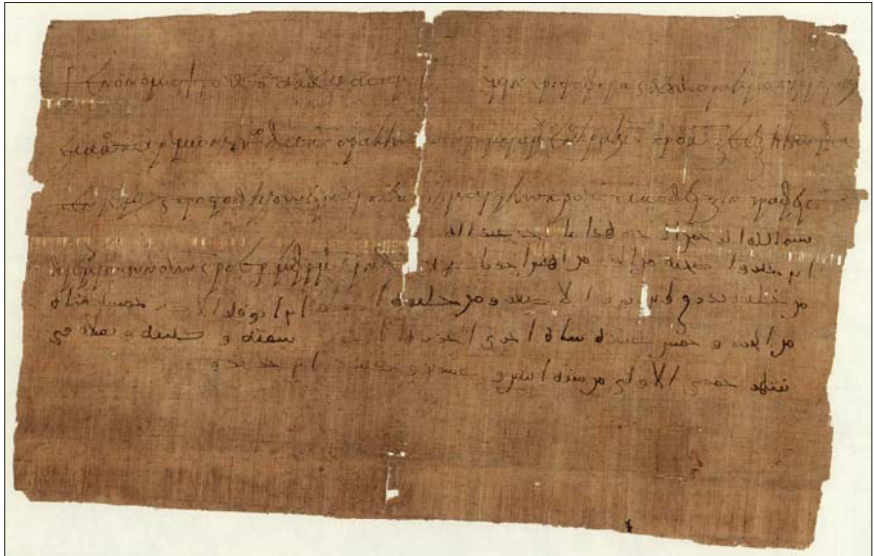
Generaldirektorin Johanna Rachinger: „Das ist ein gelungenes Beispiel für die internationale Vernetzung unseres Hauses und die wissenschaftliche Kooperation unserer einzigartigen Sammlungen. Besonders freut es mich, daß sich an dieses Pilotprojekt ab 2015 ein noch größer dimensioniertes Projekt anschließen soll, bei dem insgesamt 15.000 digitalisierte Objekte frei über die Homepage der Österreichischen Nationalbibliothek zugänglich gemacht werden.“

Die Papyrussammlung der Österreichischen Nationalbibliothek steht auf der UNESCO-Liste „Memory of the World“ als Weltdokumentenerbe und beherbergt einen der weltweit umfangreichsten Bestände an Schriftstücken aus der Spätantike und dem arabischen Mittelalter.

Im Fokus des von der Mellon Foundation geförderten Pilotprojektes stehen Schriften aus dem 7. bis 10. Jh. n. Chr., die ein höchst wertvolles Quellenmaterial für den Alltag des früh-arabischen Reiches darstellen. Es handelt sich um Briefe und Urkunden aus den Bereichen Recht, Finanz- und Steuerverwaltung, die Einblick in die privaten, religiösen und sozialen Lebensverhältnisse geben. Die Texte auf Papyrus, Pergament oder frühem Papier sind in Arabisch, Griechisch und Koptisch verfaßt und belegen so eindrucksvoll die multilinguale Kultur des spätantiken und frühmittelalterlichen Ägypten.

Ziel des Digitalisierungsprojektes ist es, die bislang unpublizierten Dokumente der Forschung und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Mit den Fördermitteln der Mellon Foundation aus dem Scholarly Communications and Information Technology Program werden u. a. eine Wiener Papyrologin und IT-



Papyrus mit dem ältesten exakt datierbaren arabischen Text (25. April 643 n. Chr.). Bestätigt wird darin der Erhalt von 65 Schafen für die Truppenversorgung.



Fotos: Österreichische Nationalbibliothek

Univ.-Prof. Bernhard Palme, Direktor der Papyrussammlung und des Papyrusmuseums, und Johanna Rachinger, Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek, freuen sich über die Förderung der Mellon Foundation.

Spezialistin, eine arabische Papyrologin, ein griechischer Papyrologe sowie eine Konservatorin finanziert, zudem wirken zahlreiche ExpertInnen aus München, Köln, Chicago, Brüssel, Heidelberg, Leiden und Wien mit. Die Koordination dieses Projektes und die Digitalisierung der ausgewählten Objekte erfolgt an der Österreichischen Nationalbibliothek.

Die Mellon Foundation ist nach Andrew William Mellon (1855–1937) benannt, einem US-amerikanischen Bankier und Kunstsammler. Von 1921 bis 1932 war er zudem Finanzminister der Vereinigten Staaten. Die Mellon Foundation wurde 1969 gegründet und fördert heute zahlreiche Projekte vor allem im Bereich Wissenschaft und Kunst. ■ <http://www.onb.ac.at>

Von der Tradition in die Zukunft

150 Jahre Universitätsmedizin Graz und 100 Jahre LKH-Univ. Klinikum Graz



Foto: Med Uni Graz

v.l.: Christa Tax, Elisabeth Freismuth, Kristina Edlinger-Ploder, Sissi Potzinger, Cattina Maria Leitner, Anton Sadjak, Franz Voves, Josef Smolle, Christa Neuper, Martina Schröck, Karlheinz Tscheliessnigg, Andrea Langmann und Gernot Brunner

Die Medizinische Universität Graz und das LKH-Univ. Klinikum Graz feierten am 21. Juni ein besonderes Jubiläum. Seit dem Jahr 1863 leistet die Universitätsmedizin am Standort Graz ihren wichtigen Beitrag in den Bereichen Studium und Lehre, Forschung und PatientInnenbetreuung. Von Anfang an ist die hervorragende Zusammenarbeit mit dem LKH-Univ. Klinikum Graz maßgeblich am Erfolg der Grazer Universitätsmedizin beteiligt. Seit dem Jahr 1912 – dem Eröffnungsjahr des LKH-Univ. Klinikum Graz als größtem und modernsten Krankenhaus Europas – geschieht dieses erfolgreiche Zusammenspiel von Universität und Klinikum am Auenbruggerplatz und gilt weithin als vielbeachtetes Erfolgsmodell.

Starke Partner im Gesundheitsbereich

Seit der Gründung der Medizinischen Fakultät im Jahr 1863 hat sich die Medizin in Graz ständig weiterentwickelt. Neben herausragenden Forschungsleistungen, der Entwicklung neuer Behandlungsmethoden und Diagnoseverfahren sowie einer exzellenten PatientInnenbetreuung, ist von Anfang an die Ausbildung von MedizinerInnen auf höchstem internationalen Niveau eine der wichtigsten Aufgaben der Grazer Universitätsmedizin. Ein besonderes Highlight in diesem

Zusammenhang war die Gründung der Medizinischen Universität Graz als autonome Universität im Jahr 2004. 2011 wurde die gute und bedeutsame Zusammenarbeit mit dem LKH-Univ. Klinikum Graz durch die Unterzeichnung des Zusammenarbeitsvertrages zwischen KAGES und Med Uni Graz bekräftigt. Nun sehen die beiden Institutionen einer gemeinsamen ergebnisreichen Zukunft entgegen.

Ein großes gemeinsames Ziel

Aufbauend auf die lange gemeinsame Tradition sind die Med Uni Graz und das LKH-Univ. Klinikum Graz bestrebt, als gleichberechtigte Partner in eine erfolgreiche gemeinsame Zukunft zu gehen. Dafür haben sich die beiden Institutionen viel vorgenommen. „PatientInnenbetreuung, Lehre und Forschung bedingen einander. Nur durch dieses Zusammenwirken können wir unseren Studierenden eine praxisorientierte Ausbildung anbieten, und auch in der Forschung die Fragestellungen aus der Praxis aufnehmen und zum Wohl der PatientInnen an der Zukunft der Medizin bauen“, betonte Rektor Josef Smolle die Bedeutung der Zusammenarbeit aus universitärer Sicht. „Speziell unsere Biobank und die Biomarkerforschung sind fest in der Klinik verankert, bedürfen aber zur tiefge-

henden wissenschaftlichen Durchdringung auch der umfassenden experimentellen Expertise der theoretischen Institute. Gemeinsam streben wir die Bildung eines europäischen Zentrums für personalisierte Medizin an“, erläutert Rektor Smolle weiter.

Dr.in Cattina Maria Leitner, Vorsitzende des Universitätsrates der Med Uni Graz bekräftigt: „Die Medizinische Universität Graz wird auch in Zukunft ihre Chancen als autonome, lebendige Wissenschaftsträgerin nutzen und die Forschung wird international weiter vernetzt werden.“ Der Export der akademischen Lehre mit Fokus auf „customer/patient preferences“ für fach- und sozialkompetente ÄrztInnen in andere Bundesländer ist – im Rahmen der politischen Vorgaben – ein innovatives Vorhaben, das sich nicht nur aus der geographischen Lage der Med Uni Graz ergibt, sondern vor allem aus dem Erreichten und der Kompetenz ihrer motivierten LeistungsträgerInnen.

Lehre, Forschung und Krankenversorgung sind die drei Seelen, die die zwei Institutionen KAGES und Med Uni Graz im Universitätsklinikum zu einem Geist verbunden haben. Die vertraglich gesicherte Kooperation trägt den permanenten Prozess zur Bündelung der Ressourcen und Hebung von Synergien im Universitätsklinikum. Die Med

Wissenschaft & Technik

Uni Graz ist ein starker Anbieter und verlässlicher Partner im österreichischen Gesundheitssystem.

Zukunftsweisende Infrastrukturmaßnahmen und Personalentwicklungsstrategien

„In Gugging war zuerst das Gebäude, erst dann kam die Uni – in Graz ist es genau andersrum! Der Identitätsverstärkende Med Campus, ein 280 Millionen Euro-Projekt, ist für 2017 auf Schiene und die Bundesimmobilien-Gesellschaft (BIG) ein guter Partner in der Planung und Umsetzung der Bedürfnisse einer Spitzenuniversität“, so Leitner weiter. Hier schließt Gebhard Falzberger, Betriebsdirektor am LKH-Univ. Klinikum Graz an: „Forschung, Lehre und Krankenversorgung sind am LKH-Univ. Klinikum Graz untrennbar miteinander verbunden und sind Erfolgsgaranten einer Zusammenarbeit. Die Bauprojekte LKH 2020 und Medizinischer Campus sind Leuchttürme für die Zukunft.“

An der Medizinischen Universität Graz, wo höhere Bildung in Verbindung mit wissenschaftlicher Forschung vermittelt und wissenschaftlicher Nachwuchs hervorgebracht wird, ist es oberstes Ziel, die Mitarbeitenden in ihrer Arbeit mit begleitenden Maßnahmen der Personalentwicklung zu fördern. Dazu Univ.-Prof.in Andrea Langmann, Vizerektorin für Personal und Gleichstellung: „Wichtige Themen der Zukunft sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Schaffen von flexiblen Arbeitszeitmodellen und die Erhaltung und Förderung der Gesundheit unserer Mitarbeitenden mit Hilfe eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements.“

Studium und Lehre – Ausbildung am Puls der Zeit

In der langen Tradition der Grazer Universitätsmedizin ist der Bereich „Studium und Lehre“ von Beginn an ein zentrales Thema. Seit Gründung der Medizinischen Universität Graz sind die Entwicklungen auf diesem Gebiet rasant vorangeschritten. Der Start des Studiums der Pflegewissenschaft, die Einführung der einzigartigen Pflichtfakultät für Allgemeinmedizin, die Etablierung von internationalen PhD-Programmen und die Eröffnung des ersten Clinical Skills Centers Österreichs sind nur einige der herausragenden Entwicklungen.

Ein knapp bevorstehendes Novum wird das erstmals im Jahr 2013 an allen drei öffentlichen Medizinischen Universitäten gemeinsam und inhaltlich ident abzuhaltende

Aufnahmeverfahren für die Studienrichtungen Human- und Zahnmedizin sein. „Durch diesen wichtigen Schritt wird unter anderem das Bestreben nach mehr Fairness sowie besserer Vergleichbarkeit von Zulassungsbedingungen zu diesen Studienrichtungen in Österreich erfüllt“, erläutert Univ.-Prof. Hans Peter Dimai, Vizerektor für Studium und Lehre. Die Medizinische Universität Graz trägt durch ihre langjährige Erfahrung in der Entwicklung, Abhaltung und wissenschaftlichen Aufbereitung von Aufnahmeverfahren in den genannten Studienrichtungen maßgeblich zur erfolgreichen Umsetzung dieses gemeinsamen Aufnahmeverfahrens bei.

Aufbauend auf das Curriculum des 2002 eingeführten Diplomstudiums Humanmedizin, sind nach einer eingehenden Evaluierung des Bestehenden eine Reihe von strukturellen Maßnahmen geplant, um die Umsetzung des Studienplanes zu erleichtern. „In Abstimmung mit den anderen Medizinischen Universitäten Österreichs wurde bereits ein Kompetenzkatalog Klinischer Fertigkeiten implementiert, der in weiterer Folge nur einen Teil des Grazer Lernzielkataloges des Klinischen und theoretischen Wissens, der nötigen Fertigkeiten und der einzunehmenden Haltungen darstellen wird“, erläutert Univ.-Prof. Anton Sadjak, Senatsvorsitzender an der Med Uni Graz.

Wissenschaftliche Forschung – Neue internationale Forschungsprojekte

Die Eröffnung des Zentrums für Medizinische Forschung an der Med Uni Graz, die Inbetriebnahme einer modernen Magnetresonanztomographie-Forschungsanlage, drei Ludwig-Boltzmann-Institute, der Start des K-Projektes „BioPersMed“ und das erste Christian Doppler Labor zur Analyse biologischer Proben sind nur einige Beispiele, welche die erfolgreiche wissenschaftliche Forschung an der Med Uni Graz beschreiben. So konnte mit Hilfe dieser ausgezeichneten Infrastruktur die Forschungsleistung seit der Gründung der Med Uni Graz im Jahr 2004 bereits verdreifacht werden.

Im Bereich des Biobankings gehört die Med Uni Graz mittlerweile zu den europäischen Themenführern und nimmt national eine Vorreiterrolle ein. Diesen erfolgreichen Weg wird die Universität in den kommenden Jahren konsequent weitergehen. „Ein Fokus wird auf der europäischen Zusammenarbeit im neuen EU-Forschungsrahmenprogramm HORIZON 2020 liegen. Weiters wird die exzellente Biomarkerforschung am Standort Graz weiter verstärkt“, so Univ.-Prof.in Irm-

gard Lippe, Vizerektorin für Forschung und Internationales. Dazu bereitet die Med Uni Graz derzeit in Partnerschaft mit der Karl-Franzens-Universität, der Technischen Universität Graz und Joanneum Research ein interdisziplinäres Kompetenzzentrum für Companion Diagnostics and Biomarker Research im Rahmen des Kompetenzzentren-Programms COMET der FFG vor.

Innovative PatientInnenbetreuung auf international höchstem Niveau

Die innovative PatientInnenbetreuung am Standort Graz geschieht auf international höchstem Niveau. „Durch das direkte Zusammenwirken von Med Uni Graz und LKH-Univ. Klinikum Graz ergibt sich eine ausgezeichnete Symbiose aus Lehre, Forschung und Krankenversorgung, von der vor allem die PatientInnen profitieren“, so Univ.-Prof. Gernot Brunner, ärztlicher Direktor des LKH-Univ. Klinikum Graz. Durch die hervorragende Zusammenarbeit ist gewährleistet, daß die Krankenversorgung immer auf modernstem, internationalem Niveau stattfinden kann und sämtliche Innovationen aus dem Bereich der Forschung für die Krankenversorgung unmittelbar zur Verfügung stehen.

Die Pflege präsentiert sich als gleichwertiger Partner der Medizin und gewährleistet so die bestmögliche Versorgung der PatientInnen. Die demographische Entwicklung verbunden mit der Zunahme alter und multimorbider Menschen stellt auch die Pflege im Krankenhaus vor neue Herausforderungen. „Der Umgang mit kognitiv beeinträchtigten PatientInnen im Akutkrankenhaus, die kultursensible Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund und der zunehmende Fokus auf Prävention – auch im Pflegebereich – wären hierfür nur beispielhaft anzuführen. Um in Zukunft ausreichend geeignete Pflegekräfte für eine qualitativ hochwertige Betreuung von PatientInnen zu gewinnen, müssen transparente Kompetenzmodelle in der Praxis implementiert und damit einhergehend die Möglichkeit von Fachkarrieren in der Pflege geschaffen werden“, so Christa Tax, Diplomkrankenschwester und Pflegedirektorin am LKH-Univ. Klinikum Graz. Dies erfordert durchgängige Ausbildungswege in der Pflege – von einer adäquaten Grundausbildung bis hin zum akademischen Abschluß. Eng verbunden damit sind die noch stärkere Vernetzung von Pflegepraxis und Pflegeforschung und die Integration von wissenschaftlichen Ergebnissen in die Pflege. ■

<http://www.medunigraz.at>

<http://www.lkh-graz.at>

Wir portraitieren in dieser Serie heimische Universitäten und Fachhochschulen. In der Folge 4:

Die Fachhochschule Burgenland

mit ihren zwei Studienzentren in Eisenstadt und Pinkafeld im sonnigsten Bundesland Österreichs gelegen, ist der ideale Standort für Wachstum. Denn neben lokalen kulinarischen Besonderheiten wachsen hier ca. 1600 Studierende jährlich über sich hinaus.



Foto: Fachhochschule Burgenland GmbH

Der weit ausladende Hörsaaltrakt der Standorts Eisenstadt der FH Burgenland sorgt für erkennbare Signifikanz und setzt eine weithin sichtbare einladende Geste. Die Wege im Gebäude sind kurz und netzartig verflochten.

Eine einzigartige Community aus Lehrenden, VertreterInnen der Praxis und Forschung bzw. StudentInnen läßt die Führungskräfte der Zukunft reifen und erfolgreich gedeihen. Neben Regionalität spielen Interkulturalität, aber auch Innovation und Forschung eine wichtige Rolle im Studienalltag der Fachhochschule (FH) Burgenland. Persönliche und individuelle Betreuung der Studierenden ist oberstes Ziel – an der FH Burgenland ist niemand eine Nummer. Sie begleitet ihre Studierenden in ihren aktuellen Lebenssituationen und bietet Service und Unterstützung – für Vollzeitstudierende aber auch für berufsbegleitend Studierende.

Über 4000 AbsolventInnen in guten Positionen und eine Beschäftigungsquote von rund 99 Prozent beweisen die hohe Ausbildungsqualität an der Hochschule.

Vollzeit und berufsbegleitend Studieren

Individuelle Betreuung für Vollzeit- und berufsbegleitend Studierende ist an der FH Burgenland selbstverständlich. Vollzeitstudierende nutzen wochentags (Montag bis Freitag) die moderne und serviceorientierte Infrastruktur der beiden Studienzentren in Eisenstadt und Pinkafeld. Berufstätige studieren mittels Blended Learning, einer Mischform aus geblocktem Präsenzstudium am Wochenende und zusätzlichem Studium auf internetbasierten Plattformen.

Wirtschaft

(mit Schwerpunkt Mittel-Osteuropa)

Die projektorientierte Managementausbildung überzeugt durch ihren einzigartigen Fokus auf Mittel-Osteuropa. Ein breites Sprachenangebot, Studienaufenthalte an

Partnerhochschulen, Berufspraktika und Sommerkollegs erweitern im Bachelorstudengang die interkulturelle Handlungskompetenz. Die Masterstudiengänge vertiefen die Managementausbildung in ausgewählten Bereichen: Human Resource Management, Europäische Studien, Konsumenten- und Marktforschung, Weinmarketing, internationales Finanz- und Rechnungswesen.

- Bachelorstudiengang Internationale Wirtschaftsbeziehungen,
- Masterstudiengang Internationale Wirtschaftsbeziehungen,
- Masterstudiengang Europäische Studien – Management von EU-Projekten
- Masterstudiengang Human Resource Management und Arbeitsrecht MOEL
- Masterstudiengang Internationales Weinmarketing.

Foto: Andi Brückner



Die freundliche Atmosphäre am Campus Pinkafeld schafft ein sehr persönliches Ambiente für Studierende. Offene Servicebereiche, moderne Seminarräume, eine Bibliothek sowie ein technisch sehr gut ausgestattetes Energie-Umwelt-Gesundheit-Labor bieten Studierenden optimale Studier- und Forschungschancen.

Informationstechnologie und Informationsmanagement

Der Umgang mit Information steht im Mittelpunkt von zwei Bachelor- und drei Masterstudiengängen. Die Themen reichen von der Organisation von Information und Wissen über IT Infrastruktur-Management bis hin zur Gestaltung von Geschäftsprozessen in wirtschaftlicher und technischer Sicht. Besonderer Wert liegt in allen Studiengängen auf der Vernetzung mit Wirtschaftspartnern, dem Erwerb von Praxiserfahrung und projektorientierter Lösungskompetenz.

- Bachelorstudiengang Information Medien & Kommunikation
- Bachelorstudiengang IT Infrastruktur-Management
- Masterstudiengang Angewandtes Wissensmanagement
- Masterstudiengang Information, Medien-Kommunikation und
- Masterstudiengang Business Process Engineering & Management

Energie-Umweltmanagement

In vier Studiengängen vermittelt dieser Studienbereich eine umfassende technische Ausbildung unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen und rechtlichen Managementaspekten. Die Inhalte Energie- und Umwelt-

management, Energietechnik, nachhaltige Energiesysteme sowie Gebäudetechnik und Gebäudemanagement bieten zukunftsorientierte Möglichkeiten für Studierende. Am Campus Pinkafeld sind Studierende im Rahmen von Studienprojekten und Diplomarbeiten aktiv in Forschung und Entwicklung eingebunden.

- Bachelorstudiengang Energie- und Umweltmanagement
- Masterstudiengang Energie- und Umweltmanagement
- Masterstudiengang Gebäudetechnik und Gebäudemanagement
- Masterstudiengang Nachhaltige Energiesysteme

Gesundheit

Zwei zukunftsorientierte Studiengänge stehen im Zeichen der Gesundheit und bieten eine wissenschaftlich fundierte und praxisorientierte Berufsausbildung zum/zur GesundheitsmanagerIn. Einzigartig in Österreich ist dabei die Schwerpunktsetzung im Bereich Gesundheitsförderung und das breite interdisziplinäre Studienangebot. Das Curriculum umfaßt Inhalte wie Gesundheits- und Sozialwissenschaften, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, Gesundheitskommunikation, Gesundheitsförderung und Fremdsprachen.

- Bachelorstudiengang Gesundheitsmanagement und Gesundheitsförderung
- Masterstudiengang Management im Gesundheitswesen
- Ab Herbst 2014 starten zwei neue Studiengänge: „Gesundheits- und Krankenpflege“ bzw. „Physiotherapie“. Studierende schließen nach 6 Semestern mit dem „Bachelor“ und der gesetzlich vorgeschriebenen Berufszulassung in den jeweiligen Bereichen ab.

Studium ohne Matura

Für BerufspraktikerInnen ist die Lehrabschluß- oder Meisterprüfung nicht das Ende der Karriereleiter. Gerade Menschen, die bereits einen Beruf erlernt haben und danach eine akademische Ausbildung absolvieren, sind am Arbeitsmarkt sehr gefragt. Auch ohne Matura steht ihnen – unter bestimmten Voraussetzungen – ein Fachhochschulstudium offen: Alle diesbezüglichen Informationen finden Sie im Internet-Angebot der FH Burgenland.

FH als Bildungspartner für Unternehmen

„Wir sind für berufliche Weiterbildung sicherlich ein idealer Partner. Denn durch jahrelange Erfahrung mit Studenten, die

zu Herz-Kreislauf-Gesundheit und betrieblicher Gesundheitsförderung.

Nur wer in die Ferne blickt, erkennt das Nahliegende.

Die FH Burgenland liegt als internationale Hochschule genau richtig im Zentrum von Europa und auf die Internationalisierung des Ausbildungsangebots wird besonderer Wert gelegt. Den Studierenden werden interkulturelle Lehrveranstaltungen und Sprachvermittlung durch Native Speaker, Auslandsaufenthalte und Berufspraktika in verschiedenen EU Staaten angeboten. GaststudentInnen, -professorInnen und -forscherInnen aus den EU- und MOE-Ländern machen das Campusleben bunt und interkulturell.

Die StudentInnen haben die Möglichkeit, an Sommerhochschulen oder Studienexkursionen im Ausland teilzunehmen.

Im Wissenschaftsbereich umfassen die Tätigkeiten gemeinsame europäische Projekte und Forschungsinitiativen mit Partnerinstitutionen. Möglich wird das durch die Teilnahme an EU-Bildungsprogrammen (ERASMUS) und anderen nationalen Förderprogrammen (bm:bwk).

Die FH Burgenland verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Partnerhochschulen in 18 Ländern der EU, in der Schweiz und in Rußland (Sommerkolleg). Diese Hochschulpartner tragen durch einen regen Studierenden- wie Lehrendenaustausch entscheidend zur Internationalisierung bei.

Lehrende unterrichten an den Partnerhochschulen, um den dortigen Studierenden ein internationales Umfeld zu bieten und



Foto: Fachhochschule Burgenland GmbH

Eine einzigartige Community aus Lehrenden, VertreterInnen der Praxis und Forschung bzw. StudentInnen läßt die Führungskräfte der Zukunft reifen...

„neben“ dem Beruf studieren, und mit online learning wissen wir, wie ein berufsbegleitendes Studium für die Studierenden ‚schaffbar‘ wird. Außerdem sind im Burgenland keine Studiengebühren zu bezahlen – das ist mit Sicherheit auch ein Anreiz“, sagt Georg Pehm, Geschäftsführer FH Burgenland.

Das Studienzentrum in Eisenstadt

mit ungefähr 10.000 m² Nutzfläche ist modern und großzügig ausgestattet. Der Campus verfügt über Hörsäle in verschiedenen Größen mit guter technischer Ausstattung, Seminar- und PC-Räume, eine exzellent bestückte Bibliothek und ein direkt angeschlossenes Studierendenheim. Fitneßstudio, Geschäfte und Gastronomie sind zu Fuß erreichbar.

Der weit ausladende Hörsaaltrakt sorgt für erkennbare Signifikanz und setzt eine weithin sichtbare einladende Geste. Die Wege im Gebäude sind kurz und netzartig verflochten.

Ein Sensoriklabor steht Studierenden im Bereich Wirtschaft für Studien in der Marktforschung und Sensorik zur Verfügung. Im Bereich Informationstechnologie und Informationsmanagement wurde ein eigenes Medienlab eingerichtet. Projekte rund um die Themen eKommunikation, eLearning, Medien und Wissensmanagement werden auf internationalem Niveau durchgeführt.

Pinkafeld, die Insel im Grünen

Die freundliche Atmosphäre am Campus Pinkafeld schafft ein sehr persönliches Ambiente für Studierende. Offene Servicebereiche, moderne Seminarräume, eine Biblio-

thek sowie ein technisch sehr gut ausgestattetes Energie-Umwelt-Gesundheit-Labor bieten Studierenden optimale Studier- und Forschungschancen.

Ein Studierendenheim ist in unmittelbarer Nähe des Studienzentrums. Gastronomie und Geschäfte sind gut erreichbar.

Der Campus Pinkafeld eröffnete 2009 das Josef- Ressel-Zentrum CFD-Centre Austria. Im Energie-Umwelt-Gesundheit-Labor forschen Studierende mit ProfessorInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen in innovativen Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Bereichen nachhaltige Energiesysteme, Gebäude und in Modellprojekten



Foto: Fachhochschule Burgenland GmbH

Energie-Umweltmanagement: Die Inhalte Energie- und Umweltmanagement, Energietechnik, nachhaltige Energiesysteme sowie Gebäudetechnik und Gebäudemanagement bieten zukunftsorientierte Möglichkeiten für Studierende.

Foto: Fachhochschule Burgenland GmbH



Georg Pehm (l.) und Josef Wiesler, die Geschäftsführer FH Burgenland

Kontakte mit ausländischen KollegInnen für Projekte und Kooperationen zu knüpfen. Ebenso kommen Lehrende aus den Partnerhochschulen innerhalb verschiedener Aktivitäten an die FH Burgenland, um den Studierenden internationale Erfahrungen im Studium zu ermöglichen.

FH Burgenland baut Forschung weiter aus

„Die FH Burgenland setzt noch mehr Aktivitäten in der Forschung – in allen Studienbereichen, mit neuer Organisation, mehr Geld und eigenem Forschungscoach.“ Das kündigten die beiden Geschäftsführer Georg Pehm und Josef Wiesler am Anfang dieses Jahres an. Die FH weist große Forschungs-Kompetenz auf. In den letzten neun Jahren wurden zuerst an der FH Burgenland direkt und dann sukzessive über die Tochtergesellschaft „Forschung Burgenland GmbH“ (früher „Forschung- und Technologietransfer Pinkafeld GmbH“ (FTP) mehr als 170 Projekte mit einem Volumen von ca. 7 Mio. Euro erfolgreich abgewickelt. Aktuell werden zusätzlich rund 30 Projekte mit einem Volumen von mehr als 4,5 Mio. Euro durchgeführt. „Damit ist die Fachhochschule Taktgeber in der Innovation. Wirtschaft, Studierende und die Wissenschaftler profitieren davon“, unterstreicht Pehm.

Zusätzlich 300.000 Euro für Forschung

„Innovation ist der Motor für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und neue Arbeitsplätze schlechthin – gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten. Deshalb versuchen

wir, zusätzliche und hochkarätige Forschungs- und Entwicklungsprojekte an beiden Standorten der FH Burgenland an Land zu ziehen und mit der Wirtschaft umzusetzen.“ Wie das geschehen soll, werde nun gemeinsam mit den Experten der FH und Studiengangsleitern in eine „Forschungsstrategie 2030“ gegossen.

„Wichtig ist uns, daß wir dazu auch namhafte Wissenschaftler und Experten aus verschiedenen Bereichen zum Nach- und Vordenken für das Burgenland einbinden können. Zudem wird die FH Burgenland weitere 300.000 Euro in den Ausbau der Forschungs-Kompetenz investieren“, kündigte Pehm an: „Das sind Mittel, die sich für das Land Burgenland und die Hochschule garantiert rechnen.“

„Die Forschungsaktivitäten im Kompetenzbereich Energie-Umweltmanagement sind ein Vorzeigebeispiel dafür, wie Ergebnisse hochkarätiger Forschung in konkrete wirtschaftliche Vorteile und innovative Arbeitsplätze übergeführt werden“, anerkennt Pehm die bisherigen Leistungen der FH-WissenschaftlerInnen: „Was uns insbesondere im technischen Bereich an Aufbau- und Grundlagenarbeit gelungen ist, soll nun noch mehr auf die Bereiche Wirtschaft, Informationstechnologie und Informationsmanagement, sowie Gesundheit ausstrahlen.“

Forschungscoach hilft über bürokratische Hürden hinweg

„Die Wirtschaft schätzt und baut auf die Expertise unseres Forschungsteams“, unterstreicht Geschäftsführer Wiesler, der mit

dem Jahreswechsel 2012/2013 nun auch in der Geschäftsführung der Forschung Burgenland tätig ist. Studierende der FH würden praxisrelevantes Wissen und On-the-job-Erfahrung mit hinaus in die Unternehmen tragen. Diese unsichtbare Know How-Schiene wirke, mache die Unternehmen stärker und auch resistenter gegen wirtschaftliche Krisenzeiten.

„Forschung braucht viel Kompetenz und Initiative. Einen Forschungsauftrag zu bekommen, ist nicht minder arbeitsintensiv“, macht Wiesler auf umfangreiche administrative und bürokratische Hürden aufmerksam, die vom Forschungsantrag bis zur erfolgreichen Abrechnung eines Projekts erforderlich sind. Um gute Ideen in Hinkunft noch öfter umsetzen zu können, hat die FH Burgenland über ein EU-Projekt nun einen „Forschungscoach“ installiert. „Er steht den Studierenden, unseren WissenschaftlerInnen, aber auch externen Partnern im Wettlauf um Forschungsmittel und in der erfolgreichen Umsetzung von Projekten zur Seite“, erläutert Wiesler.

»Lehrgänge zur Weiterbildung« im Austrian Institute of Management

Einen akademischen Abschluß machen, ohne einen Tag in einer Hochschule zu verbringen? – Genau das ist es, was das „Austrian Institute of Management“ (AIM) über Fernlehre anbietet. Das Unternehmen der FH Burgenland führt zunächst drei „Lehrgänge zur Weiterbildung“ im Programm. Diese schließen mit einem „Master of Business Administration“ (MBA) ab. Das technische Know How kommt vom oberösterreichischen Bildungsinstitut WWEDU World Wide Education. Für die wissenschaftliche Qualität sorgt ein Beirat aus erfahrenen Hochschullehrern. „Einerseits ist die Fernlehre eine besonders attraktive Möglichkeit für Berufstätige, einen postgradualen Abschluß zu erreichen“, betont Georg Pehm, Geschäftsführer des AIM und der FH Burgenland. Andererseits stelle die Fernlehre für die FH Burgenland eine Chance dar, in einem dynamischen Bildungssegment zu punkten. „Bildung wird grenzenlos und damit die ganze Welt zum Hörsaal“, sagt Pehm: „Diesem Trend folgen wir und nutzen ihn.“ ■

<http://www.aim.ac.at>

<http://www.fh-burgenland.at>

Follow us on

<http://www.twitter.com/FHBurgenland>

Werden Sie Fan auf

<http://www.facebook.com/fhburgenland>

Dekadenz – Positionen des österreichischen Symbolismus

Erstmals widmet das Belvedere den vielfältigen Positionen des Symbolismus in Österreich eine große Ausstellung – von 21. Juni bis 13. Oktober 2013

Als ersten Schritt einer längst überfälligen Aufarbeitung der höchst bedeutenden, bislang fast ausschließlich in Teilaspekten thematisierten Richtung der österreichischen Kunst um 1900 bietet die Schau einen Überblick über die Entwicklung der symbolistischen Kunstauffassung in Österreich und Mitteleuropa. Mit einer vielfältigen Zusammenstellung künstlerischer Standpunkte zu verschiedenen Themen veranschaulicht „Dekadenz – Positionen des österreichischen Symbolismus“ die große Bandbreite an Stilen und persönlichen Ausdrucksmöglichkeiten. Eine künstlerische Intervention des kanadischen Komponisten und Installationskünstlers Robin Minard erweitert das visuelle um ein akustisches Ausstellungserlebnis, wodurch die Schau dem interdisziplinären Anspruch der Kunstströmung gerecht wird.

Symbolismus als Ausgangspunkt für die Moderne

„Obwohl er die Basis für relevante Strömungen des 20. Jahrhunderts bildete, etwa für den magischen oder den fantastischen Realismus der Zwischen- bzw. Nachkriegszeit, hatte der Symbolismus einen schweren Stand in der Kunstwelt – das Fantastische, Überbordende galt als unmodern, irrational und dekadent. Tatsächlich spielte die lange wenig beachtete Kunstrichtung aber besonders in Österreich eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Moderne – sie bildete sich bereits in den 1870er-Jahren aus dem Geist der *Décadence* heraus, die eine abgründige Ästhetik des Verfalls, des Mystischen und Rätselhaften für sich entdeckte“, erläutert Agnes Husslein-Arco, Direktorin des Belvedere. Egon Schiele und Oskar Kokoschka schöpften die Grundlagen ihrer expressionistischen Arbeiten aus dem Symbolismus, die Werke Gustav Klimts oder Koloman Mosers

basieren auf symbolistischem Gedankengut, und selbst für die Entwicklung der abstrakten Malerei war die Strömung äußerst bedeutsam, wie etwa im Falle von Frantisek Kupka deutlich wird.

Auf der Suche nach einer Ausdrucksform für Sinnlichkeit, Magie und tiefe Bedeutsamkeit

Als Ausweg aus dem Pomp des Historismus und der Oberflächlichkeit des Naturalis-



Gustav Klimt, »Ein Blumenfest«, 1896
(Kalenderblatt auf das Jahr 1897)
Druck K.K. Hoflithograf A. Haase, Prag
1897; Chromolithografie auf Papier
50 x 65 cm

Foto: Kunstgewerbemuseum, Prag

mus war die damalige junge Künstlergeneration auf der Suche nach einer Ausdrucksform, die Sinnlichkeit, Magie und tiefe Bedeutsamkeit verkörperte. Sie spürte den Rätseln von Mythologie und Mystik nach und schuf ihre eigenen modernen Mythen. Anstelle der historistischen Repräsentationsmalerei trat der subjektive Blick auf seelische Vorgänge in den Mittelpunkt, was sich in einer suggestiven Farb- und Formensprache äußerte. Die Abwendung von der Realität führte manche Künstler zur Idylle, andere zu kosmischen Visionen. Kunstschaffende wie Max Klinger, Franz von Stuck, Fernand Khnopff und Jan Toorop vermittelten diese Ästhetik insbesondere über die Wiener Secession in Österreich und Mitteleuropa. „Dekadenz – Positionen des österreichischen Symbolismus veranschaulicht, wie die Kunstauffassung der Décadence im Kontext des Fin de Siècle zur Auflösung der traditionellen ästhetischen Normen zugunsten eines freien, kreativen Experimentierens mit den Möglichkeiten der bildlichen Darstellung führte. Da der Symbolismus einerseits verschiedenste Stilrichtungen umfaßte, sich andererseits auch auf Literatur, Poesie und Musik erstreckte, gilt er nicht als Stil, sondern vielmehr als Geisteshaltung“, erklärt Alfred Weidinger, Vizedirektor des Belvedere und Kurator der Ausstellung.

Dieser interdisziplinäre Charakter fand in der Entwicklung des secessionistischen Gesamtkunstwerks einen Höhepunkt und wird durch die akustische Intervention des kanadischen Komponisten und Installationskünstlers Robin Minard, der mithilfe von mehr als 2000 Lautsprechern ein grafisches Ornament aus den Ausstellungen der Secession aufgreift und sich dabei von symbolistischer Musik, Literatur und Lyrik inspirieren läßt, in die Schau integriert.

Symbolistische Bildwelten zwischen Vision und Suggestion: das Gesamtkunstwerk

In die Themen Von der Allegorie zum Symbol, Gesichter – Körper – Landschaften, Fin de Siècle und Goldenes Zeitalter, Die Frau als Symbol, Zwischen Unterwelt und Weltall sowie Richard Wagner und die Symbolisten gliedert, zeigt die Schau u. a. Werke von Gustav Klimt, Egon Schiele, Giovanni Segantini, Gustave Moreau, Max Klinger, Arnold Böcklin, Jan Toorop, Fernand Khnopff, Alfred Kubin, Franz von Stuck, Luigi Bonazza, Wilhelm Bernatzik, Wilhelm List, Maximilian Lenz, Erich Mallina, Rudolf Jettmar, Eduard Veith,

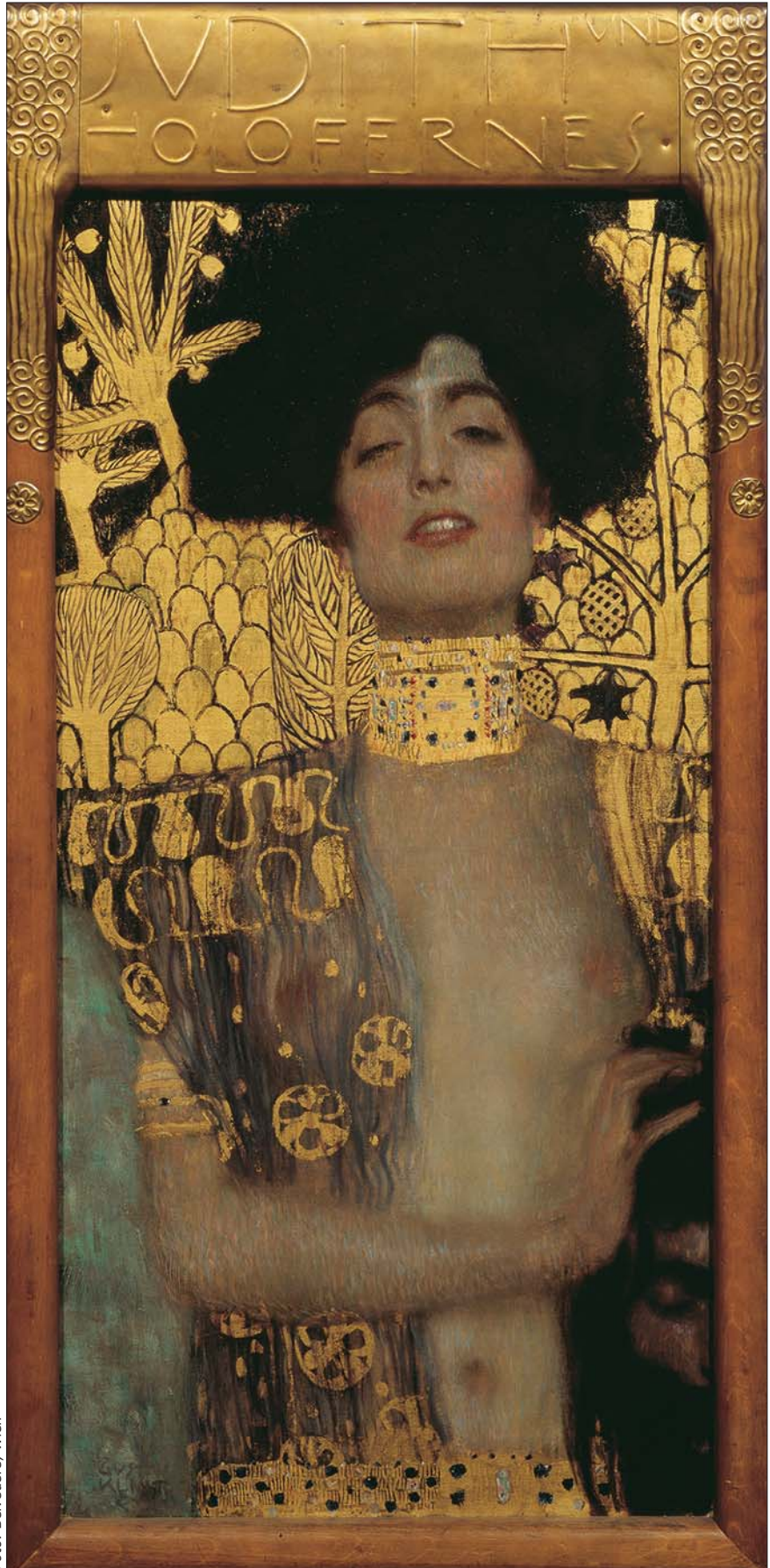


Foto: Belvedere, Wien

Gustav Klimt, »Judith«, 1901, Öl auf Leinwand, 84 x 42 cm

Kultur

Frantisek Kupka, Maximilian Pirner, Karl Mediz, Arnold Clementschitsch, Koloman

Moser, Wenzel Hablik, Ernst Stöhr und Oskar Kokoschka.



Das Thema „Von der Allegorie zum Symbol“ veranschaulicht, wie das symbolistische Bild im Gegensatz zur klassischen Allegorie – deren Verständnis auf Konvention beruht und gedanklich erschlossen werden kann – auf die suggestive Wirkung abzielt und die sinnliche Erfahrung über die rationale Erkenntnis stellt, indem der Banalität der realen Welt Mythos und Mystik gegenübergestellt werden. Gesichter – Körper – Landschaften thematisiert die Beschäftigung der Künstler mit ihrer subjektiven Sicht auf die Welt. Durch die Abwendung von der naturalistischen Darstellung können künstlerische Gestaltungsmittel als Ausdrucksträger eingesetzt werden, und so wird die Behandlung etwa des Gesichts im Porträt, des Körpers im Akt oder der Natur im Landschaftsbild zur Suche nach Erkenntnis. Fin de Siècle und Goldenes Zeitalter fokussiert auf die symbolistische Fortsetzung der melancholischen romantischen Stimmungslandschaft. Das Gefühl der Überkultivierung wird von vielen Künstlern als Bürde empfunden – sie sehnen sich nach einem einfachen Leben und spüren dem Verhältnis zwischen dem Menschen und seiner Umwelt nach.

Der Bereich „Die Frau als Symbol stellt dar, wie der zentralen Rolle der Frau als allegorische Figur im Symbolismus eine neue Bedeutung zukommt. Traditionell mit Sinnlichkeit und Rätselhaftigkeit assoziiert, bietet die Frau die ideale Projektionsfigur – ihre Rollenbilder, zwischen Heiliger und Hure, zwischen Femme fragile und Femme fatale, werden in allen Facetten ausformuliert und um neue Aspekte bereichert. Die Sektion Zwischen Unterwelt und Weltall zeigt auf, wie der Tod als Übergang vom irdischen zum ewigen Leben geradezu als Metapher für die Ziele der Symbolisten gelten kann: von der Banalität des alltäglichen Lebens hin zu den Rätseln des Jenseits, zu Himmel und Hölle, Unterwelt und kosmischen Welten jenseits von Zeit und Raum. Richard Wagner und die Symbolisten schließlich verdeutlicht, wie Wagners Vision des Gesamtkunstwerks und sein Opus magnum, der 1876 uraufgeführte Opernzyklus Ring des Nibelungen, ein unerschöpfliches Repertoire an inspirierenden Motiven und die Möglichkeit des Abtauchens in eine romantische, bislang nur in Musik und Literatur verbreitete Unterwasserwelt bot und dadurch die wohl wertvollsten Beiträge des österreichischen Symbolismus ermöglichte. ■

<http://www.belvedere.at>

Wilhelm List, »Rosenwunder«, 1905
Öl auf Leinwand, 185 x 105 cm

Faszination Schädel – Der Kult um den Kopf

300 Exponate, einzigartige Schädel funde und Kopfpräparate von rund 40 Leihgebern aus ganz Europa, sind bis 1. Dezember 2013 in der Kunsthalle Leoben zu sehen.

Dem menschlichen Kopf kam in vielen Kulturen und zu allen Zeiten eine besondere Bedeutung zu. Er galt von jeher als Zentrum des Denkens; als Sitz von spiritueller Kraft und Persönlichkeit. Nicht umsonst hat der Schädel des Menschen immer wieder eine besondere Rolle gespielt. So war er Machtsymbol, Objekt der Begierde und des Hasses, diente als Trophäe oder als Andenken an Verstorbene.

Die Ausstellung, die bereits in Mannheim und Herne über 130.000 Besucher begeistert hat, kam im Mai nach Leoben, als einziger Ausstellungsort in Österreich. Anhand von rund 300 eindrucksvollen Exponaten aus bedeutenden europäischen Sammlungen zeigt sie, wie unterschiedlich Zugang und Umgang mit dem menschlichen Schädel in verschiedenen Kulturen waren.

Ein Besuch der Ausstellung bietet neben spannenden, naturwissenschaftlichen Einblicken einen Streifzug durch die Geschichte und die verschiedenen Kulturen der Kontinente, vor allem aber eine Sensation:

Aus Leonardo da Vinci's Händen?

In der Ausstellung ist in einer kleinen Wandvitrine auch ein aus Kunststoff gefertigter Schädel zu sehen. Kaum jemand möchte ahnen, daß dieses knapp zehn Zentimeter große Objekt eine wahre Sensation darstellt und wohl eines der absoluten Highlights der diesjährigen Ausstellung in der Kunsthalle Leoben ist. Untersuchungen zufolge stammt der Schädel aus der Nähe von Florenz und wurde zur Zeit der Renaissance (15. Jahrhundert) hergestellt. Er überrascht durch seine Detailtreue und seine Art der Darstellung und weist Parallelen zu Leonardo da Vinci's Schädelzeichnungen auf. Die Form des Miniaturschädels mit allen Details ergab ebenfalls Entsprechungen zu Leonardo da Vinci's „Grotesken Köpfen“.

Vor rund 30 Jahren wurde dieses äußerst genaue und detailreiche anatomische Modell eines Schädels vom deutschen Ehepaar Ger-



Foto: Freisinger

Viele interessante Argumente sprechen für Leonardo da Vinci als Schöpfer dieses Exponates – es ist bis 1. Dezember in der Kunsthalle Leoben zu bewundern.

trude und Wilfried Rolshausen, einer Dolmetscherin und einem Arzt, im Antiquitätenhandel entdeckt und erworben. Damals ahnte wohl noch niemand, daß es sich um einen sensationellen Fund aus der Renaissance handeln könnte. Mittlerweile haben sich aber schon mehrere Kenner der Materie und Wissenschaftler mit diesem Miniaturköpfchen und seiner Herkunft auseinandergesetzt und sind zur Erkenntnis gekommen, daß viele Indizien dafür sprechen, daß dieses einzigartige Objekt tatsächlich aus den Händen des Ausnahmekünstlers, Ingenieurs, Entdeckers, Kosmographen und Forschers Leonardo da Vinci (1452 – 1519) stammen muß. „Es ist eine echte Sensation und eine zusätzliche Aufwertung unserer Ausstellung:

Ein kleines Köpfchen mit großem Namen; ein Exponat, das vermutlich von Leonardo da Vinci stammt – von einem Künstler, der wirklich jedem ein Begriff ist“, so der Bürgermeister der Stadt Leoben, Matthias Konrad. „Es ist für uns als MuseumsCenter Leoben eine große Freude, daß die Erforschung dieses Ausstellungsstückes gerade jetzt zu einer so weitreichenden Erkenntnis geführt hat“, so die Leiterin des Museums Centers Leoben, Susanne Leitner-Böchzelt.

Viele interessante Argumente sprechen für Leonardo da Vinci als Schöpfer dieses Exponates und wurden eingehend von den Besitzern Gertrude und Wilfried Rolshausen bzw. von Stefaan Missinne, einem jahrelangen Erforscher der Materie, ausführlich erklärt.

Kultur

„Leonardo ist der einzige, der in seinen Aufzeichnungen – den sogenannten Codices – eine idente Zeichnung dieses anatomischen Modells vorgezeichnet hat“, so Missinne, Globensammler und Leonardo-Forscher, in seinem Bericht über die Erforschung des „Leonardo-Köpfchens“. Dies belegen auch Quellen aus der Royal Collection Windsor und des Max-Planck-Institutes.

Als weiteres Indiz für die Zuschreibung an Leonardo da Vinci spricht, daß er eine formbare Masse namens „Mistioni“ entwickelt hat. Der Schädel ist aus dieser Masse hergestellt. Eine Mischung aus Gips und Quarz im Verhältnis 3 zu 1, sowie einem Zusatz von Eisenpulver und dem Bindemittel Harz. Leonardo schreibt selbst darüber unter anderem in seinem Codex Atlanticus 105v: „... mit meiner Mischung mach ich dir alles, Marmor, Edelsteine, Halbedelsteine etc.“ Die jeweiligen Farben der „künstlichen“ Materialien erzeugte er mit den jeweiligen Farbpigmenten, die er der Masse „Mistioni“ beimengte. Dabei ist besonders interessant, daß diese Masse nicht gegossen wurde, sondern in weichem Zustand modelliert wurde. Erst nach dem Aushärten konnte die Masse weiter bearbeitet werden und es konnten feine Linien und Details eingeritzt werden.

Bei diesem Köpfchen sind alle Details eines natürlichen Schädels anatomisch korrekt dargestellt und nachgebildet (Nasentränenkanal, Nasenscheidewand, Schläfenbereich, Schädelnähte etc.) und es stellt einen pathologischen Befund dar, was ebenfalls



Foto: Jean Christen, rem

Mannheimer Kristallschädel – Neueste Untersuchungen haben gezeigt, daß die berühmten Kristallschädel mit vermeintlichem Maya-Ursprung aus Paris, London und Washington kein archäologisches Alter haben und nicht von den Maya angefertigt worden sind, sondern wahrscheinlich in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa (z.B. Idar-Oberstein) hergestellt wurden. Der »Mannheimer Kristallschädel« wurde speziell für die Ausstellung »Schädelkult« in Idar-Oberstein mit vergleichbaren Techniken wie im 19. Jahrhunderts erzeugt mit dem Ziel, erstmals eine detaillierte Dokumentation über den Herstellungsprozeß zu erstellen.
© Curt-Engelhorn-Stiftung für die Reiss-Engelhorn-Museen, Mannheim

für eine Zuschreibung an Leonardo spricht. Dieser war bekannt dafür, skurrile Köpfe zu zeichnen und hat sich nachweislich sehr umfassend mit der Anatomie des Menschen beschäftigt. In Florenz, Mailand und Rom betrieb Leonardo umfangreiche anatomische Studien. Er soll mehr als 30 Leichen seziiert haben. Ihn interessierten dabei die menschlichen Proportionen und die anatomischen

Details und Abnormitäten, wie es hier bei diesem Objekt der Fall ist: Es wird das Franceschetti-Zahlen-Syndrom oder Berry-Syndrom, eine erbliche Erkrankung, die zu Gesichtsfehlbildungen führt, dargestellt.

Ein wichtiges Argument für eine Zuschreibung an Leonardo ist auch die maßstabgetreue Nachbildung dieses Modells, welches dem menschlichen Schädel in Ver-



Foto: Wilfried Rosendahl, rem

Ausstellungsansicht – im Bild rechts: Neandertaler mit Schädel eines Artgenossen in den Händen, figürliche Rekonstruktion eines Neandertalers für eine Ausstellung im Gallo-Römischen Museum in Tongeren



Foto: Freisinger

Ausstellungsansicht – Faszinierende Schädelammlung von Alexander Ecker und Gabriel von Max

hältnis 1:3 nachempfunden ist, wie es durch viele andere Arbeiten Leonardos belegt werden kann, wie zum Beispiel durch die allseits bekannten Darstellungen des „Virtuvianischen Menschen“, einem Proportionsschema für den menschlichen Körper.

Auch schriftliche Quellen zum „Leonardo-Köpfchen“ wurden kürzlich entdeckt: „Erst in jüngster Zeit, als die Ausstellung in Leoben eröffnete, haben wir zusätzliche bibliographische Beweise gefunden, die eindeutig für die Echtheit dieses Exponates sprechen“, so Stefaan Missinne, „die Aufzeichnungen belegen, daß Leonardo im Besitz eines solchen anatomischen Modells war und stammen von Salai, einem Schüler Leonardos. Wir können also von einem Echtheitswert von 99,9 Prozent ausgehen; das ist wie ein Zwölfer im Lotto“, so der Forscher.

Europa. Von Langköpfen und fremden Völkern

Zur Zeit der Völkerwanderung war Europa der Siedlungsplatz zahlreicher germanischer Volksgruppen. Gräberfelder aus dieser Zeit geben häufig Auskunft darüber, welche Gruppen in welchen Regionen ansässig waren. Die Funde aus diesen Gräbern zeigen auch, daß damals der so genannte Turmschädel ein besonderes Schönheitsideal gewesen

sein muß. Man geht davon aus, daß die Tradition der Kopfdeformation über die Hunnen von Zentralasien nach Mitteleuropa gelangte. Solche Funde werden als Hunnenschädel bezeichnet, ohne daß damit eine Zugehörigkeit zu einer speziellen Volksgruppe verbunden ist.

Afrika. Musik, Schmuck und Ahnenverehrung

Entgegen allgemeinen Vorstellungen hat der Kopf- und Schädelkult in Afrika keine weit verbreitete Ausformung gefunden. Verschiedene Belege zeigen aber, daß auch auf diesem Kontinent in einzelnen Regionen Ahnenschädel, Kopftrophäen oder Teile von Schädeln eine besondere Wertschätzung erfahren haben. Aus Schädelteilen wurden Musikinstrumente hergestellt, Schädeln wurden als Resonanzkörper verwendet und Teile des menschlichen Schädels, wie z.B. Unterkieferknochen, wurden zur Dekoration von Gegenständen benutzt. Kunstvoll übermodellerte und farbig gestaltete Ahnenschädel sind vor allem von der Insel Madagaskar bekannt.

Asien. Schädelriten und Kopftrophäen

Auch im Hinduismus und im Buddhismus spielt der Kopf eine besondere Rolle.

Im tantrischen Ritual zählen kunstvoll bearbeitete und dekorierte Schädel zu den bedeutendsten Kultobjekten.

Von der Insel Borneo und von einigen Volksgruppen im Nordosten Indiens sind anders motivierte Schädelverehrungen bekannt. Bei den Naga und Dajak war die Kopfgabe ein wichtiger Bestandteil des religiösen, gesellschaftlichen Lebens.

Ozeanien. Schädelmasken und Übergangswesen

Die Regionen Ozeaniens werden oft mit magischen Ritualen in Zusammenhang gebracht. Es überrascht daher nicht, daß auch auf den zahlreichen Inseln die besondere Wertschätzung des Kopfes und des Schädels eine große Rolle spielt. Dekorierte und übermodellerte Schädel werden zum Gedenken an die Ahnen hergestellt. Sie zeigen nicht den Zustand des Lebenden, sondern sein Übergangsstadium in die Welt der Vorfahren.

Mittel- und Nordamerika. Fruchtbarkeitsrituale, Schädeljuwelen und Skalpe

Im Denken und Fühlen der Menschen Mittelamerikas zeichnet sich der Kopf als Sitz von Lebenskraft aus. Die wohl populärsten Darstellungen des menschlichen Schädels in Mittelamerika sind die von Mythen



Bild oben: Ausstellungsansicht des Raumes »Ozeanien«
Bild unten: Ausstellungsansicht des Raumes »Afrika«



Fotos: Freisinger

umrankten Kristallschädel. Trotz der Tatsache, daß sie in der Zwischenzeit als Fälschungen entlarvt wurden, haften ihnen immer noch der Glanz des Geheimnisvollen an.

Für Nordamerika sind dagegen die Skalps der Besiegten das prominenteste Beispiel für den Kopfkult.

Südamerika. Schrumpfköpfe und Kopfdeformationen

Synonym für einen Kopf- und Schädelkult in Südamerika sind sicherlich die Schrumpfköpfe. Obwohl sie nur von einer kleinen Volksgruppe im Süden Ecuadors hergestellt wurden, sind sie weltweit bekannt. Als Talisman fanden sie Verwendung auf der Jagd.

In gewissen Gegenden Südamerikas waren auch unterschiedliche Arten der Kopfdeformation bekannt. Mit verschiedenen

Hilfsmitteln brachte man den Kopf kleiner Kinder in eine runde oder lang gestreckte Form.

Europa. Verehrt, angebetet und gesammelt

Unübertroffen scheint die Verehrung des menschlichen Schädels im historischen Europa. Kunstvoll bemalte Schädel in Beinhäusern zeugen ebenso davon wie die kostbaren Reliquien verschiedener Heiliger in Kirchen und Klöstern.

Die Geschichte der wissenschaftlichen Schädelansammlungen sowie die Rassenkunde sind weitere Themen in der europäischen Kulturgeschichte, die den menschlichen Kopf betreffen.

Faszination Schädel heute

In Mexiko ist der Día de los Muertos (der

Tag der Toten) am 1. November – das Fest zum Gedenken an die Verstorbenen – ein buntes Volksfest. In vielen Schaufenstern stehen Totenschädel aus Zucker und Schokolade, die häufig die Namen der Toten auf der Stirn tragen.

Ein anderes Beispiel für eine moderne „Schädelverehrung“ ist die Verwendung des Totenkopfsymbols in der Gothic-Szene.

Forschung

Wesentliche Erkenntnisse aus einem interdisziplinären Forschungsprojekt des German-Mummy-Projekts an den Reiss-Engelhorn-Museen und der Universität Freiburg werden ebenfalls in der Ausstellung thematisiert. Besondere Beachtung gilt dabei den übermodellierten Schädeln und Schädelmasken aus Ozeanien. Mittels CT-Scans und CT-Daten werden digitale Gesichtsrekonstruktionen durchgeführt. So können mögliche Ähnlichkeiten der Masken mit den Verstorbenen eruiert werden. Dazu werden eindrucksvolle CT-Animationen in der Ausstellung präsentiert.

Streetart

Gegenwärtige Standpunkte der Auseinandersetzung mit der Faszination Schädel sind in der Begleitausstellung „Streetart“ zu sehen, die bis 31. August 2013 im Kunstraum (Homanngasse 7, beim Schwammerlturm) in Leoben stattfindet. Der Hamburger Fotograf Peter Fritz hat sich auf die Suche begeben und Schädelabbildungen aller Art fotografisch festgehalten. Eine Auswahl aus seiner riesigen Schädel-Fotosammlung wird auch in Leoben gezeigt.

Begleitet wird die Ausstellung von einem umfassenden Rahmenprogramm. ■

<http://www.museumcenter-leoben.at>

Die 70er Jahre Expansion der Wiener Kunst

Von 2. Juli 2013 bis 4. Jänner 2014 im MUSA Museum Startgalerie Artothek



„Meine Hommage a Kremser Schmidt“ soll Religionsvorstellungen des Patriarchats in Frage stellen und zugleich eine Widmung an die um ihre Selbständigkeit ringenden Künstlerinnen sein

Margot Pilz, Hommage á Kremser Schmidt, 1979, Schwarzweißfoto, 84 x 110 cm

Mit den 1970er Jahren erreicht das MUSA nun das dritte Jahrzehnt des Rundgangs durch die eigene Geschichte. Seit 1951, dem Geburtsjahr der Sammlung, war die Förderung der bildenden Künste durch die Stadt Wien vor allem auf Ankäufe von Kunstwerken konzentriert gewesen, so daß zu Beginn des Jahres 1970 der Bestand bereits auf etwa 6000 Objekte angewachsen war. Aus dieser Förderungspraxis entstand eine einzigartige Sammlung zeitgenössischer Kunst, die heute etwa 30.000 Werke von 4500 Wiener KünstlerInnen umfaßt.

Im dritten Jahrzehnt des Sammlungsbaus (1970–1979) erwarb die Kulturabteilung 2200 Kunstwerke von 731 KünstlerInnen. Parallel dazu wurden im Rahmen von „Kunst am Bau“ (KAB) 243 Skulpturen, Mosaik und Wandmalereien realisiert. Ob-

wohl dafür, wie schon in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten, ein deutlich höheres Budget aufgewendet wurde als für den Kunstankauf, ging die Zahl der Errichtungen im öffentlichen Raum um die Hälfte zurück. Hier zeichnet sich ein Trend ab, der bereits das Ausklingen dieser ehemals so erfolgreichen Initiative im Folgejahrzehnt ankündigt.

Ein weiterer Teil der Sammlung verdankt sich großzügigen Schenkungen, die auch das Konvolut der 1970er Jahre mit aussagekräftigen Werken ergänzen. Aus diesen drei Elementen resultiert der Gesamtbestand des MUSA an Werken aus den 1970er Jahren, der sich auf 3500 Arbeiten von 800 KünstlerInnen beläuft.

Die 1970er Jahre sind durch den politischen Wechsel unter Bruno Kreisky geprägt. Dieser brachte eine tiefgreifende Moderni-

sierung der Gesellschaft mit einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates und Reformen unter anderem in der Justiz, der Bildung, beim Bundesheer und im Sozialwesen. Österreich öffnete sich verstärkt dem internationalen Geschehen und wurde mit der Errichtung der UNO-City wieder Teil der Weltbühne. Fernsehen und allgemeine Mobilität veränderten den Alltag. Der gestiegene Wohlstand bewirkte einerseits lebhaften Konsum, brachte andererseits aber auch schwerwiegende Folgen für die Umwelt mit sich. Dies führte wiederum zu einem verstärkten ökologischen Bewußtsein. Ölchock und darauf folgende Krisen der Wirtschaft trugen zur Intensivierung eines Zeitgeistgefühls bei, in das sich nach dem ungebremsen Fortschrittsglauben der 1960er Jahre zunehmend Zweifel und Ängste mischten. Nachdem alles möglich ge-

worden war, wurde nun klar, daß dies seine Gültigkeit ebenso in negativer Hinsicht hat.

All die technologischen Fortschritte und sozialen Veränderungen spiegeln sich in der bildenden Kunst. Neue Themen und Haltungen kommen ins Spiel und überlagern die seit der Ausstellung „Wirklichkeiten“ (Secession, 1968) dominierenden malerischen Ausdrucksformen. So treten in den verschiedenen Medien bald abstrakt geometrische und konzeptuelle Tendenzen hervor. In vielen Werken findet die investigative Neugier vieler KünstlerInnen in Konstruktion und Dekonstruktion von Mensch, Natur und Technik medienübergreifend ihren Ausdruck. Es ist dies eine Kunst, die sich an den politischen und sozialen Vorgängen beteiligt und danach strebt, mit ihren Kräften und Mitteln wirksam zu werden.

Für die Ankaufspolitik der Stadt Wien spielt der zuvor dominierende Phantastische Realismus kaum noch eine Rolle, wenngleich dessen ProtagonistInnen nach wie vor international in Ausstellungen gezeigt werden. Auch der Wiener Aktionismus verliert an Wirkkraft. Stattdessen rückt eine feministisch orientierte Kunst verstärkt in den Fokus des Interesses. Das Fernsehen sowie damals allgemein in Gebrauch kommende Tonbänder und Videotechnologie, die „Neuen Medien“ dieses Jahrzehnts, werden besonders prominent von KünstlerInnen eingesetzt, in deren Werkprozeß der performative Aspekt oftmals wesentlich ist.

Erst in diesem Jahrzehnt erreicht die Fotografie den Status der Kunstwürdigkeit für die Sammlung des MUSA. Gegen Ende des Dezenniums erleben Figuration und genialischer Gestus mit den „Neuen Wilden“ Malern ein Revival.

Die Kuratoren befragen die Kunst der 70er-Jahre aus der Sammlung des MUSA auf neue Spielmöglichkeiten und alte Konventionen in inhaltlicher wie formaler Hinsicht und verlassen sich nicht ausschließlich auf den kunsthistorischen Kanon. Neue Phänomene und innovative Strömungen finden besondere Beachtung, die Sammlungspolitik wird mit den heutigen, rückblickenden Gewichtigungen konfrontiert.

Mit Arbeiten von: Marc Adrian, Christiane Adrian-Engländer, Branko Andriæ, Siegfried Anzinger, Sepp Auer, Otto Beckmann, Franz Beer, Renate Bertlmann, Lieselott Beschoner, Kurt Bloeb, Erwin Bohatsch, Peter Braunsteiner, Ernst Caramelle, Georg Chaimowicz, Eva Choung-Fux, Linda Christanell, Peter Dressler, Peter Dworak, Khy Engelhardt, VALIE EXPORT, Gerda



Foto: MUSA

Birgit Jürgenssen, *Ohne Titel*, 1976



Foto: VALIE EXPORT

Valie EXPORT, *Kontext - Variationen: Zustandsveränderungen - Bedeutungsveränderungen*, 1971

Fassel, Tone Fink, Karl Anton Fleck, Erna Frank, Adolf Frohner, Ingeborg G. Pluhar, Bruno Gironcoli, Roland Goeschl, Franz Graf, Jorg Hartig, Ralph Hartl, Gottfried Helnwein, Hermann Hendrich, Lotte Hendrich-Hassmann, Heinrich Heuer, Lore Heuermann, Mathias Hietz, Timo Huber, Kurt Ingerl, Isolde Maria Joham, Hildegard Joos, Martha Jungwirth, Birgit Jürgenssen, K.U.SCH. (Renate Krätschmer, Jörg Schwarzenberger), Johanna Kandl, Franz Katzgraber, Angelika Kaufmann, Josef Kern, Alfred Klinkan, Karl Heinz Koller, Johann Korec, Auguste Kronheim, Friedl Kubelka (auch Friedl vom Gröller), Maria Lassnig, František Lesák, Gert Linke, Doris M. Lötsch, Karin Mack, Dora Maurer, János Megyik, Elfriede Mejchar, Jürgen Messensee, Hannes Mlenek, Rudolf Moratti, Alois

Mosbacher, Oswald Oberhuber, Franz Xaver Ölzant, Hermann J. Painitz, Florentina Pakosta, Peter Perz, Hubert Pfaffenbichler, Margot Pilz, Cora Pongracz, Peter Pongratz, Erwin Puls, Arnulf Rainer, Thomas Reinhold, Erwin Reiter, Franz Ringel, Josef Schagerl, Roman Scheidl, Meina Schellander, Hubert Schmalix, Rudolf Schwaiger, Peter Sengl, Hubert Sielecki, Fritz Simak, Bill Slattery, Kurt Spurey, Heinz Stangl, Fritz Steinkellner, Curt Stenvert, Ingeborg Strobl, Josef Symon, Franz Vana, Peter Veit, Linde Waber, Josef Wais, Peter Weibel, Hans Weigand, Lois Weinberger, Udo Wid, Zelko Wiener, Karl Anton Wolf, Rainer Wölzl, Reimo Wukounig, Gerlinde Wurth, Werner Würtinger, Franz Zadrazil, Othmar Zechyr, Robert Zeppel-Sperl, Franz Zokan = Franz West. ■

<http://www.musa.at>

Linda McCartney

In der weltweit ersten umfassenden Retrospektive würdigt das Kunst Haus Wien das Lebenswerk von Linda McCartney, einer der interessantesten Fotografinnen des 20. Jahrhunderts. Von 6. Juni bis 6. Oktober 2013.

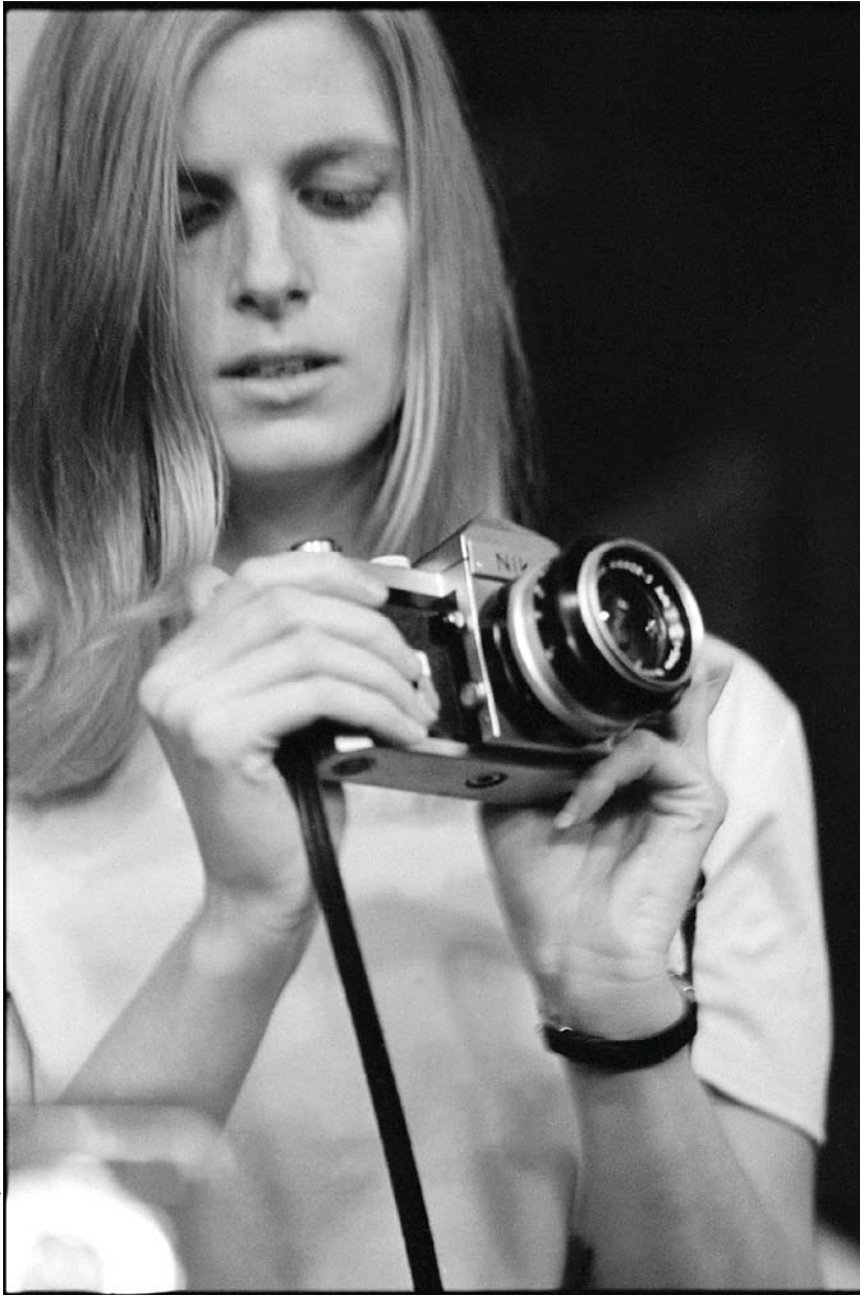


Foto: Eric Clapton

Linda McCartney, London; © 1968 Paul McCartney

Linda Louise McCartney wurde als Linda Eastman am 24. September 1941 in Scarsdale, New York, geboren. Sie machte 1960 ihren Abschluß an der Scarsdale High School in Westchester County, New York, und absolvierte ein Studium der Kunstgeschichte an

der Universität von Arizona. Mitte der 1960er-Jahre wurde sie professionelle Fotografin und fotografierte zahlreiche der Ikonen der Rockmusik ihrer Zeit. Sie war die erste Fotografin, die mit ihrer Arbeit auf dem Cover der Zeitschrift Rolling Stone vertreten war.

1967 befand sich Linda in London, um für einen Auftrag die „Swinging Sixties“ zu fotografieren. Im Bag O’Nails Club begegnete sie Paul McCartney und traf ihn vier Tage später bei der Präsentation des Albums „Sgt. Pepper’s Lonely Hearts Club Band“ im Haus von Brian Epstein in Belgravia wieder. Zwei Jahre später, am 12. März 1969, heirateten sie am Standesamt von Marylebone in London.

Nachdem sie am Album „RAM“ mitgearbeitet hatte, trat Linda gemeinsam mit Paul als Keyboarderin und Sängerin der Wings auf. Sie komponierte etliche eigene Lieder und nahm diese als „Suzy and The Red Stripes“ auf, darunter auch das 1977 von Epic Records in den USA veröffentlichte „Seaside Woman“. Lindas Album „Wide Prairie“ wurde 1998 nach ihrem Tod veröffentlicht.

1989 wandte sich Linda der Pionierarbeit an einem ihrer anderen Anliegen zu: der Rettung von Tierleben durch die Förderung eines vegetarischen Lebensstils, den sie und Paul seit langem pflegten. Ihre ersten beiden Kochbücher „Linda McCartney’s Home Cooking“ und „Linda’s Kitchen“ wurden internationale Bestseller.

Linda war ihr Leben lang als Fotografin sehr produktiv. Arbeiten von Linda wurden von Institutionen wie dem International Center of Photography in New York, dem Victoria and Albert Museum und der National Portrait Gallery in London gezeigt.

Das Licht scheint aus dem Inneren

Einer Freundin zuliebe besuchte Linda McCartney in Arizona einen Fotografiemark bei Hazel Archer, und dies genügte, um sie auf den Weg ihrer lebenslangen Berufung zu bringen. Noch bevor sie sich Mitte der 1960er-Jahre in New York der Fotografie als Beruf zuwandte, wurde Lindas fotografisches Auge durch die Allgegenwart bildender Kunst in ihrem Elternhaus geschult. Ihr Vater Lee Eastman vertrat als Rechtsanwalt zahlreiche Künstler, wie Willem de Kooning, mit denen die junge Linda früh in Kontakt kam. Ein Studium der Kunstgeschichte an der Universität von Arizona schien die logische Fortsetzung dieser frühen Prägung.

Hazel Archer brachte sie dann mit den Werken einiger ihrer zukünftigen fotografischen Vorbilder in Berührung: Walker Evans, Dorothea Lange und Paul Strand. Ihre ersten Fotos in Archers Kurs machte sie mit einer geborgten Kamera. Die Spuren dieser frühen Eindrücke ziehen sich durch ihr gesamtes, in rund dreieinhalb Jahrzehnten entstandenes fotografisches Werk. Linda transformierte diese Einflüsse zu einer höchst eigenständigen Ästhetik. Vor diesem Hintergrund konnte sie ihren speziellen, von Vertrauen und Verständnis geprägten Zugang zum fotografischen Porträt finden, ihren einer starken Humanität verpflichteten Blick auf Menschen aller sozialen Schichten werfen, ihre Kommunikation mit der Welt der Tiere in Bilder fassen, Hommagen an Pioniere der Fotografie schaffen und zugleich mit Leichtigkeit und Eleganz Regeln brechen und ihre höchst persönliche Form eines spontanen Surrealismus pflegen. Wie ein roter Faden zieht sich das Motiv der Leidenschaft durch ihr Werk: ihre Zuneigung zu Kunst und Fotografie, ihre Begeisterung für die Musik ihrer Zeit, die Liebe zu ihrer Familie und zu den Tieren – all dies prägt ihre Fotografie.

Chronistin der Sixties

Linda McCartney hatte ihr erstes großes Fotoshooting, als sie für das „Town and Country Magazine“ als Rezeptionistin arbeitete. Es war ihre Begeisterung für die Musik der Sixties, die sie nach der Einladung greifen ließ, die bei „Town and Country“ einlangte: Es war die Einladung zur Präsentation eines Albums der Rolling Stones an Bord der SS Sea Panther auf dem Hudson River in New York. Sie war die einzige Fotografin, die auf dem Boot zugelassen wurde, um die Band zu fotografieren. Zahlreiche Fotoshootings mit den führenden Bands jener Tage an der US-Ost- und Westküste und in London folgten. Als Hausfotografin des „Fillmore East“ in New York City schuf sie fotografische Ikonen der Musik der Sixties. Als am 11. Mai 1968 ihr Foto von Eric Clapton auf dem Cover der Zeitschrift „Rolling Stone“ erschien, war sie die erste Fotografin, der dies gelang. Im gleichen Jahr hielt sie sich in London auf, um für das Buch „Rock and Other Four Letter Words“ eine Reportage über die „Swinging Sixties“ zu machen, wo sie Paul McCartney im Bag O’Nails Club begegnete.

Ihre Fotografien aus jenen Jahren machen Linda zu einer der führenden Chronistinnen der Sixties. Hier konnten sich ihr fotografisches Talent und ihr untrüglicher Blick für



Foto: Linda McCartney

Paul und Martha, London; © 1968 Paul McCartney



Foto: Linda McCartney

Brian Jones und Mick Jagger, New York; © 1968 Paul McCartney

den richtigen Augenblick erstmals entfalten. Sie machte ihre Fotos aus der Position einer schnell entschlossenen, scharfsichtigen und zugleich diskreten Beobachterin, die sich niemals einer Situation aufdrängen wollte. Ihre kundige Begeisterung für die Musik und ihre freundschaftliche Nähe zu vielen der Musiker ermöglichten ihr Porträts von hoher Sensibilität und Intimität, Fotografien, die sehr viel über die Personen und das Gefühl der Zeit aussagen.

Familienleben

Als Linda mit Paul McCartney eine Familie gründete, wandelte sich ihr Leben grundlegend und mit ihm auch der Fokus ihrer Fotografie. So wie Paul und die Kinder nun zu den bevorzugten Modellen ihrer Por-

traits wurden, so richtete sich auch ihr dokumentarischer Blick auf den gemeinsamen Alltag. Dieser Alltag pendelte zwischen den Polen einer extremen Öffentlichkeit und dem Rückzug ins Private, zwischen dem Leben auf Tour mit der Band Wings und den Aufhalten der Familie auf dem Land in Schottland, England, Arizona und New York. Linda entwickelte in diesen Jahren ihre Porträtkunst zu jenem Punkt weiter, wo ein Porträt nicht mehr nur die konkrete Person zu einem bestimmten Zeitpunkt zeigt, sondern darüber hinaus ins allgemein Menschliche verweist. In ihrer dokumentarischen Fotografie des Familienlebens traten auch Züge deutlicher hervor, die sie nachhaltig kennzeichnen: ihr wacher Sinn für das Skurrile im Alltag, ihr liebevoller Humor und ein

niveauvoll-eleganter Anarchismus im fotografischen Ausdruck.

Fotografie als gesellschaftlicher Kommentar

Auch nachdem ihre Familie der Mittelpunkt ihres Lebens geworden war, richtete Linda McCartney ihren Blick stets weit über ihr direktes persönliches Umfeld hinaus. Sie bezog Menschen aller sozialen Schichten und Tiere aller Arten in den Kreis ihres Mitgefühls mit ein und nahm zu Anliegen des Schutzes von Tieren und Umwelt Stellung. Die intensive Reisetätigkeit mit ihrer Familie, das Leben „on the road“ wäre schon genug Erklärung für die vielen Fotografien, die sie aus Autos heraus machte. Doch steht dahinter auch die Situation einer Fotografin, die mit einem Schlag nicht mehr unerkannt durch die Straßen gehen konnte, sondern selbst im Fokus der Medien und der Öffentlichkeit stand. Das Auto bot Deckung und Schutz und ließ einen eigenen Stil der Street Photography entstehen, die auf Vorbilder wie Walker Evans oder Henri Cartier-Bresson und auf Zeitgenossen wie Garry Winogrand verweisen mag und zugleich auch in diesem Genre Lindas hohe Eigenständigkeit erkennen läßt. Ihre Street Photography durch das Autofenster bewegt sich oft am schmalen Grat zwischen dem „gestohlenen Augenblick“ und dem Moment des Erkanntwerdens. Sie thematisiert in dieser Form engagierter Fotografie ihre eigene Situation als Fotografin und läßt ihren anteilnehmenden Blick aus dem Fenster des Autos heraus jene – auch soziale – Kluft überwinden, die sie von der Welt da draußen trennt.

Von der Welt der Natur hingegen vermochte nichts sie zu trennen. Ihr Engagement für Tierrechte und ihr Eintreten für Vegetarismus machten sich ihre Bekanntheit zunutze und fanden auch in ihrer Fotografie entsprechenden Niederschlag. Ihre in scheinbar belanglosen Alltagssituationen entstandenen Fotos über den Fleischkonsum der Menschen und grausame Bedingungen der Tierhaltung vermitteln eindrücklich ihren Standpunkt gegen den Mainstream. Lindas dokumentarische Fotografie bezieht entschlossen Stellung und bemüht sich dennoch um eine Balance: nicht nur Grauen und Abgründe zu zeigen, sondern auch Menschlichkeit und Schönheit in ihren vielen Erscheinungsformen.

Spätere Arbeiten

Linda McCartney's Weg als Fotografin ist reich an Querbezügen zur Geschichte der



Hengst und stehender Stein, Schottland; © 1996 Paul McCartney

Kunst und der Fotografie, doch verlief er stets höchst eigenständig und außerhalb des Mainstreams der Fotografie. In den Werken ihrer späten Jahre wird dies besonders deutlich, wenn sich noch einmal die Kernmotive ihres Schaffens versammeln und neu reflektiert werden. Da porträtiert sie erneut Künstler und Musiker, wie sie es in ihren Anfängen getan hatte. Da entstehen Porträts ihres Mannes und ihrer nun erwachsenen Kinder, die in ihrer stilistischen Sicherheit enorme Ruhe ausstrahlen und ein vielschichtiges Bild der Personen zeichnen. Da werden aus ihren wie im Vorübergehen gemachten Alltagsbeobachtungen mit der Zeit Stillleben, mit der Großformatkamera fotografiert. Und da ist Raum für ihre Nähe zu den Tieren und zur Natur, für Landschaften ebenso wie für Pflanzen und für Beobachtungen vom Rücken ihres Pferdes aus. In der Fotografie ihrer späten Jahre richtet Linda ihren Blick nicht nur auf Motive, die sie in den mehr als dreieinhalb Jahrzehnten ihrer Entwicklung als Fotografin begleitet hatten, sondern sie wendet sich auch Techniken aus den frühen Tagen der Fotografie zu. Sie bezieht sich ausdrücklich auf Margaret Cameron und William Henry Fox Talbot, den Erfinder der Sonnen-Abzüge (sun prints), wenn sie mitunter mit der Großformatkamera fotografiert und sich chemische Rezepturen und Laborverfahren aus dem 19. Jahrhundert erarbeitet. Sie interpretiert in diesen Verfahren einige ihrer Ikonen aus früheren Jahren neu und hebt sie in jene Zeitlosigkeit, die ihr Werk in der Retrospektive auszeichnet. Dies ist weit mehr als eine Hommage an verehrte Pioniere der Fotografie, es ist eine höchst persönliche Bilanzierung und Reflexion des Mediums Fotografie

selbst in seiner Materialität und Praxis.

Epilog in Selbstporträts

Wie Fotografen aller Epochen suchte auch Linda McCartney immer wieder das eigene Bild mit ihrer Kamera. Von der Verwendung des Selbstauslösers bis zum Spiegelbild und dem Schatten des Fotografen reicht bei ihr die Palette der Selbstporträts. Sie, die gerne unerkannt geblieben wäre, befragte zu verschiedenen Zeitpunkten ihres Lebens ihr eigenes Abbild und präsentierte sich so dem Betrachter.

Besonders bemerkenswert sind dabei ihre Selbstporträts, die sie zusammen mit ihren Kindern zeigen. Da scheint sie auf die eigenen Spuren in den Gesichtern ihrer Kinder und auf ihre Reflexion in deren Augen zu blicken. Auch im Selbstporträt bleibt sie bezogen auf andere Menschen und die Welt.

Linda McCartney starb am 17. April 1998 im Alter von 56 Jahren an Brustkrebs auf der Familienranch der McCartneys in Tucson in Arizona.

Werke von Linda McCartney wurden unter anderen von Institutionen wie dem International Center of Photography in New York oder dem Victoria and Albert Museum und der National Portrait Gallery in London gezeigt. Das Kunst Haus Wien präsentiert mit dieser Ausstellung die weltweit erste umfassende Retrospektive der Fotografin.

Die Ausstellung zeigt 190 ihrer ikonischen Porträts des Rock and Roll der 1960er, ihres Familienlebens und der Natur. Die Ausstellung wurde vom Kunst Haus Wien in Zusammenarbeit mit Linda Enterprises Ltd. produziert. ■

<http://www.kunsthauwien.com>

ImPulsTanz

Was haben ein überdimensionaler blauer Elefant und ein Oscar-Gewinner gemeinsam? Wie eröffnet ein zeitgenössischer Schuhplattler neue Sichtweisen auf den Volkstanz? Das und vieles mehr erkundet das 30. ImPulsTanz – Vienna International Dance Festival zwischen 11. Juli und 11. August.



Foto: David Wiltschek

Akemi Takeya – »(anti)«Clockwise

Eröffnet wird ImPulsTanz am 9. Juli um 21.15 Uhr von Trajal Harrell & Friends, die ekstatische House-Beats ebenso wie glitzernde Kostüme aus den New Yorker Clubkellern der 80er-Jahre holen, um sie dem Publikum im MuseumsQuartier im Zeichen von „ImPulsTanz@30: License To Party“ in einer mitreißenden Voguing Show zu präsentieren. Bei freiem Eintritt! Musikalisch geht es am selben Abend beim Opening der ImPulsTanz festival lounge weiter: sie öffnet ihre Tore mit dem Live-Act von „Austrian Apparel“ für 32 Abende im Burgtheater Vestibül und bedankt sich unter dem Motto „Because of you.“ für die 10. lounge Edition beim Publikum.

Das darauf folgende Performanceprogramm gewährt mit internationalen High-

lights, einer Kooperation mit dem Weltmuseum Wien, dem Newcomer-Tanzpreis Prix Jardin d'Europe sowie einer umfassenden Werkschau des US-Choreografen Trajal Harrell faszinierende Einblicke in das Universum zeitgenössischer Tanz- und Performancekunst.

Rasant, präzise und eines der anspruchsvollsten Schlüsselwerke zeitgenössischen Tanzes – zum ersten Mal nach 30 Jahren zeigt Wim Vandekeybus mit Ultima Vez sein Debüt-Werk „What the Body Does Not Remember“ in einer Neuinszenierung im Volkstheater. Dort ist auch der Ausgangspunkt für den international gefragten südafrikanischen Künstler William Kentridge, der mit seinem 15köpfigen Ensemble (unter ihnen Kentridge selbst auf der Bühne) das dadaistische

Gesamtkunstwerk „Refuse the Hour“ als österreichische Erstaufführung präsentiert.

Während die Ballettwelt mit Spannung auf Compagnie Marie Chouinards allerjüngstes Werk „Gymnopédies“ zur gleichnamigen Komposition von Erik Satie blickt – das in einem Doppelabend gemeinsam mit dem bei ImPulsTanz 2011 uraufgeführten Companiestück „Henri Michaux: Mouvements“ zu sehen ist –, begibt sich Akram Khan in seinem vielfach ausgezeichneten Solo „Desh“ auf Spurensuche – die zugleich auch eine bildgewaltige Reise durch das von Oscarpreisträger Tim Yip („Crouching Tiger, Hidden Dragon“) gestaltete Bühnenbild ist. Weiters ist bei ImPulsTanz das brandneue Gruppenstück „iTMOi“ (in the name of igor) der Akram Khan Company zu sehen!

Kultur

Ein Traum scheint wahr zu werden! In der Uraufführung der Wiener Choreografin Doris Uhlich lernt das Fleisch fliegen, während sich die Performanceastronauten-Crew in einer Produktion der Münchner Kammer-spiele bei Meg Stuart mit Beethoven, Rachmaninov und anderen MusikheldInnen konfrontiert. Mit überwältigendem Erfolg zurück vom Berliner Theatertreffen werfen in Jérôme Bels „Disabled Theater“ SchauspielerInnen mit Handicaps vom Zürcher Theater HORA gängige Klischees über Bord. Und Ivo Dimchev beschreitet mit seinem erstmalig gezeigten Stück über Tanzfestivals den Wild Walk der ImPulsTanz Late Night Series.

Stichwort spätnachts! Dann arrangiert Philipp Gehmacher ein performatives Treffen der besonderen Art, zu dem neben Tim Etchells und Mathilde Monnier weitere prominente Gäste im Burgtheater über den Akt des Sprechens sprechen.

Im Reich europäisch-amerikanischer Tanztraditionen führt der Weg ins Zeitgenössische über die totale körperliche Erschöpfung – das ist Thema u.a. bei Alessandro Sciarronis Schuhplattler, Mathilde Monniers Paartanz-Marathon, aber auch bei Louise Lecavaliers wie Cecilia Bengoleas & François Chaignauds elektrisierenden Clubtänzen.

Dort ist nicht zuletzt der New Yorker Choreograf Trajal Harrell zu Hause, dessen choreografische Leistungen der letzten Jahre von ImPulsTanz mit einer weltweit einzigartigen Werkschau gewürdigt werden. Live zu erleben sind alle sechs Performances aus der Serie „Twenty Looks or Paris is Burning at The Judson Church“ sowie ein fulminantes Performanceritual zu Ehren des 100jährigen Jubiläums von Strawinskis „Le Sacre du Printemps“!

Zu Gast im neu eröffneten Weltmuseum Wien sucht ImPulsTanz unter der künstlerischen Leitung von Michael Stolhofer & Ong Keng Sen die Begegnung mit Tanz und Körperpraktiken aus dem asiatischen Raum. In performativen East-West Meetings wird die imperiale Säulenhalle zur Tanzbühne und zeigt Schnittstellen zwischen Ost und West in zeitgenössischen Werken von Stars wie Jérôme Bel mit Pichet Klunchun, Padmini Chettur & David Hernandez, oder auch Clara Furey & Michikazu Matsune. Darüber hinaus steht mit Occupy The Museum ein Dialog mit anthropologischen Objekten zur Ausstellung „Getanzte Schöpfung – Tanz in Asien“ im Zentrum, dem rund 14 ChoreografInnen in Form von Installationen und

Performances Ausdruck verleihen. Die junge europäische zeitgenössische Choreografie versammelt heuer in der [8:tension] Young Choreographers' Series 11 Produktionen und läßt mit einer weiteren Meldung aufhorchen: Der begehrte europäische Tanzpreis Prix Jardin d'Europe wird ab heuer für die nächsten fünf Jahre im Rahmen von [8:tension] bei ImPulsTanz in Wien vergeben. Mit im Rennen um den mit 10.000 Euro dotierten Preis sind 2013 u.a. Marta Navaridas (AT/ES) & Alexander Deutinger (AT), Michael Turinsky (AT), Willy Prager (DE/BG), Liz Santoro (FR/US), Rodrigo Sobarzo de Larraechea (NL/CL), Zeina Hanna (DE/LB) und viele mehr. ■

<http://www.impulstanz.com>



Foto: Bengt Gustafsson

Bild oben: Trajal Harrell, »Antigone Sr. / Twenty Looks or Paris is Burning at The Judson Church (L)«

Bild unten: Liquid Loft / Chris Haring & Staatstheater Kassel, »Lego Love«



Foto: Nils Klinger

»Peter Rosegger – original«

Ausstellung im Jubiläumsjahr mit Unikaten der Steiermärkischen Landesbibliothek, zu sehen bis 31. Oktober 2013

Ab sofort setzt die Steiermärkische Landesbibliothek in Graz einen weiteren Schwerpunkt zum Roseggerjahr 2013. Anlässlich des 170. Geburtstages von Peter Rosegger eröffnete der für die Bibliothek zuständige Kulturlandesrat Christian Buchmann am 20. Juni die Ausstellung „Peter Rosegger – original“. Dort werden bisher unveröffentlichte und reichhaltig illustrierte Manuskripte sowie Unikate, etwa Lesebrillen und Spazierstöcke, gezeigt. „Der größte Nachlaß an Werken Peter Roseggers ist seit 1932 in der Obhut der Steiermärkischen Landesbibliothek. Wir bringen diese Schätze aus dem Tresor in die Öffentlichkeit in einer für alle Altersgruppen zeitgemäß gestalteten Ausstellung. Ziel ist, daß jeder sich selbst ein dem 21. Jahrhundert entsprechendes Bild eines der wichtigsten steirischen Dichter machen kann. Die erstmals gezeigten Exponate und Kostbarkeiten sollen auch Anregung für neue Forschungsarbeiten sein“, so Buchmann.

Die Ausstellung präsentiert im neuen Grazer Joanneumsviertel einen bunten Querschnitt aus dem Leben Roseggers. Dies reicht von seinen allerersten, in Kurrentschrift verfaßten und mit vielen Zeichnungen versehenen Jugendwerken über Fotos aus dem Familienbesitz und die Korrespon-

*Bild rechts: Peter Rosegger
31. Juli 1843 – 26. Juni 1918*

Bild unten: Die Ausstellung zeigt handschriftliche Manuskripte sowie auch Unikate wie Roseggers Lesebrille, Feder und Tintenfaß...



Fotos: Steiermärkische Landesbibliothek (CC BY-NC-SA 3.0 AT)



denz mit Zeitgenossen bis zu persönlichen Gegenständen, wie Tintenfaß und Feder, die zum Zeitpunkt seines Todes 1918 auf seinem Schreibtisch standen. Ein Abschnitt ist der kritischen Auseinandersetzung mit dem steirischen Dichter gewidmet. „Schon zu Lebzeiten wollten ihn Gegner als Antisemit darstellen, nach seinem Tode wurden seine Werke von Nationalsozialisten politisch vereinnahmt und Jahrzehnte später – als der steirische Rosegger-Literaturpreis im Jahre 1970 an Wolfgang Bauer verliehen wurde – meinten Kritiker, diese Auszeichnung sei eines ‚Sudeldramatikers‘ nicht würdig“, betonte Ulrike Habjan von der Landesbibliothek als Kuratorin der Ausstellung.

Rundgang durch Manuskripte, Zeichnungen, Schriftwechsel

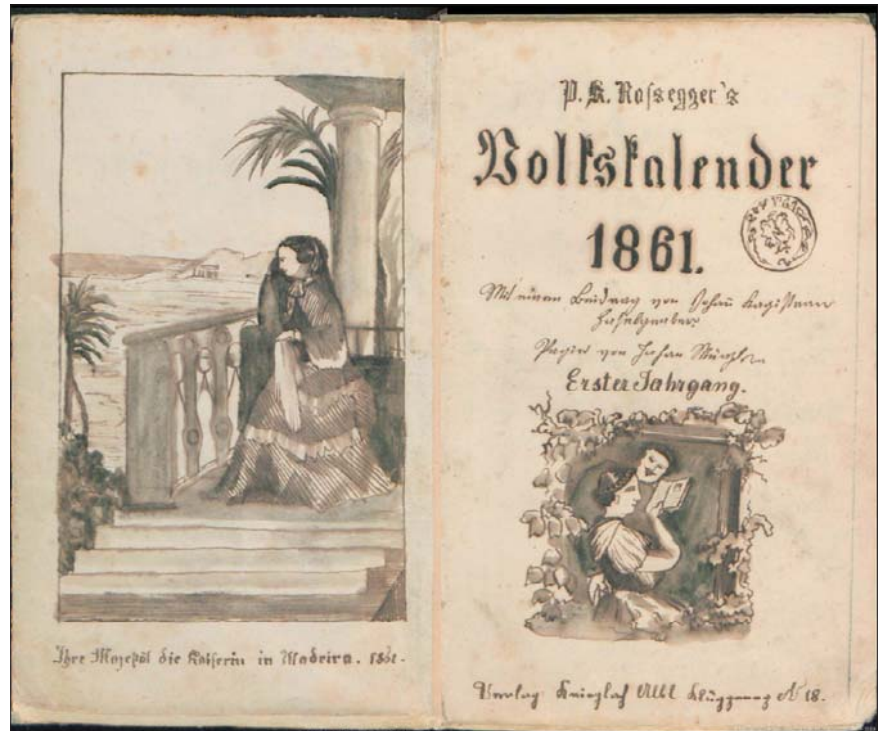
Der Rundgang beginnt bei den Manuskripten und Zeichnungen, die das „Schneiderpeter!“ während seiner Lehrzeit verfaßte, wenn er abends auf „Stör“ in Bauernstuben das Notizpapier herauszog und seine Gedanken schriftlich festhielt. Die Zeichnungen des damals 18jährigen erinnern an Struwelpeter oder „Max und Moritz“. Der Inhalt: Geschichten aus dem steirischen Landleben genauso wie über politische Ereignisse und Jugendschwärme. Bei den Zeichnungen finden sich auch Motive aus der Stadt Graz, die er bereits als Jugendlicher mehrfach besuchte, und sogar aus Wien, etwa die Hofburg und die Oper. Übrigens: Von diesen Werken stellt die Landesbibliothek bereits 1500 Seiten online unter dem Titel „Rosegger digital“ zur Verfügung.

In seinem Leben folgen Familiengründung, das frühe Ableben seiner ersten Frau Anna, seine zweite Ehe, seine insgesamt fünf Kinder – dargestellt durch zahlreiche private Portrait-Fotos, die zum Nachlaß in der Bibliothek gehören. Dann das reichhaltige Schaffen: Die Bibliothek präsentiert Manuskripte, etwa „Jakob der Letzte“, und auch Erstausgaben seiner gedruckten Werke, wie „Zither und Hackbrett“, die sonst im Nachlaß in den neuen Tresorräumen des vor einem Jahr eröffneten Bibliotheksgebäudes gehütet werden.

Peter Rosegger als Erfolgsautor und Journalist

Den klaren Schwerpunkt bildet aber Peter Roseggers literarisches Schaffen: So umfaßt die zwei Jahre vor seinem Tod bei Staackmann in Leipzig aufgelegt Gesamtausgabe 40 Bände, teilweise übersetzt in mehr als 20 Sprachen. Der steirische Dichter führte damals – weit vor Autoren wie Jules Verne oder Theodor Storm – nicht nur die Bestsellerlisten in vielen Ländern an, er wurde auch drei Mal zum Literaturnobelpreis nominiert.

Sowohl vom Umfang als auch von der Aktualität betrachtet, ist Roseggers bedeutendstes Werk die Monatszeitschrift „Heimgarten“, von der in 35 Jahren insgesamt knapp 35.000 Seiten erschienen sind. Dort veröffentlichte er aktuelle Kommentare, Gedichte und Fortsetzungsromane – etwa von Zeitgenossen wie Robert Hamerling, Ludwig Anzengruber, Karl Morré und auch von Karl May. „Damit prägte er Graz als Literaturhauptstadt des deutschsprachigen Raumes schon 100 Jahre bevor der Titel ‚Kulturhauptstadt‘ verliehen wurde“, so Habjan.

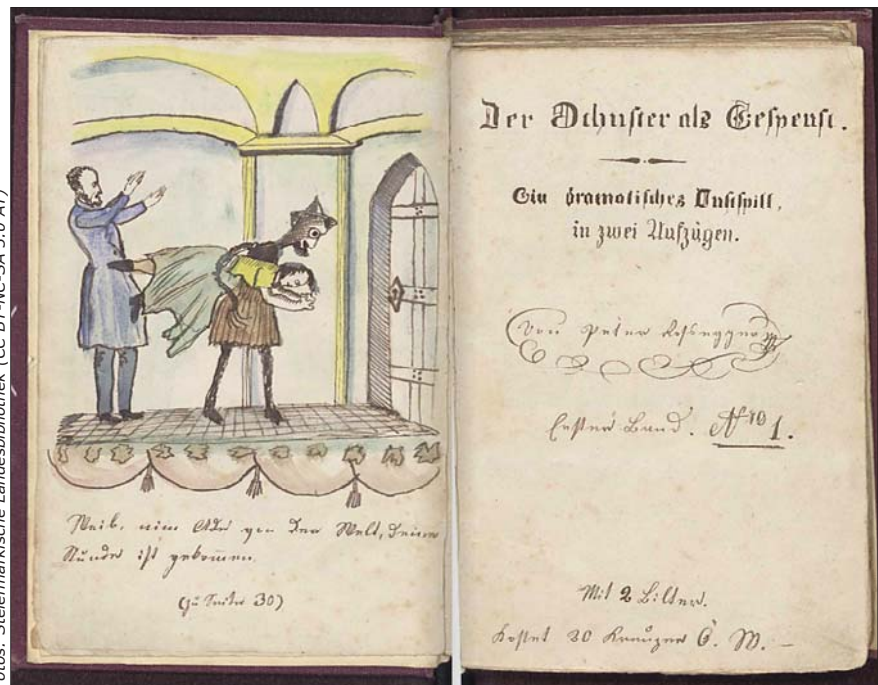


Peter Rosegger's »Volkskalender 1861«

Die Landesbibliothek selbst, die seit 1811 unter anderem den Auftrag hat, sämtliche Werke von oder über SteirerInnen zu sammeln und nun 750.000 Werke im Bestand hat, erntete schon zu dessen Lebzeiten großes Lob von ihrem Leser Rosegger, der im Heimgarten an alle LeserInnen sinngemäß adressierte: Sie sind Mitbesitzer, alles steht

Ihnen im Lesesaal unentgeltlich zur Verfügung, Sie erhalten das gewünschte Buch sofort in die Hand und können es sich auch in die ganze Steiermark zusenden lassen!

- <http://www.landesbibliothek.steiermark.at/rosegger>
- <http://www.roseggerbund.at>
- <http://www.rosegger.steiermark.at>
- <http://www.literature.at/collection.ala?from=1&to=50&orderby=author&sortorder=al&objid=114&page=>



Peter Rosegger, Werke I. II. III. IV.: »Der Schuster als Gespenst«, ein dramatisches Schauspiel in zwei Aufzügen – mit Zeichnungen des Schriftstellers

Egon Schiele in Tulln

Die neu gestalteten Wohnräume wurden am 15 Juni eröffnet.

Am 15. Juni 2013 wurde das Geburtshaus des österreichischen Künstlers Egon Schiele (1890-1918) in Tulln eröffnet. Erstmals sind die neu gestalteten Räumlichkeiten für BesucherInnen geöffnet und bieten authentische Einblicke in die bewegende Kindheit dieses Ausnahmekünstlers.

Als Sohn des Bahnhofsvorstands Adolf Schiele wird Egon Schiele am 12. Juni 1890 in der Dienstwohnung des Vaters in Tulln geboren und verbringt dort die ersten 11 Jahre seines Lebens. Diese Zeitspanne markiert mehr als ein Lebensdrittel des 28jährig verstorbenen Künstlers und prägt Schiele nachhaltig. Sowohl die Erlebnisse seiner Kindheit, die gesellschaftlichen und familiären Rahmenbedingungen, als auch das Phänomen der Mobilität am Bahnhof Tulln beeinflussen Schiele maßgeblich und bilden ein wichtiges Fundament für sein gesamtes künstlerisches Schaffen.

Die Familie Schiele bewohnt den Tullner Bahnhof fast 17 Jahre (Jänner 1887 bis Herbst 1904). Dieser Zeitraum läßt sich mit „Aufstieg und Fall“ betiteln, da der hoffnungsvollen Berufung des Vaters Adolf Schiele zum Tullner Bahnhofsvorstand ein dramatischer Krankheitsverlauf und die berufliche Demontage folgen. Der Vater des Künstlers wird – Wochen nach der Räumung der Bahnhofswohnung – in Klosterneuburg an den Folgen seiner Syphiliserkrankung sterben und seine Familie im Chaos hinterlassen.

Am Bahnhof permanent mit den ein- und ausfahrenden Zügen konfrontiert, erlebt der aus einer Eisenbahnerfamilie stammende Egon Schiele (schon sein Großvater Karl Ludwig Schiele machte als Eisenbahningenieur Karriere) den Einsatz dieser modernen Technik. Seine Neugierde und das Interesse an technischem Fortschritt setzt der Bub in hunderte (heute verschollene) Zeichnungen von Eisenbahnlokomotiven und Wagons (in wenigen erhaltenen Exemplaren) künstlerisch um. Diese zeugen von Schieles einzigartigem Talent und bilden seine künstlerische Basis. Als Schiele seine Gymnasialzeit in Krems und Klosterneuburg beginnt und zu einer großen Künstlerkarriere nach Wien aufbricht, nimmt er seine Erfahrungen und Erlebnisse der Kindheit auf seinen Lebensweg mit.



Foto: Adolf Bernhard

Egon Schiele, 1906

Gestaltung der Räume

Die einzelnen Räume der Bahnhofswohnung erzählen mittels eines modernen Audio-Systems via Soundduschen zahlreiche bewegende Geschichten der Familie Schiele. Die Texte stammen von Egon Schiele selbst, seinen Schwestern Gertrude und Melanie, seiner Mutter Marie und Zeitzeugen. Aufgrund fehlenden Bildmaterials der Wohnräume vermeidet das Gestaltungskonzept eine authentische Rekonstruktion, indem die Möbel dieser Epoche hellgrau lackiert wurden. Dennoch wird der Charakter einer bürgerlichen Wohnung dieser Zeit vermittelt und das unmittelbare Lebensgefühl

spürbar gemacht. Ein interaktiver Reflektionsraum am Ende des Rundgangs bietet die Möglichkeit, mehr über die Lebens- und Wohnaspekte der Familie Schiele und der Stadt Tulln an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zu erfahren. Der Rundgang wurde vom Kurator des Egon Schiele Geburtshauses und Schiele Museums in Tulln Christian Bauer, in Zusammenarbeit mit dem Ausstellungsteam toikoi konzipiert und gestaltet.

Egon Schiele in Tulln

Neben dem Geburtshaus begegnet man dem berühmtesten Sohn Tullns auch noch im

Kultur

Egon Schiele Museum. Das Museum vereint rund 60 Ölbilder, Aquarelle und Zeichnungen aus den ersten Schaffensphasen Schieles, die teils noch nie öffentlich zu sehen waren. Der Schwerpunkt des Museums liegt in der Präsentation des Frühwerks, von seiner Kindheit in Tulln über die Gymnasialzeit in Klosterneuburg bis zum Akademie-Studium in Wien und der Gründung der Neukunstgruppe des Jahres 1909.

Die aktuelle Ausstellung „Der Anfang“ dokumentiert die Entwicklung Schieles bis zur Gründung der Neukunstgruppe des Jahres 1909 und zeigt bereits im ersten Drittel seines Schaffens Talent, Bilderfindungen und Gestaltungsprinzipien, die zu einer Weltkarriere führen werden.

Gleichlautend mit der Ausstellung werden die Anfänge Schieles in einem neuen umfassenden Buch „Egon Schiele. Der Anfang“ (Hg. v. Christian Bauer, Hirmer Verlag München) dargestellt, das neueste Erkenntnisse zur Biografie mit der Analyse und Abbildung der wichtigsten Werke vereint.

Ab 2014 werden diese beiden Orte um den Schiele-Weg erweitert, der zu verschiedenen Stationen des jungen Schiele in Tulln führen wird. Damit bildet Tulln einen weltweit einzigartigen Schiele-Ort, an dem eine



Die Räume bieten Einblicke in die bewegende Kindheit dieses Ausnahmekünstlers.

wichtige Lebensphase des Künstlers authentisch nachvollziehbar gemacht wird.

Egon Schiele zählt neben Gustav Klimt und Oskar Kokoschka zu den bedeutendsten Künstlern der Wiener Moderne. Er Egon erliegt am 30. Oktober 1918, gerade einmal 28jährig, der „spanischen Grippe“. Sein

Schaffen zählt zu dieser Zeit bereits weit mehr als 3000 Kunstwerke. Seine am Sterbett geäußerte Überzeugung, die Bilder würden später in allen großen Museen der Welt hängen, sollte sich in beeindruckender Weise bewahrheiten.

<http://www.tulln.at/erleben>



Fotos: Hans Eder

Die einzelnen Räume der Wohnung erzählen mittels eines modernen Audio-Systems zahlreiche bewegende Geschichten

Mittelloser Adeliger als Hauptdarsteller im Ötztal

Niederlage, Flucht und imposante Rückkehr: Von 1. bis 22. September erzählt das Wandertheater »Friedl mit der leeren Tasche« die Geschichte des Herzogs Friedrich von Tirol. Bühne für die täglichen Aufführungen ist die Ötztaler Bergwelt rund um das Bergsteigerdorf Vent.



Die Geschichte des Habsburger-Herzogs Friedl, der flüchten muß, ist geprägt von Spannung und Dramatik.

Im September 2013 begibt sich das Wandertheater „Friedl“ auf die Spuren der Flucht von Habsburger-Herzog Friedrich über den Alpenhauptkamm. Inszeniert vom Künstlernetzwerk „lawine torrèn“ folgt bei jeder Vorstellung eine kleine Schar von Zuschauern den Schauspielern von Vent bis zum Marzellgletscher. Darsteller und Publikum gehen auf eine gemeinsame Reise, dazwischen liegen sieben Stunden Spiel- und Gehzeit sowie eine ausgiebige Rast auf der Martin-Busch-Hütte.

Auf den falschen Papst gesetzt

Die Fassung von „lawine torrèn“ ist die vielleicht wahrhaftigste Geschichte über Herzog Friedrich von Tirol, der aufgrund seiner Lebensgeschichte den Titel „Friedl mit der leeren Tasche“ erhielt. Vor 600 Jahren hat der Adelige auf den falschen Papst gesetzt und alles verloren.

Von seinen Widersachern geächtet findet er auf den Rofenhöfen bei Vent Unterschlupf. Ötztaler Schafbauern helfen ihm über das Niederjoch nach Meran zu flüchten. Dort angekommen, feiert Friedl eine triumphale Rückkehr. Er erobert die Herrschaft

über Tirol zurück und dank der Allianz mit Bauern, Händlern und Handwerkern tritt er einen wirtschaftlichen Aufschwung los.

Theater unter freiem Himmel

Der Weg der Theatergruppe führt von Vent auf 1900 Metern zu den Rofenhöfen,

Österreichs höchstgelegener Hof-siedlung auf 2011 Metern. Erzählt wird die Geschichte von Friedl an ausgesuchten Schauplätzen und Aussichtspunkten unterhalb der Zungen von Diem-, Schalf-, Mutmal- und Marzellgletscher. Ziel des Wandertheaters ist die neue Samoar Hütte (Martin-Busch-Hütte) auf knapp 2.500 Metern. Der Besuch des Wandertheaters eignet sich auch für weniger sportliche Theaterfreunde.

Neue Perspektiven für Zuschauer

Über Funk-Kopfhörer gelangen die Dialoge der Schauspieler direkt zum Publikum. Damit werden weder die Natur noch andere Wanderer gestört. Selbst aus großen Distanzen sind so die Klänge von Hirtenlied und Motette, Herdentrieb und höfischer Tanz noch deutlich hörbar. Großteils wird im authentischen Ötztaler Dialekt gesprochen. Mit dem Konzept verbindet das Wandertheater Kunst und Bewegung in den Ötztaler Alpen in neuer Form – und kleidet auch das Sommerthema „Wandern“ in ein bislang unbekanntes Gewand. ■

<http://www.vent.at>

<http://wandertheater-friedl.oetztal.com>



Fotos: Ötztal Tourismus / Ernst Lorenzi

Einen Tag lang verbringen Darsteller und Zuschauer gemeinsam in der Ötztaler Bergwelt beim Wandertheater Friedl mit der leeren Tasche.

Robert Dornhelm vergoldet

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny ehrte den Filmregisseur mit dem »Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien«

Filmregisseur Robert Dornhelm wurde am 18. Juni im Wiener Rathaus von Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny mit dem „Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“ ausgezeichnet. Zahlreiche Freunde waren gekommen, um mit dem Auszuzeichnenden zu feiern: Belvedere-Direktorin Agnes Husslein, Wolfgang Werner, Intendant der Opernfestspiele in St. Margarethen, Gabi Flossmann und Sigi Bergmann, Roman „Adabei“ Schliesser, Filmproduzent Norbert Blecha, SPÖ-Bundesgeschäftsführerin und Nationalratsabgeordnete Laura Rudas und Fritz Aichinger, Klubobmann der ÖVP Wien. Die rumänische Opernsängerin Mihaela Marcu gab stilgerecht ein rumänisches Volkslied und eine Arie aus La Bohème zum Besten.

„Robert Dornhelms filmisches Universum ist beeindruckend. Neben der hohen Qualität ist auch das immense Pensum erstaunlich – ob Monumentalfilme, politische Filme, Serien oder Dokumentarfilme. Seine Arbeitsweise ist von Anfang an gekennzeichnet von Neugier, Enthusiasmus, Offenheit, Unerfrohenheit und einfühlsamer Menschenführung“, würdigt Mailath und schloß: „Wer einmal seine Gastfreundschaft genossen hat, wird gerne wiederkommen.“

Ioan Holender, ehem. Staatsoperndirektor und als Cousin des Geehrten als Laudator prädestiniert, erzählte ausführlich über Robert Dornhelms Kindheit in Rumänien, seiner Emigration nach Österreich, den ersten Filmerfolgen bis hin zur heurigen Opernregie in St. Margarethen, wo er die Bohème inszenieren wird: „In der Oper sagt man: ‚Ein guter Sänger kann alles singen.‘ So ist es auch mit Robert; er kann jedes Thema verfilmen.“

„Ich bin so gut, wie meine Mitarbeiter“, so Robert Dornhelm, und bedankte sich bei seinem langjährigen Kameramann Karl Kofler, seinem neuem Team in Margarethen und seiner Familie

Robert Dornhelm

wurde 1947 in Timioara, Rumänien, geboren. Er emigrierte 1961 mit seiner Familie nach Österreich. Von 1965 bis 1967 studierte er zwei Jahre an der Wiener Filmakademie und arbeitete von 1967 bis 1975 als Doku-



Foto: Georg Oberweger / PID

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (r.) und Filmemacher Robert Dornhelm

mentarfilmregisseur für den ORF. Nach mehreren Projekten stellte Dornhelm im Jahr 1977 seinen Debütfilm fertig: „The Children of Theatre Street“. Dieser brachte ihm eine Oscar-Nominierung in der Kategorie Bester Dokumentarfilm im Jahr 1978 ein. Die Dokumentation beschäftigt sich mit den Schülern der Mariinsky-Ballettschule (heute Kirov-Ballettschule) in Sankt Petersburg und wird von der Schauspielerinnen Grace Kelly erzählt. Nach diesem Erfolg verlegte Dornhelm seinen Arbeits- und Lebensmittelpunkt nach Los Angeles. Es folgten Filme wie

„She Dances Alone“ (1981) eine Geschichte über Kyra Nijinsky, der Tochter des großen russischen Tänzers oder „Digital Dreams“. Der 1983 für das US-amerikanische Fernsehen gedrehte Film widmet sich dem Leben von Bill Wyman, langjähriger Bassist und Gründungsmitglied der Rolling Stones.

Mit seinem nächsten Spielfilm „Echo Park“ (1986) konnte Dornhelm sowohl in den USA wie auch in Europa Erfolge feiern. 1990 erschien das Drama „Requiem für Dominic“ – es wurde für einen Golden Globe nominiert, das Drehbuch schrieben Michael

»La Bohème« im Römersteinbruch

Köhlmeier und Felix Mitterer. In dem Film beschäftigt sich Dornhelm mit dem revolutionären Umbruch in seiner Heimat Rumänien. Gegen Ende der 1990er Jahre folgen die beiden Filme „Der Unfisch“ (1997) und „Venice Project“ (1999).

Seither hat Dornhelm jedes Jahr ein Filmprojekt verwirklicht, häufig mit österreichischen Stoffen und Motiven. Seine wichtigsten Filme:

- „Anne Frank – Die wahre Geschichte“ mit Ben Kingsley und Brenda Blethyn (2001). Der Film wurde für das US-amerikanische Fernsehen produziert und brachte eine Nominierung für den Emmy in der Kategorie „bester Regisseur einer Miniserie“ ein.
- „RFK“, das Leben von Robert F. Kennedy
- „Rudy: The Rudy Giuliani Story“ (2003) über den New Yorker Bürgermeister mit James Woods
- „Spartacus“ (2004)
- „The Ten Commandments“ (2006).
- „Into the west“, eine Produktion von Steven Spielberg, die mit zehn Nominierungen für den Emmy geehrt wurde.
- „Kronprinz Rudolf“ (2006), ein TV-Zweiteiler über das Schicksal des Habsburg-Thronfolgers. Der rund zweimonatige Dreh fand in Wien und Umgebung statt. Das Historiendrama wurde 2006 erstmals vom ORF ausgestrahlt und an 15 Fernsehstationen verkauft. 2007 erhielt Dornhelm dafür die Goldene Romy als „Bester Regisseur“ des Jahres.
- „Krieg und Frieden“ (2007) – Dornhelms bisher aufwendigster Film, die Dreharbeiten der mehrteiligen Neuverfilmung von Tolstois Roman „Krieg und Frieden“ fanden in Rußland und Litauen statt.
- „La Bohème“ mit Anna Netrebko und Rolando Villazon kam 2008 ins Kino.
- Dieselbe Oper inszeniert er heuer für die Opernfestspiele im Römersteinbruch St. Margarethen.
- Dokumentation über Herbert von Karajan anlässlich dessen 100. Geburtstags.
- „Udo Proksch – Out of Control“ (2010) Dokumentarfilm
- „Amanda Knox: Murder on Trial in Italy“ (2011) TV-Film
- „Die Schatten, die dich holen“ (2011) TV-Film
- „K2 – The Italian Mountain“ (2012) TV-Zweiteiler über die Erstbesteigung des zweithöchsten Berges der Welt mit Marco Bocci und Michele Alhaique in den Hauptrollen. ■



Foto: OFS / Steve Halder

v.l.: Evelin Novak (Mimi), Robert Dornhelm (Regie), Siphwiwe McKenzie (Musetta)

Die Vorbereitungen für „La Bohème“ im Römersteinbruch von St. Margarethen laufen auf Hochtouren. Vom 10. Juli bis 25. August zeigt ein Team leidenschaftlicher „Opernmacher“ in St. Margarethen, was Oper kann. Ein herausragendes Ensemble und eine Heerschar Statisten füllen die Bühne des Römersteinbruchs mit künstlerischem Leben! Regie führt Robert Dornhelm. Seine Inszenierung von „La Bohème“ wird das Publikum im Römersteinbruch in Bann ziehen! Dafür sorgen unter anderem eine Top-Besetzung, mehr als 400 historische Kostüme, stimmungsvolle Projektionen und ein fulminantes Bühnenbild. Ein zentraler Schauplatz ist das „Café Momus.“ Dahinter verbirgt sich auf drei weiteren Ebenen das „alte Paris“ mit Dachlandschaften und einer Silhouette von beeindruckender Dimension.

„Mit Streiflichtern aus dem Leben der Pariser Bohémiens bieten wir unserem Publikum ein eindrucksvolles Opernerlebnis. Wie in den Jahren zuvor hat Manfred Waba ein großartiges Bühnenbild in den Römersteinbruch gezaubert“, freut sich Intendant Wolfgang Werner. Daß dieses Bühnenbild „viele Stücke spielt“, davon ist auch der Regisseur überzeugt: „Es wird wunderschöne Veränderungen der Kulisse geben. Ich werde den Zauber des Theaters entfalten und möchte zeigen, daß in diesem einzigartigen Steinbruch originelles Gestalten möglich ist“, so Robert Dornhelm. Wenngleich schon öfter von unterschiedlichen Häusern angefragt, so inszeniert er in St. Margarethen erst-

mals auf einer Opernbühne – und das, weil diesmal alles gepaßt hat: Genügend Zeit für die Vorbereitungen und die Tatsache, daß er sich „im Gewebe von Puccinis Musik sehr aufgehoben fühlt“.

Daß sich auch das Ensemble in Puccinis Kompositionen aufgehoben fühlt, spürt man seit dem ersten Probenstag. Der musikalische Leiter Alfred Eschwé und ausgezeichnete junge SängerInnen lassen die herrlichen Melodien dieser Oper in vollem Glanz erstrahlen. Alfred Eschwé zeigt sich sowohl vom Ensemble als auch von der Zusammenarbeit mit dem Regisseur begeistert: „Die Stimmen sind wirklich herausragend. Spannend ist für mich auch die Arbeit an der Seite eines Regisseurs, der aus dem Bereich des Films kommt.“ Auf der Bühne stehen unter anderen Marianne Fiset, die als Mimi an der Seite des „Bilderbuch-Rodolfo“ Eric Margiore. Die Rolle der Musetta singt Siphwiwe McKenzie. Josef Wagner, den die Festspiele bereits für die dritte Produktion gewinnen konnten, gibt den Marcello.

In dieser Freiluftarena erleben die Besucher eine Liaison der großen Gefühle und Oper wird zum grandiosen Event. Hier verschmelzen musikalische, szenische und bildnerische Eindrücke zu einem sinnlichen Gesamtkunstwerk. Wolfgang Werner lädt ein zu einem speziellen Kulturevent: „Lassen Sie sich anstecken vom ‚St. Margarethener Opernfieber‘ und genießen Sie Oper auf Europas größter Naturbühne!“ ■

<http://www.ofs.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **66. Folge** portraitiert er

Hanns Eisler

Komponist

Johannes Eisler, der sich später Hanns nannte, kam am 6. Juli 1898 als jüngster Sohn des Philosophen Rudolf (ursprünglich Rudolphe) Eisler und seiner Gattin Maria Ida (geb. Fischer aus Leipzig) in Leipzig zur Welt (Geschwister Gerhart und Ruth Fischer). Rudolf Eisler, aus einer alten österreichisch-jüdischen Familie stammend, war zu diesem Zeitpunkt als Privatdozent in der sächsischen Hauptstadt tätig, kehrte aber 1901 mit der Familie nach Wien zurück. Hanns Eisler brachte nach autodidaktischem Studium früh erste Stücke zu Papier (ein Klaviertrio und Lieder), absolvierte 1908-1915 das Gymnasium, wurde 1916 zum Militärdienst eingezogen und war 1919-1923 Privatschüler Arnold Schönbergs. Seine erste gedruckte Komposition, Op. 1, eine Klaviersonate, erschien 1924 in der Wiener Universal-Edition. Eisler ging 1925 nach Berlin, ab 1926 stellte er seine Fähigkeiten in den Dienst der revolutionären Arbeiterbewegung. In der politisch motivierten Hinwendung zu einer funktional bestimmten Musik komponierte er neuartige Chorwerke, konzertante Lieder und unter Einbeziehung von Jazzelementen geistvolle, aufrüttelnde Songs zu Texten von Bertolt Brecht, Erich Weinert und Ernst Busch, dazu Bühnenmusik, Rundfunk-Kantaten und ab 1927 kontinuierlich Filmmusik.

Er begann mit der Vertonung von Walther Ruttmanns abstraktem, beim Baden-Badener Musikfest 1927 aufgeführten Lichtspiel „Opus III“, setzte in Victor Trivas Antikriegsfilm „Niemandland“ (1931) Marschmusik als Diffamierung von Chauvinismus ein, die von Kampfmusikintonationen geprägte Partitur zu Brechts und Slatan Dudows Spiel-, Dokumentar- und Propagandafilm „Kuhle Wampe“ (1932), der am Beispiel einer proletarischen Familie die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in der Zeit der Weimarer Republik thematisiert, gilt als Meisterwerk der frühen Tonfilmmusik.

Eisler sah in zunehmender Form musikalische Filmarbeit als wichtige, auf das Massenpublikum gerichtete schöpferische Aufgabe, Filmmusik als dialektische Kommentierung des Filmbildes und eigenständige Komposition nahm in weiterer Folge in



Foto: Archiv Dr. Schebera Berlin

Georg Eisler in den 40er-Jahren

seinem Schaffen einen herausragenden Platz ein.

Aufgrund der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ab 1933 Exilant, durchlief Eisler verschiedene Stationen. Nach Wien arbeitete er in Dänemark mit Brecht, 1934/35 schrieb er in Paris und London in Zusammenarbeit mit den Regisseuren Jacques Feyder, Karl Grune und erneut Trivas die Musik zu mehreren Filmen, er war 1935 in Moskau, gab 1936/37 Konzerte bei den Internationalen Brigaden in Spanien, im Jänner 1938 führte ihn ein Lehrauftrag an die New School for Social Research in New York (dies alljährlich bis 1942). Eisler schuf im Rahmen des Projekts einige avancierte Filmkompositionen, darunter für Joris Ivens Dokumentarfilm „The 400 Million“, die erste dodekafonische Filmpartitur oder den Puppentrickfilm „Pete Roleum and His Cousins“ von Joseph Losey. 1940 scorte er die in einem Indio-Dorf in Mexiko gedrehte Semi-Dokumentation „The Forgotten Village“, nach Story und Script von John Steinbeck, wofür Silvestre Revueltas die Musik komponieren sollte, der jedoch zuvor starb. Eine in den USA filmmusikalische wichtige Tätigkeit waren die 1940-1942 für die Rockefeller-Foundation durchgeführten Stu-

dien und Untersuchungen über die Funktion der Musik im Film. Als praktische Experimente vertonte Eisler einige Ausschnitte zu John Fords Steinbeck-Verfilmung „The Grapes of Wrath“ („Früchte des Zorns“), 1941 stellte er eine neue Tonauffassung zu Ivens legendärem Stummfilmgedicht „Regan“ von 1929 her. Das als Ergebnis der Arbeit 1942-44 mit dem deutschen Komponisten und Musiktheoretiker Theodor W. Adorno verfaßte, wegweisende Buch „Composing for the Films“ (Oxford University Press New York, 1947, in Deutsch bei Suhrkamp, 2006) enthält eine scharfe Kritik an der Hollywooder Filmmusikmanufaktur.

Im April 1942 reiste Eisler nach Hollywood, um sich nach Verdienstmöglichkeiten umzusehen. Zudem lebten gute Freunde dort, allen voran Brecht und sein Lehrer Schönberg. Sein Start war glänzend, mit der avantgardistisch angereicherten Partitur zu Fritz Langs Anti-Nazi-Drama „Hangmen Also Die!“ („Auch Henker sterben“) des altösterreichischen Produzenten Arnold Pressburger kam er 1944, mit Clifford Odets Portrait des Londoner Slumlebens „None But the Lonely Heart“ (in „sharing“ mit Constantin Bakaleinikoff) 1945 durch Nominierungen in die engere Oscar-Auswahl. Er kooperierte 1945

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: BLueFISH / Wikimedia / GNU Free Documentation License



Eislers schlichtes, indes eindrucksvolles Grabmal am Dorotheenstädtischen Friedhof, ein aus österreichischem Konglomeratgestein geschnittener Würfel, nach einem Entwurf des Bildhauers Fritz Cremer. Zusammen mit Eisler ruht hier seine dritte Ehefrau Stephanie (1920-2003), mit der nur vier Jahre verheiratet war. In unmittelbarer Nähe Eislers finden sich die Gräber von Bert Brecht, seiner Frau Helene Weigel, Heinrich Mann und Anna Seghers.

mit dem Prager „producer-director“ Gustav Machatý bei Republic an der Billig-Produktion „Jealousy“, Paul Henreid verhalf ihm zum Kompositionsauftrag für die Technicolor-Produktion der RKO „The Spanish Main“ („Der Seeteufel von Cartagena“). Dem folgten die Streifen „Deadline at Dawn“, „A Scandal in Paris“ („Ein eleganter Gauner“), „The Woman on the Beach“ und die in den britischen Denham Studios von RKO und der J. Arthur Rank Company co-produzierte dramatische Romanze „So Well Remembered“. Die insgesamt acht Spielfilmscores von 1943-1947 in verschiedenen Genres sicherten Eisler ein gutes Auskommen, sein Hollywoodschaffen wird allerdings als weniger produktiv eingestuft als die frühere dokumentarische Periode. Das Hauptwerk der damaligen Jahre war das 1942 begonnene „Hollywood Songbook“ („Hollywooder Liederbuch“), ein Vokalzyklus von 47 Liedern, in dem Eisler nach Brechts „Hollywood Elegien“ sowie Gedichten von Goethe, Hölderlin, Eichendorff, Rimbaud, Bibelworten und eigenen Texten, seine Betroffenenheit

Hanns Eisler – Ein Komponist ohne Heimat?

Cover zu einer von Hartmut Krones im Wissenschaftszentrum Arnold Schönberg herausgegebenen Schrift, mit Beiträgen aus der Feder führender Eisler-Forscher
Böhlau Verlag 2012;
ISBN-13: 9783205775034



und Erfahrungen der Emigration zum Ausdruck brachte.

Sein Haus in Pacific Palisades (später Malibu) war Treffpunkt vieler Kunstschaffender, darunter Thomas Mann und Charlie Chaplin, den er 1946 bei dessen Musik für die Filmmoritat „Monsieur Verdoux“ beriet. Obwohl er sich in Amerika niemals politisch betätigte, wurde auch Hanns Eisler 1947 (nach seinem Bruder Gerhart, der seit 1941 in den USA lebte) im Zuge der Untersuchungen vom House Un-American Activities Committee (HUAC) als kommunistischer Agent verdächtigt, in Los Angeles und Washington öffentlich verhört und letztlich des Landes verwiesen. Eine Hilfsaktion prominenter Persönlichkeiten zur Sicherung seines Verbleibs brachte keinen Erfolg. Am 28. Februar 1948 fand in der New Yorker Town Hall ein Abschiedskonzert statt, bei dem Leonard Bernstein und Aaron Copland als Veranstalter fungierten. Im März darauf verließ Eisler die USA in Richtung Prag.

Von Prag wandte er sich nach Wien. In Österreich war der skandalträchtige Brecht-Boykott noch aufrecht, womit die Türen auch für ihn verschlossen blieben. Da ihn der Westen so gut wie tatschwieg, übersiedelte Eisler 1949 in das damalige „Ostberlin“. Er komponierte im Oktober desselben Jahres nach Johannes R. Bechers Gedicht „Auferstanden aus Ruinen“ die Nationalhymne für den kurz zuvor etablierten zweiten deutschen Nationalstaat DDR und übernahm neben der Professur am Staatlichen Konservatorium eine Meisterklasse für Komposition an der von ihm mitbegründeten Akademie der Künste. Seine Arbeit umfaßte u. a. Musik für

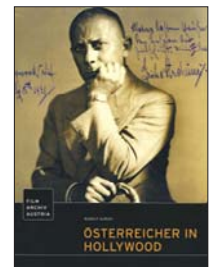
Bühnenwerke (Brecht, Nestroy, Shakespeare) und mehrere DEFA-Filmproduktionen. 1953-1955 lebte Hanns Eisler zeitweilig in Wien (Bühnenmusik für das Theater in der Scala, Filmmusik zu Louis Dacquins „Bel Ami“, Alberto Cavalcanti „Herr Puntilla und sein Knecht Matti“ nach Brecht und Karl Parylas „Gasparone“). Am 24. April 1959 wurde seine „Deutsche Sinfonie“, ein Jahrhundertwerk und politisch-künstlerisches Zeitdokument, in Berlin uraufgeführt.

Der konstruktiv-schöpferische, vielfach als Deutscher gesehene Komponist, zeitlebens österreichischer Staatsbürger, indes Kosmopolit, nach dem die Berliner Hochschule für Musik in der Charlottenstrasse und die 1994 gegründete Internationale Hanns Eisler-Gesellschaft benannt sind, dessen Lebensstationen über Berlin und vielen Wegen nach Hollywood, aber auch immer wieder zurück nach Wien führten, starb am 6. September 1962 im östlichen Teil Berlins, er ruht im Umkreis einstiger Weggefährten auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof im Bezirk Mitte der wiedervereinigten deutschen Hauptstadt. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten,
zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>



In Europas Urwäldern die Hektik des Alltags vergessen

Diese Auszeit ist so spannend wie ein Abenteuerfilm und besser als jeder Pauschalurlaub von der Stange: Ferien in den letzten Urwäldern Europas bieten Abenteuer und Entspannung pur und sind der neue große Urlaubstrend. Ganz oben in der Gunst der Naturliebhaber, die eine Auszeit vom Lärm der Zeit suchen: der Nationalpark Bayerischer Wald und der Nationalpark Kalkalpen in Oberösterreich.



Foto: ÖÖ. Tourismus / Popp

Wildromantische Schluchtlandschaften hat die Natur im Nationalpark Kalkalpen im Südosten Oberösterreichs geschaffen.

Im Angebot an Abenteuer und Erlebnisreichtum schlagen diese beiden Nationalparks jeden Freizeitpark um Längen – und bieten dabei Abenteuer pur statt inszenierter Show und Spannung. 40 Top-Attraktionen enthält beispielsweise der aktuelle Abenteuer-Führer „40 Highlights Bayerischer Wald und Sumava“. Dort finden die BesucherInnen zum Beispiel den direkten Weg auf den weltweit längsten, in bis zu 44 Meter Höhe schwebenden und barrierefreien, Baumwipfelpfad in Neuschönau, auf den Luchs-

pfad zwischen Bayerisch-Eisenstein und Lindberg oder in die Visitenkarte des Nationalparks Bayerischer Wald: dem großen Wildgehege.

400.000 Besucher erleben dort jedes Jahr Bären, Luchse und Wölfe, anders als im Zoo, ganz ungefährlich aber hautnah in ihrer natürlichen Umgebung. Neben im Waldgeschichtlichen Museum St. Oswald kann man im Inneren der Bäume wandeln, in eine Magmakammer tauchen oder den Moorfahrstuhl benutzen.

Mit dem Ranger auf dem »Wildnistrail«

Neueste Attraktion im Oberösterreichischen Nationalpark Kalkalpen ist Österreichs größte Waldwildnis mit dem Sengsengebirge und dem Reichraminger Hintergebirge: Dort gibt es ab Juni 2013 von Rangern geführte Wanderungen durch undurchdringlich scheinende Wälder, unberührte Schluchten und entlang glasklarer Wasserläufe. BesucherInnen können zwischen Touren von zwei Stunden bis fünf Tagen auf den »Wildnistrails« eintauchen in eine Welt, die viele lärm- und

ÖJ-Reisetip

streßgeplagte Großstädter allenfalls noch aus dem Fernsehen kennen. Das neue Angebot richtet sich vor allem an ambitionierte Wanderer, sportliche Bergfreunde mit Natursinn und Menschen, die Nähe zur Natur suchen.

Die alten Steige, Almen, Hütten und Landgasthäuser im Nationalpark Kalkalpen sind erlebbare Geschichte aus den vergangenen Jahrhunderten und Jahrtausenden, Zeugnisse für das Bemühen der Menschen die scheinbar endlosen Wälder für sich zu nutzen. Der „Ring der Wildnis“ zum Beispiel ist eine mehrtägige eindrucksvolle Rundwanderung, die verschiedene unterschiedlich lange Einzel-Etappen zu einer unvergeßlichen Tour im Nationalpark Kalkalpen verbindet. Eigens dazu wurden bis zu 500 Jahre alte Steige und Wege rekonstruiert und begehbar gemacht.

Die Besucherzentren im Nationalpark Kalkalpen, im Steyrtal, Ennstal und Windischgarstnertal, sind Wegweiser und begeh-

Entspannender Urlaub im Herzen Europas: Von der Vielfalt des Angebots zwischen den attraktiven Radfahr- und Wanderregionen in Oberösterreich und zum Beispiel dem Premiumwanderweg Goldsteig im Bayrischen Wald (im Bild) profitieren nicht nur die Gäste, sondern auch die Einheimischen.

bare Visitenkarten. Sie bieten den Besuchern einen Service, der von der Routenplanung bis zur Vermittlung von Quartieren reicht. Wanderer oder Wandergruppen können auch individuell geführte Touren mit den Nationalpark-Rangern buchen. 20 Berghütten und Almen bieten im Nationalpark einfache Übernachtungsmöglichkeiten. Für höheren Komfortanspruch gibt es gut ausgestattete Gasthäuser und Hotels.

Undurchdringliche Urwälder – bestens erschlossen

Was die Region für Naturliebhaber so besonders macht: Sowohl im 209 Quadratkilometer großen Nationalpark Kalkalpen wie auch in weiten Teilen des Nationalparks Bayerischer Wald greift kein Mensch mehr in die Entwicklung der Natur ein. Dort kehrt die Wildnis zurück und werden die Besucher heute Zeitzeugen bei der Geburt neuer Urwälder. „Natur Natur sein lassen“, lautet hier die Philosophie.

Für beide Nationalparks gilt: Die Hauptwandergebiete sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen. Mit speziellen Gästekarten ist die Fahrt mit Bus und Bahn im Bereich des Nationalparks Bayerischer

Wald sogar kostenlos. 320 km Wanderwege und 200 km gut gekennzeichnete Rad- und Mountainbike-Wege öffnen den Weg in die Urgeschichte der europäischen Waldlandschaft. Der Nationalpark Kalkalpen wird im Sommer – von Mitte Juli bis Anfang Oktober – von Steyr mit dem Wanderbus erschlossen.

Auch sonst gilt für beide Nationalparks: Wohl nirgendwo sonst gibt es so viel Urlaub und Erlebnisferien so preiswert. Die Natur durchwandern kostet nichts, Zimmerpreise und Bewirtungskosten sind günstig. Vieles gibt es gratis: So ist beispielsweise im Nationalpark Kalkalpen die Mitnahme der Fahrräder im Wanderbus kostenlos. Auch im Nationalpark Bayerischer Wald ist der Besuch des Nationalparkzentrum Falkenstein (Landkreis Regen), des Waldgeschichtlichen Museum St. Oswald und des „Haus der Wildnis“ mit seinem Tierfreigeleände für Wildpferde, Wölfe und Luchse, spannenden Ausstellungen und einem großen 3-D-Kino keine Belastung für die Urlaubskasse: Der Eintritt ist frei! ■

<http://www.kalkalpen.at>

<http://www.wildnistrail.at>

<http://www.bayerischer-wald.de>



Foto: Tourismusverband Ostbayern / Eisenschink